

Außerschulische Bildung

4-2011

Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

Der Vielfalt von Afrika Rechnung tragen

- Grundlagen und Ziele deutscher Afrikapolitik
- Beitrag der politischen Stiftungen zur Demokratieförderung
- Ressourcenausbeutung und Menschenrechte
- Wer hat von der Fußball-WM 2010 profitiert?

ZU DIESEM HEFT	373	ADB-FORUM	
SCHWERPUNKT			
<i>Günter Nooke</i> Grundlagen und Ziele der deutschen Afrika- politik Aktuelle Herausforderungen in der Zusam- menarbeit mit Afrika	374	<i>Vorstand des Arbeitskreises deutscher Bildungs- stätten</i> Politische Bildung für Mädchen und Frauen Plädoyer für eine eigenständige Mädchen- und Frauenbildung als Bestandteil politi- scher Bildung	423
<i>Elke Erlecke/Maria Zandt</i> Politische Bildung in Afrika Der Beitrag der politischen Stiftungen zur Demokratieförderung	381	<i>Norbert Reichling/Friedhelm Jostmeier</i> Die (Un-)Sichtbarkeit politischer Erwachse- nenbildung Kleine Nachbemerkung zu blinden Flecken im Evaluationsgutachten des DIE	426
<i>Rita Schäfer</i> Ressourcenausbeutung und Menschen- rechte Fallbeispiel Demokratische Republik Kongo	389	ADB-JAHRESTHEMA	
<i>Bettina Waldt</i> Der Vielfalt von Afrika in der entwicklungs- politischen Bildungsarbeit Rechnung tragen	398	<i>Daniel Möcklinghoff</i> RevierVersion 2.1 – Wir mischen mit! Ideenwerkstatt für das Leben im Ruhrgebiet	430
<i>Gerhart Schöll/Christoph Beninde</i> Afrika als Schwerpunkt entwicklungspoliti- scher Bildungspraxis Zur Arbeit vom Arbeitskreis Entwicklungs- politik mit seinen Kooperationspartnern	405	INFORMATIONEN	
<i>Joel Sengi</i> Afrika genau nehmen Die Mission des Deutsch-Afrikanischen Zen- trums in Bonn	414	Meldungen	433
<i>Nisa Punnamparambil-Wolf/Dieter Simon</i> Fußball-WM Südafrika 2010 – wer hat profi- tiert?	418	Aus dem AdB	445
		Personalien	463
		Bücher	465
		Markt	486
		IMPRESSUM	491

**Thema des nächsten Heftes:
Nachhaltige Klimapolitik mitgestalten**



Was fällt Ihnen zu Afrika ein? Wenn Ihre Anschauung von diesem Kontinent eine ausschließlich medial vermittelte ist, stellen sich schnell Assoziationen zu Hungersnöten, Bürgerkriegen, Flüchtlingslagern, Potentaten in Uniform, Versteppung und Dürre oder sterbenden Kleinkindern ein. Oft wird eine afrikanische Region oder ein Staat mit Katastrophen in Verbindung gebracht, die entweder durch menschliches Versagen oder Naturgewalten ausgelöst wurden und in unserem Gedächtnis haften blieben. Und daneben stehen Bilder von grandiosen Landschaften, fröhlichen, in farbige Gewänder gekleideten Menschen, exotischen Tieren und anderen fotogenen Safarimotiven. Meryl Streep und Robert Redford grüßen aus „Jenseits von Afrika.“

Was wissen wir eigentlich von Afrika? Was interessiert uns an dieser Weltregion? Wie stark sind unsere Wahrnehmungen reduziert auf ein paar zumeist deprimierende Ausschnitte afrikanischer Wirklichkeit, die der Komplexität dieses Kontinents, seiner Vielfalt und seinen Widersprüchen, seinen Defiziten und Potenzialen, seinem Reichtum und den großen Unterschieden zwischen den Lebensmöglichkeiten seiner Menschen in keiner Weise gerecht werden? „Afrika genau nehmen“ ist der Titel eines in diesem Heft erscheinenden Beitrags von Joel Sengi, der auf den Punkt bringt, was Ziel und Inhalt politischer Bildung zu Afrika sein sollte: Genau hinsehen, offen sein für Informationen und Eindrücke, vor allem solche, die die traditionell vermittelten Klischees über Afrika in Frage

stellen, aber auch bereit sein für die Auseinandersetzung mit den Ursachen von Missständen und den Herausforderungen, denen wir in der Annäherung an Afrika begegnen, das sich wie kaum ein anderer Kontinent als Projektionsfläche für unsere Ängste, Sehnsüchte, aber auch Welterrettungsphantasien anzubieten scheint.

Die Beiträge in dieser Ausgabe sollen einen Eindruck von den Möglichkeiten einer Beschäftigung mit Afrika in der politischen Bildung vermitteln. Da geht es um die politische Konzeption, die der Afrikapolitik der Bundesregierung zugrunde liegt, um Ansätze der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, die ja auch zugleich politische Bildung und Menschenrechtsbildung ist, um die Unterstützung von Demokratiebestrebungen in Westafrika am Beispiel der dort tätigen Konrad-Adenauer-Stiftung und um die von Afrikanern und Deutschen gemeinsam geleistete Aufklärung und Information über die Situation in den afrikanischen Staaten. Dass die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in Afrika und mit in Deutschland lebenden Afrikanern und Afrikanerinnen den partnerschaftlichen Austausch und gemeinsame Initiativen fördert, wird deutlich in den Berichten über Projekte und Veranstaltungen. Aber es wird auch nicht verschwiegen, dass im Engagement für Afrika die Möglichkeit der Enttäuschung liegt, wenn die Erwartungen zu hoch gesteckt und mit eigenen politischen Zielen verbunden werden, die der afrikanischen Wirklichkeit nicht angemessen sind. Dies zu akzeptieren und dennoch in einem empathischen Interesse an Afrika nicht nachzulassen, ist eine Aufgabe, die sich vor allem in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit stellt.

Ingeborg Pistohl

Grundlagen und Ziele der deutschen Afrikapolitik

Aktuelle Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit Afrika

Günter Nooke

Die Politik der Bundesregierung gegenüber Afrika soll fordern und fördern, die Potentiale des Kontinents erschließen helfen und sich an den Interessen und Werten der Bundesrepublik Deutschland orientieren. Günter Nooke erläutert, was dies konkret unter den aktuellen Bedingungen in Afrika bedeutet, und verschweigt dabei nicht die Probleme, die sich stellen. Mit Blick auf die neuen politischen Entwicklungen geht er auf die Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit Afrika ein, wobei er zwischen verschiedenen Regionen des Kontinents differenziert. Besonderes Augenmerk widmet er dem politischen Umbruch in den nordafrikanischen Staaten, der Anlass zur Hoffnung gibt, auch wenn sein Ausgang noch ungewiss ist.

Afrika zwischen Mythos und Wirklichkeit

Afrika ist seit jeher Projektionsfläche zahlreicher Mythen und Träume. In der Reise- und Abenteuerliteratur über Afrika kehren zahlreiche Motive immer wieder auf. Afrika ist darin geheimnisvoll und dunkel, im gleichen Atemzug lebensfroh und bunt. Reiseanbieter für Afrika-Reisen locken nicht selten mit dem Zauber einer anderen Welt zwischen Voodoo und Großwildjagd. Aber auch die historische und politische Auseinandersetzung mit Afrika regt zur Stereotypenbildung an. Afrika ist Wiege der Menschheit. Heute wirbt der Stardesigner

Louis Vuitton für seine edlen Produkte mit dem Slogan „Every journey began in Africa“. Afrika ist der Kontinent, wo europäische Kolonialsysteme zu

Afrika kann zu Recht auf eine reiche, eigene Kultur und eine alte, reiche Geschichte verweisen

schlimmsten Auswüchsen eskalierten. Gleichzeitig kann er zu Recht auf eine reiche, eigene Kultur und eine alte, reiche Geschichte verweisen. Häufig wird jedoch die historische und aktuelle Bedeutung vorstaatlicher Ordnungen und Zugehörigkeiten übersehen oder unterschätzt. Die Geschichte Afrikas beginnt nicht mit der Kolonialisierung durch die Europäer, dem Sklavenhandel oder dem Erreichen der staatlichen Unabhängigkeit seit den 50er Jahren, sondern ist erheblich vielfältiger als allgemein angenommen wird.

Es gibt viele Afrikas! Wir erkennen heute in Afrika nicht nur die staatliche Souveränität von 54 Staaten an, sondern kennen auch über 2000 Ethnien und

Afrika ist nicht nur vielfältig, es ist auch in weiten Teilen sehr anders als Europa!

Sprachen auf dem Kontinent. Nordafrika unterscheidet sich maßgeblich von den Ländern des südlichen Afrikas. Neben der

größten Wüste der Welt gibt es hier die wasserreichsten Regionen der Erde, einen Großteil des Tropenwaldes und fruchtbare Böden, die nicht vergleichbar sind mit den zahlreichen verödeten Landstrichen am Horn von Afrika. Auch die Herrschaft der unterschiedlichen Kolonialmächte Frankreich, Großbritannien, Belgien, Portugal, Spanien und Deutschland wirkte nicht im gleichen Maße. Afrika ist nicht nur vielfältig, es ist auch in weiten Teilen sehr anders als Europa!

Deutsche Afrikapolitik

Unsere Afrikapolitik wird von unseren ureigenen Interessen und Werten geleitet. Neben dem Schutz elementarer Menschenrechte und der Wahrung des Friedens und der Sicherheit sind das die wirtschaftliche und soziale Prosperität un-

©Pers. Afrikabeauftragter der BKin



Der Matopos National Park liegt in Matabeleland in Simbabwe. Die San lebten hier vor 2000 Jahren und haben ein reiches Erbe an Felszeichnungen hinterlassen. Cecil Rhodes, dessen Grab sich hier befindet, nannte diesen Ort wegen seiner atemberaubenden Aussicht ‚View Of The World‘. Die Shona und viele andere Stämme im südlichen Afrika betrachten Matopos als Heiligtum.

Unsere Afrikapolitik wird von unseren ureigenen Interessen und Werten geleitet

seres Nachbarkontinents und der Schutz der natürlichen Ressourcen. Auch die Arbeit der deutschen Botschaften vor Ort spielt natürlich eine besondere Rolle und kennzeichnet unsere Afrikapolitik. Unsere gegenseitigen Wahrnehmungen prägen auch die praktische Politik und sind Herausforderung und Chance zugleich.

Uns ist wichtig: Die Menschen in Afrika sind in erster Linie selbst für den Kontinent und ihre jeweiligen Länder verantwortlich. Stärker als früher streben wir echte Partnerschaften an. Von Paternalismus und einer Politik von oben herab haben wir uns verabschiedet, manchmal mehr verbal als immer auch real und in unserem Denken.

Unser Ziel ist es: Die afrikanischen Partner gleichzeitig zu fördern und zu fordern. Gleiche Rechte und Pflichten in der Partnerschaft sollten selbstverständlich sein. Wir müssen berechnete Kritik an uns genauso anerkennen, wie wir uns nicht scheuen sollten, auch bei afrikanischen Ländern das zu kritisieren, was wir auch bei uns oder anderswo auf der Welt kritisieren würden; gemeint sind z. B. endemische Korruption und schwere Menschenrechtsverletzungen. Unsere deutsche und europäische

Unsere deutsche und europäische Afrikapolitik setzt auf die Chancen und Potentiale des Kontinents und auf seine Menschen

Afrikapolitik setzt auf die Chancen und Potentiale des Kontinents und auf seine Menschen. Sie darf aber nicht die Augen verschließen vor den großen Problemen und Herausforderungen, mit denen dieser Kontinent zu kämpfen hat. Realismus, nicht Romantik oder Wunschenken, welches meist an den konkreten Gegebenheiten vorbei gehen kann, sind gefordert. Europa und Deutschland profitieren am meisten von einem friedlichen, sicheren und prosperierenden Nachbarkontinent. Frieden, Stabilität, Sicherheit, gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Schutz elementarer Menschenrechte und Demokratie – vielleicht sogar in dieser Reihenfolge – stehen dabei im Zentrum unseres Engagements.

Die Themen Wirtschaft; Klima und Umwelt; Energie und Rohstoffe sowie Bildung und Forschung bekommen eine immer größere Bedeutung. Afrikanische Partner fragen nach mehr Kooperation mit der deutschen Wirtschaft und weniger nach Entwicklungszusammenarbeit und der Erfüllung der 0,7 % ODA-(Official Development Assistance)

Quote. Der Kontinent ist in den letzten Jahren auch als Partner für die deutsche Wirtschaft interessanter geworden. Die Bundesregierung hat dem in den letzten zwei Jahren verstärkt Rechnung getragen. Denn nachhaltiges und breitenwirksames

Nachhaltiges und breitenwirksames Wachstum beginnt mit dem Aufbau von Produktionsstrukturen, der Erzeugung und dem Vertrieb von Produkten, die Menschen in Lohn und Arbeit bringen

Wachstum beginnt mit dem Aufbau von Produktionsstrukturen, der Erzeugung und dem Vertrieb von Produkten, die Menschen in Lohn und Arbeit bringen. Vor allem muss der innerafrikanische Handel ausgebaut werden – er ist heute immer noch geringer als zu Kolonialzeiten. Investitionen von deutschen und internationalen Unternehmen sind wünschenswert. Auch die Aktivitäten der Schwellenländer, aufstrebender Volkswirtschaften, wie von China, Indien, Brasilien, Südkorea, der Türkei oder Indonesien, sind zu begrüßen und mehr als Herausforderung westlicher Staaten denn als Konkurrenz für sie zu bewerten.

Gemeinsam – afrikanische Regierungen, der Westen und die Schwellenländer – sollten wir alles vermeiden, damit keine neuen, einseitigen Abhängigkeiten Afrikas von anderen Ländern entstehen, die nur an der Ausbeutung billiger Ressourcen interes-



©Pers. Afrikabeauftragter der BKin

Mo Ibrahim und Günter Nooke (von rechts nach links): Jährlich wird von dem sudanesischen Mobilfunkunternehmer Mo Ibrahim der Mo Ibrahim Preis für gute Regierungsführung an afrikanische Staats- und Regierungschefs vergeben.

Das diesjährige Mo Ibrahim Forum fand in Tunis statt, der „Prize for Achievement in African Leadership“ wurde an den Präsidenten von Kap Verde, Pedro Pires, vergeben.

siert sind. Verantwortliche und Ressourcen und Umwelt schonende Investitionen sind für Afrika genauso wichtig wie für andere Regionen der Erde.

Das „Afrika-Konzept“ der Bundesregierung liefert den strategischen Rahmen und eine Klammer für unsere Außenpolitik auf diesem Kontinent. Es nimmt Sicherheits-, Außenwirtschafts-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik gleichermaßen in den Blick und verbindet sie in einer an Werten und Interessen orientierten Politik.

Angestrebt wird dabei, den unterschiedlichen Ländern und ihren eigenen Entwicklungskonzepten gerecht zu werden. Im Konzept wird deshalb ganz explizit auf die Vielfältigkeit und den Facettenreichtum des Kontinents Bezug genommen. Das Wort Entwicklungshilfe kommt dabei nicht mehr vor, auch wenn bis heute noch zu viele Entwicklungsideologien fabriziert werden.

Entwicklung in Afrika

Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent verliefen in der letzten Dekade rasant und durchaus positiv. Wie bei den Demonstrationen auf dem Tahrir Platz in Kairo und anderen Städten Nordafrikas deutlich wurde, fordern die Menschen zunehmend Freiheitsrechte und Demokratie ein. Dabei dürfen soziale Ungerechtigkeiten als eine weitere Triebfeder für die Entwicklungen in Nordafrika nicht unterschätzt werden.

Die Anzahl der kriegsrischen und gewaltsamen Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent ist in der letzten Dekade deutlich zurückgegangen

Die Anzahl der kriegerischen und gewaltsamen Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent ist in der letzten Dekade deutlich zurückgegangen. Einige Konflikte wie in Darfur, Somalia,

in Nordnigeria oder im Ost-Kongo dauern an und werden teilweise gewaltsam ausgetragen. In Regionen wie Nordnigeria kommt es zu Auseinandersetzungen, die zumindest religiös beeinflusst sind. Ethnisch bedingte Auseinandersetzungen gab es nach den Wahlen 2008 in Kenia. Die Auseinandersetzungen nach den Wahlen 2010 in der Côte d'Ivoire zeigten, wie labil die Lage in einzelnen Staaten Afrikas sein kann und wie schnell Kämpfe um die politische Macht religiös und ethnisch eingefärbt werden. Oft handelt es sich bei Konflikten in Afrika um Ressourcenkonflikte. Es geht um Land, das von sesshaften Bauern bewirtschaftet

und gleichzeitig von umherziehenden Nomaden für ihre Viehherden beansprucht wird; ein Konflikt, wie er schon in der Bibel im ersten Buch Mose zwischen Kain und Abel beschrieben ist. Zu punktueller politischer Gewalt kam und kommt es immer wieder in schlecht regierten Ländern wie in Simbabwe unter Präsident *Mugabe*. Auch Staaten wie Südafrika kennen z. T. massive Gewalt in den Townships und auch gegen weiße Farmbesitzer. Der Arabische Frühling hat z. B. in Ägypten zu neuer, allgemeiner Unsicherheit und zu mehr Gewalt gegen koptische Christen geführt. Die Entwicklung in Libyen muss auch nach *Gaddafis* Tod im positiven wie im negativen Sinne als völlig offen eingeschätzt werden. Trotz all dieser Einschränkungen kann dennoch ein tendenziell positiver Trend verzeichnet werden, vergleicht man die Situation mit den Konflikten und Kriegen der 90er Jahre und im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends.

Demokratie ist nach dem Ende der Blockkonfrontation zwischen Ost und West flächendeckend zum allgemeinen Bezugspunkt des politischen Wandels in Sub-Sahara-Afrika geworden

Demokratie ist nach dem Ende der Blockkonfrontation zwischen Ost und West flächendeckend zum allgemeinen Bezugspunkt des politischen Wandels in Sub-Sahara-Afrika geworden. Heute gibt es nur wenige Staaten in Afrika, die nicht Mehr-

parteiensysteme haben und regelmäßig Wahlen abhalten. Gleichzeitig setzen sich in zahlreichen afrikanischen Staaten autokratische Herrschaftspraktiken hinter demokratischer Fassade fort. Wahlen werden zwar abgehalten, aber ihr demokratischer Charakter durch stark personalisierte Parteien, die Übermacht des Präsidenten und klientelistisch geprägte „Politik des Bauches“ unterhöhlt. In Kamerun wurde im Oktober 2011 *Paul Biya*, der drittdienstälteste Staatschef des Kontinents (nach *Robert Mugabe* in Simbabwe und *Teodoro Obiang Nguema Mbasogo* in Äquatorialguinea) durch freie und faire Wahlen erneut bestätigt. Doch das Land ist aufgrund der eingeschränkten Rechtssicherheit und ausufernden Korruption kein Vorzeigebispiel einer funktionierenden Demokratie in Afrika. Um einzelne Länder aber angemessen zu beurteilen, scheint es hilfreich zu sein, Trends zu beobachten und auch kleine Schritte in Richtung mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu würdigen, und die gibt es auch in Kamerun.

Nach Präsidentschaftswahlen in Ghana, Niger, Côte d'Ivoire und Guinea sowie jüngst in Sambia kann man beobachten, dass auch langjährige Staats-

chefs das Feld räumen müssen, wenn sich die Mehrheit der Bevölkerung in demokratischen Wahlen gegen sie entschieden hat. Eindrucksvoll ist dazu auch die Position der Afrikanischen Union, die die Staatsoberhäupter Afrikas versammelt. Sie duldet den unrechtmäßigen Machterhalt altausgedienter Staatsmänner in ihren eigenen Reihen nicht mehr und legt Wert auf verfassungsgemäße Machtwechsel.

Im Durchschnitt ist die Wirtschaft Afrikas seit der Jahrtausendwende um knapp sechs Prozent pro Jahr und damit stärker als der Weltdurchschnitt gewachsen. Obwohl von einem vergleichsweise niedrigen Niveau ausgegangen, stellt das enorme Wirtschaftswachstum langfristig eine große Chance für die Reduzierung der Armut auf dem Kontinent dar.

Obwohl von einem vergleichsweise niedrigen Niveau ausgegangen, stellt das enorme Wirtschaftswachstum langfristig eine große Chance für die Reduzierung der Armut auf dem Kontinent dar

bezeichnet. Tatsächlich betrifft dies nicht alle afrikanischen Länder, sondern lediglich die regionalen ökonomischen Schwergewichte Südafrika, Nigeria, Kenia und Ghana. Südafrika wurde als einziges afrikanisches Land als Mitglied in den Kreis der stärksten Volkswirtschaften, der G 20-Gruppe, auf-

genommen. Doch aus „afrikanischen Löwen“ werden deshalb noch nicht gleich die „asiatischen Tiger“, die inzwischen als starke Volkswirtschaften voll in die Weltwirtschaft integriert sind.

Der Rohstoffreichtum eröffnet vielen Ländern südlich der Sahara ein riesiges Potential zur nachhaltigen Bekämpfung von Armut und für wirtschaftliches Wachstum. Gleichzeitig birgt der Reichtum an

Der Reichtum an Ressourcen erhöht das Risiko des Ressourcenfluchs, der soziale Konflikte perpetuieren kann und der Korruption Vorschub leistet

Ressourcen aber auch das Risiko des Ressourcenfluchs, der soziale Konflikte perpetuieren kann und der Korruption Vorschub leistet. Erwiesen ist, dass die Armutsrate speziell in Ländern mit hohem Prokopfeinkommen

auf der Basis von Rohstoffvorkommen wie Erdöl und Erdgas oder wichtigen mineralischen Rohstoffen extrem hoch ist. Die meisten dieser Rohstoffe werden nicht im Land weiterverarbeitet und dementsprechend wenig Menschen finden im Rohstoffsektor Arbeit. Besonders prekär für die langfristig positive wirtschaftliche Entwicklung rohstoffreicher Länder sind die fehlende Diversifizierung der Wirtschaft und die hohe Korruptionsanfälligkeit beim Abbau und Handel mit Rohstoffen. Auch können reiche Einnahmen aus Rohstoffen Regierungen zu einer falschen Sicherheit verleiten

und die notwendige Dynamik für gesellschaftliche Entwicklungen verhindern. Hier sind der politische Wille der afrikanischen Regierungen und der Unternehmen, aber auch die Kontrolle der Zivilgesellschaft und Druck von unserer Seite gefragt. Regierungen und Unternehmen müssen dafür Sorge tragen, dass faire und der Entwicklung des Landes zuträgliche Rohstoffverträge geschlossen werden und die Einnahmen daraus der Gesamtheit der Bevölkerung zugutekommen. Es ist einfacher, schon in den Explorationslizenzen und vor allem in den Abbauverträgen wichtige Fragen zu Förderabgaben und Umwelt- und Sozialstandards zu regeln, als das erst später in den relativ schwa-



©Pers. Afrikabeauftragter der BKIn

Benin erwirtschaftet mehr als 80 % seiner Exporteinnahmen aus der Ausfuhr von Baumwolle. Die Baumwollkerne werden im Land zwar weiterverarbeitet, aber die es existiert keine wettbewerbsfähige Textilproduktion in Benin.

chen Staaten und mit unzureichenden Administrationsstrukturen zu tun.

Aktuelle Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit Afrika

Eine Partnerschaft kann nur funktionieren, wenn man sich grundsätzlich Vertrauen entgegenbringt. Dies gilt insbesondere für die Außenpolitik. Daraus ergeben sich für den politischen Dialog mit dem Partner zahlreiche Parameter, die für eine gute Partnerschaft ausschlaggebend sind: gegenseitiger Respekt, trotz oder gerade wegen der Unterschiedlichkeit der Partner, sowie Ehrlichkeit und Kritikfähigkeit auf beiden Seiten. Es braucht beides: die Fähigkeit zum Perspektivwechsel und das feste Einstehen für die eigenen Überzeugungen. Für uns sollte das bedeuten, universal geltende

Wir sollten universal geltende Menschenrechte im Sinne globaler Mindeststandards auch in Afrika einfördern

Menschenrechte im Sinne globaler Mindeststandards auch in Afrika einzufördern. Es wäre falsch, nach einem Jahrzehnt überzogener Forderungen, wie sie teilweise von westlichen

NGOs vorgetragen werden, in einen totalen Kulturrelativismus zu verfallen und schwere Menschenrechtsverletzungen zu akzeptieren, weil wir einen anderen, uns vielleicht unbekanntem kulturellen Hintergrund allzu schnell als gegeben akzeptieren. Ziel ist der Erhalt der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen, wie es in einer UNESCO-Konvention heißt. Aber das muss auf einer Basis erfolgen, die für jeden einzelnen Menschen ein würdiges Leben und ihm seine gleichen, unveräußerlichen Rechte sichert – gleich ob Mann, Frau, Kind, gleich welcher Herkunft und mit welchen Fähigkeiten und gleich unter welchen Umständen, ob Freund oder Feind, sympathisch oder unsympathisch. Doch diese Rechte können eben nur das würdige Leben sichern. Wie das gute Leben aussehen soll, dazu braucht es in allen Gesellschaften eine öffentliche Verständigung. Dieses Ziel kann nicht per Gesetz verordnet oder von westlichen Geberstaaten finanziert werden; dazu braucht es die harte Arbeit und das Engagement aller. Aus unserer europäischen Erfahrung würde ich formulieren: Dieses Ziel ist leichter zu erreichen, wenn für alle die gleichen Chancen bestehen und vor allem den Eliten und den Regierenden das Wohl aller Menschen im Land am Herzen liegt.

Eine große Herausforderung jeder Afrikapolitik besteht darin, den beschriebenen Balanceakt zwischen Unterstützung und Zwang zur Eigenverant-

Eine große Herausforderung jeder Afrikapolitik besteht darin, den Balanceakt zwischen Unterstützung und Zwang zur Eigenverantwortung und -vorsorge zu meistern

wortung und -vorsorge zu meistern. Auf beiden Seiten die richtigen Signale zu setzen, fällt in der Realität häufig schwer. Was bedeutet afrikanische Eigenverantwortung, und wie können wir sie fordern und fördern, ohne

das Prinzip der gleichberechtigten Partnerschaft zu verletzen? Sollten wir Staaten unterstützen, denen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf ihrem Boden wenig wert sind? Welche Zugeständnisse sind nötig, weil die Stabilität in einer Region nicht gefährdet oder erst einmal hergestellt werden muss? Wie bekämpft man erfolgreich sich zunehmend vernetzende terroristische Gruppen wie die *al-Shabaab* in Somalia, den Maghreb-Zweig von *al-Quaida* und die nordnigerianische *Boko Haram*? Wie geht man die wirklichen Ursachen von Piraterie am Horn von Afrika und im Golf von Guinea an?

Für die gestellten Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Deutschland hat z. B. den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag mitgegründet. Die Diskussion um die Auslieferung des von diesem Strafgerichtshof angeklagten und gesuchten sudanesischen Staatspräsidenten *Al Bashir* wird in Afrika und anderswo sehr unterschiedlich geführt. Aber dieser Gerichtshof ist eben nicht gegen ein Land oder Afrika gerichtet, sondern versieht seine – wie jedes gute Gericht: unabhängige – Arbeit. Wer das nicht will, hätte ihn nicht gründen dürfen. Deutschland wird im Ausland, auch in Afrika, als Partner geschätzt und respektiert. Die Politik der Bundesregierung und auch der Bundeskanzlerin selbst genießen ein hohes Ansehen in Afrika, auch weil wir nur kurze Zeit Kolonialmacht waren, die teilweise sogar in positiver Erinnerung ist, und weil wir keine vordergründig eigenen Interessen auf Kosten anderer verfolgen.

Exkurs: Demokratiebewegungen in Nordafrika

Allgemein gilt wohl, dass die meisten Länder in Subsahara-Afrika zwar schwache Staaten, aber doch demokratische Staaten waren. Dagegen wurden alle Länder Nordafrikas autokratisch, wenn nicht diktatorisch regiert. Die Öffnung der Regime im südlichen Afrika begann schon in den 90er Jahren. Der „Arabische Frühling“ 2011 führte in Tunesien und in Ägypten zu großen Veränderungen und demokratischen Wahlen. Doch wie die neuen Verfassungen aussehen werden und ob die islami-



Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag

schen Parteien den Schutz elementarer Menschenrechte, wozu auch freie Presse, Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit gehören, wirklich garantieren werden, bleibt abzuwarten. Die Veränderungen in beiden Ländern hatten und haben Auswirkungen auf Marokko und die bewaffneten Auseinandersetzungen in Libyen, am wenigsten wohl auf Algerien.

Die mit den Revolutionen verbundenen, vielleicht zu großen, Erwartungen für mehr Gerechtigkeit und wachsenden Wohlstand wurden bisher nicht erfüllt

Mit den Umbrüchen in Tunesien und Ägypten im Januar 2011 verband sich die Hoffnung auf Freiheit und auf mehr soziale Gerechtigkeit. Gerade diese mit den Revolutionen verbundenen großen, vielleicht zu großen, Erwartungen für mehr Gerechtigkeit und wachsenden Wohlstand sind bisher nicht erfüllt worden. Die machtvollen Demonstrationen und leisen Rücktritte der Staatspräsidenten *Ben Ali* von Tunesien und *Hosni Mubarak* von Ägypten sind Beweis dafür, dass Wandel auf Druck breiter Bevölkerungsschichten möglich ist. Zur Mobilisierung von Unterstützern und für eine weltweite Wahrnehmung der Demonstrationen wurden die neuen Medien sehr erfolgreich als Katalysatoren eingesetzt.

Ob die Umbrüche in Nordafrika, der „arabische Frühling“, schon bald aber zur Demokratisierung und Öffnung der Länder führen, ist jetzt noch

nicht voraussehbar. Sicher ist aber, dass einige zentrale Errungenschaften der „Revolutionen“ nicht mehr zurückgenommen werden können. Die Diskussionen in Tunesien und Ägypten um neue Verfassungen und in den neu gewählten Parlamenten zeigen aber eine bisher nicht gekannte Offenheit. Auch wenn darin Positionen deutlich werden, die wir nicht teilen können oder wollen, sollte darin ein positiver Schritt hin zu notwendigen Veränderungen und mehr Freiheitsrechten gesehen werden. Gerade westliche Regierungen stehen manchmal in der Gefahr, Offenheit und damit eine gewisse Unbestimmtheit der Ent-

wicklung zu schnell mit Chaos und Unsicherheit zu verbinden. Wichtig wäre dagegen, den Eindruck zu vermeiden, wir bevorzugten Diktatoren und undemokratische Staaten vor lebendigen und offenen Debatten in Parlament und Gesellschaft. Gleichzeitig – und das ist das Wichtigste – können auch demokratische Staaten und Regierungen mit der neu gewonnenen Freiheit nicht tun und lassen, was sie wollen. Unterdrückung unliebsamer Personen und die Diskriminierung von Minderheiten sind nicht akzeptabel, denn auch Staaten in Nordafrika haben sich zu den entscheidenden Menschenrechtskonventionen bekannt. Universal geltende Menschenrechte gelten damit auch für christliche Minderheiten in mehrheitlich islamischen Ländern. Es kommt also nicht nur darauf an, ob Macht demokratisch legitimiert ist, sondern auch wie sie genutzt wird. Auch demokratisch gewählte Regierungen können, ja müssen kritisiert werden, wenn sie elementare Menschenrechte mit Füßen treten.

Welche Rolle spielten *wir* im arabischen Frühling? Die Bundeskanzlerin drückte schon früh ihre Solidarität mit den friedlichen Demonstranten auf dem Tahrir Platz aus. Später wurden im Rahmen der G 8-Staats- und Regierungschefs zahlreiche Unterstützungsangebote für Nordafrika gemacht. Dies ist gut und richtig. Noch wichtiger ist jedoch,

wie sich die Menschen in Ägypten und Tunesien selbst entscheiden bei der jetzt anstehenden Gestaltung der Verfassung und bei den kommenden Wahlen für Parlament, verfassunggebende Versammlung und Präsidenten.

Die aktuellen Entwicklungen in Ägypten verlangen sehr nach einer genauen und differenzierten Beobachtung der Interessen und Handlungen der wichtigsten politischen Akteure, allen voran das Militär, die Muslimbrüder, die neuen Parteien. Was wurde aus den alten Eliten? Die Gestaltungsmacht des Militärs war schon immer gegeben, denn Ägypten wurde seit 1981 im Ausnahmezustand regiert. Die Armee hat zwar die Sicherheit während der Demonstrationen gewahrt und die Macht nach dem Rücktritt von Mubarak übernommen, allerdings mit dem Versprechen, diese bald an eine zivile und gewählte Regierung zu übergeben. Es wäre an der Zeit, dies jetzt umzusetzen. Doch es kann eine mögliche Übereinkunft zwischen Militär und der Partei der Muslimbrüder geben, die vielleicht Stabilität sichert – was nicht wenig ist – aber nicht

zu einer wirklich demokratischen Verfassung und zu neuen Freiheiten für alle führt.

Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme sowie menschenrechtlichen Herausforderungen reißen also auch nach Ende der Demonstrationen nicht ab und sind nicht leicht zu lösen. Immerhin beteuern viele: „Man weiß jetzt, wo der Tahrir Platz ist!“



Günter Nooke war Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs und Mitglied der ersten freigewählten Volkskammer der DDR. Er war Bundestagsabgeordneter von 1998 bis 2005. Ab 2006 war er Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt, bis er 2010 die Position des Persönlichen Afrikabeauftragten der Bundeskanzlerin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Berlin übernahm. Er ist erreichbar über das BMZ.

E-Mail: guenter.nooke@bmz.bund.de

Politische Bildung in Afrika

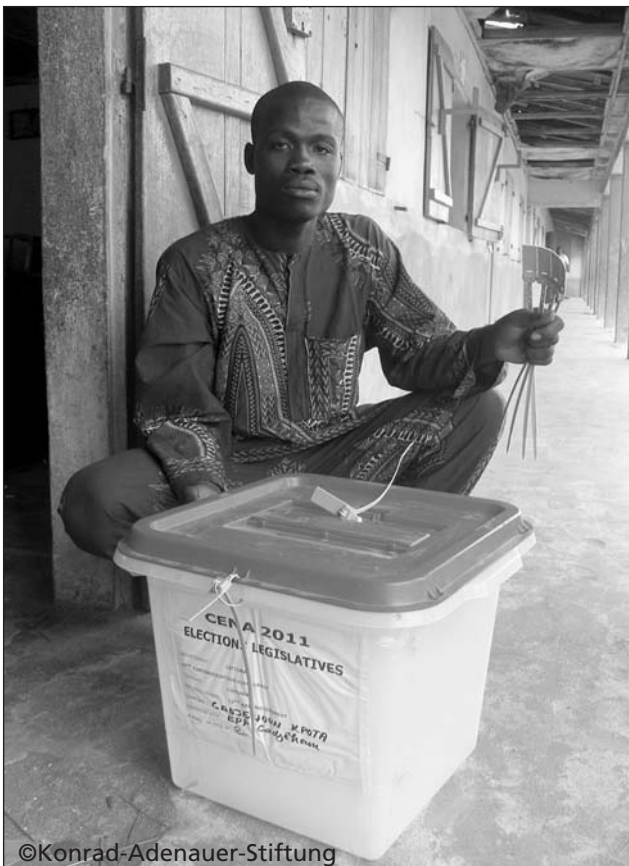
Der Beitrag der politischen Stiftungen zur Demokratieförderung

Elke Erlecke/Maria Zandt

Politische Stiftungen stellen in Afrika einen wesentlichen Bestandteil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und westlichen Außenpolitik dar. Sie unterstützen durch politische Zusammenarbeit und Bildung die demokratische Transformation und Konsolidierung nicht nur in Nordafrika, sondern in vielen Staaten südlich der Sahara. Externe Demokratieförderung orientiert sich an internationalen Leitlinien und nationalen Interessen. Sie folgt dem Grundsatz „Keine Demokratie ohne Demokraten“ und richtet daran ihre nach Nachhaltigkeit strebende Etablierung von demokratischen Eliten und stabilen staatlichen Strukturen aus.

Von Südafrika bis Tunesien – ein Abriss der Demokratieentwicklung in Afrika

Das Afrikabild in der Öffentlichkeit ist vielerorts von Bildern von Armut, Krieg und Elend geprägt. Afrika gilt in den Augen vieler immer noch als ein Kontinent, der von Diktatoren regiert und von blutigen ethnischen Auseinandersetzungen dominiert ist. Dennoch hat sich seit den Unabhängigkeitserklärungen der afrikanischen Staaten Anfang der 60er Jahre vieles geändert. Obwohl die meisten afrikanischen Staaten demokratische Fortschritte



©Konrad-Adenauer-Stiftung

Szene eines Wahlvorgangs in Benin

gemacht haben, weist die Demokratieentwicklung erhebliche Unterschiede zwischen den Staaten des Kontinents auf. Während Länder wie Mauritius und Botswana seit ihrer Unabhängigkeit als Demokratien gelten können, hat in den meisten afrikanischen Ländern erst mit dem Fall des Eisernen Vorhangs ein Demokratisierungsprozess eingesetzt.

In den meisten afrikanischen Ländern hat erst mit dem Fall des Eisernen Vorhangs ein Demokratisierungsprozess eingesetzt

Parallel zu den Geschehnissen auf dem europäischen Kontinent führten die desaströse wirtschaftliche Lage und die Folgen der Strukturanpassungsprogramme Ende der achtziger Jahre zu vermehrten Protesten, die nach und nach auch mit politischen Forderungen verbunden waren. Die „afrikanische Perestroika“ forderte in vielen afrikanischen Staaten ein Ende der autoritären Herrschaftsführung und demokratische Reformen. Das Ende der Apartheid in Südafrika 1990 wurde zum Symbol des demokratischen Transformationsprozesses in Afrika. Doch während in Benin Präsident Kérékou in eine Nationalkonferenz und eine Übergangsregierung einwilligte, waren die Zugeständnisse in anderen Staaten geringer. Dennoch stand – Malawi und Sudan ausgenommen – eine demokratische Transition in allen afrikanischen Staaten zumindest zur Debatte, nicht alle haben sie allerdings vollzogen.¹

Die Demokratieentwicklung in Afrika ist noch jung und bedarf dementsprechend in vielen Staaten einer Konsolidierung. Viele der vermeintlichen Demokratien sind lediglich

Wahlen werden zwar regelmäßig durchgeführt, dienen aber nur dazu, die herrschende Partei oder die Präsidenten im Amt zu bestätigen

lediglich elektorale Demokratien, die zwar regelmäßig Wahlen durchführen, diese aber nur dazu dienen, die herrschende Partei oder herrschende Präsidenten im Amt zu bestätigen. Laut dem Freiheitsindex von *Freedom House* ist die Zahl der freien Demokratien zwischen 1990 bis 2011 von vier auf neun der 52 afrikanischen Staaten gestiegen, während die Zahl der teilweise freien Staaten von 15 auf 23 stieg und 1990 28 Staaten im Gegensatz zu 20 Staaten im Jahr 2011 unfrei waren. Zu den Demokratien zählen Benin, Botswana, Ghana, Kap Ver-

¹ Vgl. Erdmann, Gero: Demokratisierung und Demokraten in Afrika - Zwischenbilanz nach einem Dezennium, in: Jakobkeit, Cord/Hofmeier, Rolf (Hrsg.): Afrika-Jahrbuch 2000, Opladen 2001, S. 36-47 Afrika Jahrbuch 2000

de, Mali, Mauritius, Namibia, São Tomé und Príncipe und Südafrika.² Dennoch: vorbildhafte Demokratien gibt es in Afrika bislang nicht. Die wenigen Demokratien zeichnen sich vielmehr durch politischen Elitismus und ein hohes Maß an sozialer Ungerechtigkeit aus.³

Während zur Jahrtausendwende der Optimismus der 90er Jahre durch stagnierende Demokratisierungsprozesse und Rückfälle in blutige Kriege, wie in Rwanda, der Demokratischen Republik Kongo, Liberia und Sierra Leone, nachgelassen hatte, scheinen die Ereignisse in Nordafrika Anfang 2011 uns eines Besseren zu belehren. Die Jasmin-Revolution in Tunesien und die Flucht des tunesischen Staatsoberhauptes *Zine el-Abidine Ben Ali* haben eine neue Welle von Demokratiebewegungen in Nordafrika und im Nahen Osten losgetreten. Die autoritären Regime, die vorher als undurchdringbar und fest verankert galten, wurden entweder wie in Tunesien und Ägypten von den Demonstranten der Straße vertrieben, oder wie in anderen Staaten der Region doch zumindest in ihren Fugen schwer erschüttert. Mit der Nutzung moderner

Mit der Nutzung moderner Kommunikationsmittel und sozialen Netzwerken haben die Demokratiebewegungen in Nordafrika und dem Nahen Osten eine neue Dimension erreicht

Kommunikationsmittel und sozialen Netzwerken haben die Demokratiebewegungen in Nordafrika und dem Nahen Osten eine neue Dimension erreicht. Der Ausgang dieser epochalen Umwälzungen ist allerdings noch nicht abzusehen, und es wird

abzuwarten bleiben, wo sie erfolgreich sein werden, und wo die derzeitigen Herrscher die Oberhand behalten werden. Auch ist Vorsicht geboten, denn wie die Erfahrung anderer afrikanischer Staaten zeigt, kann der Demokratisierungsprozess auch schnell ins Stocken geraten und autoritäre oder extremistische Kräfte können erneut die Oberhand gewinnen.

Externe Demokratieförderung – ohne Good Governance keine Entwicklung

Der Transformationsprozess der 90er Jahre führte bei den internationalen Gebern zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit dem Thema Demo-

kratieförderung und Good Governance. War man doch optimistisch, dass mit den eingeleiteten politischen Transformationsprozessen Demokratie und eine freie Marktordnung triumphieren würden. Ohne Gute Regierungsführung keine Entwicklung, so die These. Ohne den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und demokratisch legitimierter Institutionen, ohne die Partizipation der Bevölkerung und effektive Ausübung der Kontrollfunktion des Parlaments ist eine nachhaltige Entwicklung nicht möglich. Deren Aufbau zu unterstützen ist Aufgabe externer Demokratieförderung.

Der entscheidende Wandel muss von innen kommen und kann von der internationalen Gemeinschaft lediglich unterstützt, aber nicht erzwungen werden

Eines steht allerdings fest: die Festigung der Demokratie muss von innen kommen. Ohne den politischen Willen der Partnerregierungen, Eigenverantwortung zu übernehmen und notwendige Reformen durchzuführen,

wird die externe Demokratieförderung nicht von Erfolg gekrönt sein. Der entscheidende Wandel muss von innen kommen und kann von der internationalen Gemeinschaft lediglich unterstützt, aber nicht erzwungen werden.

Dennoch können internationale Geber den Demokratisierungsprozess fördern. Im Vordergrund stehen dabei die Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen, unabhängiger Rechtsprechung, bei einem funktionierenden Mehrparteiensystem und einer aktiven Bürgergesellschaft. Hierbei gilt es besonders die Führungseliten entsprechend weiterzubilden, seien es Vertreter der politischen Parteien, der Parlamente, der Regierungen oder der Gerichte. Sie können dazu beitragen, demokratische institutionelle Strukturen aufzubauen und Rechtsstaatlichkeit zu schaffen. Eine Demokratie lebt aber nicht nur von ihren Institutionen und politischen Eliten, sondern auch von einer effektiven Partizipation und Kontrolle der Zivilgesellschaft. Hier gilt es sowohl Nichtregierungsorganisationen als auch die Medien zu stärken. Zunehmend verbreitet sich auch die Erkenntnis, dass nicht nur einzelne Institutionen und Akteure unterstützt werden müssen, sondern besonders der politische Dialog zwischen der politischen und der zivilgesellschaftlichen Sphäre gefördert werden muss. Strategien der Armutsbekämpfung können nur nachhaltig sein, wenn von Anfang an alle Akteure einbezogen sind und es bei ihrer Umsetzung kontinuierliche Kontrollmechanismen durch die Parlamente, Gerichte, die Zivilgesellschaft und die Medien gibt.

2 Freedom House, <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011>

3 Vg. Erdmann, Gero, a. a. O.

Demokratieförderung sollte als Querschnittsaufgabe in der Entwicklungszusammenarbeit verstanden werden

Externe Demokratieförderung darf dabei aber nicht in die Versuchung geraten, festgeschriebene Demokratiemodelle zu vermarkten. Vielmehr geht es darum, universelle Werte von Freiheit, Transparenz, Rechtssicherheit und Respekt vor politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten zu vermitteln. Demokratieförderung sollte dabei als Querschnittsaufgabe in der Entwicklungszusammenarbeit, zum Beispiel bei der Unterstützung des Aufbaus von funktionierenden Bildungs- und Gesundheitssystemen oder Infrastrukturmaßnahmen, verstanden werden.

Die Rolle der politischen Stiftungen in der Demokratieförderung

Die deutschen politischen Stiftungen gehören zu den ältesten und erfahrensten Akteuren im Bereich der internationalen Demokratieförderung. Sie komplettieren damit die offizielle Entwicklungszusammenarbeit. Im Gegensatz zu dem erst in den 90er Jahren wachsenden Interesse der internationalen Geber an Demokratieförderung blicken die deutschen Stiftungen auf nahezu 50 Jahre Erfahrung in diesem Bereich zurück. Die beiden großen politischen Stiftungen, die *Friedrich-Ebert-Stiftung* und die *Konrad-Adenauer-Stiftung*, sind bereits seit den 60er Jahren neben ihren Aktivitäten in Deutschland auch im Bereich der internationalen Demokratieförderung tätig.

Die Unterstützung von politischen Transformationsprozessen und der Konsolidierung repräsentativer Demokratien und rechtsstaatlichen Prinzipien konzentrierte sich in den frühen Jahren besonders auf Lateinamerika und weitete sich dann sukzessive auf die anderen Kontinente aus. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist heute mit 80 Büros in über 100 Ländern rund um die Welt aktiv. Neben den deutschen Stiftungen ist eine Vielzahl anderer internationaler politischer Stiftungen, wie zum Beispiel das amerikanische *National Democratic Institute* oder das niederländische *Institute for Multiparty Democracy*, im Bereich Demokratie- und Parteienförderung aktiv.

Schwerpunkt der Stiftungsarbeit im demokratischen Transformationsprozess ist die Fortbildung von politischen und gesellschaftlichen Führungseliten und die Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen.

Schwerpunkte der Stiftungsarbeit im demokratischen Transformationsprozess sind die Fortbildung von politischen und gesellschaftlichen Führungseliten und die Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen

Dabei arbeiten die Stiftungen schwerpunktmäßig auf der Basis einer werteorientierten Partnerschaft mit Parteien, aber auch mit Parlamenten, Organisationen der Zivilgesellschaft und den Medien zusammen. Durch ihre relative Unabhängigkeit von Regierungsverhandlungen mit den Partnerländern können die politischen Stiftungen neben den staatlichen Autoritäten auch mit Oppositionsparteien, zivilgesellschaftlichen Gruppen und kritischen Medien kooperieren. Dieses Alleinstellungsmerkmal ermöglicht es ihnen, pro-demokratische Strömungen auch in autoritären und sensiblen politischen Rahmenbedingungen bereits an der Wurzel zu fördern.

Durch ihre langjährige Tätigkeit pflegen die politischen Stiftungen in vielen Ländern über Jahrzehnte gewachsene enge Verbindungen zu ihren Partnern und können sich so auf ein solides Netzwerk politischer und gesellschaftlicher Kräfte stützen. Das dadurch



Schulung Zivilgesellschaft regional

entstandene Vertrauensverhältnis ermöglicht es den Stiftungen, auch in politisch schwierigen Situationen den politischen Dialog aufrechtzuerhalten, besonders wenn sich bilaterale Geber zurückziehen müssen.

Die Umwälzungen in der arabischen Welt zeigen, dass sich der langjährige Einsatz dort gelohnt hat. So können sich die Stiftungen auf die jahrelang gepflegten Kontakte zu oppositionellen Gruppen stützen und daran nun gezielt anknüpfen. Allerdings zeigt sich hier auch das Dilemma der klaren Identifikation von pro-demokratischen Kräften. Die ideologische Verortung der neuen politischen Kräfte lässt sich noch längst nicht ausmachen. Dies ist nicht nur eine Herausforderung für die Stiftungen in Nordafrika, sondern in Afrika generell. Angesichts von strukturell und programmatisch schwachen Parteiensystemen gibt es oftmals keine direkten ideologisch und wertegleichen Schwesterparteien für die Stiftungen. Hier gilt es zunächst breiter angelegt reformwillige politische und gesellschaftliche Kräfte weiterzubilden und besonders den politischen Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft zu fördern.⁴

Politische Bildung in Afrika: Ansätze der Konrad-Adenauer-Stiftung in Westafrika

Den Bürgern Wissen über Politik und Wirtschaft zu vermitteln, sie als Mitglieder der Zivilgesellschaft zu (politischem) Engagement zu motivieren – dies ist der kleinste gemeinsame Nenner aller politischen Bildungsmaßnahmen. Im afrikanischen Umfeld treten Bedingungen und Hindernisse, Fortschritte

Gemeinsame Interessen und Werte bestimmen Ausmaß, Methoden und Zielsetzungen der politischen Bildungsmaßnahmen

und Erfolge politischer Bildung mit besonderer Schärfe hervor. Politische Bildung findet hier im Kontext politischer Zusammenarbeit statt. Ziel ist die Kooperation auf Augenhöhe mit den

Partnern vor Ort, die Verantwortung für ihr politisches Handeln übernehmen und souverän über das Schicksal ihres Landes bestimmen. Gemeinsame Interessen und Werte bestimmen Ausmaß, Methoden und Zielsetzungen der politischen Bildungsmaßnahmen. Beispielhaft soll dies im Folgenden an Hand des **Regionalprojektes Politischer Dia-**

log Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) gezeigt werden.

Im Jahr 2012 werden es zwanzig Jahre her sein, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung für die Staaten Benin, Togo, Côte d'Ivoire, Burkina Faso, Niger und Mali ein Programm auflegte, das sich nach mehreren Umstrukturierungen heute drei Hauptziele setzt: Zusammenarbeit mit Parteien und Parlamenten, Sicherheitsdialog in der Region, Dialog über Soziale Marktwirtschaft. Grundsätzlich hatte und hat die Arbeit zum Ziel, mit Eliten zusammenzuarbeiten und langfristig Strukturen zu ändern.

Stabil statt labil: Eliten fördern – Strukturen verändern

In den Jahren nach den demokratischen Revolutionen von 1990 kam es zunächst darauf an, in einer Region von der Größe Westeuropas die Zivilgesellschaft aufzubauen und damit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine verstärkte Rolle im Dialog mit der Politik zu geben. Ein Beispiel: der dreijährige Ausbildungslehrgang *Contrôle Social*. Sechs Generationen lang bildete die Konrad-Adenauer-Stiftung junge Freiwillige zivilgesellschaftlicher Organisationen in einer dreijährigen Ausbildung aus. Sie kommen aus NGOs, die in den Bereichen Demokratieförderung und Menschenrechtsschutz arbeiten. Am Ende des Lehrgangs sind sie Animateure der Erwachsenenbildung, das heißt, sie werden ihr Wissen an die Bevölkerung als Multiplikatoren weitergeben. Die langjährige Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zielte langfristig auf deren selbständiges Agieren ab. Schulungen in Projektmanagement und -förderung machten die zivilgesellschaftlichen Gruppen wettbewerbsfähig auf dem freien Markt. Sie sind nunmehr fähig, Projekte in Eigeninitiative zu akquirieren, sie definieren Zielsetzungen und entwerfen Projekte für demokratisches Lobbying.

Zivilgesellschaft aufbauen heißt auch *Wissen für die Bevölkerung* bereitstellen. Studenten aus der Programmregion stehen zum Beispiel Studiengänge am UNESCO-Lehrstuhl für Menschenrechte an der Universität Cotonou offen, der 1995 gegründet wurde, um die demokratische Entwicklung in Benin und in der Region zu unterstützen. Daneben wendet sich der Lehrstuhl mit Seminaren und Konferenzen an die interessierte Öffentlichkeit.

Parteien in Afrika erfüllen ihre Rolle, die ihnen eigentlich in der Demokratie zugeordnet ist, nur unvollständig. Politischen Parteien kommt in einer Demokratie die Aufgabe zu, gesellschaftliche Interessen zu vertreten, sich selbst für diese Aufga-

4 Vgl. Weissenbach, Kristina: Wenn nicht jetzt, wann dann: Zur Parteienförderung der deutschen Stiftungen in Zeiten der Transition, in: Zeitschrift für Politikberatung, Juni 2011, Heft 1, Nomos.



Der UNESCO-Lehrstuhl für Demokratie und Menschenrechte veranstaltete im Juli 2011 eine Regionalkonferenz zum Thema Menschen- und Flüchtlingsrechte in Cotonou

ben zu organisieren und programmatisch aufzustellen sowie Personal für politische Führungsaufgaben eines Staates bereitzustellen. Alles dies geschieht in einem ständigen Wettbewerb der verschiedenen politischen Anbieter. Afrikanische

Strukturelle Schwächen, wie fehlende Finanzierungsquellen, Konzentration auf wenige Führungspersönlichkeiten und eine unzulängliche Innen- und Außenkommunikation, verbinden sich mit mangelnder Programmatik in afrikanischen Parteien

große Schwierigkeiten, angesichts des herrschenden Anciennitätsprinzips Führungs- und Entscheidungspositionen innerhalb der Parteien zu erhalten, bei Frauen kommt der Kampf gegen das Patriarchat hinzu. Entsprechend agiert politische Bildung im Parteienbereich: Coaching von Einzelpersönlichkeiten, Aufbauhilfe für Parteistruktur und -organisation, Vermittlung von Inhalten und

Parteien haben in der Regel einen weiten Weg vor sich, um diesem Bild zu entsprechen. Strukturelle Schwächen, wie fehlende Finanzierungsquellen, Konzentration auf wenige Führungspersönlichkeiten und eine unzulängliche Innen- und Außenkommunikation, verbinden sich mit mangelnder Programmatik. Junge Politiker haben

Methoden, die sich mit Leadership verbinden, sowie Argumentations- und Programmtrainings erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Parteien.

Das Mandat als Mission verstehen: Zusammenarbeit mit Parlamenten

Parlamente sind Ausdruck der Volkssouveränität. Ihre Abgeordneten sind eine der Hauptzielgruppen der politischen Bildungsarbeit des Regionalprogramms in Westafrika. In den (semi-)präsidentiellen Regierungssystemen des Projektgebietes vermittelt die KAS den Parlamentariern Kenntnisse über Haushaltsrecht, über den Gesetzgebungsprozess sowie über ihre Funktion, die Exekutive zu kontrollieren. In der Praxis sieht dies zum Beispiel im Sahelstaat Niger so aus: Nach der Parlamentswahl Anfang 2011, die die Rückkehr von der Militärjunta zur Demokratie einleitete, waren 80 % der Abgeordneten neu gewählt. Weniger als ein Viertel konnte Erfahrungen in der parlamentarischen Arbeit vorweisen. In diesem Fall konnte das Regionalprogramm direkt mit der Schulung der Parlamentarier beginnen, da der Chef der Militärjunta die Konrad-Adenauer-Stiftung nach den Wahlen bereits um Unterstützung gebeten hatte. Ein seltener Glücksfall – im Niger hatte das Militär seine Verantwortung für stabile staatliche Struktu-

ren ernst genommen. Weniger positiv waren die Ausgangsvoraussetzungen für die Schulung: Die Mehrzahl der neuen Abgeordneten hatte weder ein klares Bild von ihren Aufgaben noch von der Rolle von Fraktionen oder Ausschüssen. Was die Tätigkeiten eines Parlamentariers ausmacht, war unklar. Was zu seiner Rolle bei Gesetzgebung und Regierungskontrolle gehört, ist nicht bekannt. Die Folge für Methode und Inhalt der Schulung war ein dichtes Informationsangebot mit genügend Freiraum zu vertiefender Diskussion und Nachfragen, um die politische Situation im eigenen Land zu reflektieren. Die kognitive Ebene war aber nur eine Seite der Medaille bei dieser Schulung. Immer wieder wurde bei allen Diskussionen deutlich, dass die alten Grabenkämpfe aus der Zeit des Militärputsches im Jahr 2010 und aus den anschließend heftig geführten Wahlkämpfen noch längst nicht

Der endgültige Schritt zu einer politischen Kultur, die den Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungsrolle als normal akzeptiert, ist noch lange nicht getan

beigelegt waren. Der endgültige Schritt zu einer politischen Kultur, die den Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungsrolle als normal akzeptiert, ist noch lange nicht getan. Was ebenfalls völlig fehlte:

das Bewusstsein für einen permanenten Dialog der Gewählten mit ihren Wählern – auch außerhalb von Wahlkampfzeiten. Erste Schritte in dieses demokratische Neuland wurden getan: Die Abgeordneten entwickelten nach dem Prinzip „Erfahrungen teilen“ Überlegungen zu einem Parlamentarierhandbuch, zu Besuchen der Bevölkerung im Parlament sowie zur Einrichtung von Abgeordne-

tenbüros, die den Kontakt mit der Bevölkerung verstetigen sollen.

Regionaler Sicherheitsdialog: Militär, Politik und Zivilgesellschaft

Militär und Sicherheitskräfte halten sich in Westafrika in der Regel nicht an die in der Verfassung verankerten Aufgaben wie dem Schutz der Außengrenzen und der Bevölkerung. Das Parlament bzw. die Regierung kontrollieren das Militär nur in den seltensten Fällen. Dabei sind die Sicherheitskräfte

Sicherheitskräfte sind zumeist der einzig stabile und berechenbare Faktor eines Landes zumeist der einzig stabile und berechenbare Faktor eines Landes. Um diesen auch zu einem Faktor der Demokratie zu machen, leitete die

Konrad-Adenauer-Stiftung in Westafrika daher frühzeitig demokratische Bildungsmaßnahmen für Sicherheitskräfte ein. Soldatinnen und Soldaten lernen, dass sie „Bürger in Uniform“ sind und nicht eine privilegierte Sondergliederung der Gesellschaft, die ermächtigt ist, Menschenrechtsverletzungen zu begehen und sich willkürlich jenseits des Rechtsstaates zu begeben. Demokratische Grundwerte und Spielregeln stehen im Zentrum der Maßnahmen. Daneben treffen sich Angehörige des Offizierskorps mit zivilen Politikern und tauschen sich über generelle Fragestellungen der Demokratie wie auch über aktuelle politische Fragen aus. Dieser Dialog sorgt für Verständnis und Vertrauen zwischen den beiden Gruppen.⁵ In innenpolitisch instabilen Situationen, in Kriegs- oder Putschszenarien, wie 2010 im Niger oder in der Elfenbeinküste, können solche langjährig durchgeführten Maßnahmen einen wichtigen



©Konrad-Adenauer-Stiftung

Militärschulung in Mali

5 „Die Militärs konnten zeigen, dass sie auch „normale“ Menschen sind, wie ihre Mitbürger – Väter, Ehemänner, Freunde, Nachbarn etc. - sobald sie nach Feierabend ihre Uniform abgelegt haben. (...) ‚Das Eis wurde gebrochen‘, so ein befragter Militär über die Wirkung der gemeinsamen Konferenz zwischen Sicherheitskräften und Zivilgesellschaft“, in: Evaluierung Regionalprojekt Politischer Dialog Westafrika, hrsg. von der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2009, S. 29.

Beitrag dazu leisten, um die Stabilität in der Region wieder zu etablieren.

Die Revolution in Nordafrika war zu großen Teilen ein Produkt moderner Kommunikation und sozialer Netzwerke. Vier Flugstunden weiter südlich, in den Staaten der Atlantikküste, hatte die politische

Schon vor den Umwälzungen im Norden wurde damit begonnen, der rasanten Entwicklung der Medien Rechnung zu tragen

Bildung bereits schon vor den Umwälzungen im Norden begonnen, der rasanten Entwicklung der Medien Rechnung zu tragen. So ergänzen oder ersetzen *virtuelle Maßnahmen* die traditionel-

len Konferenzen und Seminare. Sie geben Raum für Diskussion und für die Erweiterung von Kenntnissen zu ausgewählten politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen. Das Angebot richtet sich sowohl an junge Nachwuchspolitiker als auch an Vertreter der Zivilgesellschaft. Die *Virtuelle Akademie* benutzt das soziale Netzwerk NING als Plattform, auf der jeder Teilnehmer ein eigenes Profil anlegt, auf der Dokumente, Videos und Fotos hinterlegt werden können, und bei der eine Chatfunktion den direkten Austausch ermöglicht. Die beiden Zielgruppen werden bei Präsenzseminaren im Umgang mit der Virtuellen Akademie geschult. Um sie als aktive Mitgestalter einzubinden, konnten sie von Anfang an eigene Ideen zur Gestaltung des Forums einbringen. Debatten zwischen jungen Politikern über das Thema *Soziale Marktwirtschaft* finden so seit einiger Zeit nicht nur an Wochenenden in Abomey, Kpalime oder Niamey vor Ort statt. Der intensiven Diskussion steht allerdings die in der Region mangelhafte Internetverbindung entgegen. Die Lösung: Virtuelle Seminare werden stets über einen Zeitraum von bis zu vier Wochen angeboten, dazu wird auf Direktnachrichten verzichtet.

Was bleibt? Nachhaltige Demokratieförderung in Afrika

Wie erreicht man Nachhaltigkeit in einer Region, in der defekte Demokratien vorherrschen, in der politische Führung weniger durch verbale als durch materielle Argumente erreicht wird und europäische Kategorien von Kommunikation und Zeit eher fehlschlagen? Der Schlüssel liegt wohl in einer konsequenten Anwendung aller uns bekannten Faktoren, die Nachhaltigkeit bewirken können. Aber davor stehen Faktoren, die nicht auf der rationalen Sachebene liegen, nämlich der langfristige Aufbau von Vertrauen, die Bereitschaft, Erfahrun-

gen zu teilen und die klare Vereinbarung von Wertgrundlagen.

Politische Bildung soll das *Vertrauen in die Demokratie* stärken. Dazu gehört zunächst das Vertrauen der Partner in die Institutionen der Politischen Bildung, der Glaube daran, dass unsere Maßnahmen (im Gegensatz zu in Afrika vielfach erlebtem staatlichen oder parteilichen Handeln) uneigennützig sind. Vertrauen im Verlauf der Politischen Bildung entsteht aber nur durch den Dialog der unterschiedlichen Gesprächspartner, welche die Programme in Beziehung setzen, seien es nun Parlamentarier eines Verteidigungsausschusses und Generalstabsoffiziere oder Unternehmer und Regionalräte. Nachhaltigkeit kann weiterhin erreicht werden, wenn im Rahmen der Veranstaltungen Diskussionen zugelassen und Gleichberechtigung erlebt werden. Nachhaltig werden die Maßnahmen, wenn sie vor Ort stattfinden. Denn erst nehme ich meine Partnerorganisation nur, wenn ich als Veranstalter/-in bereit bin, mich in dezentralen Maßnahmen an ihren Wohnort oder den ihrer politischen Tätigkeit zu begeben und zu sehen, in welchem Umfeld ihr Denken gewachsen ist. Um wie viel mehr trifft dies zu, wenn es sich z. B. um so unterschiedliche Regionen wie Benin an der Atlantikküste oder Niger in der Sahel-Sahara-Zone handelt, das die Auswirkungen der nordafrikanischen Verwerfungen unmittelbar zu spüren bekommt.

Soziale Marktwirtschaft: Ein Thema – viele Wege

Am Beispiel der Sozialen Marktwirtschaft lässt sich aufzeigen, wie ein Querschnittsthema mit *methodischer Vielfalt* und *multiperspektivisch* über mehrere Zielgruppen und Partner *langfristig* in die gesellschaftliche und politische Diskussion in den afrikanischen Kontext implementiert werden kann. Es gibt nicht *das* Modell für die afrikanische Soziale

Es gibt nicht *das* Modell für die afrikanische Soziale Marktwirtschaft, es gibt auch keine internationale Soziale Marktwirtschaft

Marktwirtschaft, es gibt auch keine internationale Soziale Marktwirtschaft. Europäer/-innen können lediglich in Afrika ihre Erfahrungen mitteilen, mit Afrika in den Dialog eintreten und die Verantwortlichen in Afrika

aus vielen internationalen Quellen letztendlich selbst das adäquate Modell für afrikanische Verhältnisse finden lassen.⁶ Die Folge für die Arbeit

6 So Bundespräsident a. D. Prof. Horst Köhler in seiner John A. Kufuor Foundation Inaugural Lecture „Walking the Tight Rope: Balancing State, Market and Society“, 20. September 2011, University of Ghana.

politischer Stiftungen vor Ort: Diskussion über Soziale Marktwirtschaft findet zum einen im universitären Kontext statt, zum anderen ist die ordnungspolitische Variante auch Top-Thema, wenn junge Politiker/-innen über Programme für die nächsten Wahlen diskutieren oder Unternehmerinnen eine verbandliche Agenda neu formulieren. Das *Institut des Artisans de la Paix et de la Justice* in Cotonou wiederum fügt mit seinen monatlichen Beiträgen den unerlässlichen Aspekt der christlichen Soziallehre hinzu. Vorträge und Diskussionen auf Expertenniveau allein haben aber noch nicht die angestrebte Breitenwirkung. Diese wird seit Jahren durch TV-Sendungen in vier westafrikanischen Staaten erreicht.

Anstoß von außen, Wandel von innen kann die grundsätzliche Methode politischer Bildung in Afrika zusammenfassen. Was jedoch ihre Nachhaltigkeit ausmacht, ist die Verankerung demokratischer Grundsätze in der Bevölkerung: *Es gibt keine Demokratie ohne Demokraten* – das gilt auch zwischen Tunis und Cotonou.

Bibliographie

Burnell, Peter: Democracy Promotion: The Elusive Quest for Grand Strategies, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 3, 2004.

Erdmann, Gero: Probleme der internationalen Parteienförderung, in: KAS Auslandsinformationen Nr. 11, 2006.

Erdmann, Gero: Demokratisierung und Demokraten in Afrika – Zwischenbilanz nach einem Dezenium, in: Afrika Jahrbuch 2000.

Kolb, Andrea: Demokratieförderung ist dringlicher denn je, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politische Meinung, Nr. 457, Dezember 2007

Mair, Stefan: Germany's Stiftungen and Democracy Assistance: Comparative Advantages, New Challenges, in: Peter Burnell (Hrsg.): Democracy Assistance. International Co-operation for Democratization, London, 2000, Frank Cass, S. 128–149

Weissenbach, Kristina: Wenn nicht jetzt, wann dann: Zur Parteienförderung der deutschen Stiftungen in Zeiten der Transition, in: Zeitschrift für Politikberatung, Juni 2011, Heft 1, Nomos



Elke Erlecke ist Leiterin des Regionalprogrammes Politischer Dialog Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung, wo sie seit 1992 arbeitet. Sie war in Berlin, Erfurt, Karlsruhe und Stuttgart tätig, dort zuletzt als Landesbeauftragte für Baden-Württemberg.



Maria Zandt studierte Politikwissenschaft. Sie arbeitet als Projektassistentin im Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cotonou/Benin und ist dort an der Schnittstelle zwischen Demokratie- und Good Governance Förderung und Politischer Bildung tätig.

Beide sind zu erreichen über die Adresse: Fondation Konrad Adenauer, Representante Residente Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika, Lot 07 Les Cocotiers, B.P. 01 - 3304 R.P. Cotonou, République du Bénin

Ressourcenausbeutung und Menschenrechte

Fallbeispiel Demokratische Republik Kongo

Rita Schäfer

Die Republik Kongo ist im folgenden Beitrag das Beispiel für eine Situation, die für viele afrikanische Länder zutrifft: Die Gleichzeitigkeit von oft einander widersprechenden Phänomenen und Entwicklungen, von Problemen und Potenzialen. Rita Schäfer stellt die Entwicklung dieses Landes dar und erläutert seine Gegenwart vor dem Hintergrund historischer Voraussetzungen und politischer Entwicklungen. Besonderes Augenmerk gilt dabei den kriegerischen Auseinandersetzungen um die Macht zur Ausbeutung der immensen Bodenschätze.

Für etliche afrikanische Länder ist die Gleichzeitigkeit gegensätzlicher Strukturen und Entwicklungen kennzeichnend. Einerseits beeinträchtigen Armut, Unterernährung, mangelnde Bildungsmöglichkeiten und medizinische Versorgungsleistungen das Leben der Menschen, andererseits verfügen etliche Staaten über einen großen Reichtum an natürlichen Ressourcen. Dazu zählen Bodenschätze wie Diamanten, Gold, Kupfer, Zinn, Kohle und Erze, die für die Industrie in Europa, Nordame-

Die Abhängigkeit der Industrieländer von den begehrten Ressourcen verhindert klare Kritik an Misständen

rika, Indien und China benötigt werden (Southall/Melber 2009). Hinzu kommen fruchtbare Anbauflächen für Agrarprodukte – neuerdings für Biotreibstoffe. Häufig ist die Menschenrechtssituation in den ressourcenreichen Ländern katastrophal, und die Abhängigkeit der Industrieländer von den begehrten Ressourcen verhindert klare Kritik an Misständen, die bereits beim Abbau der Mineralien beginnen. Immer wieder prangern Menschenrechtsorganisationen häufige Unfälle und schwere Gesundheitsschäden an. Auch auf Plantagen ist die Ausbeu-

tung der Arbeiter an der Tagesordnung. Zudem beeinträchtigt der Verkauf bzw. die Verpachtung großer Ländereien an ausländische Investoren, etwa aus Indien, China und der arabischen Welt, durch Regierungen einzelner Länder wie Äthiopien oder Mosambik die Selbstversorgung und den Marktzugang der kleinbäuerlichen Bevölkerung drastisch – und das in Regionen, die vom Klimawandel stark betroffen sind.

Im Folgenden sollen die Gegensätze zwischen Ressourcenreichtum einerseits und menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen sowie der Rechtlosigkeit der lokalen Bevölkerung andererseits am Beispiel der Demokratischen Republik Kongo illustriert werden. Hier sind die Probleme besonders offenkundig; zum Verständnis der gegenwärtigen Situation ist ein historischer Rückblick notwendig.

Demokratische Republik Kongo – koloniale Hintergründe

Rohstoffreichtum und landwirtschaftliche Ressourcen des Kongo hatten die belgischen Kolonialherren über mehrere Jahrzehnte ausgebeutet

Als am 30. Juni 1960 die belgische Kolonie Kongo unabhängig wurde, lag eine wechselvolle und gewaltgeprägte Kolonialgeschichte hinter den Bewohnern dieses zentralafrikanischen Landes, dessen Rohstoffreichtum und vielfältige landwirtschaftliche Ressourcen die belgischen Kolonialherren über mehrere Jahrzehnte ausgebeutet hatten. 1885 hatte der belgische König *Léopold II* den Kongo-Freistaat als Privatbesitz annektiert. Zur Beschaffung von Kautschuk, Tropenhölzern und Elfenbein ordnete Leopold Zwangsarbeit an, zudem dienten Verstümmelungen, Folterungen und Morde über Jahrzehnte als Herrschaftsinstrumente (Renton/Seddon/Zeilig 2007, S. 21 ff.). Sie schufen die Grundlagen für eine Gewaltkultur, die in der Folgezeit verfestigt wurde. Mehrere Millionen Menschen wurden von Leopolds Handlangern umgebracht, zahllos starben an Erschöpfung und Krankheiten (Hochschild 2002).

Obwohl die belgische Regierung 1908 infolge interna-



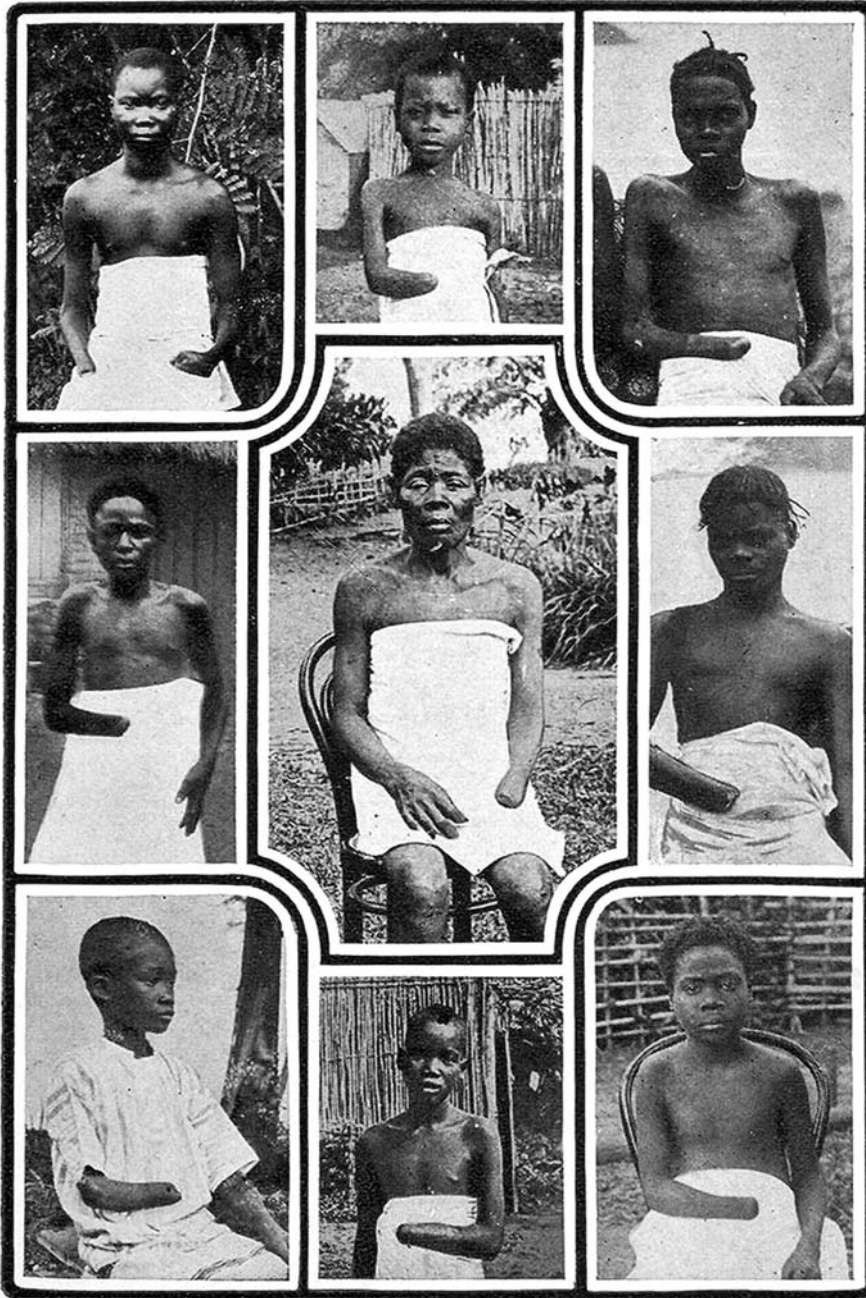
Afrika ist besonders vom Klimawandel betroffen (hier: Tsavo Nationalpark, Kenia)

tionaler Kritik die Kolonie übernahm, blieben Ausbeutung und Gewalt an der Tagesordnung. Dagegen schritt die katholische Kirche als wichtigste

Missionierungsinstanz nicht ein (Paes/Shaw 2003, S. 146). Die belgische Regierung wollte eine Musterkolonie errichten und förderte die Ansiedlung

belgischer Plantagenbesitzer im fruchtbaren und regenreichen Osten des Landes. Zu deren rassistischem Verhalten zählten Auspeitschungen und andere Formen der körperlichen Demütigung afrikanischer Männer, Vorschriften für das untertänige Verhalten der schwarzen Bevölkerungsmehrheit sowie die Trennung der Wohngebiete von Weißen und Schwarzen. Geschlechterhierarchien wurden verschärft; Rechtlosigkeit und politische Repression galten als Machtinstrumente. Die belgische Kolonialmacht setzte etliche traditionelle Herrscher ab und zerschlug die lokale Selbstverwaltung. Neue Autoritäten wurden in lokale Verwaltungsämter gehoben; sie sollten Steuern eintreiben, Zwangsarbeiter rekrutieren und Widerstand unterdrücken. Durch die Anlage neuer Plantagen wurde der Landmangel mancherorts zum existentiellen Problem, zumal die verbliebenen Flächen weder für die bäuerliche Bevölkerung noch für die Viehzüchter reichten. Darüber hinaus verstärkten die belgischen Kolonialherren ethnische Polarisierungen und Spannungen, weil sie im Rahmen ihrer politischen Interventionen häufig eng gefasste Ethnizitätskonstrukte einführten (Vlasenroot/Raeymaekers 2004, S. 388 ff.). Sie verweigerten der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit systematisch den Bildungszugang. Bis 1948 durften Afrikaner keine Sekundarschulen be-

Quelle: Wikipedia



FROM PHOTOGRAPHS, CONGO STATE

“The pictures get sneaked around everywhere.”— Page 40.

Die Herrschaft von Leopold II über den Kongo-Freistaat schuf die Grundlagen für eine Gewaltkultur.

(Zur Abb.: „King Leopold’s Soliloquy - A Defense of His Congo Rule“ ist ein 1905 veröffentlichtes Pamphlet des Schriftstellers Mark Twain. Es enthält diese Darstellung verstümmelter Kongoleesen unter der Herrschaft König Leopolds, denen zur Strafe die Hände abgehackt wurden)

suchen und während der Kolonialzeit bekleideten sie landesweit nur einzelne untergeordnete Posten im Verwaltungsapparat. Mit dieser schweren Bürde wurde das Land 1960 in die politische Unabhängigkeit entlassen.

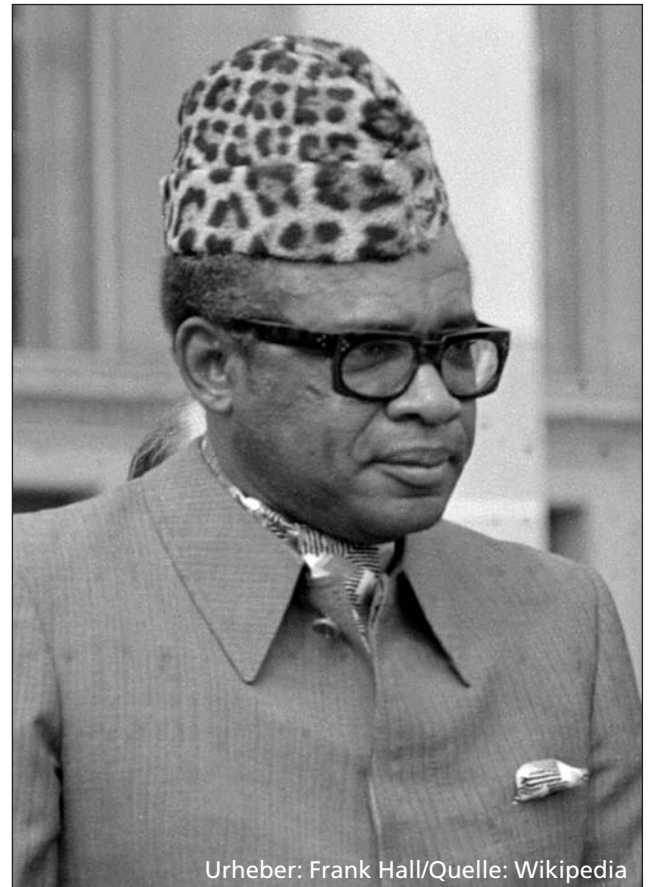
Nachkoloniale Entwicklungen unter Diktator Mobutu

Die belgische Regierung verhinderte weiterhin mit allen Mitteln eine eigenständige Entwicklung des unabhängigen Landes, und belgische Minenkonzerne wollten ihre wirtschaftliche Dominanz z. B. im Kupferabbau bewahren. Der erste demokratisch gewählte Premierminister *Patrice Lumumba* wurde als Kommunist gebrandmarkt und schließlich von belgischen Geheimdienstmitarbeitern ermordet (Turner 2007, S. 33). Armeechef *Joseph-Désiré Mobutu* übernahm die Macht; er war vom amerikanischen Geheimdienst unterstützt worden, galt als verlässlicher Partner der Westmächte während des Kalten Krieges und als Lieferant für Uran sowie andere wichtige Mineralien (Nzongola-Ntalaja 2002, S. 143). Gleichzeitig vernachlässigte seine Regierung systematisch die Infrastrukturentwicklung; dies betraf insbesondere das Verkehrssystem (Baregu 2006, S. 60 f.). Vielerorts gab es weder Krankenhäuser noch Schulen; hohe Kinder- und Müttersterblichkeit, Analphabetentum und Armut zählten zu den Strukturproblemen. Der desolote Zustand des Gesundheitssektors hatte katastrophale Auswirkungen auf die rasante Ausbreitung von HIV/AIDS ab Anfang der 1990er Jahre, so dass zynisch von „Mobutus Krankheit“ gesprochen wurde.

Unregelmäßige und unzureichende Gehaltszahlungen für Staatsdiener wie Soldaten, Polizisten oder Richter öffneten der Korruption Tür und Tor

Die unregelmäßigen und unzureichenden Gehaltszahlungen für Staatsdiener wie Soldaten, Polizisten oder Richter öffneten der Korruption Tür und Tor. Auch korrupte Politiker profitierten vom illegalen Ressourcenschmuggel z. B. mit Diamanten in die Nachbarländer. Gleichzeitig verstärkten politische Exklusionsmechanismen die bestehenden sozio-ökonomischen Differenzen und die Verarmung ganzer Bevölkerungsgruppen. Zur Absicherung seiner Macht setzte Mobutu auf weitverzweigte Patronagenetze, in die er wohlhabende Vertreter einflussreicher Ethnien einband und somit ethnische Konflikte intensivierte (Vlassenroot/Raeymaekers 2004, S. 388 ff.). Diese Strategie war vor allem im fruchtbaren Osten des Landes verbreitet, wo eine intensive private Plantagen-

wirtschaft – ähnlich wie in der Kolonialzeit – die Existenzgrundlagen der kleinbäuerlichen Bevölkerung beeinträchtigte. Rechtlosigkeit und Straffreiheit prägten die Gesellschaft. Zivilgesellschaftlicher Widerstand, der ein Ende der autoritären Herrschaft verlangte, wurde wiederholt gewaltsam niedergeschlagen.



Urheber: Frank Hall/Quelle: Wikipedia

Diktator Mobutu Sese Seko putschte sich an die Macht, die er bis zu seinem Sturz 1997 aufrecht erhalten konnte. Hier: Ausschnitt eines Fotos von 1983, das anlässlich eines Treffens mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Caspar Weinberg entstand.

Erst nach dem Ende des Kalten Krieges intervenierte die internationale Staatengemeinschaft gegen Mobutus Machtmissbrauch und verlangte demokratische Reformen. Dennoch konterkarierte er jahrelang Demokratisierungsprozesse und setzte seine Gewaltherrschaft unter neuen Vorzeichen fort.

Erst die von der ruandischen und ugandischen Regierung lancierte und militärisch ausgestattete *Alliance*

Kriege um Macht und Ressourcenkontrolle seit 1996

Erst die von der ruandischen und ugandischen Regierung lancierte und militärisch ausgestattete *Alliance*

des *Forces Démocratiques pour la Libération du Congo-Zaïre (AFDL)* bereitete Mobutu 1997 ein gewalttames Ende. 1996 hatte ihr Vormarsch auf die Hauptstadt Kinshasa im Osten des Landes begonnen, dafür hatte AFDL-Chef *Laurent-Désiré Kabila* zahlreiche Kindersoldaten rekrutiert. Er selbst hatte sich seit Jahrzehnten als Warlord in Ostkongo und in Tansania einen Namen gemacht, als neuer Präsident sorgte er keineswegs für die erhoffte Strukturreform (Turner 2007, S. 5). Faktisch blieb die uneingeschränkte Alleinherrschaft sein Ziel, was alsbald zu Konfrontationen mit der ruandischen und ugandischen Regierung führte. Kabila umgab sich mit ausgewählten Exilkongolese und Günstlingen. Außerdem verbündete er sich nicht mit den demokratischen Kräften im Land, vielmehr beschränkte er drastisch die Handlungsspielräume von Nicht-Regierungsorganisationen.

Weil Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen im Mittelpunkt standen, übte die internationale Staatengemeinschaft kaum Druck auf Kabila aus, um eine stabile Demokratie aufzubauen (Taylor 2003, S. 45 ff.). Rohstoffausbeuter wie *American Mineral Fields* oder *Barrick Gold Corporation* setzten alles daran, weiterhin Gewinne in der D.R. Kongo zu erzielen und handelten entsprechende Verträge aus (Renton/Seddon/Zeilig 2007, S. 186).

Die exklusive Ressourcenausbeutung bot diversen Kriegsherren Anlass, Kabilas Macht gewaltsam streitig zu machen. Eine Vielzahl unterschiedlicher Guerillagruppen, die teilweise von den Nachbarländern aufgerüstet wurden, versetzte vor allem die

Das Gewalt- und Kriegskarussell wurde jahrelang durch die Kontrollansprüche über die reichen Rohstoffvorkommen in Schwung gehalten

Bevölkerung im Osten des Landes in Angst und Schrecken. Das Gewalt- und Kriegskarussell wurde jahrelang durch die Kontrollansprüche über die reichen Rohstoffvorkommen, insbesondere über Gold, Diamanten,

Columbium/Tantalit-(Coltan), Uran, Kupfer, Zink, Kobalt, Silber u.a., in Schwung gehalten. Vor allem das für die Computer-, Unterhaltungselektronik- und Rüstungsindustrie wichtige Coltan finanzierte die Aufrüstung der unterschiedlichen Warlords und Gewaltakteure. Schließlich garantierten internationale Konzerne, global agierende kriminelle Netzwerke und diverse Regierungen gute Absatzmärkte (Human Rights Watch 2005).

Eine UN-Expertengruppe zeigte 2002 auf, dass mindestens 85 Unternehmen beim Rohstoffhandel gegen die OECD-Richtlinien für multinationale Kon-

zerne verstießen. Sie gab zu bedenken, dass alle Coltan-Exporte aus dem Ost-Kongo über Rebellen- gruppen oder ausländische Akteure abgewickelt würden (Ratsch 2003, S.178).

Während der Kriegsjahre und im Kontext veränderter Kriegskonstellationen bauten verschiedene militärische Gruppen unter der Leitung diverser Warlords temporäre Allianzen mit der kongolesischen oder der ruandischen Regierung auf, spalteten sich aber auch rasch wieder in einzelne Fraktionen.

Den vergleichsweise rohstoffarmen Nachbarländern ging es vor allem um Kontrollansprüche über die Ressourcen im Osten Kongos

Etliche Beobachter gingen davon aus, dass es den vergleichsweise rohstoffarmen Nachbarländern vor allem um Kontrollansprüche über die Ressourcen im Osten Kongos ging (Nzongola-Ntalaja 2002, S. 233 ff.).

So erzielten die Regierungen Ruandas und Ugandas zwischen 1998 und 2002 durch den offiziellen Verkauf von Diamanten und Coltan hohe Einnahmen, obwohl beide Länder gar nicht über die notwendigen Fundstätten verfügten. Zudem hatten ranghohe Vertreter der ugandischen Armee nachweislich mit kongolesischen Geschäftsleuten Vereinbarungen getroffen, um den Kaffee-, Diamanten- und Goldhandel aus Ituri im Ost-Kongo abzuwickeln. Ihnen wurde auch nachgesagt, in der Folgezeit Zwangsarbeiter für den Goldabbau eingestellt zu haben (Vlassenroot/Raeymaekers 2004, S. 405 ff.).

Verschärft wurde die Problematik durch die Tatsache, dass zahlreiche Hutu-Extremisten, die am Völkermord in Ruanda 1994 beteiligt waren, in Flüchtlingslagern im Ost-Kongo Unterschlupf suchten. Etliche errichteten – auch durch ideologische Unterstützung von außen – neue Kampfseinheiten, die bestialisch gegen Menschen in der Region vorgingen und vorgaben, Ruanda befreien zu wollen (Johnson 2008, S. 90).

Kriegerische Konflikte wurden ethnisch aufgeladen, wobei Kriegsherren und mit ihnen paktierende Geschäftsleute verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufbrachten

Neben diesen diversen Gruppierungen gab es relativ autonome kleine Milizen, die u. a. um politische Macht und territoriale Ressourcenkontrolle kämpften. Hinzu kam die ethnische Aufladung dieser Konflikte, wobei Kriegsherren und

mit ihnen paktierende Geschäftsleute verschiedene Bevölkerungsgruppen, etwa die Lendu und Hema,

gegeneinander aufbrachten. Dazu zählte die *Front des Nationalistes et Intégrationistes (FNI)*, die von Lendu/Ngiti-Nationalisten aufgestachelt und vom internationalen Konzern *AngloGold Ashanti* unterstützt wurde. Dieser gehörte zum Minengiganten *Anglo-American*. Die FNI hatte offenbar Verbindungen zur ugandischen Regierung, zumal diese jahrelang illegal Gold aus Ituri verkaufte, u. a. an *Metalor Technologies* in der Schweiz (Renton/Seddon/Zeilig 2007, S. 197 f.). Die FNI tätigte mit ihren Einnahmen aus dem Ressourcenhandel Waffenkäufe in Höhe von mehreren Millionen US-Dollar. Hingegen baute die *Union des Patriotes Congolais (UPC)* auf Anhänger aus der Hema-Elite, unter ihnen auf den Geschäftsführer der *Kilo Moto Goldmine*, der zunächst von Uganda, dann von Ruanda gefördert wurde. So politisierten FNI und UPC Ressourcenkonflikte und forcierten ethnische Spannungen, wobei diese Auseinandersetzungen verdeutlichten, dass es sich keineswegs um „ethnische“ Konflikte im engeren Sinne handelte (Paes/Shaw 2003, S. 165).

Die im August 1998 gegründete Miliz *Rassemblement Congolais pour la Démocratie (RCD)*, stand der ruandischen Regierung nahe. Am 28. August 1998 scheiterte ihr Versuch, Kinshasa zu erobern, an der militärischen Intervention Simbabwe, Angolas und Namibias auf Seiten der kongolesischen Armee. Die Regierungen dieser Länder im südlichen Afrika verbanden politische und ökonomische Interessen mit ihrem Engagement (Johnson 2008, S. 127). So wollte die angolansische Regierung ihre landesinternen Gegner ausschalten, die anschei-

nend Unterstützung aus der D.R. Kongo erhielten. Hingegen versprach sich die namibische Regierung Zugang zu Elektrizität und anderen Ressourcen. Der simbabwische Präsident *Mugabe* zielte darauf ab, seine Günstlinge – vor allem ranghohe Politiker und Militärs – mit Diamanten oder umfangreichen Konzessionen für den Zugriff auf Tropenhölzer zu belohnen (Renton/Seddon/Zeilig 2007, S. 188 ff.). Anscheinend sollten auch Absatzmärkte für simbabwische Exportwaren erschlossen werden (Baregu 2006, S. 63 f.). Nach langem Ringen wurde am 10. Juli 1999 das Waffenstillstandsabkommen von Lusaka unterzeichnet; daran waren neben der kongolesischen Regierung Angola, Simbabwe, Namibia, Uganda und Ruanda beteiligt. Jedoch kehrte noch immer kein Frieden ein, erst nach weiteren Friedensvereinbarungen verließen ruandische bzw. ugandische Soldaten 2002 bzw. 2003 endgültig das Land.

Zwischenzeitlich war Laurent-Désiré Kabila am 18. Januar 2001 ermordet worden. Umgehend übernahm sein Sohn Joseph die Regierungsgeschäfte, obwohl er über keine Machtbasis im Land verfügte (Nzongola-Ntalaja 2002, S. 247). Er bemühte sich rasch um Neuwahlen, um seine Machtposition landesintern zu legitimieren. Währenddessen setzte die nationale Elite die Rohstoffausbeutung in großem Stil fort (Baregu 2006, S. 59 ff.). Die Entlassung einiger Minister, die am Rohstoffschmuggel verdient und schwere Menschenrechtsverletzungen beim Diamanten- und Goldabbau geduldet hatten, war nur ein kosmetischer Akt zur Beschwich-

tigung der kurzzeitig aufgeschreckten Weltöffentlichkeit. Kurz darauf stellte *Joseph Kabila* sie wieder als Regierungsberater ein (Human Rights Watch 2005, S. 124). Teilweise betätigten sich ranghohe Politiker als Kriegsherren und schlossen mit global agierenden Konzernen oder internationalen kriminellen Netzwerken Verträge über die Ressourcenausbeutung (Nzongola-Ntalaja 2002, S. 235 ff.). Staatliche Kontrollen fehlten, zumal zentralstaatliche Institutionen vielerorts nicht präsent waren, und eine stabile Regierung mit realistischen wirtschaftspolitischen Zielen sowie konkreten Konzepten für



Ehemalige Kindersoldaten im Osten der Demokratischen Republik Kongo

Bewaffnete Milizen konnten weiterhin um den gewinnbringenden Ressourcenzugang im Ost-Kongo kämpfen und ungestraft schwere Menschenrechtsverletzungen verüben

netzte Milizen weiterhin um den gewinnbringenden Ressourcenzugang im Ostkongo kämpfen und ungestraft schwere Menschenrechtsverletzungen verüben.

Kriegerische Gewaltformen und Kriegsfolgen

Während der jahrelangen Kriege wurden zahllose Menschen ermordet; hinzu kamen Todesopfer durch Krankheiten, Unterernährung und mangelnde medizinische Versorgung. Einige humanitäre Organisationen vermuteten, dass im Osten Kongos

deren Umsetzung an der Basis eine Illusion blieb. Armee und Polizei wurden nach wie vor schlecht ausgebildet und ausgestattet; sie waren bestechlich und schützten die Zivilbevölkerung nicht. So konnten bewaffnete

nur eine kleine Minderheit der Kriegsoffer Gesundheitsstationen aufsuchen konnte. Besonders fatal war das für Vergewaltigte, denn Vergewaltigungen

Häufig wurden Massenvergewaltigungen von den Kommandanten angeordnet, um den sozialen Zusammenhalt der jeweiligen Feinde zu zerstören, ganze Bevölkerungsgruppen zu vertreiben und sich die Kontrolle über ressourcenreiche Gebiete anzueignen

Angaben. Häufig wurden Massenvergewaltigungen von den Kommandanten angeordnet, um den sozialen Zusammenhalt der jeweiligen Feinde zu zerstören, ganze Bevölkerungsgruppen zu vertreiben und sich die Kontrolle über ressourcenreiche

zählten zur verbreiteten Kriegstaktik (Human Rights Watch 2005, S. 18 f.). Allein in Nord- und Süd-Kivu wurden zwischen 1997 und 2002 mindestens 60.000 Frauen und Mädchen vergewaltigt; über die Zahl vergewaltigter Männer und Jungen gibt es wegen der noch größeren Tabuisierung dieser Gewaltakte keine genauen



Urheber: L. Werchick / USAID/Quelle: Wikipedia

Zusammenkunft von Vergewaltigungsopfern der Kongokriege, nahe bei Walungu, Süd-Kivu in der Demokratischen Republik Kongo

Gebiete anzueignen. Dabei ging es nicht nur darum, die jeweiligen Opfer zu demütigen, sondern den männlichen Verwandten jegliche Kontroll- und Besitzansprüche über die weiblichen Familienmitglieder abzusprechen. Männer und Jungen wurden vergewaltigt, um sie extrem zu erniedrigen. Die Gesellschaft sollte dauerhaft destabilisiert werden (Schäfer 2008, S. 377 ff.). Vertreterinnen kongolesischer Frauenorganisationen prangerten Vergewaltigungen im Kontext der Ressourcenkämpfe mit dem drastischen Hinweis an, dass im übertragenen Sinn auf zahllosen Handys und Laptops das Blut von Vergewaltigten klebe.

Neben der Infektion mit HIV zählte das Schwängern von Frauen und Mädchen zur nachhaltigen Zerstörungstaktik der unterschiedlichen Kampfgruppen. Die wenigen Krankenhäuser, die überhaupt in der Lage waren, den HIV-Status zu testen, dokumentierten Infektionsraten von 20-50 Prozent. Wegen des mangelnden Medikamentenzugangs und der verbreiteten Unterernährung breiteten sich AIDS-Erkrankungen mit hohen Todesraten rasch aus. 2001 waren landesweit 2056 Ärzte für über fünfzig Millionen Kongolesen zuständig, davon arbeiteten 930 in Kinshasa, einer Stadt mit über acht Millionen Einwohnern. Erschwerend kam hinzu, dass Kriegsherren und Kommandanten die Zerstörung der wenigen medizinischen Einrichtungen als Kriegstaktik einsetzten. So gelang es ihnen in Ituri ähnlich wie in Nord- und Süd-Kivu, mögliche Hilfeangebote für die jeweiligen Feinde zu vernichten, wobei verschiedene Kriegstreiber ethnische Gegensätze manipulierten und ihre Gewaltakte und Vertreibungen damit forcierten (Tull 2005).

Interventionen der Vereinten Nationen und nationale Wahlen

Die UN entsandte einen Beobachter für die Menschenrechtslage im Kongo und einen Sonderbeobachter für das Gebiet der großen Seen. 2003 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1493 gegen die illegale Ressourcenausbeutung im Kongo und 2005 wurde mit der Resolution 1596 ein Waffenembargo erlassen. Schließlich nutzten zahlreiche Milizenchefs ihre Einnahmen aus dem Mineralienhandel in großem Stil zum Waffenkauf. Menschenrechtsorganisationen warfen der UN vor, kaum Sanktionen gegen die Waffenhändler und -käufer zu verhängen und nicht entschieden genug gegen die schweren Menschenrechtsverletzungen im Dia-

Der UN-Sicherheitsrat schuf 2008 mit der Resolution 1856 eine weitere Grundlage für den Kampf gegen den illegalen Ressourcenhandel

ansatzweise, zudem verabschiedete der UN-Sicherheitsrat 2008 die Resolution 1856 und schuf damit eine weitere Grundlage für den Kampf gegen den illegalen Ressourcenhandel.

Im Juli 2004 begann ein Programm zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kombattanten, das zusammen mit umfangreichen Wiederaufbauaktivitäten von der internationalen Staatengemeinschaft gefördert wurde. Es wurde wiederholt unterbrochen, denn für etliche Warlords war die Kriegsökonomie lukrativer als ein für sie unabwägbarer Friede (Human Rights Watch 2005, S. 11). Außerdem mangelte es an Maßnahmen für Mädchen, die von den Milizen als Sex- und Arbeitsklavinnen oder für diverse andere Dienstleistungen und Kampfaufgaben missbraucht worden waren. Schätzungsweise konnten nur zwei Prozent aller Mädchen, die als Kindersoldatinnen oder Sex-Sklavinnen verschleppt worden waren, an den Demobilisierungsprogrammen teilnehmen. Ihr Anteil hatte aber in etlichen Kombattantengruppen etwa 30 Prozent betragen (UNIFEM 2006, S. 5 f.).

2005 sollten die ersten demokratischen Wahlen stattfinden; sie wurden aus politischen und logistischen Gründen aber auf Ende Juli 2006 verschoben. Allerdings verhalf der erste Wahldurchgang keinem Kandidaten zu einem eindeutigen Sieg. Die Stichwahlen Ende Oktober 2006 gewann Josef Kabila. Nach beiden Wahlgängen gab es gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der Kandidaten. In den letzten Jahren konnte der siegreiche Kabila nicht das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat gewinnen; massive Korruption, Gewalt und Willkür stehen dem nach wie vor entgegen (Johnson 2008, S. 163 ff.).

Fragile Staatlichkeit und mangelnder Rechtsstaat

Zum Aufbau eines funktionierenden Rechtsstaates und demokratischer Strukturen sind weiterhin umfassende Strukturereformen auf allen Ebenen notwendig. Gute Regierungsführung, die von der

internationalen Staatengemeinschaft verhalten angemahnt wird, erfordert, Armee, Polizei und Justiz grundlegend zu reformieren. Bessere Ausbildung und Ausstattung sind auch bei den Verwaltungseinrichtungen notwendig, die funktionierende Finanzsysteme und umfassende Programme zur Korruptionsbekämpfung schaffen müssen (Mabanza 2010, S. 23 f.). Aber es flammen immer wieder bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Regierungssoldaten und diversen Rebellengruppen auf, die sich auch untereinander bekämpfen. Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen ist vor allem die Zivilbevölkerung. Sexualisierte Gewalt, die oft eine Eroberungs- und Vertreibungsstrategie ist, wurde bislang nicht gestoppt, und die Täter werden nicht strafrechtlich verfolgt. Selbst wenn Vergewaltiger namentlich bekannt sind und von mutigen Frauenrechtsaktivistinnen angezeigt werden, können sie sich freikaufen. Dies war bei einigen ranghohen Militärs der Fall; die Frauen wurden anschließend bedroht. Wie gefährlich ihre Arbeit ist, zeigte die Ermordung von Menschenrechtsaktivisten während der letzten Jahre.

Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen ist vor allem die Zivilbevölkerung

Die kongolesische Regierung ist eigentlich verpflichtet, gegen sexualisierte Gewalt vorzugehen und den Vergewaltigten, von denen viele mit HIV infiziert werden, zu helfen. Dafür stellte der Globale Fond gegen HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose schon vor Jahren umfangreiche Gelder zur Verfügung (Human Rights Watch 2005, S. 48). Außerdem hat die D.R. Kongo internationale Abkommen und Vereinbarungen der Afrikanischen Union zu Frauenrechten ratifiziert, jedoch bislang kaum realisiert. Besonders wichtig wäre es, die Landrechte von Frauen abzusichern, um die Selbstversorgung der zahlreichen HIV-Infizierten und AIDS-Waisen zu gewährleisten (Schäfer 2008, S. 394).

Grundsätzlich sollten die zuständigen Regierungsstellen die Rechte über Land und Minen klären, denn unklare Rechtsverhältnisse verschärfen lokale Konflikte. Auch der im März 2011 von Regierungs- und Bergbauvertretern geschlossene Vertrag zur Unterbindung mafiöser Strukturen müsste umgesetzt werden. Bislang gibt es erst einzelne Pilotprojekte, die Transparenz in die Vertriebsnetze bringen sollen und die Mitarbeiter staatlicher Institutionen für bessere Kontrollen ausbilden. Das ist schwierig, denn vielerorts kontrolliert die kongolesische Armee die Minen, wobei einige Armeechefs in den illega-

len Ressourcenhandel involviert sind. Umso wichtiger ist es nach Einschätzung internationaler Beobachter, weiterhin an politischen Lösungen zu arbeiten (Vircoulon 2011, S. 24 ff.).

Literatur

Baregu, Mwesiga: Congo in the Great Lakes Conflict, in: Khadiagala, Gilbert (ed.): Security dynamics in Africa's Great Lakes Region, Boulder 2006, S. 59-80.

Hochschild, Adam: King Leopold's ghost – A story of greed, terror and heroism in colonial Africa, London 2002.

Human Rights Watch: The curse of gold, Democratic Republic of Congo, Human New York/Washington D.C. 2005.

Johnson, Dominic: Kongo – Kriege, Korruption und die Kunst des Überlebens, Frankfurt a. M. 2008.

Mabanza, Boniface: Kurieren an Symptomen, Hilfe für einen Staatsaufbau in der Demokratischen Republik Kongo wirkt nicht, in: Welt-Sichten, 1, 2010, S. 23-24.

Nzongola-Ntalaja, Georges: The Congo - From Leopold to Kabila, A people's history, London 2002.

Paes, Wolf-Christian/Shaw, Timothy: Praetorians or profiteers?, The role of entrepreneurial armed forces in Congo-Kinshasa, in: Brömmelhörster, Jörn/Paes, Wolf-Christian (eds.): The military as an economic actor, Soldiers in business, Houndmills/Basingstoke/New York 2003, S. 143-169.

Ratsch, Ulrich: Tantal, Gold und Diamanten – Der Krieg im Kongo finanziert sich selbst, in: Hauswiedell, Corinna et al. (Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster 2003, S.170-179.

Renton, David/Seddon, David/Zeilig, Leo: The Congo - Plunder and resistance, London 2006.

Reyntjens, Filip: The great African war, Congo and regional geo-politics, 1996-2006, Cambridge 2010.

Samsons, Ann/Marysee, S. (eds.): Natural resources and local livelihoods in the Great Lakes Region of Africa, A political economy perspective, London/New York 2011.

Schäfer, Rita: Frauen und Kriege in Afrika. Eine Gender-Analyse, Frankfurt a. M. 2008.

Southall, Roger/Melber, Henning (eds.): A new scramble for Africa? Imperialism, investment and development, Scottsville 2009.

Taylor, Ian: Conflict in Central Africa - Clandestine networks and regional/global configurations, in: Review of African Political Economy, no. 95, 2003, S. 45-55.

Tull, Denis: The reconfiguration of political order in Africa, A case study of North Kivu (DR Congo); Institut für Afrika-Kunde, Hamburg 2005.

Turner, Thomas: The Congo wars – Conflict, myths, reality, London 2007.

UNIFEM: Gender profile of the conflict in the Democratic Republic of the Congo, New York 2006.

Vircoulon, Thierry: Zertifikate allein reichen nicht, Regierungsführung behindert Lösungsansätze beim Umgang mit Konfliktmineralien in der D.R. Kongo, in: Afrika Süd, Nr. 3, 2011, S.24-26.

Vlassenroot, Koen/Raemaekers, Timothy: The politics of rebellion and intervention in Ituri – The emergence of a new political complex?, in: African Affairs, vol. 103, no. 412, 2004, S. 385-412.



Dr. Rita Schäfer, Ethnologin, arbeitet als freiberufliche Wissenschaftlerin und Gutachterin für Entwicklungsorganisationen. Sie ist Autorin mehrerer Buchpublikationen, u. a. „Frauen und Kriege in Afrika.“ (www.frauen-und-kriege-afrika.de).

Der Vielfalt von Afrika in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit Rechnung tragen

Bettina Waldt

Unser Bild von Afrika ist häufig geprägt durch mediale Einflüsse und damit einhergehend reduziert auf die Nachrichten, die von diesem Kontinent zu uns dringen. Bettina Waldt will den Blick weg von den herrschenden Stereotypen lenken und zeigt anhand ausgewählter Praxisbeispiele aus ihrer entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, wie zu differenzierter Wahrnehmung der in Afrika bestehenden Vielfalt angeregt werden kann.

Hör' ich ‚Afrika‘, denk ich an...

Gefragt, was ihnen zu „Afrika“ einfallen, antworten jugendliche und auch erwachsene Teilnehmende von Workshops zum Thema Afrika des Öfteren zunächst mit Stichworten wie „Hunger(snöte)“, „Armut“, „Naturkatastrophen“, „Kinderarbeit“, verweisen auf die Kriege im Kongo, in Ruanda, im Sudan oder in anderen Ländern oder auf Krankheiten wie HIV/AIDS, Malaria, usw. Gelegentlich werden auch „Musik, Tanz und Trommeln“, „die schnellen Läufer und Läuferinnen aus Kenia“, „bunte Kleider“ oder „Naturlandschaften und Tierwelt“ genannt. Dabei spielen die Bilder und Geschichten aus der Medienwelt, zu denen die betreffenden Jugendlichen und Erwachsenen Zugang haben, eine wesentliche Rolle als Informationsquelle.

In der Annahme, dass sämtliche Katastrophen auf dem afrikanischen Kontinent „beheimatet“ sind, fragte mich kurz nach der Erdbebenkatastrophe in Haiti ein Jugendlicher während eines Workshops: „Wo genau in Afrika liegt eigentlich Haiti?“

In diesem Artikel geht es darum zu beleuchten, welche Bilder, Geschichten, Annahmen und Infor-

mationen zum afrikanischen Kontinent im Umlauf sind, was sie bewirken und welche Möglichkeiten und Herausforderungen sich daraus für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit ergeben.

„Afrika“ in der Bildungsarbeit als ein Kontinent voller Katastrophen und ohne hoffnungsvolle Entwicklungen und in Abhängigkeit von reichen Industrieländern, dessen Menschen nicht für sich selbst sprechen können? Eine solche Darstellung in der Bildungsarbeit würde zu kurz greifen... viel zu kurz, und sie widerspräche Ansätzen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung und des Globalen Lernens. Denn dann bestünde das Risiko, Stereotype und Vorurteile zu reproduzieren und Menschen ihrer Würde zu berauben. Das würde fernab jeglicher differenzierter, realitätsnaher und respektvoller Darstellung des Kontinents liegen.

Was bedeuten „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ und „Globales Lernen“?

„Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat am 20.12.2002 für die Jahre 2005 – 2014 die Weltdekade ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ ausgerufen. Die Mitgliedsstaaten der UN sind aufgefordert, national und international durch entsprechende Bildungsaktivitäten die Ziele nachhaltiger Entwicklung zu unterstützen, um die Lebens- und Überlebensbedingungen für die jetzt lebenden und die zukünftigen Generationen zu sichern. Die Weltdekade orientiert sich dabei nicht nur an den Zielen der Weltgipfel in Rio 1992 und Johannesburg 2002, sondern auch an den ‚Millennium Entwicklungszielen‘ in der Millenniumserklärung der UN (2000).“ (Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung, S. 17)



©Klaus Urban

Solche Szenen gehören zu unserem Bild von Afrika

Die Millenniumserklärung wurde beim UN-Millenniumsgipfel 2000 von einer internationalen Gemeinschaft, bestehend aus 189 Nationen, verabschiedet, um den Anteil der in absoluter Armut lebenden Menschen bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Aus dieser Millenniumserklärung wiederum wurden die acht Millenniumsentwicklungsziele – im Englischen die ‚MDGs‘ – abgeleitet, die definieren sollen, welche Ziele die

Internationale Gemeinschaft durch ihre Maßnahmen bis 2015 konkret erreichen will. (vgl. <http://www.2015.venro.org/hintergrund.html>)

Der Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung, wie er 2007 von der *Kultusministerkonferenz* und dem *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* formuliert wurde, ist eine bedeutende Komponente der Bildung für Nachhaltige Entwicklung und des Globalen Lernens.

Lernenden soll dadurch ermöglicht werden, Kompetenzen zu erwerben, „(...) die es ihnen ermöglichen, sich in einer globalisierten Welt zu orientieren und eigene Werte und Haltungen zu entwickeln. Dabei soll das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ein wichtiger Bezugspunkt des Lernbereichs Globale Entwicklung sein.“ (Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung, S. 15)

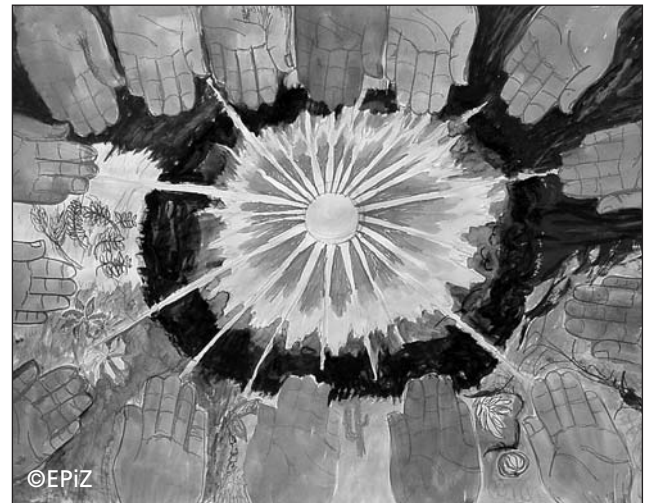
Globales Lernen kann betrachtet werden als pädagogische Antwort auf Globalisierungsprozesse oder wie von VENRO definiert: „Globales Lernen unterstützt den Erwerb von Kompetenzen, die wir brauchen, um uns in der Weltgesellschaft – heute und in Zukunft – zu orientieren und verantwortlich zu leben.“ (VENRO, Jahrbuch Globales Lernen 2007/2008, S. 8)

Diesen Definitionen liegt der Ansatz zugrunde, der die Lernenden ganzheitlich als handlungsfähige Akteure begreift und sie mittels vielfältiger partizipativer Methoden beim Erwerb zukunftsfähiger Kompetenzen begleiten und bestärken möchte.

Einseitige und vielfältige Darstellungen – unser Wirken in der Bildungsarbeit und im Alltag

2010 erlebte ich auf einem Seminar mit Inhalten zur antirassistischen Bildungsarbeit einen Filmvortrag von *Chimamanda Adichie* – eine Schriftstellerin aus Nigeria. Sie spricht in ihrem Vortrag „The Danger of a Single Story“ über die Gefahren von Stereotypen und Vorurteilen sowie die Chancen und die Notwendigkeit, Orte und Regionen in ihrer Vielfalt darzustellen. Dieser authentische, ermutigende und gut verständliche Vortrag ist auch auf YouTube zu sehen. (http://www.ted.com/talks/chimamanda_adichie_the_danger_of_a_single_story.html)

„Single Stories“, wie Frau Adichie sie nennt, sind in unseren Köpfen, und sie hängen mit Machtstrukturen zusammen. Wir können uns vermutlich alle an



Sinnbild für Globales Lernen

Fälle erinnern, in denen wir – manchmal unbewusst – durch unser Verhalten Stereotype reproduziert haben, die sich für die Betroffenen nachteilig auswirkten oder in denen wir selbst von Stereotypen bzw. Vorurteilen betroffen waren. Die entscheidenden Fragen bestehen darin, wie wir mit Stereotypen bzw. Vorurteilen umgehen: Sind wir bereit, unsere Haltung und Verhalten zu hinterfragen? Perspektiven zu wechseln und daraus zu lernen? Welche Werte zählen für uns?

Chimamanda Adichie beschreibt in ihrem Vortrag Ereignisse, die sie selbst erlebte – zum Beispiel, wie sie einen Aufruf an einem Flughafen hört: „Indien, Afrika und andere Länder“; wie sie als Nigerianerin während ihrer Zeit, die sie in den USA lebte, häufig angesprochen wurde, sobald in ihrem Umfeld von „Afrika“ die Rede war, oder wie überrascht ihre amerikanische Mitbewohnerin reagierte, als sie hörte, wie gut ihr Englisch ist (Englisch ist die Amtssprache Nigerias) bzw. als sie die Musik von *Mariah Carey* als ihre Lieblingsmusik präsentierte.

Frau Adichie schildert, wie sie als Kind immerzu von ihrer Mutter hörte, dass die Familie des Jungen, der bei ihrer Familie im Haushalt arbeitete, sehr arm sei. Und so war sie überrascht, als sie eines Tages die schönen Körbe sah, die von Mitgliedern der Familie dieses Jungen hergestellt wurden. Es kam ihr nicht in den Sinn, dass Mitglieder dieser Familie aktiv sind, etwas herstellen können. Ähnlich tendieren Menschen in Ländern des Nordens häufig dazu, Menschen aus afrikanischen Ländern als arm und ausschließlich als arm zu sehen, weil sie nur dies immer wieder gehört haben. Dabei gerät häufig aus dem Blick, was Menschen in afrikanischen Ländern schaffen, wie sie denken und fühlen, und was sie Positives bewirken.



©Klaus Urban

Häufig gerät aus dem Blick, was die Menschen in Afrika denken und fühlen und Positives bewirken

Wege zu einer „Balance“ in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

Wie können wir allen diesen Fragen und Herausforderungen in der Bildungsarbeit begegnen?

Chancen bestehen insbesondere darin,

- Orte/Regionen und Lebenswelten von Menschen in unseren Veranstaltungen vielfältig und facettenreich darzustellen,
- in unseren Präsentationen zu berücksichtigen, dass sowohl globale Schlüsselprobleme wie Armut oder Katastrophen als auch Chancen durch kulturellen Reichtum und vielfach engagierte Bürger/-innen weltweit existieren,
- zu beachten, dass bei Darstellungen von Menschen stets deren Würde geachtet wird, dass Menschen eine Stimme gegeben wird, sie als Akteure, als gleichberechtigte Partner/-innen dargestellt werden.

Als Bildungsreferent/-inn/-en tragen wir Verantwortung hinsichtlich der Frage, wie wir über Menschen und Lebensbedingungen in anderen Ländern berichten. Dies erfordert zum einen die Fähigkeit zu kritischer Reflexion, zum Perspektivenwechsel sowie weitere Kompetenzen.

Zugänge zu vielfältigen Lebenswelten in der Einen Welt zu eröffnen, den Teilnehmenden adäquate Möglichkeiten zur politischen Meinungsbildung anzubieten, so könnten Herausforderungen von Bildungsreferent/-inn/-en beschrieben werden. Chancen und zukunftsfähige Entwicklungen darzustellen, ist daher von mindestens ebenso hoher Wichtigkeit wie die Probleme und Herausforderungen

entsprechend differenziert zu erörtern.

Beispiele aus der Praxis

In der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit existieren verschiedene Ansätze und Methoden, die die beschriebenen Ziele anstreben und insbesondere Menschen und ihre Lebensrealitäten in verschiedenen Orten der Welt möglichst respektvoll, differenziert und realitätsnah darstellen.

Im Folgenden stelle ich drei

Beispiele aus der Praxis der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit vor:

Workshop: Jugendgesundheitswelten

Mit Themenfeldern wie „Gesundheit“ und „Jugend in Ländern Afrikas“ finden sich viele Anknüpfungspunkte zur Lebenswelt von Jugendlichen in Deutschland. Dies bietet Chancen, an eigenen Erfahrungen der Jugendlichen anzusetzen und sie anhand vielfältiger und interaktiver Methoden dazu einzuladen, Lebenswelten von Jugendlichen in Ländern wie Sambia, Südafrika oder Uganda kennenzulernen und Bezüge zur eigenen Lebenswelt herzustellen.

Werden die Workshop-Teilnehmenden in einer der Lokalsprachen Sambias begrüßt, Alltagsgegenstände oder Bilder aus Sambia präsentiert, ist zumeist schnell das Interesse daran geweckt, mehr über die Region zu erfahren, insbesondere dann, wenn spontan ein kleiner Dialog in Nyanja oder Tonga zustande kommt.

Viele Fragen in den Workshops beschäftigen sich mit dem Alltagsleben in Sambia. So fragen teilnehmende Jugendliche zum Beispiel: „Wie sehen die Häuser dort aus? Gibt es dort auch Hochhäuser? Wie ist Schule in Sambia? Wie wohnen die Menschen? Was machen Jugendliche dort? Welche Feste werden dort gefeiert? Gibt es da auch Weihnachten? Wie ist das Wetter dort? Ist es da gerade Sommer? Was isst man dort so? Was kosten die Nahrungsmittel? Können wir das hier auch kochen? Gibt es dort Computer, Internet, Handys, Fernsehen usw.? Welche Mode und Frisuren gibt es dort so?“



Ausschreibung des Workshops „Jugendgesundheitswelten“ des Programms Bildung trifft Entwicklung im EPIZ Reutlingen; Ausschnitt des Flyers

Oder die Teilnehmenden stellen Fragen zu meinen Erfahrungen: „Wie ist es Ihnen dort ergangen? Wie sind Ihnen die Menschen dort begegnet? Wie wurden Sie aufgenommen? Wie sind Sie auf die Idee gekommen, nach Sambia zu gehen?“

Weitere Fragen, die mir von Jugendlichen gestellt werden, beziehen sich auf die angesprochenen Themen wie Gesundheit: „Warum ist die Lebenserwartung dort so viel niedriger als hier? Wenn eine Mutter HIV-positiv ist, wird der Virus dann automatisch auf das Kind übertragen? Wie wird man auf HIV getestet? Welche Organisationen gibt es in Deutschland, an die man sich mit solchen Fragen wenden kann? Bekommen die Leute dort auch Medikamente, wenn sie krank sind? Gibt es in Afrika auch Kondome? Sind die sicher? Wie ist das mit den Medizinmännern? Können die bei Krankheiten helfen? Gibt es dort eigentlich Zahnärzte? Wie ist das mit Malaria? Kann man sich dagegen impfen lassen?“

Diese Fragenpalette ist ein kleiner Ausschnitt aus der Bildungspraxis und ließe sich noch um einige weitere Aspekte erweitern. Sie spiegelt zumindest

ansatzweise wider, wie facettenreich Bildungsarbeit sein kann, und welche Möglichkeiten sich dadurch ergeben, sich mit verschiedenen Fragen zum Alltagsleben und zu spezifischen Themen auseinanderzusetzen.

Referent/-inn/-en des Programms „Bildung trifft Entwicklung“ haben selbst in den Ländern gelebt und gearbeitet, bringen daher authentische Erfahrungen aus der Entwicklungszusammenarbeit und mit dem Alltagsleben vor Ort ein. Entsprechende Bilder, Filme, Gegenstände, Musik aus der Alltagswelt und zu einem bestimmten Themenfeld können dabei unterstützen und vieles anschaulicher machen. Die Referenten/Referentinnen können aus der Vielfalt ihrer Erfahrungen schöpfen, die sie in den jeweiligen Ländern gemacht haben, beispielsweise mit

- lokalen Begebenheiten (z. B. Schulen, Behörden, religiöse Einrichtungen, Geschäfte),
- dort praktizierten Umgangsformen (z. B. begrüßen/verabschieden, danken, gemeinsam essen),
- der Handy- und Internetkommunikation oder dem Transportwesen vor Ort
- der Presse-, Radio- und Fernseharbeit,
- dem Arbeitsalltag dortiger Nichtregierungsorganisationen oder von Gesundheitszentren und Krankenhäusern,
- HIV- oder Malaria-Tests in den jeweiligen Ländern,
- Ansätzen in der Jugendarbeit, die in dem jeweiligen Land existieren (z. B. „Peer Education“, „Edutainment“, Medienarbeit).

Interaktive Methoden¹ wie beispielsweise das Weltspiel, soziometrische Übungen, das Arbeiten mit Bildern und Gegenständen, Rollen- und Planspiele, Quiz, Film- und Musikvorträge bieten in den Workshops viele Möglichkeiten, sich mit entwicklungspolitischen Inhalten auseinanderzusetzen. Dadurch können Zugänge zu den genannten Themen eröffnet und die Erweiterung von Kompetenzen in Bereichen der Bildung für Nachhaltige Entwicklung unterstützt werden.

In den Workshops konnte ich beobachten, wie Jugendliche Interesse an der Thematik rund um Liebe und HIV/Aids, an (Jugend-)Lebenswelten sowie an konkreten Lebens- und Arbeitserfahrungen

¹ Methoden für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit: <http://www.bildung-trifft-entwicklung.de/bte/downloads/Downloads/Arbeitsblaetterfuerdieentwicklungspolitische-Bildungsarbeit.pdf>

gen in Sambia, entwickelten. In den Workshops äußerte sich dies beispielsweise in lebendigen Gesprächsrunden, kreativen Ideen, Aussagen, Fragen und erarbeiteten Präsentationen.

Während der Feedbackrunden kamen bisher z. B. folgende Statements zur Sprache: „Etwas über den Alltag der Leute in Sambia zu erfahren, fand ich gut. Jetzt weiß ich mehr über HIV und Aids, wie HIV übertragen wird und wie man sich schützen kann. Es gab doch viele Informationen zum Leben der Leute in dem Land, was sie machen und so. Manchmal war es anstrengend, aber es war doch gut. Was mitzukriegen von Situationen der Leute, auch wenn sie krank werden, und wie vieles damit zusammenhängt, wie sie auch von ihrer Familie und so unterstützt werden können. Danke, dass Sie uns Afrika ein bisschen näher gebracht haben.“

Die Herausforderungen liegen mitunter darin, einerseits die Jugendlichen nicht mit zu viel Input zu überfüttern und andererseits darauf zu achten, die angesprochenen Themen entsprechend zu differenzieren. Auch der angemessene Umgang mit geäußerten Stereotypen bzw. Vorurteilen erweist sich häufig als Herausforderung, kommt es doch in der Bildungsarbeit darauf an, diese im Zusammenhang mit der Achtung der Menschenwürde zu thematisieren und dabei das „Überwältigungsverbot“ und das „Kontroversitätsgebot“ des Beutelsbacher Konsenses (vgl. <http://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens.html>) entsprechend zu beachten.

„Fußballwelten“: Kalender und Workshops zu „Fußball und Fairplay“

„Zum ersten Mal in der Geschichte der Fußballweltmeisterschaft findet dieses große Ereignis, bei dem alle vier Jahre so viele Menschen aus aller Welt zusammen kommen, von Juni bis Juli 2010, in einem afrikanischen Land statt... nämlich in Südafrika!

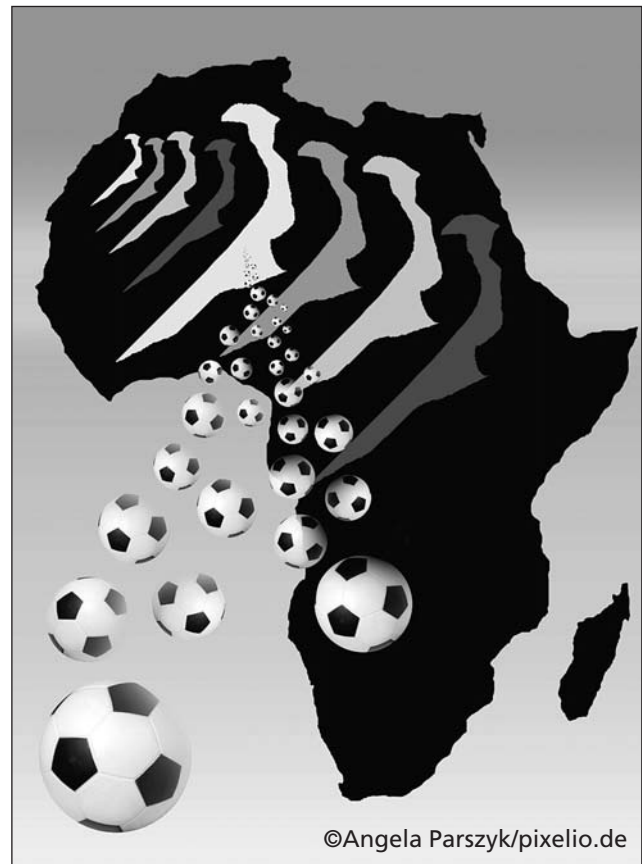
Eine gute Gelegenheit, ‚Fußballwelten‘ von Menschen, die in verschiedenen Ländern Afrikas leben, kennen- und verstehen zu lernen. Der Kalender möchte euch Jugendliche einladen, ausgewählte Lebens- und Fußballwelten des afrikanischen Kontinents in Gedanken zu bereisen.

‚Fußball verbindet‘ – wir freuen uns über alle, die sich diesen Kalender anschauen und in afrikanische Welten vertiefen. Im Mittelpunkt stehen Spaß, Kreativität und faires Miteinander beim Sport in Afrika sowie zahlreichen Lebenssituationen aus der Perspektive junger Fußballfans. (...) Oft, nicht im-

mer stellen Kinder ihre Bälle selbst her. Oft, nicht immer und überall, ist es in Afrika heiß. Es lohnt also immer, sich genauer zu informieren.“

(Vorwort des EPiZ-Kalenders „Fußballwelten“, www.epiz.de)

Die Fußball-WM 2010 in Südafrika löste insbesondere im Vorfeld und während des Zeitraums, in dem die Weltmeisterschaft stattfand, großes Interesse in der Öffentlichkeit aus. Dies erwies sich für die Workshops „Fußball und Fairplay“ zu dieser Zeit als Chance, Türen zum afrikanischen Kontinent zu öffnen. Die Kinder und Jugendlichen, die an den Workshops teilnahmen, kannten Vuvuzelas, die auch in Deutschland erhältlich waren, stimmten oft mit ein, wenn der Waka Waka Song anklang. Auch kannten sie häufig die Bedeutung des WM-Balls „Jabulani“ und die Übersetzung von „Bafana Bafana“. Sie zeigten sich offen und interessiert, unterschiedliche Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in Südafrika und anderen afrikanischen Ländern kennenzulernen und mehr über diese Länder zu erfahren.



©Angela Parszyk/pixelio.de

Die Fußball-WM 2010 in Südafrika löste großes Interesse am afrikanischen Kontinent aus

Der EpiZ-Kalender „Fußballwelten“ präsentiert Ausschnitte aus Jugend-Lebenswelten aus Ruanda, Burundi, Lesotho, Kamerun und Südafrika, in denen sich Kinder- und Jugendstimmen dieser Länder artikulieren. „Fußballwelten“ wurde auch in den Workshops „Fußball und Fairplay“ als didaktisches Material eingesetzt.

So konnten die Kinder und Jugendlichen in den Workshops erfahren, dass Fußbälle aus Sportgeschäften in afrikanischen Ländern nicht überall selbstverständlich sind. Sie konnten erproben, wie sie Bälle aus Blättern, Ästen und weiteren Naturmaterialien oder aus Stoffresten, Plastiktüten und Wollfäden möglichst stabil und rund herstellen können. Zudem setzten sie sich mit vielfältigen Informationen zu den verschiedenen Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen sowohl in ländlichen als auch in städtischen Regionen der genannten afrikanischen Länder auseinander. Themen waren dabei:

- weshalb manche Jungen und Mädchen in den genannten Ländern ihre Fußbälle gelegentlich oder öfter mal selber herstellen
- „Street Soccer“ (<http://www.streetfootballworld.org>)
- worin Chancen und Probleme für Jugendliche aus Townships in Südafrika liegen.

Auch setzten sich die Teilnehmenden in den Workshops auseinander mit Fragen wie: unter welchen Bedingungen viele Fußbälle, die hier im Handel erhältlich sind, hergestellt werden; welche geringen Löhne die Näherinnen und Näher der Fußbälle erhalten, womit sie ihre Familien kaum versorgen können, und welche Alternativen durch den fairen Handel ermöglicht werden, der Voraussetzungen schafft, die die Lebensbedingungen der Arbeiter/-innen in der Fußballherstellung entscheidend verbessern können.

Plattform „Global Eyes“

Die Internetplattform „Global Eyes“ für Globales Lernen enthält Fotos und Geschichten von Menschen aus vielen Ländern der Erde, die zeigen, wie

sie leben, lernen und arbeiten. Für Lehrkräfte und Schüler/-innen ist Global Eyes ein modernes globales Klassenzimmer. Sie können nach Ländern, Themen und Schlagworten recherchieren, Alben anlegen, Präsentationen illustrieren und Anregungen für den Unterricht gewinnen.

„Global Eyes“ wurde von Mitgliedseinrichtungen des Landesarbeitskreises „Schule für Eine Welt“ Baden-Württemberg entwickelt, zu denen *Brot für die Welt*, die *Landeszentrale für politische Bildung (LpB) Baden-Württemberg* und das *Entwicklungs-pädagogische Bildungs- und Informationszentrum (EpiZ)* gehören. (Quelle: www.global-eyes.de)

Die Plattform „Global Eyes“ eröffnet Möglichkeiten, sich in der Bildungsarbeit mit unterschiedlichen Facetten verschiedener Länder auseinanderzusetzen und auch selbst neue kreative Ideen einzubringen. So können wir verschiedene Geschichten von Menschen aus anderen Ländern kennenlernen. Unterschiedliche Facetten eines Landes können durch Bilder und Informationen (aus eventuell verschiedenen Regionen) vermittelt werden, zum Beispiel:

- einerseits zu Schwierigkeiten, die Ernährungssituation betreffend, und andererseits zu einer Kleinbauernkooperative, die mithilfe von Kleinkrediten, in Vieh und Gemüseanbau investiert und Landwirtschaft aufbaut;
- einerseits zu Problemen, bedingt durch hohe Arbeitslosigkeit, und andererseits zur Unterstützung von Menschen beim Aufbau einkommenschaffender Aktivitäten durch Nichtregierungsorganisationen.

Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit bietet vielfältige Möglichkeiten und auch Herausforderungen, sich mit globalen Zusammenhängen auseinanderzusetzen und Kompetenzen im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung zu erwerben. Auch haben wir dadurch Chancen, Globalisierungsprozesse nicht mehr ausschließlich als „passive/-r Bürger/-in“ wahrzunehmen, sondern uns Kompetenzen anzueignen, die uns dazu befähigen, unsere Zukunft verantwortlich mitzugestalten.

Literatur und Links

KMK und BMZ: Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung, 2007

<http://www.2015.venro.org/hintergrund.html>

VENRO, Jahrbuch Globales Lernen 2007/2008

http://www.ted.com/talks/chimamanda_adichie_the_danger_of_a_single_story.html

<http://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens.html>

<http://www.bildung-trifft-entwicklung.de/bte/downloads/Downloads/ArbeitsblaetterfuerdieentwicklungspolitischeBildungsarbeit.pdf>

<http://www.epiz.de>

EpiZ-Kalender ‚Fußballwelten‘

<http://www.streetfootballworld.org>

<http://www.global-eyes.de>



Bettina Waldt ist Diplom-Pädagogin und Diplom-Sozialpädagogin. Sie war für den Deutschen Entwicklungsdienst von 2005 bis 2007 in Sambia. Heute arbeitet sie als freiberufliche Referentin für „Bildung trifft Entwicklung“, ein vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

gefördertes Programm.

Afrika als Schwerpunkt entwicklungspolitischer Bildungspraxis

Aus der Arbeit des Arbeitskreises Entwicklungspolitik mit seinen Kooperationspartnern

Gerhart Schöll/Christoph Beninde

Der Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKE) ist ein Zusammenschluss verschiedener Bildungsorganisationen, die ihr Augenmerk auf Probleme der Entwicklungspolitik und den Nord-Süd-Konflikt richten wollten. Schon bald trat Afrika in den Mittelpunkt der Aktivitäten, über die Gerhart Schöll in einem Rückblick über die verschiedenen Stationen der nunmehr 45jährigen AKE-Geschichte berichtet. Wie ursprüngliche Ideale und Erwartungen, die sich mit dieser Arbeit verknüpften, einer Ernüchterung über die gegenwärtigen politischen Verhältnisse vor allem in den erst spät zur Unabhängigkeit gelangten Staaten des südlichen Afrika wichen und zu einer pragmatischeren Einstellung zu den Möglichkeiten entwicklungspolitischer Bildungsarbeit führten, stellt AKE-Kooperationspartner Christoph Beninde vom Welthaus Bielefeld dar.

Es begann mit dem Studium regionaler Entwicklung in Nordafrika

(Nord-) Afrika steht bereits am Beginn der Arbeit: Ende 1966 beschlossen mehrere Träger der Jugend- und Erwachsenenbildung (darunter der *Jugendhof Vlotho* und die *Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste/IJGD*) die gemeinsame Organisation von Seminaren zum Thema Nord-Süd (bzw. Entwicklungsländer, Entwicklungshilfe und regionale

Entwicklung) in Nordafrika, die sich schwerpunktmäßig an Studierende und Multiplikator/-inn/-en richten sollten. Sie gründeten hierfür den *Arbeitskreis Entwicklungshilfe* (später *Arbeitskreis Entwicklungspolitik*, abgekürzt AKE). Ein erstes dreiwöchiges Seminar als „Modell politischer Bildung auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe“ fand im Herbst 1967 in Tunesien statt.

Bereits im Frühjahr 1967 wurden in Vlotho, Berlin und zwei anderen Orten fünf einwöchige Seminare mit dem Titel „Geschenke, Geschäfte oder was sonst? Einführungsseminar in Probleme der Entwicklungsländer und Entwicklungshilfe“ veranstaltet. Sie waren noch recht referatslastig, präsentierten aber durchaus interessante Referenten aus dem für diesen Politikbereich zuständigen Ministerium (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) und unterschiedlichen Organisationen der Entwicklungshilfe (wie man damals die Entwicklungszusammenarbeit generell noch nannte). Es gab allerdings auch intensive Diskussionen in Kleingruppen. Teilnehmende dieser Seminare konnten sich für ein Seminar in Tunesien im Herbst bewerben – 39 wurden ausgewählt.

Das Seminar in Tunesien begann mit einer zweitägigen Einführung über Tunesien und die Entwicklungspolitik des Landes, zu der tunesische und im Land tätige deutsche Experten als Referenten eingeladen waren. Eine dreitägige Rundreise, die den Teilnehmenden einen Überblick über die Regionen des Landes und die soziale und wirtschaftliche Situation vermitteln sollte, schloss sich an.

Die nächsten zehn Tage verbrachten die Teilnehmenden in Kleingruppen an unterschiedlichen Orten des Landes, um dort entweder ein Projekt der Entwicklungszusammenarbeit, Institutionen der Entwicklungspolitik oder örtliche wirtschaftliche und soziale Strukturen genauer kennenzulernen.

Bei einem abschließenden Treffen in Tunis gab es erste Berichte über die Ergeb-

Foto: BishkekRocks/Quelle: Wikipedia



Tunesien war das erste Land, dem der AKE in Afrika seine Aufmerksamkeit widmete. Hier die Medina von Hammamet

nisse dieser Studien vor Ort und noch einmal Gespräche mit Expert/-inn/-en aus dem Land.

Ein Auswertungs- und Nachbereitungstreffen folgte einige Wochen nach der Rückkehr. Die Teilnehmenden sollten dazu auch Berichte aus den Studienaufenthalten mitbringen. Diese und einige Artikel zu allgemeineren Themen wurden von einem Redaktionsteam abschließend zu einem Bericht zusammengefasst.¹

Mehrere Teilnehmende bereiteten dann in den Folgejahren ähnliche Seminare in Tunesien, ab 1970 auch in Marokko und ab 1975 in Algerien vor und waren auch für die Durchführung verantwortlich (entsprechend rekrutierten sich immer wieder neue Teamer/-innen aus den einzelnen Seminaren – Hauptamtliche waren so gut wie nicht beteiligt). Der Ablauf wurde im Lauf der Jahre etwas modifiziert, orientierte sich aber durchaus weiterhin am Modell des ersten Seminars in Tunesien.

Stärker verändert wurde allerdings die Struktur der einführenden Wochenseminare: Es waren überwiegend die Leitungsteams und nicht mehr auswärtige Referent/-inn/-en, die die Inhalte einbrachten, und im Mittelpunkt der Seminare stand ein Planspiel, das eigens vom AKE für diesen Zweck entwickelt wurde – bewusst auch mit inhaltlichem Bezug auf Tunesien: es ging darin um die Verlagerung eines Textilbetriebs von Deutschland nach Tunesien und Auseinandersetzungen, Probleme und Aktivitäten in diesem Zusammenhang. Das Planspiel, das schriftlich ablief und etwa eineinhalb Tage dauerte, trug in der Regel ganz erheblich zur Bewusstseinsbildung über die Problematik Entwicklungsländer/Industrieländer bei. Insbesondere wurden dabei auch viele Fragen entwickelt, die dann in Arbeitsgruppen im Anschluss an das Planspiel gemeinsam mit den Teamer/-innen diskutiert und wenn möglich geklärt wurden.

Ein weiteres Planspiel wurde zu einem späteren Zeitpunkt, als auch Tansania Partnerland des AKE geworden war, zu Wirtschaftsbeziehungen, Entwicklungspolitik und internationale Verflechtun-

gen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Pauperia (das deutlich an den Hauptprodukten Tee und Sisal erkennbar war) entwickelt, mit ähnlichen Spielgruppen.²

Jugend- und Fachkräfteaustausch mit den Maghrebländern (Tunesien, Marokko, Algerien)

Mit Unterstützung aus dem Bundesjugendplan entwickelte sich von 1973 an ein Fachkräfteaustausch, in dessen Rahmen auch regelmäßig Fachkräfte der Jugendhilfe aus den Partnerländern nach Deutschland kamen. Inhaltlich ging es um unterschiedliche Bereiche der Jugendhilfe. Auch hier fand ein Teil des Aufenthaltes in kleinen Gruppen an unterschiedlichen Orten statt. Die Anwesenheit der Gäste aus den Partnerländern wurde im Rahmen der Bildungsarbeit des 1978 gegründeten *AKE-Bildungswerkes* auch benutzt für Gespräche mit jungen Leuten, die nicht an den Maßnahmen selbst teilnahmen, sich aber für die Herkunftsländer interessierten. Auch während der Kleingruppenaufenthalte fanden regelmäßig solche Seminare mit örtlichen interessierten deutschen Partnergruppen statt.

Die Struktur der Seminare in den Partnerländern entsprach zunächst noch weitgehend dem früheren Modell, inhaltlich standen aber zunehmend Fragen von Erziehung, Jugendarbeit und anderen Bereichen der Jugendhilfe im Vordergrund. Teilnehmende waren ganz überwiegend haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende in der Jugendarbeit.

Ab Ende der 80er Jahre wurden die Fachprogramme mit Marokko und Tunesien vom Jugendhof Vlotho fortgeführt.

Seit 1993 findet in der Regel einmal jährlich als gemeinsame Veranstaltung von AKE und Jugendhof eine Tagung statt, zu der Vertreter von Trägern des Jugendaustauschs mit arabischen Ländern eingeladen werden. Partnerländer der Teilnehmenden sind vor allem die nordafrikanischen Länder Ägypten, Tunesien und Marokko, daneben Palästi-

1 Arbeitskreisentwicklungspolitik (Herausgeber): Tunesien-Seminar 1967. Bericht über ein Informationsseminar als Modell politischer Bildung auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, Verlag der SSIP-Schriften Dieter Breitenbach, Saarbrücken 1968. Der Bericht enthält auch eine ausführliche Darstellung zum Ablauf und zur Methodik des Seminars und zum „Prozess der Informationsgewinnung in der Gruppe“.

Weitere Berichte wurden zu den Seminaren in Tunesien 1968 sowie 1969/70 und in Marokko 1970 veröffentlicht.

2 Inhalte und Methoden dieser Planspiele wurden damals in einer Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung dargestellt: *Gerhart Schöll*: Entwicklungspolitische Planspiele zum Themenschwerpunkt: Arbeitsplatzverlagerung, internationale Arbeitsteilung, private Investitionen, Welthandel, in: Von und mit der Dritten Welt lernen, hrsg. vom Institut für Internationale Begegnungen e. V. und der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1987, Heft 3, S. 61-71 (dort ist auch das Programm eines Wochenseminars wiedergegeben).



© Jugendhof Vlotho

Im Jugendhof Vlotho fanden später die Fachprogramme mit Tunesien und Marokko statt

na, gelegentlich Jordanien, selten andere arabische Länder. Inhaltlich geht es dabei neben methodischen Fragen und Erfahrungsaustausch vor allem um aktuelle politische kulturelle und soziale Entwicklungen in der Region. In diesem Rahmen konnte auch eine Tagung im September 2011 mit *Werner Ruf*, einem der besten Kenner Nordafrikas unter den deutschen Politikwissenschaftlern, zu einer differenzierten Wahrnehmung der aktuellen Entwicklungen in der arabischen Welt beitragen. Geplant ist, die Tagungen künftig auf europäischer Ebene fortzusetzen.

„Jugendpolitische Maßnahmen mit Entwicklungsländern“: Tansania und Sambia

Gefördert aus dem Programm „Jugendpolitische Maßnahmen mit Entwicklungsländern“ des Bundesjugendplanes fand Ende der siebziger Jahre zum ersten Mal in Zusammenarbeit mit der *Fachhochschule Dortmund* ein Seminar in Tansania statt mit der CCM-Jugend, dem Jugendverband der Staatspartei CCM von *Julius Nyerere*. Weitere folgten, es schlossen sich Seminare für Fachkräfte und ehrenamtlich Mitarbeitende des Partnerverbandes in Deutschland an – inhaltlich wurde das Modell aus Nordafrika fortgesetzt. Auf Anregung der IJGD wurden bei mehreren Seminaren auch Workcamp-Elemente in das Programm aufgenommen, die es ermöglichen sollten, das Leben in den Dörfern intensiver kennenzulernen.

Etwa zur gleichen Zeit begann ein ähnliches Programm mit der *Ökumenischen Mindolo-Stiftung* in

Sambia. Hier gab es bei den Aufenthalten der Partnergruppe in Deutschland ein besonders interessantes Modell: Teilnehmende waren Mitarbeiter/-innen vor allem kirchlicher Einrichtungen aus fast einem Dutzend verschiedener afrikanischer Länder, überwiegend im südlichen Afrika, die in Mindolo eine einjährige Zusatzausbildung in Gemeinwesenarbeit absolvierten. Für die, die selbst im Schwerpunkt Jugendarbeit oder anderen Bereichen der Jugendhilfe tätig waren, wurde das Fachkräfteseminar des AKE eine wichtige Erweiterung ihrer Zusatzausbildung. Aber auch für die deutschen Gesprächspartner, Mitarbeitende in den einzelnen Partnerprojekten und andere Interessierte, die an den Seminaren oder örtlichen Veranstaltungen teilnahmen, waren die Gespräche mit diesem Kreis über das Leben, die Menschen und Kulturen in Afrika eine interessante Erfahrung.

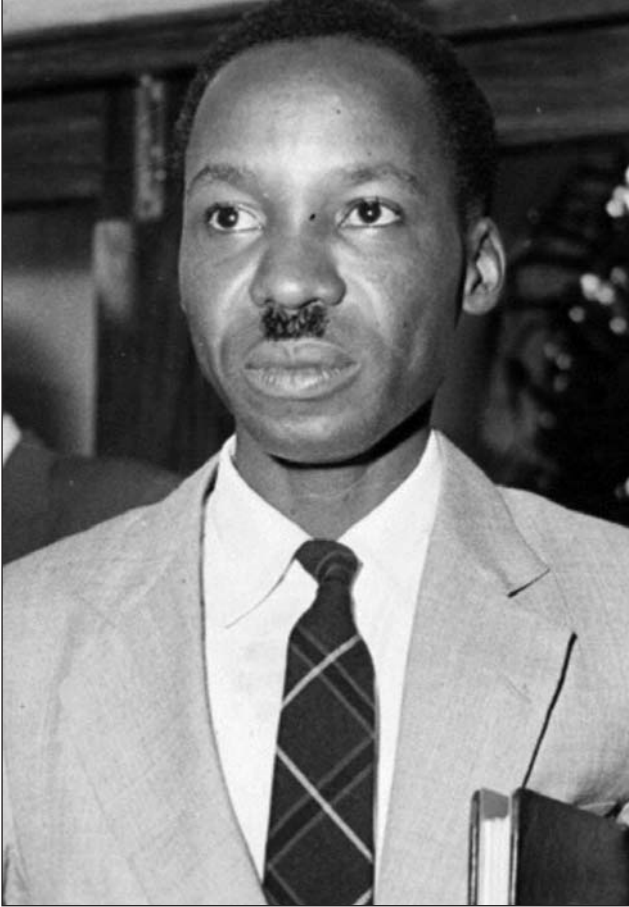
Langzeitwirkungen politischer Bildung

Eine Umfrage 1987 unter allen ehemaligen Teilnehmenden dieser Seminare, deren Adressen noch bekannt waren, ergab einen Rücklauf von über 100 Fragebögen. Im Sinne von Langzeitwirkungen politischer Bildung ist es sicherlich interessant, dass über 80 % der Befragten angaben, aus diesen Seminaren wichtige Impulse für ihr späteres Leben erhalten zu haben. Für viele waren die Erfahrungen wichtig für ihren späteren Beruf (und tätig waren sie insbesondere in Schule, Jugendarbeit und anderen Bildungs- sowie entwicklungspolitischen Bereichen) – bis hin zu grundlegenden beruflichen Entscheidungen.

Ein Teilnehmer, der 1980 mit in Tansania war, beantwortete den Fragebogen damals nicht. Aber viele Jahre später veröffentlichte *Bartholomäus Grill*, Redakteur und Afrika-Korrespondent der ZEIT, in einem Sammelband eine Reihe seiner Reportagen. Dem AKE schrieb er dazu: „Erst zwei Seminare in Vlotho, dann eine Projektreise nach Afrika, schließlich die Nachbereitung und ein kleines Büchlein, in dem wir unsere Erfahrungen reflektierten. Das waren die Ergebnisse einer Veranstaltung des Arbeitskreises Entwicklungspolitik vor über zwanzig Jahren. Wir haben damals viel gelernt über die Probleme eines armen Landes, und in meinem Falle war dieser Austausch eine Art Initiation: Ich bin als Korrespondent der ZEIT nach Afrika zurückgekehrt und berichte seit 1993 über die Welt im Süden der Sahara.“

In seinem Buch schreibt er über die Reise mit dem AKE: „Aus Tansania wurden revolutionäre Dinge

UK National Archives/Quelle: Wikipedia



Afrikanischer Hoffnungsträger: Julius Nyerere, erster Staatspräsident von Tansania nach der Unabhängigkeit

berichtet. Wir hörten von einem afrikanischen Sozialismus, von einem Dritten Weg zwischen dem repressiven Sowjetkommunismus und dem räuberischen Kapitalismus. Wir studierten die Texte von Präsident Julius Nyerere, der ehrfürchtig *mwali* genannt wurde, großer Lehrer. Die Schlüsselbegriffe seiner Philosophie hatten den Klang von politischen Mantras: *Self reliance*, mit eigenen Kräften die Unterentwicklung überwinden, und *ujamaa*, gemeinsam leben und arbeiten, eine politische Maxime, welche die Traditionen der Dorfgemeinschaft mit einem modernen Genossenschaftswesen verband. Dort unten brannte *uhuru*, die Fackel der Freiheit, dort mussten wir hin. Wir, das waren neun junge Leute, Dritte-Welt-Bewegte, die in Longido, einem kleinen Nest nahe der kenianischen Grenze, von der Theorie zur Praxis schreiten und das tansanische Experiment unterstützen wollten. Unser Partner im Dorf hieß Esto Mollé, ein Masai, der in Sambia und Australien Soziologie studiert und sich für das kleine Longido große Pläne ausgedacht hatte: einen Staudamm, ein alternatives Tourismusprojekt und ein Dorfgemeinschaftshaus, bei

dessen Bau wir helfen sollten. Wir machten uns also daran, Lehmziegel zu produzieren...“³

Als Grill im Spätherbst 2001 zum dritten Mal nach Longido kommt, bringt er eine Spende mit, die die ehemalige AKE-Gruppe gesammelt hat. Er erfährt, dass Esto am 28. Januar 2000 verstorben war.

„Estos kühne Visionen hatten sich nicht realisiert, aber da waren immerhin ein paar Arbeitsplätze und eine Hand voll selbstbewusster junger Leute. Ich ging an sein Grab im Schatten der großen Schirmakazie, unter der wir einst unsere misslungenen Lehmziegel gebacken hatten. Dieser Mann hat meine Affaire mit Afrika eingefädelt. Er verkörpert den unerschütterlichen Optimismus der Afrikaner, ihren Humor und ihre Schlitzohrigkeit, ihren Müßiggang und die Kunst, mit einfachsten Mitteln zu überleben. Esto Mollé war mein *mwali*, mein erster afrikanischer Lehrer. Auch seinem Andenken ist dieses Buch gewidmet.“⁴

AKE und Sudan

Seit 1993 arbeitet beim AKE ein Kollege, der in der sudanesischen Provinz Darfur, in einem kleinen Ort nahe der Grenze zum Tschad, geboren und aufgewachsen ist. Inzwischen ist er Leiter des Bildungswerks. Seine Mitarbeit hat dazu beigetragen, dass das Thema Afrika beim AKE noch einmal eine neue Dimension erhalten hat.

Im Juni 1989 kam durch einen Putsch von *Ahmad Omar El Bashir* das erste islamistische Regime der arabischen und afrikanischen Welt an die Macht. Eine demokratische Entwicklung im größten Flächenstaat Afrikas wurde jäh unterbrochen, der Bürgerkrieg im Süden verschärfte sich wieder, und ab 2003 geriet auch der seit langem schwelende und sich zum Bürgerkrieg entwickelnde Konflikt in der Provinz Darfur zunehmend in den Blick der Weltöffentlichkeit.

Viele Sudanesen, Oppositionspolitiker, Wissenschaftler, Intellektuelle verließen ihr Land und suchten Zuflucht, die meisten in den Nachbarländern oder anderen arabischen Ländern, viele auch in Europa oder Nordamerika. Insbesondere an jene unter ihnen, die in Deutschland und einigen Nachbarländern lebten, richtete sich eine Tagung, in der seit 1998 einmal im Jahr über die aktuelle Situation

³ *Bartholomäus Grill*: Ach, Afrika. Berichte aus dem Inneren eines Kontinents. München 2005, Wilhelm Goldmann Verlag, S. 22 f.

⁴ a.a.O., S. 24 f.



Alltag in Darfur

informiert und Perspektiven des Sudan für eine demokratische Entwicklung erörtert wurden. Ehemalige Regierungsmitglieder aus der demokratischen Phase des Sudan und bekannte Wissenschaftler gehörten zu den Referent/-inn/-en. Tagungssprache war in erster Linie Arabisch, zum Teil Englisch. Bei Bedarf wurde auch ins Deutsche übersetzt. Zwischen 50 und 100 Teilnehmende kamen zu den Tagungen, die meistens im Jugendhof Vlotho stattfanden und schon allein von der Tagungsorganisation her viel interkulturelle Kompetenz und Einfühlungsvermögen sowie Improvisationsfähigkeit erforderten.

Die Tagungen wurden bekannt bei der sudanesischen Community im Ausland, aber nicht nur dort: nach der vierten oder fünften Tagung erschien in einer sudanesischen Zeitung ein Artikel, in der die zunehmende „Feindseligkeit der Deutschen gegenüber dem Sudan“ beklagt wurde (der Verfasser meinte damit wohl die zunehmende Kritik am Sudan bzw. dessen Regime wegen des Konflikts in Darfur und an den zunehmenden Menschenrechtsverletzungen). Als Speerspitze der feindseligen Haltung gegenüber dem Sudan wurde der AKE gesehen, dessen Mitarbeiter Ahmed Musa Ali („a Zaghawa tribesman“) alljährlich eine Tagung gegen den Sudan in Vlotho organisierte. Erst danach wurden andere Organisationen wie die politischen Stiftungen, spezielle Sudan-Hilfsorganisationen etc. genannt.

Mit welchem Engagement viele teilnahmen, zeigt ein ganz besonderes Beispiel: Mit dem übergrei-

fenden Thema „Ethnizität versus nation building in Afrika – Politisierung von Ethnizität im Zuge der Modernisierung – Chancen und Gefahren“ (mit einem Focus auf dem Sudan) befasste sich im Frühjahr 2003 ein Seminar in der *Jugendbildungsstätte Welper*. Es richtete sich an Multiplikator/-inn/-en der entwicklungspolitischen Szene, Fachleute der Afrikanistik, Ethnologie und Anthropologie, interessierte deutsche Bürger/-innen und vor allem an Afrikaner/-innen, die in der Bundesrepublik Deutschland oder in Nachbarländern leben. Vor allem letztere waren unter den

44 Teilnehmenden vertreten. Aber sie kamen nicht nur aus Großbritannien, Österreich und den Niederlanden, sondern sogar aus Saudi Arabien, Eritrea und dem Sudan. Da sich bereits am Samstagnachmittag abzeichnete, dass das Interesse der meisten Teilnehmenden größer war als es die eingeplante Zeit (von Freitag bis Sonntag) erlauben würde, wurde spontan ein Ort für die Fortsetzung des Seminars gesucht, das dann von Sonntagnachmittag bis Montagnachmittag in Duisburg stattfand.

Die Finanzierung dieser Tagungen war nicht leicht, und so konnte eine weitere nur noch einmal im Jahr 2004 stattfinden. Ein engerer Arbeitskreis blieb aber darüber hinaus in Kontakt und beteiligte sich auch noch einmal an der Jahrestagung des AKE 2007 (s. u.). Das Thema Darfur blieb leider aktuell. Nicht zuletzt aus persönlichem Engagement für seine Heimat beteiligten sich Ahmed Musa und das AKE-Bildungswerk an zahlreichen Veranstaltungen über Darfur und/oder den Sudan in Kooperation mit örtlichen Trägern und auch an Hilfsaktivitäten.

AKE-Jahrestagung 2007: Deutschland/Europa und Afrika – ein Schwerpunkt zum Thema Nord-Süd

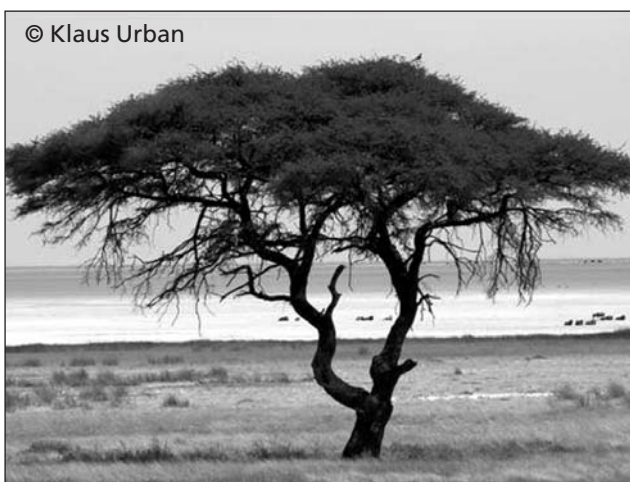
Es lag nahe, Afrika auch zum Thema der Jubiläumsveranstaltung des AKE zu machen. Der bereits oben erwähnte Bartholomäus Grill referierte zum Thema: „Afrika – 50 Jahre nach der Dekolonisation – noch ein Bildungsthema?“. Intensive Diskussionen,

insbesondere über die Frage von endogenen und exogenen Ursachen von Unterentwicklung schlossen sich an: sind es eher die einheimischen Eliten, die eine Entwicklung verhindern, oder Einflüsse oder Eingriffe von außen, insbesondere aus den Industrieländern?

Der Sudan-Arbeitskreis (s. o.) beteiligte sich mit einer Podiumsdiskussion zum Thema: „Darfur – ein typisches Symptom für die Probleme des heutigen Afrika? Was haben wir, was hat Deutschland, was hat Europa damit zu tun?“ Dieses Thema wurde unter verschiedenen Aspekten in Arbeitsgruppen weiter erörtert. Das hier bei uns noch viel zu tun ist, wurde in beiden Gruppen deutlich.

Aber auch andere Länder oder Regionen Afrikas waren immer wieder Thema in einzelnen Veranstaltungen, von denen sich einige vor allem an Menschen richteten, die mit Flüchtlingen aus den betreffenden afrikanischen Ländern oder Regionen kooperieren – und an die Flüchtlinge aus den Ländern selbst. Zu einem Seminar „Das Horn von Afrika: Eine Region zwischen Resignation und Aufbruch – der 11. September und seine Folgen für die dortigen Länder“ im Frühjahr 2004 kamen auch viele Teilnehmende aus europäischen Nachbarländern (Belgien, Niederlande, Frankreich – auch sie überwiegend aus dieser Region Afrikas stammend). Auch diplomatische Vertretungen und Journalisten aus Ostafrika waren beteiligt. Die Ostafrikaabteilung der *Deutschen Welle* führte Interviews mit zahlreichen Referenten und Teilnehmer/-inne/-n.

Zum Selbstverständnis der Arbeit des AKE gehört die Zusammenarbeit mit zahlreichen anderen bildungspolitisch aktiven Gruppen und Institutionen. Eine Besonderheit des AKE ist dabei sicher vor allem



Landschaft im südlichen Afrika

die große Zahl der Gruppen von Migrantinnen und Migranten unter diesen Kooperationspartnern.

Der AKE kooperiert zum Thema Afrika seit vielen Jahren eng mit dem *Welthaus* und dem *Zimbabwe Netzwerk* in Bielefeld. Der in beiden Organisationen tätige *Christoph Beninde* stellt die Konzeption dieser Arbeit und ihre Entwicklung im Folgenden dar:

Wandel der Bildungsarbeit zum Südlichen Afrika: Amandla – Pamberl – A luta continua⁵

Es herrschte Aufbruchstimmung im Südlichen Afrika. Seit Mitte der 70er Jahre gewannen nacheinander alle Staaten dieser Region die eigene Unabhängigkeit. Sie waren Nachzügler in dem Entkolonialisierungsprozess, der in den 50er und 60er Jahren in den anderen Teilen Afrikas stattgefunden hatte. Zunächst waren es 1975 die portugiesischen Überseegebiete Angola, Mosambik, später Zimbabwe (ehemaliges Rhodesien 1980) und Namibia (1990) sowie last but not least Südafrika selbst mit den ersten freien Wahlen im Jahr 1994. Dann war diese Etappe geschafft. Ein unter schwierigen Bedingungen erreichter großer Erfolg für die schwarze Mehrheit der Bevölkerung dieser Länder, ein Erfolg aber auch für die Zivilgesellschaften, Gewerkschaften und Kirchen, die in teilweise jahrzehntelangem Kampf zunächst das Recht auf politische Selbstbestimmung z. T. in bewaffneten Kämpfen erreichen konnten. Nicht erreicht haben sie – und dies ist eine Belastung für die weitere Entwicklung – die ökonomische Gleichstellung und einen gleichen Anteil am ökonomischen, landwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reichtum ihrer Länder.

Verspäteter Entkolonialisierungsprozess

Dies gilt für alle neuen Staaten gleichermaßen: die sozialen, manchmal auch die ethnischen Gegensätze blieben weitgehend erhalten und die nächste und übernächste Generation hat nun die Aufgabe, diese schwere Bürde abzutragen.

Das Südliche Afrika stand in diesem Prozess jedoch keineswegs allein – auch in Lateinamerika gab es

⁵ „Amandla“ ist ein Zulu-Wort für „Macht“ und wird vervollständigt mit der Antwort „ngawethu“, d. h. „dem Volk“. „Pamberl“ ist ein ZANU-Schlachtruf aus Zimbabwe und bedeutet „vorwärts mit...“ „A luta continua“ meint die Fortsetzung des Unabhängigkeitskampfes in den ehemaligen portugiesischen Kolonien.

zeitgleich gewaltige politische Umwälzungen. Der einst stabile Diktaturen entwickelten sich in unterschiedlichem Maß in demokratischere Staaten. In diese Phase massiver Veränderungen fielen auch die ersten Kontakte von Personen und Gruppen aus dem Vor- und Umfeld des Welthaus Bielefeld zu außerschulischen Bildungseinrichtungen wie dem AKE in Vlotho.

Die Aufbruchstimmung steckte auch uns als Akteure in der Bildungsarbeit an. Zum Hintergrund meines Engagements ist anzumerken, dass ich selbst nach einer sehr ausgeprägten Kindheits- und Jugendphase in einer Großfamilie mit Migrationshintergrund aus Schlesien in Ostwestfalen aufwuchs und schon bald nach dem Ende der Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg und parallel zum Studium der Pädagogik Kontakt zum Bereich „Dritte Welt“ bekam. In den 70er Jahren war dies für mich das *AKAFRIK Aktionskomitee Afrika* und später die Gründungsphase des (Dritte) Welthauses, noch später 1981/82 die Gründung des überregionalen Zimbabwe Netzwerks. Wichtig waren dabei die kleinen sozial engagierten Gruppen, die sich u. a. in den christlichen Hochschulgemeinden engagierten. Bundesweit standen wir als undogmatische und undoktrinäre Kleingruppe in steter und heftiger Rivalität zu den verschiedensten Organisationen, die sich die internationale Solidarität – sei es zu Moskau oder China – auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Allesamt versuchten wir die Öffentlichkeit über die als „terroristisch“ und „aufständisch“ diffamierten neuen Kräfte im Südlichen Afrika zu informieren, für sie zu interessieren und gegen die dort präsenten weitgehend rassendiskriminierenden Gesellschaften zu mobilisieren. Dabei galt es auch bei unseren eigenen Regierungen kritisch hinzuschauen und z. B. gegen die europäische Unterstützung der Apartheid anzugehen. Da half nur, Gegenöffentlichkeit zu schaffen und darüber aufzuklären, wie die Rassentrennung entstand, welche Unterschiede es zwischen den ehemaligen portugiesischen Kolonien und z. B. dem englischen Rhodesien - später Zimbabwe – gab, oder wie sich die Situation in Namibia (der vor dem ersten Weltkrieg deutschen Kolonie „Deutsch-Südwest“) und in Südafrika darstellte.

Von der Internationalen Solidarität zur kritischen Solidarität

Nach und nach wurde uns klar, dass sich mit intensiver Betrachtung und Beschäftigung viele der Klischees und Feindbilder veränderten, und wir mussten – mit einem ausdrücklichen Bedauern –

feststellen, dass unsere ehemaligen Bündnispartner mit der Übernahme von Machtpositionen von Vertretern einer Befreiungsbewegung zu Diktatoren mutierten. So war schon Ende der 70er Jahre aus dem antikolonialen Befreiungskampf in den portugiesischen Kolonien ein interner Bürgerkrieg mit Stellvertretern spielenden Akteuren des damals noch herrschenden Kalten Krieges geworden. Bei den inneren Kämpfen z. B. in Mosambik und Angola trafen die handelnden Figuren (die Kämpfer waren entweder in einem prowestlichen sozialdemokratischen Umfeld oder dem sowjetischen oder chinesischen Machtbereich sozialisiert worden) nun aufeinander und mussten einerseits ihre ehemals herrschende koloniale Elite, andererseits konkurrierende Interessengruppen bekämpfen. So hatten sie allesamt die kaum lösbare Aufgabe, eine neue Nation aufzubauen und neue zivilgesellschaftliche Strukturen zu schaffen.

In den Auseinandersetzungen mit Kolonialismus und Rassentrennung lernten wir Prämissen wie die „Stärkung der eigenen Kraft“, Aufbau einer funktionierenden Gesellschaft durch „Bildung für alle“ und „Stimmrecht für alle“ oder „one (wo)man – one vote“ kennen. Manches Seminar lernte an konkreten Beispielen des Südens den Umgang mit der eigenen zunehmend kritischen Solidarität. Aus dem Blickwinkel unserer Ideale nahm sich der reale Alltag oft „normal“ aus. Die Kämpfe um die richtige politische Linie in diesen Staaten wurden nicht nur mit heftigen Debatten, sondern auch mit massiver Gewalt bis hin zum politischen Mord geführt.

Wir trafen bei den bundesweiten Seminaren viele neue Machthaber, die ehemals im Kampf gegen die Kolonialherrschaft gestanden hatten und nun Verantwortung für die eigene Politik tragen mussten. Viele hatten schon eigene Lernprozesse in kirchlichen oder gewerkschaftlichen Gruppierungen hinter sich, manche kannten nur den bewaffneten Kampf. Bestimmend in ihrem politischen Denken waren für viele dieser Ex-Comrades der Zentralismus und das ausdrückliche System von Befehl und Gehorsam anstelle partizipativer und demokratischer Verhaltensweisen und politischer Willensbildungsprozesse. Wiederum konnte ich als Sprössling von Vertriebenen manche Parallele zur Nachkriegsphase im eigenen Land und zum damaligen Aufbau einer neuen Demokratie ziehen. Das galt dann auch noch einmal für die Zeit nach der „Wiedervereinigung“ 1990.

Die Aufarbeitung der eigenen Geschichte gehört hier wie dort zum wichtigen Bestandteil der Bildungsarbeit. Wieder einmal kollidierte mitteleuro-



Der ehemalige Staatspräsident von Mosambik und Mitbegründer der FRELIMO, Joaquim Alberto Chissano, wurde als erster afrikanischer Ex-Staatschef mit dem Preis der Mo Ibrahim Foundation für gute Regierungsführung ausgezeichnet.

päischer Idealismus mit pragmatischen Anforderungen der Realität, in der die neuen Machthabenden ihre eigenen Erfahrungen machen und nach Lösungen suchen mussten.

Distanz zu den neuen Machthabern – Förderung einer starken Zivilgesellschaft

Nach der schließlich erreichten Unabhängigkeit hatten wir zunächst vor allem Kontakte zu den neuen Machthabern. Neben der Bildungsarbeit gab es auch konkrete Unterstützung einzelner Gruppen, die zumeist in den Bereichen Schule, Erziehung, Gesundheit agierten. Auf gemeinsamen Seminaren traf sich dann die international interessierte europäische Weiterbildungscommunity mit zahlreichen Lehrern und Pädagogen aus dem Süden. Vieles war Austausch und Begegnung, ermöglichte gegenseitiges Lernen. Es gab aber auch schmerzhaft Erfahrungen wie Gerüchte über die Anwesenheit von Spitzeln bei den Bildungswochenenden. Noch ärger traf uns, dass die Akteure einer sich entwickelnden

Zivilgesellschaft in Zimbabwe nun ihrerseits Opfer von Verfolgung und Folter wurden. Zu unseren Mitstreitern in der Kritik an dem Strukturanpassungsprogramm in Zimbabwe zählten die Gewerkschaften und ihr ehemaliger Sekretär *Morgan Tsvangirai*. Wir begrüßten ihn 1999 zusammen mit anderen Menschenrechtsaktivisten, um mit ihm seine damals neugründete Partei MDC dem Auswärtigen Ausschuss in Berlin vorzustellen. Im Jahr 2008 begegneten wir ihm wieder, und es tat richtig weh, ihn zusammen mit einer anderen NGO-Vertreterin nach Folterung durch die Polizei schwerverletzt und gerade nach Südafrika entkommen wiedersehen zu müssen und nicht intervenieren zu können. Was ist aus dem Modell Zimbabwe geworden, wenn wir bei Seminar- oder Veranstaltungsankündigungen bewusst mit Namensänderungen arbeiten müssen, weil die Betroffenen Angst vor staatlicher Verfolgung haben?

Abschied vom Modell Zimbabwe und pragmatische Annäherung an den Alltag

Es ist sicherlich kein Zufall, dass die am längsten unter kolonialem Deckmantel ausharrenden Siedlergesellschaften in Zimbabwe, Namibia und Südafrika es schwer haben, den Übergang zu einer gerechteren Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum an Land oder Rohstoffen hinzubekommen. Auch hier sehe ich wieder Ähnlichkeiten zur Nachkriegszeit in Europa: Die erste Phase der neuen Staatsform musste ohne demokratische Vorbilder bewältigt und auch die demokratische Kontrolle musste erst eingeübt werden. Die Machteliten im Süden Afrikas laufen Gefahr, die Probleme autokratisch und zentral zu regeln und dabei oft auch Gewalt anzuwenden. Dabei gab es Exzesse wie z. B. die Liquidation von 20 000 Ndebeles im Westen Zimbabwes, deren Angehörige traumatisiert zurückgelassen wurden, bis heute keine Entschädigungen, keine Entschuldigung, keine Aufarbeitung ihrer Geschichte erfahren haben. Aber auch Positives bleibt in Erinnerung wie die Wahrheits- und Versöhnungskommission in Südafrika.

Diese widersprüchlichen Erfahrungen lassen mich mit einer Bemerkung zur Entwicklung des Regenbogenstaates Südafrika schließen. Trotz der integren Lichtgestalt eines *Mandela* eskalieren in Südafrika die sozialen Spannungen nach dem Ende der Apartheid schneller noch als in Zimbabwe. Wie wäre es nach dem alten mosambikanischen Motto „a luta continua – der Kampf geht weiter“: den Rat zu befolgen und sich von hochfliegenden Erwartungen zu befreien und der Bewältigung des

Alltags zuzuwenden? Manche Hoffnung hat sich noch nicht erfüllt, ist aber indes einem wohlwollenden Verständnis gewichen. Viele der zusammen mit dem AKE-Bildungswerk ermöglichten Begegnungen bei Seminaren dienten dazu, deutlich zu machen, welche Relevanz die internationale Solidarität im Verhältnis zu den Ländern des Südens haben kann. So tragen auch kleine Kurse und Treffen dazu bei, die globalen Widersprüche z. B. auf dem Finanzmarkt zu betrachten und dabei das Verhalten unserer eigenen Regierung auf den Prüfstand zu stellen. Ein Beispiel aus dem sportlichen Bereich: die Fußball-WM 2010 hatte eine Verschuldung von 4 Mrd. Rand zur Folge und generierte nur sehr begrenzt neue Infrastrukturprojekte. Es gab Kritik an der FIFA einerseits aber andererseits Stolz auf das Großevent und anschließend das gemeinsame Lernen für die nächste Ausrichtung der WM in Brasilien. Wie können die Gewerkschafter der Bauarbeiter ihren Forderungen mehr Nachdruck verleihen? Wie wehren sich die „umgesiedelten“ Slum- und Favelas-Bewohner, die wegen des Baus von Stadien und Zufahrten ihre „Heimat“ verlassen müssen? Was lernen sie im Süd-Süd Kontakt von den Erfahrungen Südafrikas? Diese Fragen bewegten uns vor ein paar Wochen auf einem Seminar der KOSA in Bonn. Man darf also gespannt

darauf bleiben, welche neuen Wege des Lernens sich auch in Zukunft mit dem Südlichen Afrika entwickeln lassen.



Christoph Beninde ist beim Welthaus Bielefeld zuständig für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Lobby- und Advocacy-Arbeit Südliches Afrika. Er ist dort erreichbar unter der Adresse Welthaus Bielefeld e. V., August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld.

E-Mail: christoph.beninde@welthaus.de



Gerhart Schöll war langjähriger Mitarbeiter des Jugendhofes Vlotho und ist Mitbegründer des AKE und dessen Bildungswerks. In den 80er Jahren arbeitete er für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Ägypten und dem Sudan. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte sind: Migration, Islam, Muslime in Deutschland.

Er lebt in Vlotho und ist erreichbar über das AKE-Bildungswerk unter der Adresse Südfeldstr. 4, 32602 Vlotho.

E-Mail: gerhart.schoell@ake-bildungswerk.de

Afrika genau nehmen

Die Mission des Deutsch-Afrikanischen Zentrums in Bonn

Joel Sengi

Ende des 20. Jahrhunderts, nach der Auflösung der Ost-West-Blockkonfrontation, wurde Afrika immer wieder als der große Verlierer, als der „vergessene Kontinent“ bezeichnet. In den letzten Jahren hat sich der Blickwinkel verschoben, wobei nicht unbedingt realistische Bestandsaufnahmen maßgeblich sind, sondern unterschiedliche Erwartungen und Prognosen, die in die Lagebeurteilung einfließen. In einem aktuellen Aufriss für die politische Bildung heißt es etwa, dass die „politische wie ökonomische Entwicklung vieler afrikanischer Staaten (...) bemerkenswert“, in einigen Fällen „nahezu revolutionär“ sei; möglicherweise befinde man sich überhaupt „auf dem Weg vom Sorgen- zum Chancenkontinent“ (van den Boom 2011, S. 93). Andere Beobachter sehen den Kontinent „vor dem großen Sprung“ (Johnson 2011). Jenseits solcher Pauschal-einschätzungen versucht das *Deutsch-Afrikanische Zentrum Bonn (DAZ)* seit rund fünf Jahren, der Bildungs- und Aufklärungsarbeit zur konkreten Situation in den afrikanischen Ländern wieder einen größeren Stellenwert zu verschaffen und die Begegnung vor Ort, vor allem im Raum Bonn-Köln, zu unterstützen.

Neue Partnerschaft: die zündende Idee

Im November 2005 lud der ehemalige Bundespräsident *Horst Köhler*, der sich bekanntlich in besonderer Weise für Afrika engagierte, Staats- und Regierungschefs afrikanischer Länder sowie Vertreter aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf den Petersberg nahe Bonn ein, um an einer neuen Partnerschaft mit dem afrikanischen Kontinent zu arbeiten. Einer Gruppe von Personen, die an Afrika interessiert und für Afrika engagiert war, kam der Gedanke, als Ergänzung dazu eine neue Partnerschaft mit der in Deutschland lebenden afrikanischen Zivilgesellschaft zu gründen – leben doch allein im Raum Bonn laut Bevölkerungsstatistik ca. 10.000 Menschen mit afrikanischen Wurzeln.

Die Gruppe begann im Januar 2006, Verbündete zu suchen und sich zu vernetzen. Sie knüpfte an die *Afrikanischen Begegnungswochen* an, die in Bonn seit sieben Jahren regelmäßig im Herbst organisiert werden, und kam in Kontakt mit dem Afrikanischen Dachverband in NRW. Das Vorhaben stand anfangs finanziell auf wackligem Boden, bis im Herbst 2006 schließlich die ersten Zusagen zur Förderung des Projektes eintrafen. Am 1. und 2. Dezember 2006 fand dann die Konferenz „Neue Partnerschaft mit Afrika“ statt, zu der das *Internationale Frauenzentrum Bonn e. V. (IFZ)* zusammen mit anderen Akteur/-inn/-en und Organisationen aus



Bundespräsident a.D. Horst Köhler engagiert sich für Afrika. Hier beim Kick-off der Kampagne GEMEINSAM FÜR AFRIKA im Mai 2010 in Berlin

der Zivilgesellschaft eingeladen hatte, um gemeinsam Strategien für eine von der Zivilgesellschaft mitgetragene Partnerschaft mit Afrika zu entwickeln.

Die Konferenz wurde ausschließlich ehrenamtlich geplant und organisiert. Finanziert wurde sie durch Mittel des *Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)*, Veranstalter waren neben



Ort der Konferenz „Neue Partnerschaft mit Afrika“: der Petersberg bei Bonn

dem IFZ viele Kooperationspartner, nämlich der *Afrikanische Dachverband NRW*, der *Agenda-Arbeitskreis*, die *Begegnungen mit Afrika*, die *Initiative Pro Afrika*, der *Marie-Schlei-Verein*, *IDEE-Europe*, die *Deutsch Kamerunische Gesellschaft*, die *Organisation Mondiale Panafricaine*, die *Initiative Kinduku*, das *Afrika Forum an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn*, *Pax Christi*, das *Eine Welt Forum Bonn*, das *Allerwelthaus Köln*, das *Bonn International Center for Conversion (B.I.C.C.)*, das *Eine Welt Netz NRW* und viele interessierte Einzelpersonen. Die Konferenz mit ca. 350 Teilnehmer/-inn/-en war ein großer Erfolg. Männer und Frauen, Afrikaner/-innen und Europäer/-innen deutscher und anderer Herkunft suchten gemeinsam nach einem geschlechtergerechten Partnerschaftskonzept mit Afrika. Zusammenhänge zwischen Integrations- und Entwicklungspolitik wurden aufgezeigt und im Laufe der beiden Konferenztage verdeutlicht.

Nicht über Afrika, sondern mit Afrika(ner/-inne/-n) reden

Die in der Initiative Mitwirkenden verbindet die Erkenntnis, dass ihre Zukunft in Deutschland nur gemeinsam von Afrikanern/Afrikanerinnen und Deutschen gestaltet werden kann. Die Afrikaner/

Afrikaner/-innen wollen an den Diskussionen über Afrika partizipieren und die Entscheidungen mitgestalten

-innen und ihre deutschen Freunde und Partner hierzulande wollen nicht länger mit ansehen, wie über Afrikafragen diskutiert, debattiert und entschieden wird.

Sie wollen partizipieren und die Entscheidungen mitgestalten. Übergeordnetes Ziel ist dabei eine bessere Verständigung zwischen Deutschen und in Deutschland bzw. Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen mit afrikanischen Wurzeln. Die Suche nach Wegen für ein harmonisches, für beide Seiten bereicherndes Miteinander bedarf – das haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt – einer guten Organisation.

Im Februar 2007 erhielt dieses Partnerschaftsprojekt den Namen „Deutsch-Afrikanisches Zentrum e. V. (DAZ)“, unter dem die begonnenen Aktivitäten gebündelt wurden. Es hat seinen Sitz in Bonn (Kontaktadresse siehe unten). Das *Deutsch-Afrikanische Zentrum* soll eine von parteipolitischen und konfessionellen Verpflichtungen freie Vereinigung sein. Es bezweckt die Förderung des interkulturellen und partnerschaftlichen Dialogs sowohl zwischen afrikanischen Aktivitäten, zwischen Afrika-

ner/-inne/-n und Deutschen als auch zwischen deren institutionellen Vereinigungen und bietet dazu Veranstaltungen unterschiedlichen Charakters an. Mal geht es um Länderkunde, mal um interkulturelle, mal um politische Bildung – wobei auch die historischen Fragen der afrikanischen oder der Kolonialgeschichte nicht zu kurz kommen. Themen in der letzten Zeit waren z. B. der Schwerpunkt Region der Großen Seen (Kongo/Ruanda); die „neue grüne Revolution“, die als Heilmittel für die afrikanische Landwirtschaft angepriesen wird; die Situation afrikanischer Kleinbauern. Es gab aber auch aktuelle Veranstaltungen zur Hungerkrise in Ostafrika oder eine Präsentation afrikanischer Künstler.

Wir wollen Integration, Vielfalt als Chance

Wie es in der Satzung des DAZ heißt, ist Deutschland zur Heimat für viele Menschen mit afrikanischen Wurzeln geworden. Viele Afrikaner und Afrikanerinnen haben in Deutschland ihre Berufs- und Hochschulausbildung absolviert, wobei fast alle Fachbereiche vertreten sind. Viele haben promoviert, Familien gegründet oder nachziehen lassen und sind hier geblieben. Lange hat man sich poli-

Lange hat man sich politisch in Deutschland zu wenig damit beschäftigt, Afrikaner/-innen als Teil der Gesellschaft zu betrachten

tisch in Deutschland zu wenig damit beschäftigt, Afrikaner/-innen als Teil der Gesellschaft zu betrachten bzw. ihnen Angebote zu machen, damit sie aktiv an der Gesellschaft partizipieren können. Hier setzt

das DAZ an: Es will sich aktiv für ein besseres Verständnis zwischen Afrikaner/-inne/-n und Deutschen einsetzen und Hilfen zur Partizipation in der Gesellschaft anbieten.

Das DAZ versteht sich als Plattform zum interkulturellen Austausch in der Bevölkerung und will insbesondere im Sinne einer Begegnungsstätte für die Bürgerinnen und Bürger sowie als Netzwerknoten engagierter Afrikaner/-innen und Deutscher, die sich mit den vereinbarten Zielen identifizieren, fungieren. Es will seinen Beitrag für ein konfliktarmes und respektvolles Miteinander in Vielfalt leisten, indem es Toleranz, Vielseitigkeit und Offenheit fördert. Die Förderung der Sprache, der Aus- und Weiterbildung als wichtigste Voraussetzung von interkultureller Verständigung sind ihm ein dringendes Anliegen. Das DAZ begreift die Vielfalt als Chance und richtet den Fokus seiner Arbeit darauf, das Potential von Afrikaner/-inne/-n und Deut-

schen aufzudecken, Kompetenzen zu fördern und sie für die Gesellschaft nutzbar zu machen.

Konkrete Arbeit zur Integration: Bewusstsein, Begegnung und Partnerschaft

Seit seiner Gründung hat das DAZ trotz schwieriger organisatorischer Arbeitsbedingungen und Kinderkrankheiten, wie z. B. dem Fehlen eines eigenen Büros oder Mangel an Personal, unablässig an seinem Ziel festgehalten. In der Leitungsstruktur des Zentrums wird die Idee der neuen Partnerschaft als Erfolgsmodell konsequent umgesetzt: der Vorsitz ist paritätisch besetzt und besteht aus zwei Vorsitzenden (Bürger bzw. Bürgerin mit afrikanischer und mit deutscher Abstammung). Dies soll auch in Zukunft die Regel bei der Besetzung der Vorstandsposten sein.

Die Bildungs- und Aufklärungsarbeit bildet nach wie vor die Hauptsäule der Arbeit. Die von dem langjährigen deutschen Vorsitzenden Klaus Thüsing ins Leben gerufene Veranstaltungsreihe „Länderportraits“, die in Kooperation mit der Volkshochschule Bonn stattfindet, bewährt sich seit fast fünf Jahren als erfolgreiches Angebot. In jedem Semester bietet das DAZ sechs bis acht Kurse zu verschiedenen Afrikathemen an. Neben diesen mittelfristig geplanten Kursen organisiert das DAZ Informationsveranstaltungen zu brandaktuellen

Themen, die den afrikanischen Kontinent betreffen. Dabei liegt der Fokus auf entwicklungspolitischer Bildung, insbesondere auf Vorgängen mit deutscher/europäischer Beteiligung. Ziel ist es, das Afrikabild zu justieren und damit ein neues Afrika-Bewusstsein zu bilden.

Neben dieser Bildungsarbeit legt das DAZ viel Wert auf die Förderung der interkulturellen Begegnungen. Das DAZ nutzt die aktive Teilnahme an den wichtigen kulturellen Events in und um Bonn, um ein freundschaftliches Kennenlernen und damit den Abbau von Vorurteilen zwischen Bonner Bürger/-inne-n und Mitbürger/-inne-n afrikanischer Abstammung zu ermöglichen, was letztendlich zur erlebten Integration und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt. Zu diesen Events zählen das jährliche Bonner *Internationale Interkulturelle Begegnungsfest*, die Bonner Buchmesse Migration mit eigenem Afrikatag, die alle zwei Jahre stattfindet, der Bonner Karnevalszug und ähnliche Gelegenheiten. Gemeinsame Besuche von Museen, Kunstausstellungen, Afrikafestivals etc. bieten den unterschiedlichen Mitgliedern eine zusätzliche Möglichkeit für intensives Kennenlernen und für gegenseitige Wertschätzung. Dadurch entsteht eine persönliche, partnerschaftliche Beziehung zwischen den Mitwirkenden.

Kooperations- bzw. Projektpartnerschaften runden die Arbeit zur Förderung von Bewusstseinsbildung



© Klaus Urban

Es gilt, das Afrikabild zu justieren und ein neues Afrika-Bewusstsein zu bilden

und interkultureller Begegnung ab. Durch die intensive Zusammenarbeit und Vernetzung jener Organisationen, die zu Afrika arbeiten oder Afrikaprojekte sowohl im Inland als auch in Afrika unterhalten, strebt das DAZ danach, die Zivilgesellschaft für die neue Partnerschaft mit Afrika zu mobilisieren. Wir bündeln Impulse und Aktivitäten mit und für Afrikaner/-innen in Deutschland und in afrikanischen Ländern. Deshalb steht Integration in unserem Zentrum.

DAZ: in der Öffentlichkeit anerkannt

In letzter Zeit vermehren sich die Zeichen der öffentlichen Anerkennung. Anlässlich des Tags der Deutschen Einheit und des NRW-Tags am 3. Oktober 2011 in Bonn wurde der Stand des DAZ als einer der wenigen Stände ausgewählt, die von der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin *Hannelore Kraft* besucht werden sollten. Oberbürgermeister *Nimptsch* überbrachte persönlich die Grüße der Ministerpräsidentin, die wegen Terminengpässen dann leider nicht kommen konnte. Das DAZ freut sich aktuell über die gerade beschlossene Förderung der Stadt Bonn. Erstmals erhielt das DAZ einen festen Raum für seine Vereinsarbeit, den es kostenlos mitnutzen wird.

Ferner ist zu erwähnen, dass das DAZ-Mitglied *Saico Balde* aus Guinea Bissau der erste afrikanische Bür-

ger ist, der den begehrten Integrationspreis der Bundesstadt Bonn erhalten hat. Im Jahr 2012 feiert das DAZ sein fünftes Jubiläum, was sicher einen Anlass bietet, einen Rückblick und einen Ausblick zu wagen. Das bisher Erreichte stellt ein gutes Fundament dar und wirft gleichzeitig die Frage auf: Wie wird sich das DAZ weiterentwickeln? Eine spannende Zeit steht uns bevor.

Literatur

van den Boom, Dirk: Afrika: Aufstieg mit Hindernissen, in: Politische Bildung 3/11

Johnson, Dominic: Afrika vor dem großen Sprung, Berlin 2011



Joel Sengi ist neben Klaus Thüsing Vorsitzender des Deutsch-Afrikanischen Zentrum e. V.

Dort ist er erreichbar unter der Adresse Deutsch-Afrikanisches Zentrum e.V., Migrapolis – Haus der Vielfalt, Brüdergasse 16-18, 53111 Bonn.

E-Mail: info@dazbonn.de, Internet: www.dazbonn.de

Fußball-WM Südafrika 2010 – wer hat profitiert?

Nisa Punnampambil-Wolf/Dieter Simon

Über das gemeinsame Interesse am Fußball, so wird angenommen, lässt sich eine Verbindung zu Afrika herstellen, die diesen fernen Kontinent näher bringt. Das gilt besonders dann, wenn Afrika Austragungsort eines so spektakulären Events wie der Fußballweltmeisterschaft ist, die 2010 dort stattfand. Dass dieser Blick auf Afrika aber auch dazu verführt, die Auswirkungen einer solchen Großveranstaltung auf die Zivilbevölkerung und die ärmeren Schichten aus den Augen zu verlieren, schildert der folgende Beitrag über ein Seminar in Königswinter.

Organisatoren und Veranstalter der Fußballweltmeisterschaft in Südafrika versprachen eine WM für alle. Dies wird wohl auch für die nächste WM in Brasilien die Losung sein. Aber wer hat in Südafrika wirklich von der WM profitiert? Kann Brasilien aus den Erfahrungen Südafrikas lernen? Diesen Fragen gingen die Teilnehmer/-innen einer Kooperationsveranstaltung nach, an der die *Stiftung CSP e.V. mit KOSA e.V. (Koordination südliches Afrika e.V.)*,

Bielefeld, und *Kobra e.V. (Kooperation Brasilien)*, Freiburg, beteiligt waren. Sie fand zum Thema „Fußball-WM Südafrika – Perspektiven für Brasilien 2014“ vom 23.-24. September 2011 im *Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)* statt. Das Thema, so *Dieter Simon* von KOSA, spreche unterschiedliche Gruppen an, und das zeigt auch die Vielfalt der Organisationen/Institutionen, die das Seminar finanziell und ideell unterstützten: u. a. der *Evangelische Entwicklungsdienst (EED)* die *Ev. Kirche im Rheinland* und die *Ev. Kirche von Westfalen, KASA (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika)* und *Misereor*, das *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*, das *Welthaus Bielefeld* sowie der *Gemeindedienst für Mission und Ökumene*.

Gäste, Ziele, Zielgruppen & Konzept

Mit dem Seminar sollten hauptsächlich zwei Ziele erreicht werden: Die Teilnehmenden sollten zum einen Informationen über die sozialen und wirt-



Foto: Nisa Punnampambil, AZK

Teilnehmer/-innen des Seminars im Garten des AZK

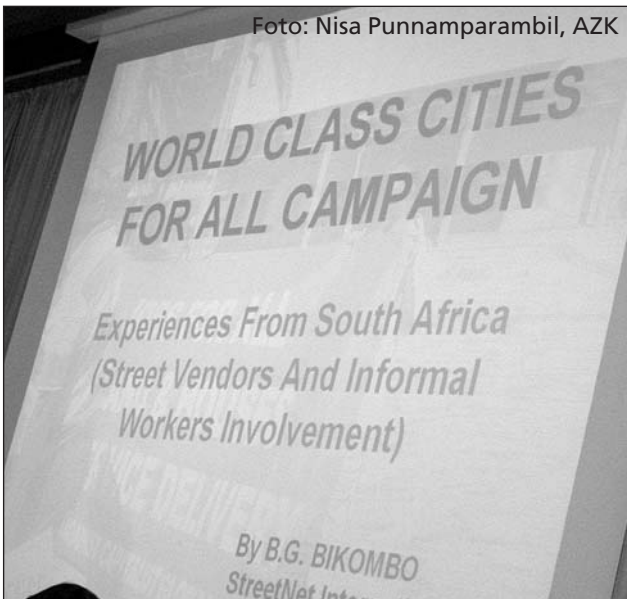


Foto: Nisa Punnamparambil, AZK

Der Vortrag von Gaby Bikombo

schaftlichen Auswirkungen von sportlichen Großereignissen im Kontext der Entwicklungsprobleme der Länder Brasilien und Südafrika erhalten und zum anderen Ideen sowie Anregungen für gesellschaftliche und individuelle Handlungsmöglichkeiten im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaften entwickeln und diskutieren. Gleichzeitig sollte Erfahrungsaustausch zwischen deutschen, schweizerischen, südafrikanischen und brasilianischen Vertreter/-inne/-n der Zivilgesellschaft ermöglicht werden.

Durch das Seminar wurden hauptsächlich Vertreter/-innen und Multiplikator/-inn/-en entwicklungs- politischer und kirchlicher Organisationen und Solidaritätsgruppen, die zu Südafrika und Brasilien arbeiten, sowie eine breitere interessierte Öffentlichkeit erreicht. Besonders erfreulich war, dass auch einige Journalisten am Seminar teilnahmen, die Gäste interviewten und über das Seminar berichteten.

Um möglichst konkrete und authentische Informationen aus erster Hand zu erhalten und um auch einen Süd-Süd-Nord-Austausch zu ermöglichen, wurden Gäste aus Brasilien und Südafrika eingeladen: *Leonardo Vieira* von der Gewerkschaft Cen-

tral U'nica dos Trabalhadores (CUT) und *Rossana Tavares*, von der Basisorganisation *Solidariedade e Educaçãõ – FASE* aus Brasilien, aus Südafrika kamen *Eddie Cottle* von der Gewerkschaft *Building and Wood Worker's International (BWI)* sowie *Gaby Bikombo* von der Organisation *StreetNet*. *Prof. Dr. Norbert Kersting* vom Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster hielt den Eingangsvortrag „Fußballweltmeisterschaften in Süd-Ländern – Chancen und Risiken“. *Sigrid Thomsen* begleitete als Moderatorin durch den Tag und moderierte auch die Podiumsdiskussion.

Während des ersten Tages standen in den Vorträgen der Referent/-inn/-en die Analyse der WM in Südafrika und die Erwartungen der Menschen in Brasilien an die WM im Mittelpunkt. Im Anschluss an die jeweiligen Vorträge gab es die Möglichkeit zur Diskussion. Vertreter/-innen der südafrikanischen und brasilianischen Botschaft für die Podiumsdiskussion am Nachmittag konnten leider nicht gewonnen werden.

Am zweiten Tag ging es um das zivilgesellschaftliche Engagement in Südafrika und Brasilien. Nach Berichten aus Brasilien und Südafrika wurde in den Arbeitsgruppen gearbeitet, deren Ziel es war, jeweils die wichtigsten Erfahrungen und Merkmale für Mobilisierung und Kampagnenarbeit zur Fußball-WM in Südafrika herauszuarbeiten und in einem zweiten Schritt zu diskutieren, was davon transferierbar ist a) für eine Kampagne (in Deutschland) zur Fußball-WM 2014 in Brasilien und



Foto: Nisa Punnamparambil, AZK

Blick in den Konferenzraum

b) für die Arbeit der brasilianischen Partner in Brasilien. Soweit möglich, waren in jeder AG ein Gast aus Südafrika und Brasilien sowie eine Moderation vertreten.

Thematisch sollten mit dem Seminar unter anderem folgende Aspekte aufgegriffen werden:

- Wer hat in Südafrika wirklich von der WM profitiert? Welche Bevölkerungsgruppen und Akteure wurden benachteiligt?
- Welchen Nutzen und welche Bedeutung hat eine Fußball-WM unter den gegebenen Rahmenbedingungen für ein Land, seine wirtschaftliche Entwicklung und seine Menschen? Welche Risiken bergen sie?
- Was kann Brasilien aus den Erfahrungen Südafrikas lernen? Welche Erwartungen knüpft Brasilien, knüpfen insbesondere auch zivilgesellschaftliche Organisationen an die WM? Welche Forderungen können aufgrund der Erfahrungen Südafrikas an die FIFA sowie die brasilianische Regierung gestellt werden, damit benachteiligte Bevölkerungsgruppen Brasiliens, eingebettet in eine spezifische Wirtschaftsstruktur, von der WM profitieren können?
- Wie könnte zivilgesellschaftliches Engagement (Bildungs-, Informations- und Kampagnenarbeit)

in Deutschland hierzu aussehen und dazu beitragen, dass auch arme/benachteiligte Bevölkerungsgruppen in Brasilien von der WM profitieren und damit an Entwicklungsprozessen partizipieren?

Wer hat profitiert?

So tauschten sich dann zwei Tage lang deutsche, schweizerische, brasilianische sowie südafrikanische Vertreter/-innen von Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Solidaritätsgruppen im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter über Erfahrungen mit der Durchführung sportlicher Mega-Events aus und diskutierten kritisch am Beispiel der Fußball-WM in Südafrika, wer die eigentlichen Nutznießer in Südafrika gewesen sind und wer sie in Brasilien sein werden.

Bereits kurz nach der WM in Südafrika wurde deutlich, was sich auch im Vorfeld schon andeutete: Die Erwartungen der Zivilgesellschaft, auch vom Bau- und vermeintlichen Touristenboom profitieren zu können, waren hoch, aber die Bilanz war mehr als ernüchternd, erläuterte der Südafrikaner *Eddie Cottle* von der Bau- und Holzarbeiter Internationale. Bauarbeiter konnten zwar durch Streiks gering-

Urheber: Ngrund/Quelle: Wikipedia



Das Stadion Nelson Mandela Bay, in Port Elizabeth, Südafrika

füßige Lohnerhöhungen erzielen, aber schon kurz nach der WM ging ein großer Teil der Arbeitsplätze wieder verloren. Von Nachhaltigkeit könne hier keine Rede sein. Schon im Vorfeld der WM wurden viele Menschen zwangsumgesiedelt und mussten ihre gewohnte Umgebung verlassen. Bettler und Straßenkinder wurden in so genannten „Städte säuberungen“ vertrieben, und lokale Straßenhändler durften sich während der WM in einem festgelegten Umkreis nicht den Stadien nähern, um ihre Waren zu verkaufen. Das Problem der Ungleichheit war allgegenwärtig. „Wir sind froh, dass wir unseren Status nicht verloren haben, während andere großen Profit gemacht haben“, sagte *Gaby Bikombo* von der südafrikanischen Organisation *StreetNet*. *StreetNet* setzt sich für die Rechte und Interessen informeller Straßenhändler/-innen ein. Baufirmen, die Textilwirtschaft, offizielle Sponsoren und die FIFA sind die wahren Gewinner dieser Veranstaltung, an die sich so viele Hoffnungen knüpften.

Die Rolle der FIFA

Die FIFA, in der Schweiz als gemeinnützige Organisation geführt, hat mit der WM in Südafrika ca. 3,9 Mrd. US-Dollar eingenommen. „I am the happiest man: the World Cup in South Africa was a huge huge financial success ...“, so zitierte *Gaby Bikombo* *Sepp Blatter* im Juni 2011 nach seiner Wiederwahl zum FIFA-Vorsitzenden. Zur Machtposition der FIFA und ihrem Geschäftsgebaren gab es rege Diskussion. Leider gelang es den Veranstaltern nicht, einen Vertreter dieses Fußballverbandes mit aufs Podium zu bekommen. Eine Beteiligung an der Veranstaltung wurde dankend abgelehnt. Außerordentliche Gesetze und Vereinbarungen sichern der FIFA unter anderem exklusive Vermarktungsrechte. *Bikombo* berichtete, dass Lizenzpartner wie *Coca-Cola* komplett steuerbefreit waren, so auch die Importe für Stadionbauten und Produkte, die während der WM zum Einsatz kommen wie Medaillen, Medikamente und Nahrungsmittel. In der Presse geschürte Befürchtungen vor der Verbreitung von HIV-Epidemien, extrem hoher Krimi-

nalität und Verkehrschaos erwiesen sich in der Realität als unangemessen. Die Fußball-WM in Südafrika präsentierte sich gastfreundlich und friedlich. Es gelang, dem afrikanischen Kontinent ein neues positives Image zu verleihen. Aber der Preis dafür ist hoch.

Gewinn und Verluste für Südafrika

Das Land hat mehr als 3,2 Milliarden in Stadien, Telekommunikation und in die Verkehrsinfrastruktur gesteckt. Die Gesamtkosten der WM beliefen sich auf ca. 5,34 Mrd. Euro. Südafrika musste 17mal mehr für Infrastruktur und Stadionbauten ausgeben als ursprünglich veranschlagt und blieb auf Verlusten in Höhe von ca. 2,5 Mrd. Euro sitzen. Hinzu kommen noch die jährlichen laufenden Kosten für den Unterhalt der hochmodernen Stadien: Allein für das Green Point Stadium in Kapstadt fallen pro Jahr ca. 5,6 Mio. Euro an. Demgegenüber stehen gerade mal 1,2 Mio. Euro an Einnahmen. „Die Privilegien und Konzessionen, die wir der FIFA zugestehen mussten, waren schlicht zu hoch und zu erdrückend“, wird der Sprecher der südafrikanischen Steuerbehörde zitiert.

Der Politikwissenschaftler *Norbert Kersting* von der Universität Münster, Gastredner der Tagung in Königswinter, stützte diesen Eindruck, betonte aber auch den positiven Effekt: „Das Image des Landes wurde unheimlich aufge bessert und die Menschen haben an Selbstbewusstsein gewonnen.“



Während der Diskussion

Auf die Frage eines Teilnehmers, wie sich die Vorbereitungen in Brasilien im Vorfeld der WM 2014 und die Lage der Zivilgesellschaft und des Informellen Sektors entwickelten, merkte *Eddie Cottle* vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk kritisch an: „In Brasilien drohen Zwangsräumungen von Häusern und ganzen Favelas. Eine Vorgehensweise, die nicht neu ist.“ Das läuft ähnlich wie in Südafrika, wo schon 20 000 Menschen umgesiedelt wurden, um freie Flächen für Stadien oder den Straßenbau zu erschließen. Stadtteile wurden regelrecht bereinigt. Die junge Menschenrechtsaktivistin *Rossana Tavares* aus Brasilien berichtet vom Streik der Arbeiter, die das *Maracana-Stadion* in Rio auf Druck der FIFA umbauen. Sie verlangen höhere Löhne, besseres Essen und die Anwesenheit von Ärzten bei den Nachtschichten. Die Zwangsumsiedlungen von Favela-Bewohnern seien bereits jetzt in vollem Gange. Die Entschädigungssummen seien lächerlich, und es gebe keine Ausweichmöglichkeiten für die Armen. Vieles davon ist der Öffentlichkeit nicht bekannt. In Brasilien herrsche momentan eher große Feiernstimmung, so *Leonardo Vieira*. So war eine der zentralen Forderungen der brasilianischen und auch der südafrikanischen Gäste, sowohl in ihrem Land als auch die internationale Öffentlichkeit über die großen finanziellen Risiken, die mit der Austragung von Großevents verbunden sind, zu informieren und zu versuchen, politische Entscheidungsträger in Brasilien davon zu überzeugen, die umfangreichen Ausnahmeregelungen für die FIFA massiv einzugrenzen

Wie geht es weiter?

Dieter Simon, verantwortlich für die Kampagne „Kick for one World“ bei der KOSA und Mitveranstalter des Seminars, schreibt: „Mit dem Seminar im September 2011 haben die Veranstalter erste Anstöße für Kampagnenüberlegungen deutscher Initiativen und NRO gegeben - unter Einbeziehung ihrer Erfahrungen im Rahmen der ‚kick for one world‘-Kampagne zu Südafrika.“ Anfang Dezember 2010 forderte die Kampagne „kick for one

world“ von der FIFA die Rückzahlung von WM-Profiten an die südafrikanische Bevölkerung und einen Verhaltenskodex für die WM 2014 in Brasilien. Im Januar 2011 antwortete die FIFA, so wird auf der Homepage der KOSA berichtet: „Für Brasilien verspricht die FIFA, das Anliegen der städtischen Händler und Händlerinnen zu thematisieren.“ Für Südafrika behauptet sie, dies ebenfalls gemacht zu haben – allerdings nicht mit denen, die Nachahmerprodukte der lizenzierten FIFA-Produkte verkaufen wollten. Aber genau das war ein Teil des Problems: zu wenig und zu späte Kommunikation und Einbeziehung der lokalen Interessengruppen, unter ihnen auch die informellen Straßenhändler/-innen.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die erarbeiteten Kampagnenideen und Arbeitsergebnisse für die Arbeit zur WM 2014 in Brasilien umsetzen lassen und inwieweit die Zivilgesellschaft in Brasilien die Entwicklungen vor Ort auch zu Gunsten marginalisierter Gruppen beeinflussen und mitgestalten kann. Allen gemeinsam bleibt die Begeisterung für den Fußball und die Hoffnung, dass sich etwas in die richtige Richtung bewegt!



Nisa Punnamparambil-Wolf arbeitet als Bildungsreferentin am Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter und ist dort zuständig für die Bereiche Entwicklungs- und Internationale Politik, Integrationskurse und Ausstellungen. Sie ist erreichbar über das AZK unter der Adresse Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter.

E-Mail: nisa.punnamparambil@azk.de



Dieter Simon ist Bildungsreferent für den Bereich Südliches Afrika im Welthaus Bielefeld und Geschäftsführer von KOSA (Koordination Südliches Afrika), August-Bebel-Straße 62, 33602 Bielefeld.

E-Mail: dieter.simon@kosa.org

Politische Bildung für Mädchen- und Frauen

Plädoyer für eine eigenständige Mädchen- und Frauenbildung als Bestandteil politischer Bildung

Vorstand des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten hat Mädchen- und Frauenbildung seit Ende der 70er Jahre zu einem wichtigen Bestandteil der Verbandsarbeit entwickelt und sich mit der Gründung einer eigenen Fachkommission und Fortbildungsangeboten für die didaktisch-methodische Qualifizierung dieses Bildungsbereichs engagiert. Das vom AdB-Vorstand kürzlich verabschiedete und hier dokumentierte Positionspapier basiert auf dem Ergebnis von Diskussionen in der AdB-Fachkommission Mädchen- und Frauenbildung und begründet seine Aussagen mit Beobachtungen zur aktuellen Situation von Mädchen und Frauen in Deutschland und daraus resultierenden Anforderungen an eine politische Bildung, die auf Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit zielt.

In Zeiten von Gender Mainstreaming scheinen sich spezifische Angebote für Frauen und Mädchen überholt zu haben. Die Zahl von Kursen, Seminaren und Projekten für Mädchen und Frauen ist rückläufig, Modellprojekte und Strukturen wurden und werden abgebaut. Parallel dazu suggeriert die öffentliche Diskussion einen akuten Nachholbedarf der Jungen, die als „Bildungsverlierer“ in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt werden.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Fachverband der politischen Bildung in Deutschland, vertritt vor diesem Hintergrund die Auffassung, dass spezifische Angebote der Mädchen- und Frauenbildung nach wie vor gesellschaftlich notwendig sind und damit auch notwendiger Bestandteil der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung sein müssen.

Entwicklung und aktuelle gesellschaftliche Debatte

Aus der Nische heraus ins Zentrum! Mädchen sichtbar werden zu lassen und ihnen eine Stimme zu verleihen, war eine zentrale Aufgabe und Forderung der Pädagoginnen in den 80er Jahren. Die Pionierinnen der Mädchenarbeit und Mädchenpolitik kämpften für selbstbestimmte, geschlechtshomogene Zentren, um Mädchenspezifische Bedürfnisse und Themen in „herrschaftsfreien“ Räumen zu thematisieren. Die Enttabuisierung der Gewalt-

erfahrungen von Mädchen und Frauen spielte dabei eine wichtige Rolle.

Die Entwicklung von Leitlinien zur Förderung feministischer Mädchenarbeit und die Integration der parteilich-feministischen Mädchenarbeit in Jugendhilfe und Jugendbildung waren Forderungen und Aufgaben in den 90er Jahren. Nachdem sich in den Folgejahren die Mädchen- und Frauenarbeit etabliert und professionalisiert hatte und es einen gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit spezieller (Bildungs-) Angebote für Mädchen und Frauen gab, scheinen aktuell diese Angebote nicht mehr gebraucht oder nicht mehr gewollt zu werden.

Die aktuell geführte Debatte zeichnet ein eindeutiges Bild: Mädchen und junge Frauen heute haben es geschafft. Sie sind die „Bildungsgewinnerinnen“, werden als „Alpha-Mädchen“ bezeichnet und gehören zum „starken Geschlecht“. Sie sind gebildet, klug und selbstbewusst, dadurch stehen ihnen vor allem beruflich alle Möglichkeiten offen. Und sie sind clever genug, diese Möglichkeiten auch zu nutzen. Jungen und junge Männer werden als „Bildungsverlierer“ beschrieben. Sie gehören mittlerweile zum „schwachen Geschlecht“, sie sind die „Sorgenkinder“, die im Schatten der leistungsfähigeren Mädchen stehen.

Dieser Benachteiligungsdiskurs über Jungen steht im Kontext der allgemeinen Bildungsdebatte und beeinflusst Politik und die politische Gestaltung von Gesellschaft. Aber, so ist kritisch anzumerken: Die Medien zeichnen ein eindimensionales Bild von „den“ Mädchen und „den“ Jungen, die es in dieser Eindeutigkeit nicht gibt. Der starken Ausdifferenzierung und Komplexität gesellschaftlicher Wirklichkeit und der Vielfalt der Lebenswelten von Jungen und Mädchen wird diese Diskussion in keiner Weise gerecht.

Das Bundesjugendkuratorium hat in seiner Stellungnahme „Schlaue Mädchen – Dumme Jungen? Gegen Verkürzungen im aktuellen Geschlechterdiskurs“ herausgearbeitet, dass „eine Diskrepanz feststellbar [ist] zwischen der zunehmenden Thematisierung von als problematisch empfundenen Phänomenen (häufig betont werden etwa schlechteres Abschneiden bei schulischen Leistungen oder jugendkulturelle Auffälligkeiten) und dem Fehlen entsprechender theoretischer und empirischer Studien, die einen fundierten Interpretationshintergrund für diese Phänomene bieten könnten.“

Komplexität statt einfacher Lösungen

Die Ungleichheiten, die es bei der Bildungsbeteiligung und dem Bildungserfolg von Mädchen und Jungen gibt und die auch empirisch belegt sind, sind jedoch nicht monokausal durch Geschlechtszugehörigkeit zu erklären. Sie werden im Zusammenwirken mit anderen Benachteiligungsfaktoren wirksam. Dazu gehören vor allem Faktoren wie soziale Herkunft, ethnische Zugehörigkeit, kultureller Kontext, sexuelle Orientierung, auch lokale und regionale Differenzen im Bildungsangebot. Innerhalb dieser Differenzkategorien erzeugt die Geschlechtszugehörigkeit wiederum hierarchische Unterschiede.

Zudem fehlt – auch wenn Mädchenarbeit und Frauenpolitik akzeptiert scheinen – in allen gesellschaftlichen Bereichen eine durchgängige Geschlechterperspektive:

- Trotz aller Diskussionen und Modelle um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind nach wie vor die sozialen Sicherungssysteme auf eine männliche Normalbiographie zugeschnitten.
- Trotz aller Kampagnen und Beratungs- und Hilfsangebote rund um das Thema Gewalt gegen Mädchen und Frauen fehlt eine Reflexion der von der Gesellschaft produzierten Gewaltverhältnisse, die auf Mädchen und Jungen unterschiedliche Auswirkungen haben.
- Trotz aller Modernisierungsansprüche, Gleichstellungspolitiken und Förderprogramme ist die tatsächliche Partizipation von Mädchen und Frauen im Arbeitsleben, in Politik und Öffentlichkeit nach wie vor nicht verwirklicht.

Einige Zahlen, die dies verdeutlichen: Von den Ausbildungsanfängerinnen starteten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes über die Hälfte in nur zehn Ausbildungsberufen; der geschlechtsbezogene Einkommensunterschied in Deutschland beträgt aktuell 23 Prozent und liegt damit deutlich über dem europäischen Durchschnitt; der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist mit 27 Prozent in der Privatwirtschaft unterdurchschnittlich; Frauen haben ein mehr als doppelt so hohes Risiko wie Männer, niedrig entlohnt zu werden. (Zahlen BMFSFJ)

Anforderungen an die politische Bildung für Mädchen und Frauen

Aufgrund der kritischen Analyse des aktuellen Diskurses, der gewachsenen Komplexität, des Zusammenwirkens verschiedener Benachteiligungsfaktoren und der Verpflichtung, positive Entwicklungsbedingungen für alle Mädchen und Frauen zu schaffen, kommt der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten zu dem Schluss, dass die Anforderungen an die Frauen- und Mädchenarbeit sich verändert haben, die Notwendigkeit spezifischer Angebote allerdings weiterhin besteht. Aus diesem Grund setzt sich der AdB für eine politische Bildungsarbeit für Mädchen und Frauen ein,

- die die unterschiedlichen Gruppen von Mädchen und Frauen und deren verschiedene Ausgangslagen, Interessen und Bedürfnisse in den Blick nimmt und zielgruppengenaue Konzepte entwirft, stetig überprüft und weiterentwickelt;
- die die unterschiedliche Historie, die unterschiedlichen Erfahrungen und Lebenswelten von Mädchen und Frauen berücksichtigt;
- die durch geschlechtshomogene Angebote Freiräume für Mädchen und Frauen schafft, in denen Platz ist für eigene Themen, Perspektiven und Vorstellungen;
- die in geschlechtergemischten Institutionen und Einrichtungen Personen, Räume und Ressourcen für Mädchen wie für Jungen anbietet und die eine „Entdramatisierung“ von Geschlecht sowie eine kritische Reflexion von geschlechterrelevanten Aspekten ermöglicht;
- die Möglichkeiten bietet, geschlechtsspezifische Sehgewohnheiten zu hinterfragen und rollenkonforme Prägungen und Einstellungen zu prüfen;
- die Geschlechterdifferenzen nicht als gegeben, sondern als veränderbare und veränderliche und gesellschaftlich immer wieder neu hergestellte Unterscheidungen aufzeigt;
- die die spezifische Perspektive von Mädchen und Frauen auf Themen wie Chancengerechtigkeit, Ausgrenzung, Gewalt, Sexualität, Diskriminierung, Diversität etc. in den Mittelpunkt von Angeboten stellt;
- die die zentralen Kategorien von Politik wie Macht, Herrschaft, Interesse, Willensbildung, Konflikt und Konsens aus Sicht und Perspektive

von Mädchen und Frauen darstellt, hinterfragt und bearbeitet;

- die Frauen und Mädchen befähigt und ermutigt, sich aktiv in Politik und Gesellschaft einzubringen und ihre Anliegen zu vertreten.

Anforderungen an Politik und Gesellschaft

Mädchen- und Frauenbildung ist ein eigenständiges Arbeitsfeld, das kooperierend und vernetzend arbeitet. Es braucht die Unterstützung der Träger politischer Bildung sowie der Verantwortlichen in Politik und Verwaltung, insbesondere

- eine differenzierte politische und öffentliche Debatte um die Bildungsteilhabe und die Bildungserfolge von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern;
- eine Sensibilisierung aller Akteure/Akteurinnen und politisch Verantwortlichen für Ungleichheiten und die Ermutigung zum Abbau von Diskriminierungen;
- die Entwicklung und Förderung differenzierter pädagogischer Konzepte, um den individuellen Bedürfnissen und Lebenslagen von Frauen und Mädchen gerecht zu werden;
- sowohl ideelle Unterstützung als auch ausreichend finanzielle Förderung von Angeboten für Mädchen und Frauen;

- den sofortigen Stopp des Strukturabbaus und die ausreichende Förderung von Strukturen und Einrichtungen der Mädchen- und Frauenbildung;
- Fortbildungsangebote für alle in der Jugend- und Erwachsenenbildung Tätigen, um den veränderten Anforderungen an eine qualifizierte Mädchen- und Frauenbildungsarbeit gerecht zu werden;
- Gelegenheiten und Begegnungsorte für alle in der Mädchen- und Frauenbildung Tätigen, um den Austausch und die Vernetzung untereinander zu ermöglichen und den Dialog auch zwischen den Generationen zu fördern.

Nach Überzeugung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten ist und bleibt Mädchen- und Frauenbildung notwendiger und wichtiger Bestandteil politischer Bildungsarbeit, der entscheidend mit zur Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit beiträgt. Aus diesem Grund wird sich der AdB auch zukünftig für eine eigenständige, zielgruppenspezifische, qualifizierte Mädchen- und Frauenbildungsarbeit einsetzen.

*Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten,
November 2011*

Die (Un-) Sichtbarkeit politischer Erwachsenenbildung

Kleine Nachbemerkung zu blinden Flecken im Evaluationsgutachten des DIE

Norbert Reichling/Friedhelm Jostmeier

Im vergangenen Frühjahr legte das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Schule und Weiterbildung ein Gutachten zur „Evaluation der Wirksamkeit der Weiterbildungsmittel des Weiterbildungsgesetzes“ in NRW vor, das in der Weiterbildungsszene des Landes inzwischen intensiv diskutiert wird. Norbert Reichling und Friedhelm Jostmeier kritisieren im Folgenden die Vernachlässigung des Bereichs Politische Bildung in dieser Untersuchung und fordern eine stärkere Wahrnehmung dieses Bereichs und seiner Anbieter. Diese sollten aber auch darum bemüht sein, die politische Bildung in der Öffentlichkeit stärker sichtbar werden zu lassen.

Als der Landtag von Nordrhein-Westfalen im Herbst 2011 eine Expertenanhörung zum Thema „Die politische Bildung in nordrhein-westfälischen Schulen stärken“ durchführte, kam hier und da auch die außerschulische Bildungsarbeit zur Sprache. Einer der eingeladenen Experten, der Kollege *Stephan Eisel* von der *Konrad-Adenauer-Stiftung*, wies in seiner Stellungnahme sinnvollerweise auch auf Probleme der Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Trägern hin. Am Rande dieser Analyse wird vermerkt: „Trotz der guten Arbeit der Landeszentrale für Politische Bildung ist insgesamt leider festzuhalten, dass auch in Nordrhein-Westfalen die politische Bildung sowohl in der schulischen als auch außerschulischen Bildung eher eine Nischenrolle spielt. Jüngster Beleg dafür ist der Bericht des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) „Lernende fördern – Strukturen stützen: Evaluation der Wirksamkeit der Weiterbildungsmittel des Weiterbildungsgesetzes (WbG) Nordrhein-Westfalen“; dort werde „festgestellt, dass Politische Bildung lediglich 5,5 Prozent der Angebote von Volkshochschulen ausmacht und der Anteil der Förderung nach dem Weiterbildungsgesetz nur bei 9,1 Prozent liegt.“¹

Gab es da nicht noch ein paar andere Anbieter? Die Konrad-Adenauer-Stiftung hätte es besser wissen können – dass nämlich außerschulische politische Bildung auch bei der Mehrzahl der 324 Weiterbildungsanbieter in freier Trägerschaft, die nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannt sind, stattfindet. Dazu zählen neben den großen konfessionellen Trägergruppen nicht nur die parteinahen Stiftungen, sondern auch mehr als 40 weitere Einrichtungen, die sich auf der Basis einer Sonderför-

derung der *Landeszentrale für politische Bildung* auf die politische Erwachsenenbildung spezialisiert haben, d. h. mindestens 75 % ihrer Angebote in diesem Bereich realisieren (die sog. „Spezialisten der politischen Bildung“).

Aber es liegt auch und vor allem ein eklatantes Versagen des DIE-Evaluationsteams vor: Dieses hat durchaus vorhandene Informationen und Daten recht selektiv ausgewertet und dargestellt und so hinsichtlich der politischen Bildung, ihres Stellenwerts und Zustands ein Zerrbild entworfen. Diese Verzeichnung ist – wie das eingangs benannte Beispiel plastisch macht – für die öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung (und indirekt damit auch für künftige Förderung) problematisch.

Lücken des DIE-Gutachtens

Dass die Landesregierung NRW (noch unter CDU-FDP-Vorzeichen) den Evaluationsauftrag an das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung erteilte, war von der Weiterbildungslandschaft mit Erleichterung und Zustimmung quittiert worden. Das System der NRW-Weiterbildung ist in der Vergangenheit nämlich schon von weniger feldkundigen Experten untersucht und bewertet worden. Und für den Grundtenor des schließlich erstellten Gutachtens² hat sich diese Zustimmung auch erhalten: Es schildert und bewertet Leistungen und Schwierigkeiten der Weiterbildung auf informierte und mit den Zielen des Gesetzes grundsätzlich solidarische Weise, auch wenn nicht alle „Hausaufgaben“ (z. B. der Entwurf einer neuen Fördersystematik) befriedigend erledigt wurden.³ Inhalt und Untersuchungssetting können hier nicht referiert werden; das Gutachten kommt zu der prinzipiellen Schlussfolgerung, dass die NRW-Weiterbildung trotz schwieriger Rahmenbedingungen ihren Auftrag erfüllt und „in hohem Maße systemrelevant“ ist.

2 *Deutsches Institut für Erwachsenenbildung*: Lernende fördern – Strukturen stützen. Evaluation der Wirksamkeit der Weiterbildungsmittel des Weiterbildungsgesetzes (WbG) Nordrhein-Westfalen, Abschlussbericht, Bonn 2011 – im Netz einzusehen unter www.schulministerium.nrw.de/BP/Weiterbildung/Aktuelles/Gutachten_Weiterbildung/DIE_Evaluation_WbG_NRW_Abschlussbericht_02-2011.pdf#Gutachten [23.12.2011] – siehe auch den Bericht in: *Außerschulische Bildung*, Heft 2-2011, S. 207 ff.

3 ... und manch unbegründeter Seitenhieb – vgl. die begründungsfreien Ratschläge zur Novellierung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes – enthalten ist – vgl. Gutachten, S. 298.

1 Stellungnahme 15/908 vom 28.9.2011 – einsehbar auf der Website des Landtags NRW.

Der Umgang der Analyse mit der politischen Erwachsenenbildung muss als äußerst unzureichend angesehen werden

Der Umgang der Analyse mit der politischen Erwachsenenbildung aber muss als äußerst unzureichend angesehen werden: Es wäre zu erwarten gewesen, dass auch dieser Sektor entsprechend seiner Bedeutung für die demokratische Entwicklung in NRW eine angemessene Betrachtung und Würdigung erfahren hätte. Leider sucht der Lesende im Abschlussbericht des Instituts vergeblich nach entsprechenden Fundstellen. Dies überrascht umso mehr, als dem Forschungsteam die im bundesdeutschen Vergleich durchaus herausragende Struktur politischer Bildung in NRW nicht unbekannt ist.

Schon im Inhaltsverzeichnis kommt politische Bildung mit keinem Wort explizit vor. Obwohl – wie bereits gesagt – 10 % der anerkannten Weiterbildungseinrichtungen des Landes fast ausschließlich diese anbieten und aufgrund dieser Spezialisierung eine besondere Landesförderung erhalten, erfährt dieser Inhaltsbereich nur beiläufige Erwähnungen. In der vom DIE vorgenommenen Kategorisierung der Weiterbildungs-Inhalte geht politische Bildung in der Sammelschublade „Förderung der persönlichen Entfaltung und sozialen Teilhabe“ ein weiteres Mal unter, obwohl die Gutachter in vielen Fachgesprächen darauf hingewiesen wurden, dass damit demokratiepolitische Aufträge und Funktionen der politischen Bildung vernebelt werden.

Der „Teilnehmertag“ wurde aus der Darstellung des DIE systematisch ausgeklammert

Der „Teilnehmertag“ – die wichtigste Organisations- und Förderform des NRW-WbG für die Politische Bildung in den Weiterbildungseinrichtungen „anderer Trägerschaft“ und neben der „Unterrichtsstunde“ eine der beiden tragenden Säulen des Gesetzes – wurde aus der Darstellung des DIE systematisch ausgeklammert, seine besondere Förderlogik (die das intensive Lernen vor Ort, an besonderen Stätten und in spezifischer Intensität unterstreicht) wurde ignoriert. Die auf dieser Basis realisierten Veranstaltungen haben die Gutachter/-innen in die Kategorie der Unterrichtsstunde um- und so „kleingerechnet“. Auch dies ist förderpolitisch gefährlich, weil der Teilnehmertag immer wieder umstritten war, sobald es um Gesetzesveränderungen ging.

Und schließlich: Ein hoch entwickeltes und seit vier Jahren erprobtes Berichtssystem für die „Spezialis-

ten der politischen Bildung“⁴ und seine umfangreichen Ergebnisse wurden vom DIE-Team schlicht ausgeblendet. Diese Erhebungen erlauben u. a. recht genaue Einblicke in die regionale Verteilung der Angebote politischer Bildung im Lande, Verwendungskontexte der Teilnehmenden, Adressatengruppen, Finanzierungsanteile und Personalausstattung der Einrichtungen. Auch eine inhaltliche Grobgliederung, die Bedeutung unterschiedlicher Veranstaltungsformate und die Gesamtreichweite

Wichtige Daten und Analysechancen zu den genannten Themen wurden verschenkt

dieses Sektors sind dort kenntlich gemacht worden. Qualifizierte Aussagen also, nach denen die Gutachter/-innen an anderer Stelle lauthals rufen, über fast 9 % aller Weiterbildungsveranstaltungen, über 10 % der Veranstalter und 10 % der „Teilnahmefälle“ im Land NRW wurden hier als quantité négligeable behandelt. Man sei „dazu nicht mehr gekommen“, lautet die Rechtfertigung. Damit wurden wichtige Daten und Analysechancen zu den genannten Themen verschenkt.

Ebenfalls ausgeblendet hat das Gutachten die zum Teil durchaus aussagekräftigen Verbandsstatistiken und sogar die vom eigenen Institut entworfene und begleitete Statistik anderer Verbände – z. B. der evangelischen und katholischen Erwachsenenbildung, von Arbeit und Leben, des AdB. Diese bieten nicht immer repräsentative Ergebnisse wegen partiell schlechter Beteiligung – aber sie völlig wegzulassen, ist sachlich ebenfalls durch nichts zu rechtfertigen. Gerade angesichts der immer wieder von der Forschung konstatierten Ausdifferenzierung von Trägersituationen, Angeboten, Zielgruppen, Leistungen und Entwicklungsproblemen wären analytische Aussagen über Teilbereiche wertvoll für die weiterbildungspolitische Diskussion gewesen.

Die kühne Behauptung, dass die Einrichtungen dem Land keine Leistungsdaten vorgelegt hätten, gehört ins Reich der Fabel.

Ein weiterer Mythos zur mangelhaften Datenlage soll hier nicht weiter thematisiert werden: Zwar ist die These richtig, dass es kein einheitliches und valides Berichtssystem für die NRW-Weiterbildung gibt (das haben die Weiterbildungseinrichtungen selbst immer wieder moniert). Doch die kühne Behauptung, dass die

4 Das System wurde ausführlich vorgestellt in: *Werding, Bernd: Qualitätsmanagement bei der Förderung der politischen Bildung, in: Außerschulische Bildung, Heft 2-2011, S. 179-186.*

Einrichtungen dem Land keine Leistungsdaten vorgelegt hätten, gehört natürlich ins Reich der Fabel. Angesichts des Desinteresses des Landes NRW an Daten und aufgrund des Personalabbaus bei den Bezirksregierungen liegen dazu keine Auswertungen vor, aber selbstverständlich führen die Einrichtungen kontinuierlich Nachweise gegenüber dem Land! Die vermeintlich nicht vorliegenden Daten zum Leistungsumfang der Weiterbildungseinrichtungen sind also lediglich nicht aggregiert und aufbereitet; auch sie hätten im Verlauf des nicht eben kurzen Untersuchungszeitraums (mehr als zwei Jahre) u. a. für die Begründung eines neuen und plausiblen Fördermodells der Administration entlockt werden müssen.

Wie sind solche Fehlleistungen zu erklären?

Diese eklatanten Fehlleistungen des DIE-Gutachtens sind schwer zu verstehen. Eine mögliche Fixierung des ehemals VHS-nahen Instituts auf eine seit Jahrzehnten eingespielte VHS-Statistik und deren Systematik mag noch eine Rolle spielen, reicht aber als Erklärung nicht aus. Die Beschimpfung von Wissenschaftlern als „praxisfern“ wäre ebenfalls zu einfach – für eine gewisse Distanz zum untersuchten Gegenstand wurden die Gutachter/-innen ja schließlich engagiert und bezahlt.

Der Starrsinn, mit dem sich das Gutachten an den Mängeln der Datenlage festbeißt, anstatt die Teilbefunde sinnvoll auszuwerten, muss damit zusammenhängen, dass sich beim DIE die Logik der Analyse gegenüber dem Weiterbildungssystem der 70er und 80er Jahre doch etwas verschoben hat. Die damaligen Begründungen für Weiterbildung –

Damalige Begründungen für Weiterbildung – Recht auf Weiterbildung, mehr Demokratie und Partizipation, zweite Chance usf. – sind inzwischen in den Hintergrund gedrängt durch neue Normierungen

Recht auf Weiterbildung, mehr Demokratie und Partizipation, zweite Chance usf. – sind inzwischen in den Hintergrund gedrängt durch neue Normierungen. Hier sollen nicht die großen plakativen Schreckgespenster des Marktradikalismus und Neoliberalismus bemüht werden – die spuken

sicher auch weiterhin herum – sondern die europäischen und weltweiten Rahmenbedingungen: Individualrechte auf Bildung und Teilhabe spielen darin eine marginale Rolle, es geht primär um die Erzeugung, Pflege und Platzierung von Kompetenzen, die in erster Linie beruflich gedacht und formuliert sind. EU-Systematiken pflegen in ihrer oft bürokra-

tisch-technokratischen Machart solchem Denken nichts entgegenzusetzen, sondern ihm zu folgen. Nur so ist die neue Systematik zu verstehen, in der das Hauptaugenmerk des DIE-Gutachtens offenbar der Scheidung von gemeinwohlorientierten (= förderfähigen) und anderen Angeboten gilt und Demokratie-Effekte nicht mehr vorkommen. Das Insistieren von Fachvertretern der politischen Erwachsenenbildung auf ihrer spezifischen Professionalität wurde denn auch von Mitgliedern des Evaluationsteams ins Lächerliche vermeintlich „altmodischer Beharrung“ gezogen.

Wie sollte die politische Bildung reagieren?

Eine ausführlichere fachliche Kritik an den Schwachstellen der DIE-Analyse wäre das erste Erfordernis – man kann Zweifel haben, ob diese in den dialog- und ergebnisorientierten Arbeitsgruppen erfolgen kann, die nun zur Weiterarbeit am WbG durch das nordrhein-westfälische Schul- und Weiterbildungsministerium geschaffen werden.

Im Zeichen knapper öffentlicher Ressourcen knüpfen öffentliche Geldgeber seit Jahren zunehmend Finanzierungszusagen an einen vermeintlichen Nutzen. Dass sich der Nutzen politischer Bildung nicht unmittelbar erschließen lässt, ist zwar hinreichend bekannt, befreit die gemeinwohlorientierten Bildungseinrichtungen jedoch nicht von entsprechenden Anfragen nach ihren Leistungen. Die

Die Vertreter/-innen einer guten Praxis politischer Bildung sollten mit vielen alltäglichen und unspektakulären Beiträgen zur Sichtbarkeit ihrer Arbeit beitragen

Vertreter/-innen einer guten Praxis politischer Bildung sollten also mit vielen alltäglichen und unspektakulären Beiträgen zur Sichtbarkeit ihrer Arbeit beitragen. Solche Sichtbarkeit muss qualitativ hergestellt werden – z. B. in Fachzeitschriften wie dieser hier oder mit Gute-Praxis-Berichten zu virulenten und versteckten gesellschaftlichen Problemen. Aber auch die allgemeinen Medien sollten wir öfter an unserer Tätigkeit zu interessieren versuchen, um deren Bilder von Weiterbildung, politischer Bildung oder gar Bildungsurlaub zu qualifizieren.

Der inhaltliche Austausch muss aber ebenso direkt und persönlich geführt werden, sowohl mit den politisch verantwortlichen Abgeordneten des Parlaments als auch mit Fachwissenschaft, Öffentlichkeit und den zuständigen Fachabteilungen der Bildungsadministration. Denn das, was politische Bildung in Veranstaltungen und Projekten leistet,

lässt sich kaum hinreichend über Zahlen vermitteln. Die Qualität von politischer Bildung wird vor allem in der praktischen Bildungsarbeit erfahrbar, sei es in den besonderen Formaten der lebenswelt- und zielgruppenorientierten Angebote oder in der Entwicklung und Umsetzung von innovativen Ansätzen zur Unterstützung von Menschen aller Milieus, auch von jenen gesellschaftlichen Gruppen, die in unserer Gesellschaft am meisten von Ausgrenzung und Nicht-Teilhabe betroffen sind.

Mehr quantitative Berichterstattung – da muss man den DIE-Expert/-inn/-en ja Recht geben – ist ebenso dringlich. Dazu können wir durch bessere Beteiligung an Statistiksystemen und an deren Weiterentwicklung viel tun – gerade im Verband Adb, der hinsichtlich der Repräsentativität seiner Statistik einen peinlichen Rückstand gegenüber anderen aufweist. Mit Zahlen, Fakten, Daten können die durch die Landeszentrale für politische Bildung geförderten Einrichtungen seit mehreren Jahren aufwarten.⁵

Was fehlt, ist die Einbeziehung der politisch-bildenden Angebote der „Nicht-Spezialisten“, denn auch in Volkshochschulen, bei konfessionellen und freien Trägern finden Veranstaltungen zur politischen Bildung statt, die über die jeweiligen Ver-

Es ist primär Aufgabe des Landes NRW, für ein landeseinheitliches Berichtswesen zu sorgen, in dem auch die politische Bildung mit all ihren Leistungen abgebildet wird

bandsstatistiken erfasst, aber nicht in einer landesweiten und -einheitlichen Statistik aufbereitet werden. Hier ist es primär Aufgabe des Landes NRW, für ein landeseinheitliches Berichtswesen zu sorgen, in dem auch die politische Bil-

dung mit all ihren Leistungen abgebildet wird. Eine angemessene Datenerhebung ist im Interesse der politischen Bildung, denn ohne verlässliche Zahlen fehlen der politischen Bildung in wichtigen Diskussionen mit Politik und Verwaltung Argumente, um ihre Relevanz zu verdeutlichen.

Die außerschulische politische Bildung hat zwei „Kunden“-Gruppen: die Bildungspolitik, deren Wertschätzung wir weiterhin brauchen, und die Teilnehmenden, die nicht notwendig die gleichen Interessen haben. Unser stärkstes Argument gegenüber den Teilnehmer/-inne/-n, für eine demokratie- und partizipationsorientierte Bildungsarbeit aber – die Pluralität der Anbieter, Angebote und Nutzungen

politischer Bildung – bedarf einer Verteidigung auf mehreren Ebenen: Die sich in politische Debatten immer wieder naturwüchsig und vielleicht auch aus einer unvermeidbaren Logik des Politischen heraus einschleichende Überschätzung der Notwendigkeit, des Sinns und der Wirksamkeit politischer Steuerung ist eine unproduktive Selbsttäuschung der Politik. Solchen Steuerungszugzwängen⁶ gibt das DIE-Gutachten mit einigen seiner unbedachten und unbegründeten Ausblendungen, Akzentuierungen und Vorschläge neues Futter. Die Fachwissenschaft – und somit auch das DIE – sollten von der politischen Bildung verstärkt in die Pflicht genommen werden, sich regelmäßig mit dem Zusammenhang von Demokratie und politischer Bildung zu beschäftigen, damit der besondere Stellenwert politischer Bildung angesichts der vielfältigen Umbrüche und Demokratie-Krisen deutlicher wird.

Doch das Gutachten ist widersprüchlich, es gibt den politischen Bildner/-inne/-n nämlich zugleich argumentative Rückendeckung für die gegenteilige Position: Es unterstreicht die erfolgreiche Selbststeuerung der letzten Jahrzehnte und die überaus bewegliche Neufokussierung einer hauptberuflich strukturierten Weiterbildung, die zu vorzeigbaren Resultaten hinsichtlich ihrer Kriterien, Flächendeckung, Bedarfsorientierung und Vernetzung geführt hat – vielleicht doch kein so schlechtes Gutachten, wenn es so realitätsnah die Widersprüche unserer Profession abbildet?



Friedhelm Jostmeier war zehn Jahre lang Leiter des AKE-Bildungswerks in Vlotho und leitet seit 2009 die Geschäfte der Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung in NRW. Dort ist er erreichbar unter der Adresse August-Bebel-Str. 135 – 145, 33602 Bielefeld.

E-Mail: friedhelm.jostmeier@laaw-nrw.de



Dr. Norbert Reichling ist beim Bildungswerk der Humanistischen Union NRW u. a. zuständig für die Bereiche Zeitgeschichte und historisch-politisches Lernen, biografisch orientierte Bildung, soziale Bewegungen, Bildungsurlaub, Grundfragen politischer Bildung, Bürgerrechte und Erwachsenenbildungsgeschichte. Anschrift: Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V., Kronprinzenstraße 15, 45128 Essen.

E-Mail: norbert.reichling@hu-bildungswerk.de

⁵ Der neueste Jahresbericht mit der Auswertung des Berichtswesens für 2010 steht Interessierten auf der Homepage der Landeszentrale für politische Bildung NRW zur Verfügung.

⁶ Vgl. Reichling, Norbert: Symbolische Politik – realer Schaden. (Politische) Weiterbildung in: NRW – aus dem Tagebuch eines „Gesteuerten“, in: Außerschulische Bildung, Heft 2007, S. 180-183.

RevierVersion 2.1 – Wir mischen mit!

Ideenwerkstatt für das Leben im Ruhrgebiet

Daniel Möcklinghoff

Wie Jugendliche an der Gestaltung ihrer Region beteiligt werden können, soll durch das im folgenden Beitrag vorgestellte Projekt in Erfahrung gebracht werden, das von der Stiftung Mercator gefördert und vom aktuellen forum nrw. e. V. realisiert wird. Die Jugendlichen konzentrieren ihre Vorstellungen dabei auf das Ruhrgebiet, das sich durch besondere Vielfalt der dort lebenden Menschen und ihrer Kulturen auszeichnet. Ziel des Projekts ist neben dem Beteiligungsaspekt deshalb auch die Förderung des Zusammenlebens in dieser Region durch die Beiträge der dort lebenden Menschen.

Ausgangslage

Bereits in den Jahren 2007 bis 2010 hat das *aktuelle forum nrw* ein Projekt in Kooperation mit der *Stiftung Mercator* durchgeführt: Unter dem Motto „RevierVersion 2.0 – Meine Welt der Möglichkeiten“ haben damals über 50 Gruppen ihre Visionen für das Ruhrgebiet entwickelt und in Form von Theaterstücken, Videos, Podcasts, Fotos, Bildern, Skulpturen etc. dargestellt. Die besten Beiträge wurden prämiert, und viele der entstandenen Produkte zogen im Anschluss in einer Wanderausstellung durch Nordrhein-Westfalen.

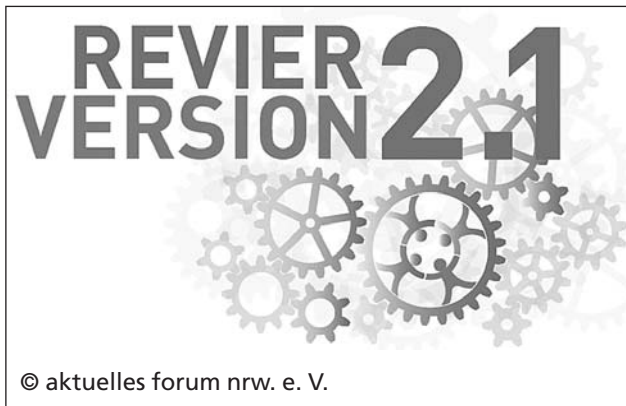
Das Nachfolgeprojekt „RevierVersion 2.1“ richtet sich nun speziell an Jugendliche, die nicht nur ihre Ideen für das Leben im Ruhrgebiet formulieren, sondern dieses auch aktiv mitgestalten sollen. Dafür wurde ein Projektkonzept entwickelt, in dem die

In dem Konzept wird die Beteiligung von Jugendlichen im Ruhrgebiet selbst zum Gegenstand des Lernens und Handelns

Beteiligung von Jugendlichen im Ruhrgebiet selbst zum Gegenstand des Lernens und Handelns wird. Sie erarbeiten und entwickeln Beteiligungsformate in ihrem direkten Umfeld –

Schule, Revier, Kommune – anhand ihrer alltäglichen Themen und Probleme. Es gibt zehn feste Gruppen mit je 10-15 Beteiligten, die jeweils an dem selbst gewählten und für die Gruppe relevanten Thema arbeiten. Durch die Einbindung unterschiedlicher kultureller Medien und Methoden sollen die Jugendlichen aktive gesellschaftliche Beteiligung bewusst erleben.

Des Weiteren können sich die Jugendlichen im Web 2.0 austauschen, ihre Projektbeiträge veröffentlichen, kommentieren und bewerten sowie das Mobilisierungspotential des Web 2.0 für ihr Thema nutzbar machen. Dazu werden bereits bestehende Tools und Communities (Wordpress, Facebook,



© aktuelles forum nrw. e. V.

Projektlogo

Twitter) genutzt, um eine nachhaltige Handlungsfähigkeit der Teilnehmenden zu gewährleisten.

Zielsetzung

Eine Aufgabe der Schulpädagogik wie auch der Jugendarbeit und der politischen Weiterbildung liegt darin, der nachwachsenden jungen Generation durch konkrete (Projekt-) Arbeit an den verschiedenen gesellschaftlichen und sozialen Fragen die Erfahrung zu vermitteln, dass durch gemeinsames Handeln von Projektgruppen, Schulklassen, Gruppen in Jugendzentren und in der Jugendarbeit Einfluss genommen werden kann auf die Gestaltung der Demokratie.

Ziel des Projektes ist es deshalb, bildungsbenachteiligten Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund zwischen 14 und 16 Jahren durch politische Bildung Möglichkeiten und Formen der

Jugendliche sollen praktisch erleben, erfahren und ausprobieren, welche Beteiligungsmöglichkeiten es für sie gibt

Partizipation näherzubringen. Jugendliche sollen praktisch erleben, erfahren und ausprobieren, welche Beteiligungsmöglichkeiten es für sie gibt. So soll das Interesse

Jugendlicher an gesellschaftlicher Mitbestimmung geweckt bzw. gefördert werden.

Die interkulturelle Vielfalt ist gerade im Ruhrgebiet und insbesondere für junge Menschen, die in dieser Gesellschaft aufwachsen, allgegenwärtig. Integration findet dabei überall statt: in der Schule, beim Sport, im Jugendzentrum. Die Jugendlichen sollen im Rahmen des Projektes Integration durch erlebte Partizipation auf kommunaler Ebene vorantreiben. Dabei sollen alle Teilnehmenden, gleich welcher Herkunft, die Chance haben, sich

aktiv und mit ihren Vorstellungen an der Gestaltung ihrer Lebenswelt zu beteiligen.

Bei der Umsetzung der einzelnen Teilprojekte von RevierVersion 2.1 steht daher die Leitfrage im Mittelpunkt: Wie können Jugendliche ihre Lebenswelt so mitbestimmen, dass das Zusammenleben in einer vielfältigen und interkulturellen Gesellschaft gefördert wird?

Im Rahmen des Projektes sollen Möglichkeiten zur strukturellen Verankerung in der Kommune und in den Institutionen Schule, Jugend- und Kultureinrichtungen von Beteiligungsmöglichkeiten insbesondere für bildungsbenachteiligte Jugendliche mit und ohne Zuwanderungsgeschichte diskutiert, durchgeführt und geprüft werden.

Den Kern des Projektes bildet nach einer Vorbereitungsphase die Seminararbeit, die nach drei Arbeitsschritten erfolgt und von jeder Gruppe individuell gestaltet werden soll.

Ablauf

Im Rahmen einer Analyse sollen sich die Teilnehmenden die Frage stellen, wo und vor allem wie sie sich sinnvoll und unmittelbar beteiligen und damit das interkulturelle Zusammenleben stärken können

Teilnehmenden die Frage stellen, wo und vor allem wie sie sich sinnvoll und unmittelbar beteiligen und damit das interkulturelle Zusammenleben stärken können.

Anschließend soll ein Lösungsansatz entwickelt werden, wie genau die Jugendlichen zur Problemlösung bzw. zu Möglichkeiten der aktiven Mitbestimmung gelangen können. Diese können mögli-



Wie können Jugendliche ihre Lebenswelt im Interesse des interkulturellen Zusammenlebens mitbestimmen?

cherweise über die klassischen Beteiligungsformen hinausgehen. Durch die Einbindung unterschiedlicher zielgruppengerechter Methoden – unter Nutzung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen wie Musik, Video, Theater sowie neuer Medien – sollen die Jugendlichen praktisch erleben, erfahren und erproben, welche Beteiligungsmöglichkeiten es für sie gibt. Dies kann reichen von einer Kampagne gegen die Schließung des Jugendzentrums bis hin zur Initiierung eines interkulturellen Stadtteilstreffes – ganz nach den alltäglichen Problemen, Interessen und Herausforderungen der einzelnen Gruppen. Jugendliche sollen den Raum haben, ihre eigenen Ideen für ihr direktes Umfeld umzusetzen. Es können auch globale Themen behandelt werden, solange es einen Bezug zur kommunalen Ebene gibt.

Begleitet und gecoacht werden die Jugendlichen dabei von Pädagog/-inn/-en der außerschulischen und politischen Jugendbildung (jeweils ein/-e Pädagoge/Pädagogin pro Gruppe) sowie Vertreter/-innen der beteiligten Bildungseinrichtungen aus dem Ruhrgebiet (Lehrer/-innen aus Haupt- und Gesamtschulen, Pädagog/-inn/-en aus Jugend- und Kulturzentren).

Nachhaltigkeit

Insgesamt sollen Aussagen zum Thema Chancen, Möglichkeiten und Grenzen des Web 2.0 als



Ausstellungstafeln zum Projekt RevierVersion 2.0!

Medium für die politische Bildung getroffen sowie Erfahrungen von Jugendlichen für Jugendliche zu der Vielfältigkeit der erlebten Partizipationsmöglichkeiten festgehalten werden. Am Projektende wird eine Handreichung für Fachkräfte veröffentlicht, die Anregungen – sowohl thematisch als auch methodisch – für die pädagogische Praxis enthält, damit es auch nach dem Projekt nachhaltig zu einer strukturellen Verankerung kommt. Eine umfangreiche Projektdokumentation soll den Aspekt der Nachhaltigkeit ebenso unterstützen. Durch die Mediennutzung im Rahmen des Projektes soll eine kritische Medienkompetenz der Beteiligten entwickelt und gefördert werden. Gleichzeitiges Ziel ist die Stärkung der Demokratiekompetenz der Teilnehmenden. Zudem soll mit Hilfe von Methoden der politischen und der kulturellen Bildung einerseits das Lebensumfeld wahrgenommen und andererseits sollen neue Handlungs- und Ausdrucksmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Die Mediennutzung im Rahmen des Projektes soll eine kritische Medienkompetenz der Beteiligten entwickeln und fördern

Die Mediennutzung im Rahmen des Projektes soll eine kritische Medienkompetenz der Beteiligten entwickelt und gefördert werden. Gleichzeitiges Ziel ist die Stärkung der Demokratiekompetenz der Teilnehmenden. Zudem soll mit Hilfe von Methoden der politischen und der kulturellen Bildung einerseits das Lebensumfeld wahrgenommen und andererseits sollen neue Handlungs- und Ausdrucksmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Gleichzeitiges Ziel ist die Stärkung der Demokratiekompetenz der Teilnehmenden. Zudem soll mit Hilfe von Methoden der politischen und der kulturellen Bildung einerseits das Lebensumfeld wahrgenommen und andererseits sollen neue Handlungs- und Ausdrucksmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Herausforderungen

Herausforderung wird sein, Jugendliche in den festen Strukturen der Institution Schule sowie in außerschulischen Einrichtungen anzuleiten und zu motivieren, jedoch die Ideenfindung und Gestaltung der eigentlichen Projektarbeit vollständig in ihre Hände zu übergeben. Des Weiteren verfügen sowohl Schulen als auch Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit über ihre ganz eigenen Rahmenbedingungen, die spezifischen Anforderungen gemäß zu berücksichtigen sind. Im schulischen Bereich wird beispielsweise die Einbindung des Projekts in den Ganzttag eine wichtige Rolle spielen.

Dabei muss beachtet werden, dass sämtliche operativen Ziele und Vorhaben offen sind und auch scheitern können. Das Projekt definiert keine festen Zielvorgaben. Gerade dieser offene Aspekt ist jedoch eine Stärke des Projektes, da von der Themenfindung bis zur Umsetzung weitestgehend alle Entscheidungsprozesse in den Händen der Jugendlichen liegen.

Weitere Informationen beim Team der Projektleitung: Daniel Möcklinghoff und Miriam Jusuf, beide erreichbar über das aktuelle forum (Adresse s. u.).



Daniel Möcklinghoff ist Pädagogischer Mitarbeiter beim aktuellen forum nrw e.V. und dort zuständig u. a. für die Bereiche Jugendbildung und Medienkompetenz. Er ist erreichbar über das aktuelle forum unter der Adresse: Hohenstaufenallee 1, 45888 Gelsenkirchen

www.aktuelles-forum.de

E-Mail: d.moeklinghoff@aktuelles-forum.de

In Ausgabe 3-2011 wurde bei dem Beitrag von Bernd Neufurth auf S. 320 leider versäumt, den Urheber des dort abgedruckten Fotos zu nennen. Es handelt sich dabei um Hans-Günther Mundt. Wir bitten um Entschuldigung für dieses Versehen.

Meldungen

Auseinandersetzung bei Haushaltsdebatte über Regierungshandeln in Jugend- und Innenpolitik

Wie immer bei den Haushaltsberatungen fand auch in der Debatte über den Bundeshaushalt 2012 im November eine Auseinandersetzung mit den politischen Schwerpunkten der einzelnen Ressorts statt. Am 22. November 2011 debattierte der Deutsche Bundestag in Dritter Lesung über den Haushalt des Bundesinnenministeriums. Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich hatte in seiner Rede darauf hingewiesen, dass die innere Sicherheit die Kernaufgabe des Staates überhaupt sei. Deshalb und vor dem Hintergrund der aktuellen Bedrohungen durch neue technologische Risiken, die organisierte Kriminalität und den Rechtsextremismus sehe der Haushaltsentwurf eine Aufstockung um 25 Mio. Euro vor. Es gehe jedoch nicht nur um Sicherheit, sondern auch um den Zusammenhalt in der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang zählte Friedrich die verschiedenen Programme gegen den Rechtsextremismus in allen Bereichen des Haushalts auf und widersprach dem Vorwurf von Kürzungen.

Der war vor allem von der Opposition erhoben worden. Die SPD-Abgeordneten Dr. Peter Danckert und Daniela Kolbe kritisierten die Kürzungen in dem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und bei der Bundeszentrale für politische Bildung. Es gehe hier nur um einige Millionen zur Verstärkung präventiver Aufklärungsarbeit und Bildung. Daniela Kolbe warb vor allem um die angemessene Ausstattung der Integrationskurse, die ebenso wie die Bundeszentrale für politische Bildung unverzichtbare Instrumente für den Zusammenhalt in unserem Land seien. Die Geschehnisse um die Zwickauer Zelle machten deut-

lich, wohin es führen könne, wenn Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit herrschten. Es gebe inzwischen Gemeinden, in denen eine rechtsextreme Hegemonie herrsche. Die Regierung nehme in der Rhetorik den Rechtsextremismus ernst, unterstütze jedoch die Menschen, die sich gegen ihn einsetzten, nicht in dem erforderlichen Maße. Kolbe forderte die Regierung dazu auf, sowohl die Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung wie die Extremismusklausel als Voraussetzung für eine Programmförderung zurückzunehmen. Ihre Fraktionskollegin Gabriele Fograscher mahnte an, den Sport und seine gesellschaftspolitische Bedeutung sowohl bei der Diskussion über Integration wie über Rechtsextremismus einzubeziehen.

Steffen Bockhahn und Ulla Jelpke von der Fraktion DIE LINKE kritisierten in ihren Beiträgen das Versagen der Sicherheitsbehörden und den Umgang mit den Opfern rechtsextremer Gewalt.

Wolfgang Wieland und Memet Kilic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) forderten eine „Rückeroberung der Demokraten“ in Gegenden, in denen sich rechte Szenen festgesetzt hätten. Man müsse zeigen, dass der Rechtsstaat nicht wehrlos sei. Kilic warf der Regierung vor, dass dem Staat sein Image wichtiger gewesen sei als die Opfer des Rechtsextremismus, und er Projekte gegen den Linksextremismus zu 90 % kofinanzieren, während er bei Projekten gegen Rechtsextremismus Eigenmittel in Höhe von 50 % verlange. Das Vertrauen der Einwanderer in den Rechtsstaat sei in seinen Grundfesten erschüttert. Wer Rechtsextremismus bekämpfen wolle, müsse auch die Opfer

stärken und mehr in die Prävention durch politische Bildungsarbeit investieren.

Jürgen Herrmann und Stephan Mayer (CDU/CSU) warnten vor einer Vorverurteilung der mit der Aufklärung der rechtsextremistischen Morde befassten Behörden und vor einer parteipolitischen Besetzung dieses Themas. Sie unterstützten die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Instrumente zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland.

Hartfrid Wolff und Gisela Piltz von der FDP gingen in ihren Reden ebenfalls auf die sicherheitspolitischen Vorkehrungen und die Auseinandersetzung mit dem rechtsextremistischen Terror ein. Sie sprachen sich für die Weiterentwicklung der Organisationsstruktur von Sicherheitsbehörden und deren bessere Ausstattung aus.

Die Debatte über den Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) am 24. November 2011 befasste sich in großen Teilen mit der Familienpolitik der Bundesregierung. Schwerpunkte der Jugendpolitik mit Bezug zur politischen Bildung wurden in den Redebeiträgen von Steffen Bockhahn (DIE LINKE), Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Rolf Schwanitz und Sönke Rix (beide SPD) angesprochen. Hier ging es vornehmlich um die Programme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, bei denen erneut kritisiert wurde, dass sie gegenüber den Bedingungen, unter denen Projekte gegen Linksextremismus gefördert würden, schlechtere Konditionen bieten würden. Zudem sei langfristige und fundierte Arbeit durch institutionel-

le Förderung nicht gewollt. Die Auseinandersetzung zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sei eine Daueraufgabe für die gesamte Gesellschaft. Lazar forderte eine Erhöhung der Mittel auf 50 Mio. Euro, die für ein neues Bundesprogramm zur Verfügung gestellt werden und der Stärkung der zivilgesellschaftlichen Initiativen vor Ort dienen sollten. Sie sprach sich erneut gegen die Extremismusklausel aus, mit denen die Ministerin die Initiativen „drangsaliere“. Demokratie lasse sich nicht per Verwaltungsakt absichern. Schwanitz kritisierte die Aufspaltung in „gute Antifaschisten und in schlechte Antifaschisten“, wie sie in einer an den Schulen verteilten Broschüre gemacht werde, die Lehrerinnen und Lehrer zum Unterricht gegen Linksextremismus motivieren solle. Sönke Rix ging in seinem Redebeitrag auf den

neuen Freiwilligendienst ein und verwies auf die Startschwierigkeiten bei seiner Einführung. Er plädierte für einen gemeinsamen Freiwilligendienst, der unter der Verantwortung der Zivilgesellschaft stehen solle.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, warf der Opposition vor, sich bei der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes mit allen Annahmen geirrt zu haben. Weder schade der Bundesfreiwilligendienst den Jugendfreiwilligendiensten, noch herrsche Mangel an Interessenten. Der neue Dienst übertreffe mit über 25.000 Verträgen in nur fünf Monaten schon jetzt alle Erwartungen.

Zur politischen Bildung führte sie aus, dass es darum gehe, Kinder und Jugendliche vor totalitärem Gedankengut – gleich aus welcher Ecke – zu schützen. Der

Rechtsextremismus werde nicht relativiert, wenn auch Präventionsprogramme gegen Linksextremismus und Islamismus gefördert würden. In ihrer Amtszeit sei kein einziger Cent für Projekte gegen Rechtsextremismus gekürzt worden. Diese Bundesregierung gebe sogar mehr Geld für die Stärkung von Demokratie und Toleranz aus als jede Bundesregierung zuvor. Zur Demokratieerklärung führte die Ministerin aus, dass sie nicht wolle, dass Rechtsextremismus von Linksextremisten, Linksextremismus von Rechtsextremisten und Islamismus von Islamhassern bekämpft werde. Sie verwies darauf, dass auch in Mecklenburg-Vorpommern Kita-Betreiber eine Demokratieerklärung unterschreiben müssten und sie die zuständige SPD-Landesministerin Manuela Schwesig darin unterstütze.

Quellen: Bundestagsprotokolle 17/141 und 17/143

Wird die Bildungsrepublik zur Fata Morgana?

Fast drei Jahre nach dem Dresdener Bildungsgipfel haben DGB, ver.di und GEW eine Studie vorgestellt, die der Essener Bildungsforscher Professor Klaus Klemm im Auftrag des DGB erarbeitet hatte. Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende, präsentierte sie im Oktober 2011. Die Studie bilanziert die Entwicklung der Bildungspolitik auf der Grundlage der in Dresden gefassten Beschlüsse von Bund und Ländern. Bei der Finanzierung der Bildung konstatiert Klaus Klemm zwar eine Annäherung an die beschlossene Steigerung der Bildungsausgaben auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009, weist allerdings darauf hin, dass durch die Wirtschafts-

krise das BPI deutlich geschrumpft sei und zugleich im damaligen Konjunkturpaket II die Bildungsausgaben zeitlich befristet stiegen, so dass sich faktisch der Anteil der Bildungsausgaben reduziere. Beim Krippenausbau liege Deutschland im Betreuungsjahr 2009/10 mit einem Platzangebot von 23 % noch weit hinter dem für 2013 angesteuerten Ziel von 35 %. Auch eine Deckung des durch den Ausbau entstehenden Personalbedarfs sei nicht in Sicht. Die angestrebte Halbierung der Quote der Absolventen allgemeinbildender Schulen ohne Hauptschulabschluss sei nicht einmal ansatzweise erkennbar. Das gelte gleichermaßen für die ebenfalls angestrebte Halbie-

rung der Quote junger Erwachsener, die keinen Berufsabschluss erwerben; sie liege im Jahr 2010 nach wie vor bei 17,2 %. Ob die angestrebte Steigerung der Weiterbildungsquote auf 50 % der Erwerbstätigen tatsächlich erfolge, lasse sich mangels einer statistischen Grundlage nicht beurteilen. Einzig das Ziel der Anhebung der Quote der Studienanfänger/-innen auf 40 % wurde inzwischen mit 46 % im Jahr 2010 übertroffen. Die Analyse der auf dem Dresdner Gipfel herausgestellten Handlungsfelder ergebe mit Blick auf migrationsspezifische Ausprägungen ein schwer erträgliches Maß an Ungleichheit. Es beziehe sich sowohl auf den geringeren Anteil von Kin-

dern mit Migrationshintergrund an den Krippenplätzen und erheblich mehr ausländischen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss als auch den mehr als im Vergleich zu Deutschstämmigen doppelt so hohen Anteil junger Erwachsener mit Migrationsgeschichte ohne Berufsabschluss.

Ingrid Sehrbrock stellte angesichts dieser Zahlen fest, dass Bund und Länder ihre Bildungsgipfelversprechen nur schleppend umsetzten und viele Bundesländer in der Bildungspolitik zum Rotstift griffen. „Die Bildungsrepublik wird so zur Fata Morgana“ so Ingrid Sehrbrock als Fazit zur Studie von Klaus Klemm.

In einem Artikel, der in Nummer 11/2011 der GEW-Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“ erschien, wird auf die desolaten Kassenlage von Ländern und Kommunen hingewiesen, die den Ruf nach einer stärkeren Beteiligung des Bundes an der Bildungsfinanzierung immer lauter werden lasse. So werde die durch den Rückgang der Schüler/-innenzahlen erwartete „demographische Rendite“ keinesfalls hinreichend zur Verbesserung der Qualität der Schulen und der pädagogischen Rahmenbedingungen genutzt, sondern auch zur Konsolidierung von Haushalten verwandt, wie das Beispiel Rheinland-Pfalz zeige. Aber das gelte auch für Baden-Württemberg unter der neuen rot-grünen Regierung. Die demographische Rendite komme im Osten der Republik wegen wieder steigender Schüler/-innenzahlen erst gar nicht an. Nordrhein-Westfalen wolle, so wird die zuständige Ministerin Sylvia Löhrmann zitiert, „die Demographiegewinne im System Schule belassen.“ In Hessen soll wie schon im vergangenen Jahr der Bildungsetat

deutlich gekürzt werden, wovon vor allem die Lehrerausbildung betroffen sei. Für Ganztagschulen oder Inklusion sei kein Geld da.

Dieser eher pessimistischen Perspektive steht der Jahresrückblick gegenüber, den das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gleich nach Weihnachten veröffentlichte. Darin wird das Ergebnis des Hochschulpaktes gelobt, den Bund und Länder zur Steigerung der Studienanfängerzahlen geschlossen hatten. Als Erfolg wird auch die Vergabe von 150.000 Bildungsprämien seit 2008 vermerkt, mit dem das BMBF Erwerbstätige unterstützt, die sich weiterbilden möchten. 47 % davon sind Frauen, 89 % Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen und 15 % haben einen Migrationshintergrund. Die Bundesregierung vermeldet auch einen Zuwachs von 1,8 % der von 2010-2011 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig sei die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverträge spürbar zurückgegangen. Die Situation am Ausbildungsmarkt sei so gut wie lange nicht mehr.

Das Statistische Bundesamt hat Anfang Dezember die neuen Zahlen für die Bildungsausgaben im Jahr 2011 veröffentlicht. Sie werden mit 106,2 Mrd. Euro beziffert, die von Bund, Ländern und Gemeinden aufgebracht wurden. Endgültige Angaben zu den öffentlichen Ausgaben liegen nur bis zum Jahr 2008 vor. Der Bund stellte damals 5,1 Mrd. Euro zur Verfügung, die Länder waren mit 68,2 Mrd. Euro und die Gemeinden mit 20,4 Mrd. Euro mit von der Partie. Der öffentliche und der private Bereich gaben im Jahr 2008 insgesamt 214,2 Mrd. Euro

für Bildung, Wissenschaft und Forschung aus, was in Relation zum Bruttosozialprodukt einem Anteil von etwa 8,6 % entspricht. Ein Jahr später erhöhte sich dieser Anteil bereits auf 9,3 %.

Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag mitteilte, sind seit 2007 für das Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung rund 86 Mio. Euro ausgegeben worden. Die Bundesregierung fördert die Bildungsforschung im Kontext der allgemeinen institutionellen Forschungsförderung, der Ressortforschung und über die Projektförderung. Wichtiger Bestandteil des Rahmenprogramms sei die Forschung zum nationalen Bildungspanel, das bis Ende 2013 mit insgesamt etwa 85 Mio. Euro gefördert werde. Hier geht es darum, in Erfahrung zu bringen, wie sich Kompetenzen im Lebenslauf entfalten, und wie die Aneignung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten innerhalb und außerhalb der Bildungsinstitutionen am besten unterstützt werden kann.

Dass eine stärkere Unterstützung von Kommunen und Ländern durch den Bund im Bereich der Bildung an Grenzen stößt, liegt an dem vom Deutschen Bundestag beschlossenen und vom Bundesrat bestätigten Kooperationsverbot, das dem Bund ein stärkeres Engagement für die Bildungspraxis untersagt. Verschiedentliche fraktionsübergreifende Anregungen im Deutschen Bundestag, dieses Kooperationsverbot wieder aufzuheben, stehen im Widerspruch zu Beschlüssen der CDU- und FDP-Parteitage. Die CDU stellte auf ihrem Bundesparteitag Mitte November in Leipzig zwar die Bildungspolitik in den

Mittelpunkt, der von ihr dazu gefasste Beschluss enthält allerdings keine Forderung nach Änderungen am bestehenden Kooperationsverbot von Bund und Ländern bei der Bildungsfinanzierung. Nach Ansicht von Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan könne es dabei nicht auf Dauer bleiben. Auch für die Bildung müsse in den nächsten Jahren gelten: „Kindeswohl schlägt Kooperationsverbot.“

Die FDP hatte auf ihrem kurz zuvor veranstalteten Bundesparteitag mit knapper Mehrheit in einer Kampf Abstimmung die Aufhebung des Kooperationsverbots verworfen. Hier hatten vor allem die Landesverbände aus Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen, Bremen und Niedersachsen die Mehrheit hinter ihrem Gegenantrag versammeln können. Die Liberalen hatten sich zudem für eine Auflösung der Kultusministerkonferenz ausgesprochen und auch dem Projekt eines Bildungsrats als neuem kooperativen Organ von Bund, Ländern und Wissenschaft eine Absage erteilt.

Dieser Bildungsrat wurde indes von namhaften Bildungsexperten gefordert, die sich im Oktober 2011 in Berlin auf Initiative der Robert Bosch Stiftung trafen und für einen solchen Bildungsrat Grundzüge erarbeiteten. Sie orientierten sich dabei am Wissenschaftsrat, in dem Fachleute gemeinsam mit Bundes- und Landespolitikern inhaltliche Themen und Strukturfragen der Hochschul- und Forschungspolitik bearbeiten. Sie waren sich darin einig, dass ein ähnlich aufgestellter nationaler Bildungsrat einen wichtigen Beitrag zur Reform des deutschen Bildungssystems einbringen könne. Impulse würden vor allem erwartet bei der Verbesserung der Lehrerbildung, der Qualitätssicherung in Schulen, bei der Definition einer Grundstruktur des Schulsystems für alle Bundesländer, einer Novellierung der Länderkooperation und der regelmäßigen Vorlage des Bildungsberichts. Ein Bildungsrat könne gemeinsame Entscheidungen der Bundesländer sinnvoll vorbereiten helfen und einen nationalen Konsens und Akzeptanz in der Bevölkerung fördern.

In der Haushaltsdebatte zum Ressort des BMBF, in der die SPD ihren Vorschlag für einen „Nationalen Pakt für Bildung und Entschuldung“ verteidigte, wies Eckhardt Rehberg von der CDU/CSU die Aussagen des DGB zur Bildungspolitik zurück. Er machte geltend, dass die Haushaltsmittel von 2011 auf 2012 im Bildungsressort um 11,1 % erhöht worden seien. Die Effekte der Förderung durch den Bund seien bereits in allen Bildungsbereichen messbar. Rehberg stellte eine Aufhebung des Kooperationsverbots nicht in Aussicht; Voraussetzung sei dafür eine Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag und im Bundesrat, von der nicht ansatzweise ausgegangen werden könne.

*Quellen: bildungsklick
Nnr. 80882,81014 und 81493,
Erziehung und Wissenschaft
Nr. 11/2011, BMBF-Pressemitteilung
Nr. 172/2011, heute im
Bundestag Nr. 507, Der Tages-
spiegel vom 15.11.2011, Bundes-
tagsprotokoll 17/143*

Neues aus der Weiterbildung

Das Weiterbildungsstipendium, ein Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), feierte im November 2011 sein 20jähriges Bestehen. Mit diesem Stipendium wurden in der bisherigen Laufzeit rund 97.000 Personen finanziell unterstützt, damit sie sich nach ihrem Berufseinstieg durch berufsbegleitende Weiterbildung weiter qualifizieren und ihre Zukunftsaussichten verbessern können. Die Stipendien werden im Rahmen der Begabtenförderung in der beruflichen Bildung vergeben, um die Zahl der Spit-

zenkräfte zu erhöhen. Die Förderung erfolgt über eine öffentlich-private Partnerschaft. 40 % der ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten übten mittlerweile Vorgesetztenfunktionen aus, so Cornelia Quennet-Thielen, Staatssekretärin im BMBF, zum Jubiläum. Das BMBF habe die Finanzierung des Programms deutlich aufgestockt. In 2011 standen 22,74 Mio. Euro zur Verfügung. Von Januar 2012 an soll die Förderung für die dreijährige Stipendiendauer von 5100 auf 6000 Euro angehoben werden.

Ein weiteres Instrument zur Förderung der Weiterbildung ist die „Bildungsprämie“, mit der das BMBF seit 2008 Erwerbstätige unterstützt, die sich weiterbilden möchten. Sie können sich an eine der fast 600 Beratungsstellen in ganz Deutschland wenden, die ihnen geeignete Anbieter von Weiterbildung vermitteln. Über die Beratungsstellen können Interessierte dann auch einen Prämiegutschein erhalten, mit dem die Hälfte der Weiterbildungskosten (bis zu maximal 500 Euro) übernommen wird. Die Nachfrage nach der Bildungsprä-

mie sei in den vergangenen Monaten stark gestiegen, so das BMBF. Seit Programmbeginn konnten über 150.000 Prämien-gutscheine ausgegeben werden. Die aktuelle Förderphase lief am 30. November 2011 aus. Angesichts des großen Interesses an der Bildungsprämie soll das Programm aber weitergeführt werden.

Zur Weiterbildungsbeteiligung 2010 hat das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) im Herbst 2011 einen Bericht vorgelegt, der deutlich macht, dass der Zugang zur Weiterbildung nach wie vor durch die soziale Lage und den Bildungshintergrund bestimmt wird. Im europäischen Vergleich sei die Weiterbildungsbeteiligungs zwar trotz einer leicht rückläufigen Quote gut aufgestellt, jedoch zeigt sich, dass Arbeitslose seltener als Beschäftigte, Menschen mit Migrationsgeschichte seltener als Deutsche, geringer Qualifizierte seltener als höher Qualifizierte an Weiterbildung teilnehmen. Als besonders auffällig werden der Rückgang der Weiterbildungsbeteiligung unter den Jüngeren und die Zunahme bei den Älteren vermerkt. Der Adult Education Survey ist Nachfolger des Berichts-

systems Weiterbildung und erscheint alle drei Jahre. Er enthält Fakten zu Informellem Lernen, zum zeitlichen Umfang der Weiterbildungsaktivitäten, zu Lernmotiven, Bildungsbarrieren und Kosten. Ausgewählte Materialien sind online unter <http://www.die-bonn.de/weiterbildung/Literaturrecherche/details.aspx?ID=9339> abrufbar.

Auch die VHS-Statistik des DIE für 2010 zeigt eine weitere Verstetigung der Zahlen von Kursen und Lehrgängen. Über alle Veranstaltungsarten hinweg fanden an den knapp 950 Volkshochschulen 15,6 Millionen Unterrichtsstunden statt. Die Volkshochschulen konnten 9 Millionen Belegungen verzeichnen. Gegenüber dem Jahr 2009 ist die Zahl der Kurse um 1,3 % gewachsen. Die stärksten Einbußen bei der Nachfrage gibt es im Bereich „Politik – Gesellschaft – Umwelt“ mit einem Rückgang von 3,7 % gegenüber dem Vorjahr. Das umfangreichste Angebot gibt es erneut bei den Sprachkursen, die einen Anteil von 41 % am gesamten Unterrichtsstundenvolumen der Volkshochschulen stellen. Die Bedeutung der Auftrags- und Vertragsmaßnahmen nimmt weiter zu und hat inzwischen

einen Anteil von 10 % an den Gesamtunterrichtsstunden.

Auf der Ebene der Europäischen Union wurde eine erneuerte Agenda für die Erwachsenenbildung in Europa beschlossen, nachdem der bisherige Aktionsplan Erwachsenenbildung 2010 ausgelaufen war. Die neue Agenda soll die Perspektiven für die Erwachsenenbildung in Europa für den Zeitraum 2012-2014 vorgeben. Im Zentrum der neuen Agenda sollen die Lernenden und individuelle Lernergebnisse stehen. Die Erwachsenenbildung soll stärker bestimmte Gruppen wie Geringqualifizierte, Schulabbrecher oder Erwerbslose ansprechen. Auch die Senioren sollen künftig mehr am lebenslangen Lernen beteiligt werden, um sie für Fragen der intergenerationellen Solidarität zu sensibilisieren und für gesellschaftliches Engagement zu gewinnen.

Quellen: BMBF-Pressemitteilungen 143/2011 und 146/2011, Pressemitteilungen des DIE vom 12.10.2011 und 25.10.2011, Newsletter 4/2011 des Europa-büros für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung

Weiterbildungsinitiativen in den Bundesländern

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag von Thüringen hat einen Entwurf für ein Bildungsfreistellungsgesetz vorgelegt. Es soll den Thüringerinnen und Thüringern einen verbindlichen Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung von der Arbeit an fünf Arbeitstagen im Jahr für Bildung ermöglichen. Man habe zwei Jahre auf den im Koalitionsvertrag angekündigten Gesetzesentwurf der Landesregierung

gewartet, jedoch bisher von dort keine Initiative erfahren, so Astrid Rothe-Beinlich, bildungspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion. Sie freue sich auf eine konstruktive Debatte im Bildungsausschuss und sei gespannt, welche konkreten Änderungswünsche von den anderen Fraktionen zum Gesetzesentwurf vorgelegt würden. Es müsse klar sein, dass der jetzt vorliegende Gesetzesentwurf nicht

weiter verzögert werden könne, bis die Landesregierung endlich ihren eigenen Entwurf vorlege. Es gelte, mit einem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärkenden Anspruch auf Bildung ein Stück weit bundesweite Normalität auch für Thüringen zu schaffen. Der von der bündnisgrünen Landtagsfraktion vorgeschlagene Anspruch auf Bildungsfreistellung soll individuelle, kulturelle und politische Bildung

für jede und jeden möglichen. Für Kleinst- und Kleinunternehmen soll eine Erstattungsregelung für den Ausgleich der bezahlten Freistellung gelten, um etwaige Belastungen auszugleichen.

Die Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein hat zum Entwurf des Weiterbildungsgesetzes Schleswig-Holstein Stellung genommen. Es handelt sich dabei um eine von der Landesregierung im Mai eingebrachte Novelle des geltenden Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz von 1990, die das Ziel verfolgt, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um das Recht auf Weiterbildung zu sichern und die Qualität in der Weiterbildung zu verbessern. Gleichzeitig würden Verfahren vereinfacht und unnötige Berichtspflichten abgeschafft, so die Landesregierung. Neu geregelt werden sollen unter anderem die Verfahren zur Anerkennung der Weiterbildungs-

veranstaltungen, die zur Inanspruchnahme von Bildungsfreistellung berechtigen. Ansprechpartner für die Veranstalter soll künftig die Investitionsbank Schleswig-Holstein sein, die die Bearbeitung der jährlich rund 3000 Anträge auf Anerkennung übernehmen wird. Die Anerkennung der Veranstaltungen soll künftig gebührenpflichtig sein.

Die Landeszentrale für politische Bildung begrüßt grundsätzlich das neue Gesetz, dessen Fokus auf der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung liege. Die politische Bildung spiele dabei nur eine untergeordnete Rolle. Dennoch sei mit negativen Auswirkungen der Novelle auf die politische Bildung zu rechnen. Die Bildungsstätten, aber auch andere Träger der politischen Bildung in Schleswig-Holstein, seien von aktuellen Kürzungen der staatlichen Zuschüsse zunehmend in ihrer Existenz bedroht. Auch die Landeszentrale für politische Bildung habe zwei Stellen

des Höheren Dienstes abgeben und die Kürzung ihrer sächlichen Haushaltsmittel verkraften müssen. Vor diesem Hintergrund sei insbesondere die geplante Gebührenpflicht des Anerkennungsverfahrens von Veranstaltungen der Bildungsfreistellung eine weitere Belastung. Steigende Kosten müssten wiederum auf die Beiträge der Teilnehmer und Teilnehmerinnen umgelegt werden und erhöhten die individuelle Barriere, eine politisch bildende Veranstaltung zu besuchen. Der schleswig-holsteinische Landtag wird aufgefordert, zwischen gemeinnützigen und kommerziellen Angeboten der Weiterbildung zu unterscheiden und folglich die Anerkennung von Veranstaltungen zur politischen Bildung von der geplanten Gebührenpflicht auszunehmen.

Quellen: Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 17/3185, Deutschland Today vom 17.11.2011

Bundestag einig in Empörung gegen den Terror von rechts

Unter dem Eindruck der rechts-extremistischen Morde setzte der Deutsche Bundestag am 22. November 2011 ein Signal der Geschlossenheit gegen Rechtsextremismus. Einstimmig verabschiedete er einen gemeinsamen Entschließungsantrag, in dem der Deutsche Bundestag seiner Trauer um die Mordopfer und seinem Mitgefühl mit deren Angehörigen Ausdruck verleiht und sich zutiefst beschämt darüber zeigt, „dass nach den ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes rechtsextremistische Ideologie in unserem Land eine blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten her-

vorbringt.“ Der Deutsche Bundestag beklagt die Fehler der Sicherheitsbehörden bei der Ermittlung im Zusammenhang mit den Morden und mahnt eine dringende Überprüfung ihrer Strukturen an. Er ist entschlossen, sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen als auch die unabdingbaren Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen. Für rechtsextreme, rassistische und verfassungsfeindliche Parteien gebe es in einem demokratischen Deutschland keinen Platz. Die Bundesregierung wird

aufgefordert, Voraussetzungen für ein NPD-Verbot zu prüfen. Alle demokratischen Gruppen sollen gestärkt werden, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren.

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich bezeichnete in der Debatte die Morde als einen Angriff auf unsere Gesellschaft und unsere freiheitliche Ordnung. Die Frage der Achtung der Würde des Menschen sei jedoch nicht nur eine staatliche, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, vor der man gemeinsam stehe. Er berichtete

über den Stand der Ermittlungen und erste Schritte zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den daran beteiligten Behörden auf Bundes- und Länderebene. Friedrich kündigte an, dass ein vergleichbares Abwehrzentrum wie gegen den terroristischen Islam auch gegen den Rechtsextremismus etabliert werden solle.

Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD) bezeichnete die Morde als Angriff auf die Art und Weise, wie wir in diesem Land zusammenleben. Vor dem „Aufstand der Anständigen“ brauche man erst einmal den „Anstand der Zuständigen“, von dem indes keine Rede sein könne. Der Verfassungsschutz in diesem Land befinde sich in einer schweren Glaubwürdigkeitskrise. Die Aufklärung darüber, wie es zu seinen Versäumnissen kam, müsse öffentlich und für alle Bürger und Bürgerinnen sichtbar geschehen. Die Zeit der Verharmlosung rechtsextremer Gewalt sei vorbei. Die NPD und der gewaltbereite Rechtsextremismus seien demselben Lager zuzuordnen. Steinmeier forderte die Bundesregierung, insbesondere Bundesjugendministerin Dr. Kristina Schröder, dazu auf, die Kürzungen der Mittel für zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich teilweise auch unter Inkaufnahme eigener Gefahren für Leib und Leben gegen rechtsextreme Gewalt wenden, zurückzunehmen und sie zu ermutigen, anstatt zu gängeln und unter linksextremen Generalverdacht zu stellen.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sprach sich dagegen aus, Gefährdungen und Entwicklungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gegeneinander auszuspielen. Die Struktu-

ren des islamistischen Terrorismus seien nicht unbedingt mit denen des Rechtsextremismus vergleichbar, was auch bei der Frage nach dem richtigen Vorgehen gegenüber dem Rechtsextremismus zu beachten sei.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE) kritisierte die Arbeit der Ermittlungsbehörden und die mangelnde Wahrnehmung rechter Gewalt durch die Bundesregierung, die bei zahlreichen Mordfällen diesen Hintergrund nicht gesehen habe, was zu unterschiedlichen Zählungen der Opfer rechtsextremer Gewalt bei der Bundesregierung und bei zivilgesellschaftlichen Organisationen führe. Gysi beklagte vor allem die Aktivitäten des Verfassungsschutzes und seinen Umgang mit der rechtsextremen Szene.

Auch Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) konstatierte eine Legitimationskrise der Sicherheitsbehörden und bezeichnete es als beschämend, dass man den Eindruck haben müsse, diese seien auf dem rechten Auge blind. Wenn man hätte sehen und wissen wollen, hätte man auch sehen und wissen können. Die Zivilgesellschaft und insbesondere die Mitarbeiter der vielen Projekte gegen rechts wüssten offensichtlich mehr, als der Verfassungsschutz je wusste. Künast forderte deren Unterstützung und die Beseitigung von Hindernissen für ihre Arbeit, zu denen sie die Extremismusklausel und die Kofinanzierung von 50 % bei den Projekten zählte, die oft nicht aufgebracht werden könne.

Hermann Gröhe (CDU/CSU) erinnerte daran, dass der ehemalige Staatssekretär Lutz Diwell im 2004 von der SPD geführten Bundesinnenministerium der Urheber eines Bekenntnisses zur

Demokratie als Bindung an die Förderung gewesen sei. Es bestehe deshalb für die SPD kein Grund zur Aufregung. Er habe sich gewünscht, dass das Gemeinsame in der Abwehr des braunen Terrors im Vordergrund dieser Debatte stehe und man nicht in parteipolitisches Klein-Klein ver falle. Ein Bekenntnis zur Demokratie als Grundlage für die Förderung zu verlangen, habe nichts mit einem Generalverdacht zu tun.

Thomas Oppermann (SPD) forderte, dass der deutsche Staat in den Regionen handeln müsse, in denen Rechtsextreme glauben, das Kommando übernommen zu haben. Ein NPD-Verbotverfahren solle wieder in Gang gebracht werden. Diese Partei sei ausländerfeindlich, antisemitisch, antidemokratisch und in Teilen gewaltbereit. Man brauche keine V-Leute, um diesen Befund belegen zu können. Den stärksten Verfassungsschutz könne nur eine wachsame, aktive demokratische Zivilgesellschaft bieten.

Christian Lindner (FDP) stellte fest, dass sich die föderale Struktur im Bereich der Sicherheitspolitik nicht bewährt habe. Der Rechtsstaat müsse effizienter gemacht werden, dabei aber weiter dem Recht unterworfen bleiben. Dazu gehöre, Geheimdienstarbeit und Polizei getrennt zu halten.

Alexander Dobrindt (CDU/CSU) würdigte den gemeinsamen Entschließungsantrag als Symbol dafür, dass es eine äußere Grenze gebe, innerhalb derer man sich darin einig sei, dem Extremismus entschieden entgegenzutreten. Deshalb sei es unverständlich, eine parteipolitische Diskussion über linken und rechten Extremismus aufzumachen. Man sei sich darin einig, dass man rechts-

extremistischen Tätern nur mit der Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements begegnen könne. Dobrindt wies darauf hin, dass die Extremisten

auch moderne Kommunikationsmethoden nutzen und es deshalb erforderlich sei, darüber zu reden, in welcher Weise sie sich des Internets bemächtigten und wie

ihnen dabei begegnet werden könne.

Quellen: BT-Drucksache 17/7771, Bundestagsprotokoll 17/141

Experten kritisieren Defizite in staatlicher Gegenwehr zum Rechtsextremismus

Bildungsexperten und Sozialwissenschaftler äußern sich besorgt über die Defizite im präventiven Kampf gegen Rechtsextremismus und mahnen strukturelle Reformen an. Ihnen geht es vor allem um eine Thematisierung des aktuellen Rechtsextremismus und Rassismus und der Menschenrechte an deutschen Schulen. Eva-Maria Stange, einstige Vorsitzende der GEW und ehemalige Wissenschaftsministerin von Sachsen, forderte die Kultusministerkonferenz dazu auf, das Thema dringend auf die Tagesordnung zu setzen. Zuvor schon hatte der Deutsche Philologenverband gefordert, dass die Schulen sich intensiver mit dem aktuellen Neonazismus beschäftigen müssten.

Der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, vermisst eine verlässliche Finanzierung von Initiativen gegen rechts. Präventionsprojekte müssten nachhaltig finanziert werden.

Der Politikwissenschaftler Hans Jaschke monierte, dass die Bildung an Schulen sehr stark auf das Thema Drittes Reich und Nationalsozialismus fixiert sei. Dabei würden Kompetenzen für das Leben in multikulturellen Gesellschaften und der Umgang mit dem Fremden vernachlässigt. Die Lehrer seien zudem unzureichend ausgebildet für den pädagogischen Umgang mit dem Rechtsextremismus.

Der Soziologe Albert Scherr stellte fest, dass sich die Zuständigkeit für die Auseinandersetzung mit der Problematik in den letzten zwei Jahrzehnten weitgehend in den außerschulischen Bereich verschoben habe. Hier habe sich ein breites Spektrum spezifischer Initiativen gebildet, und es sei eine Fülle an Handlungsmethoden, Arbeitsmaterial und Konzepten entstanden. Die Kehrseite dieser Entwicklung sei jedoch, dass sich der gesamte Kernbereich von Schule weitgehend aus der Verantwortung für die Bearbeitung dieses Problems herausgezogen habe. Auch sei die Finanzierung der außerschulischen Jugendarbeit in den vergangenen Jahren um gut 20 % zurückgefahren worden. Scherr wies zudem auf eine Lücke in der Forschung hin. Zwar gebe es etliche bundesweite repräsentative Befragungen über Vorurteile in der Mitte der Gesellschaft, jedoch wisse man nichts über die typischen Einstellungen von Lehrkräften.

Im ersten Bericht des vom Deutschen Bundestag beauftragten „Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, der im November 2011 vorgelegt wurde, wird festgestellt, dass Vorurteile und Klischees gegenüber Juden und dem Judentum in der deutschen Mehrheitsgesellschaft in Teilen tief verankert seien. Die bisher für die Bundesrepublik Deutschland geltende weitgehende Tabuisierung des Antisemitismus

im öffentlichen Diskurs drohe angesichts moderner Kommunikationsformen entscheidend an Wirksamkeit zu verlieren. Ein besonderes Gefahrenpotenzial stellten im Internet geäußerte, nicht hinreichend geächtete antisemitische Äußerungen dar. Der wichtigste politische Träger des manifesten Antisemitismus in Deutschland sei das rechtsextreme Lager; mehr als 90 % aller antisemitischen Straftaten werden von Tätern aus dem rechten Spektrum begangen. Ein weiterer Träger von Antisemitismus sei inzwischen auch der extremistische Islamismus, wobei die weitgehend nicht offen agierenden islamistischen Gruppen sich hauptsächlich über moderne Kommunikationsmittel austauschen würden. Es sei dringend notwendig zu untersuchen, ob durch diese Gruppen der Antisemitismus Verbreitung finde. Antisemitische Tendenzen werden außerdem bei einzelnen Personen des linksextremistischen Lagers festgestellt, wobei sich diese Form des Antisemitismus häufig hinter der Kritik an Israel verbirgt.

Der Expertenkreis stellt fest, dass die gegen den Antisemitismus unternommenen Maßnahmen weitgehend uneinheitlich und unkoordiniert erfolgen würden. Es gebe kein einheitliches Verständnis von Antisemitismus und seiner Bekämpfung. Eine umfassende Präventionsstrategie existiere nicht.

Die Experten empfehlen, in eine solche Strategie Justiz und Polizei, die staatliche Bildungspolitik, Parteien, Kirchen, Sport und Verbände einzubeziehen. Staatliche Exekutivorgane und nichtstaat-

liche Organisationen und Initiativen sollten einen kontinuierlichen Informationsaustausch pflegen und gelungene Programme und Instrumentarien zu Antisemitismus- und Vorurteils-

prävention sollten bekannter gemacht und verstetigt werden.

Quellen: bildungsklick Nr. 81882, www.idw-online.de/pages/detail/news453774

Verbände-Kritik und -Forderungen zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus

Die von der neonazistischen Zelle in Jena verübte Mordserie hat zahlreiche Stellungnahmen zum staatlichen und gesellschaftlichen Umgang mit den Ursachen und Erscheinungsformen rechtsextremer Einstellungen und Gewalt provoziert, über die hier in chronologischer Reihenfolge berichtet wird:

- Der Deutsche Bundesjugendring übte in einer Pressemitteilung vom 18. November 2011 scharfe Kritik an Bundesjugendministerin Kristina Schröder, deren Politik in eine völlig falsche Richtung laufe. Junge Menschen müssten für die Gefahren von Rassismus und Nationalismus sensibilisiert werden, und die Vermittlung von demokratischen Grundwerten gehöre zu den Grundpfeilern der Arbeit von Jugendverbänden. Ihr Engagement ziele darauf, das demokratische Bewusstsein und das Engagement junger Menschen gegen Fremdenfeindlichkeit zu stärken. Mit der von ihm geforderten Demokratieklausele stelle das Ministerium alle Initiativen und Verbände unter Generalverdacht, insbesondere auch jene, die sich gegen rechte Gewalt engagieren, so die Vorsitzende des DBJR, Julia Böhnke. In diesem Bekenntniszwang liege für viele Träger der Jugend- und Präventionsarbeit eine Unterstellung
- des Ministeriums, in ihren Reihen gebe es „Antidemokraten.“
- Das Kolpingwerk Deutschland forderte in einer Pressemitteilung vom 21. November 2011 nicht nur eine Aufklärung über die Rolle des Verfassungsschutzes gerade beim Einsatz so genannter V-Leute, sondern auch die Organisation des Verfassungsschutzes in Bund und Ländern müsse auf den Prüfstand gestellt werden. Den rechts- und links-extremistischen Taten liege ein auf Hass begründetes Menschenbild zu Grunde, das sich gegen den Staat, seine Institutionen oder die hier lebenden Menschen richte. Diesem Hass müsse mit politischer Bildung entgegengetreten werden. Verbände und ähnliche Träger politischer Bildung seien so zu stärken, dass sie ihrem Bildungsauftrag in notwendigem Maße gerecht werden könnten.
- Der Deutsche Gewerkschaftsbund Hamburg forderte in einer Pressemitteilung vom 22. November 2011 eine Festbeschreibung der institutionellen Förderung von politischer Bildung gegen Rechtsextremismus im Haushalt. Auch eine Erhöhung der dafür zur Verfügung gestellten Mittel sei notwendig. Bislang wurden dafür aus Landesmitteln 40.000 Euro zur Verfügung gestellt.
- Vorbeugung, Erkennung und Bekämpfung des Rechtsextremismus sind zentrale Forderungen, die die Evangelische Jugend in Deutschland in ihrer Pressemitteilung vom 24. November 2011 formuliert hat. Die aej-Mitgliederversammlung äußerte Wut und Trauer über die rechtsextremistische Mordserie. Die Gefahr rechtsextremistischer Tendenzen werde von Verantwortlichen in Staat, Kirche, Politik und Gesellschaft seit Jahren übersehen, unterschätzt, verleugnet oder verharmlost. Politik, Kirche und Gesellschaft sollten dazu beitragen, dass die Ächtung nazistischer, rassistischer, antisemitischer und islamfeindlicher Gedanken, Äußerungen und Aktivitäten selbstverständlicher Konsens sein müsse. Bund, Länder und Kommunen sollten das ehrenamtliche und hauptberufliche zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus nachhaltig und dauerhaft finanziell fördern. Zeitlich befristete Projekte in diesem Bereich seien unzureichend.
- Der Vorsitzende des Bundesausschusses politische Bildung (bap), Lothar Harles, forderte in einer Erklärung vom 29. November 2011 gründliche Aufklärung und Information über Ursachen und Zusammenhänge rechtsextremer Entwicklun-

gen und Aktivitäten. Er warnte vor der Gefahr der Zerstörung einer Gesellschaft, die auf der Achtung der Menschenrechte fuße, Gerechtigkeit sichere und demokratische Verfahrensweisen beachte, wenn sich demokratiefeindliche Ideologien, die Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus propagieren, durchsetzen würden. Schule, Jugend- und Erwachsenenbildung sollten noch intensiver demokratische Grundbildung betreiben, denn politische Bildung leiste hier einen wichtigen Beitrag. Sie sei ganz nah an den Lebenswelten der Menschen und setze dabei nicht auf Konfrontation, sondern auf Dialog und Austausch. In dieser dramatischen Situation sollten bundesweit alle gesellschaftlichen Kräfte und finanziellen Ressourcen für eine demokratische Gesellschaft mobilisiert

werden. Harles beklagte in diesem Zusammenhang die bereits erfolgte und noch geplante Kürzung der Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung.

- Der Internationale Bund forderte in seiner Pressemitteilung vom 14. Dezember 2011 ebenfalls einen Ausbau von Angeboten in Schulen und Kindergärten und mehr Geld für politische Bildung und Projekte gegen rechte Gewalt. Politik dürfe nicht nach Kasenslage entscheiden. Die deutliche Reduzierung der Finanzierung von Programmen gegen rechts und Seminaren zur Demokratieerziehung sei falsch gewesen, kritisierte der Präsident des Internationalen Bundes, Bruno W. Köbele. Besonders drastisch seien die Kürzungen bei den Seminaren zur politischen Bildung ausgefallen, die Basis zum Verständnis des demo-

kratischen Gemeinwesens in Deutschland seien. Der IB habe seit 2002 bundesweit Hunderte Projekte gegen Rechts initiiert und dabei mehr als 20.000 Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Grundwerte einer demokratischen Gesellschaft vermittelt. Vor allem im Rahmen der IB-Kampagne „Schwarz-Rot-Bunt – Pro Demokratie und Akzeptanz“ seien viele Initiativen gegen rechte Ideologie und rechte Gewalt entwickelt worden. Die besten aktuellen Projekte sollen 2012 in Berlin prämiert werden.

Auch die Mitgliederversammlung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten nahm in einer Erklärung zu den rechtsextremen Entwicklungen in Deutschland Stellung und forderte mehr Investitionen in politische Bildung für die Demokratie (s. dazu auch „Aus dem AdB“ in diesem Heft).

Opposition fordert, Mittelkürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung zurückzunehmen

Die SPD forderte in einem am 29. November 2011 veröffentlichten Antrag, die vom Deutschen Bundestag beschlossenen Kürzungen im Haushalt der Bundeszentrale für politische Bildung vor dem Hintergrund der Geschehnisse um die Zwickauer Terrorzelle, der Wahlerfolge der NPD, alltäglicher rechter Gewalttaten und der weiten Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungsmuster zurückzunehmen. Insgesamt 3,5 Millionen Euro weniger stünden für die inhaltliche Arbeit der Bundeszentrale zur Verfügung, die unbestritten eine der wichtigsten Institutionen zur Demokratieförderung und Präventionsarbeit unter anderem im Kampf

gegen Rechtsextremismus sei. Politische Bildung könne zwar allein Rechtsextremismus und Demokratieverdrossenheit nicht beseitigen, leiste aber einen ungemein wichtigen Beitrag für eine lebendige Demokratie. Der Antrag warnt zudem vor den dramatischen Auswirkungen der finanziellen Einschnitte, die nicht nur zur Einschränkung der Leistungen der Bundeszentrale führen würden, sondern auch zur Verringerung der Angebote der bundesweit etwa 430 von der Bundeszentrale geförderten Träger politischer Bildung. Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, sich klar zur Aufgabe der überparteilichen politischen Bildung und damit zur Bundes-

zentrale für politische Bildung zu bekennen, diese zu stärken und ihre inhaltliche Unabhängigkeit zu wahren, ein Anschlussprogramm für das bei der Bundeszentrale angesiedelte Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sicherzustellen und umgehend neue Richtlinien für die Trägerförderung der bpb zu erlassen, die die Fördersituation der Träger verbessern und Rechtssicherheit hinsichtlich der Umsatzsteuer schaffen sollten.

Kai Gehring und Monika Lazar, die im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung vertretenen Bundestagsabgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wandten sich in

einem Brief im Dezember gegen die Kürzungen bei der politischen Bildung, die sie als eine wichtige Zukunftsvorsorge für unsere Demokratie bezeichneten. Wer dem rechtsextremen Mob den Nährboden entziehen wolle, müsse auch die politische Bildung systematisch stärken. Die Kürzungen müssten schnellstmöglich zurückgenommen werden, um die bundesweite Infrastruktur zu erhalten und die Arbeit der politischen Bildungsträger vor Ort weiter aktiv fördern zu können.

Die SPD-Bundestagsfraktion erinnerte daran, dass sowohl das interfraktionelle Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung als auch der Wissenschaftliche Beirat dieser Behörde einstimmige Beschlüsse gefasst hätten, die die Wichtigkeit der Bundeszentrale für politische Bildung hervorheben und die Mittelkürzungen kategorisch ablehnen.

Der SPD-Antrag wurde am 1. Dezember 2011 im Deutschen Bundestag debattiert. Daniela Kolbe (SPD) begründete die Forderungen ihrer Fraktion und klagte, dass trotz des einstimmigen Appells des Kuratoriums die Koalitionsfraktionen nicht bereit gewesen waren, die von ihnen beschlossenen Kürzungen der bpb-Haushaltsmittel zurückzunehmen. Sie habe gehofft, dass unter dem Eindruck der rechtsextremistischen Morde diese Fraktionen erkennen würden, dass sie die Mittel für die Bundeszentrale nicht in dieser Weise kürzen könnten. Daniela Kolbe würdigte die Arbeit der Bundeszentrale und der von ihr geförderten Träger, die ebenfalls wichtige Arbeit gegen den Rechtsextremismus leisteten. Diese Aktivitäten seien durch die beschlossenen Kürzungen infrage gestellt. Sie forderte

Planungssicherheit für die Bundeszentrale und die Träger.

Dr. Christoph Bergner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, hielt dem entgegen, dass der Haushalt 2012 in der vorausgegangenen Woche verabschiedet worden sei. Er lege gern ein klares Bekenntnis zur politischen Bildung im Allgemeinen und zur Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung im Besonderen ab, und auch der Anlass für diese Debatte treibe alle um. Aber es sei daneben auch die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung zu beachten, der sich die Regierung zu stellen habe. Auch in der Regierungszeit von Rot-Grün sei der Titel von umgerechnet 41 Mio. Euro auf 36,8 Mio. abgesenkt worden. Bergner wandte sich gegen den im SPD-Antrag enthaltenen Vorschlag, die Höhe des Budgets der Bundeszentrale für politische Bildung an die Höhe des Budgets der parteinahen Stiftungen zu koppeln. Dies sei keine Frage, die die Bundesregierung bei ihren Haushaltsansätzen zu berücksichtigen habe. Der Forderung nach einem Anschlussprogramm für das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ stehe er hingegen aufgeschlossen gegenüber, jedoch sei es noch zu früh, um über die Fortsetzung eines Programms zu sprechen, das 2013 auslaufe. Zum Erlass neuer Richtlinien für die Trägerförderung der Bundeszentrale merkte er an, dass die neuen Richtlinien vorliegen und man davon ausgehe, dass sie die rechtlichen Unsicherheiten bei der Umsatzsteuererhebung beseitigen. Sie müssten allerdings noch mit den Ländern abgestimmt werden, die für den Steuervollzug zuständig seien.

Agnes Alpers (DIE LINKE) machte geltend, dass die der Bundeszentrale gekürzten Mittel nicht für die Einhaltung der Vorgaben

der Schuldenbremse genutzt würden, sondern nachweislich direkt in den Topf für innere Sicherheit geflossen seien, aus dem auch die V-Männer bezahlt würden.

Dr. Stefan Ruppert (FDP) warnte vor einer monokausalen Betrachtung. Ein latenter Antisemitismus, der in Teilen der Bevölkerung immer noch herrsche, sei eben nicht durch mehr Förderung an einzelnen Stellen zu bekämpfen. Die Bürger erwarteten, dass das Problem der Haushaltsverschuldung gelöst werde. Wenn sich feststellen lasse, dass die Bundeszentrale für politische Bildung die zentrale Schaltstelle für die Bekämpfung des Rechtsextremismus sei, werde man sich einer zusätzlichen Mittelaufwendung nicht in den Weg stellen.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sprach sich für eine offensive Bekämpfung demokratiefeindlicher Ideologien aus. Dazu sei ein Ausbau sämtlicher präventiver Mittel notwendig. Alle Oppositionsfraktionen hätten in Anträgen gefordert, die Mittelkürzungen zurückzunehmen. Es sei eine Frage des politischen Willens, ob dies geschehe oder nicht.

Michael Frieser (CDU/CSU) verwahrte sich gegen den Vorwurf, die Bundesregierung hätte bei der Extremismus-Bekämpfung gespart. Man solle nicht den Eindruck erwecken, als könne man Terroristen durch politische Bildung von ihren Taten abhalten. Politische Bildung sei Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Der Deutsche Bundestag beschloss die Überweisung des Antrags an den Innenausschuss und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Auch auf Landesebene wird die politische Bildung von Sparmaßnahmen bedrängt. Hier stellt sich die Situation aber unterschiedlich dar. So muss die Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg mit einer Kürzung ihrer Mittel im Jahr 2012 rechnen. In diesem Jahr feiert das Land seinen 60. Geburtstag. Dies ist ein Anlass, Jung und Alt dazu anzuregen, sich mit der Geschichte des Landes zu beschäftigen und aktuelle Themen der Landespolitik zu diskutieren. Das Land hat der Landeszentrale für diesen Zweck rund 208.000 Euro extra bewilligt, damit sie Seminare und Ausstellungen ausrichten und viele andere Aktivitäten realisieren kann. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung soll der Landeszentrale aber auch ein erheblicher Betrag abgezogen werden. Sie soll auf 200.000 Euro in ihrem Etat verzichten. Alle Fraktionen haben sich gegen diese Pläne des Staatsministeriums ausgesprochen, insbesondere die im Kuratorium der Landeszentrale vertretenen Landtagsabgeordneten. Dieses Kuratorium, dem daneben auch Vertreter von Bildungseinrichtungen und -Verbänden angehören, sprach sich einstimmig gegen die Kürzungen aus.

Die seien keine Erfindung von Grün-Rot, sondern in den vergangenen 20 Jahren seien die Sachkosten der Landeszentrale nominell bereits halbiert worden, sagte Lothar Frick, Direktor der Landeszentrale, der darauf hinwies, dass schon heute nicht alle Anfragen positiv beschieden werden könnten, weil Geld fehle. Die Landeszentrale musste

wegen der Einsparungen, die auch den Verlust von Stellen zur Folge hatten, die Teilnehmergebühren bei Veranstaltungen deutlich erhöhen. Direktor Frick äußerte die Hoffnung, dass die Landesregierung doch noch einlenken werde.

In Nordrhein-Westfalen hat der Landtagsausschuss für Schule und Weiterbildung am 12. Oktober 2011 die Bedeutung der schulischen und außerschulischen Bildung zum Thema einer öffentlichen Anhörung gemacht. Die Grundlage waren zwei Anträge zur Stärkung der politischen Bildung, die von den Fraktionen der FDP und von SPD und Bündnis 90/GRÜNE gestellt wurden. Beide Antragsteller sehen die kritische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur und der DDR-Geschichte sowie die Bekämpfung links- und rechts-extremer Tendenzen in der Gesellschaft als Schwerpunkte der politischen Bildung und fordern vom Landtag, deren Umsetzung in Schulen zu fördern und auszubauen. Der Ausschuss hatte 15 Fragen zur Verbesserung der politischen Bildung innerhalb oder außerhalb der Schule an Experten gerichtet, in denen es um Themen wie Radikalismusprophylaxe, politische Partizipation, Verbesserung der Zusammenarbeit von Schulen und Akteuren der außerschulischen Bildung sowie Vorschläge zum Umgang mit Themen wie „NS-Diktatur“ und „Geschichte der DDR“ ging. Die Sachverständigen waren sich trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzung in ihren Stellungnahmen in der zentralen Forderung einig, dass die

politische Bildung insgesamt gestärkt werden müsse und dazu auch die Ausstattung mit ausreichenden finanziellen Mitteln gehöre.

In Mecklenburg-Vorpommern fand am 4. November 2011 in Schwerin der vierte Jahreskongress zur politischen Bildung im Lande statt. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie mehr Bürgerbeteiligung und mehr Demokratie erreicht werden könnten und welche Partizipationsmöglichkeiten jenseits althergebrachter Beteiligungsformen über Parteien und Verbände sich anbieten würden. In seinem Rahmen fand zudem aus Anlass des 20jährigen Bestehens der Landeszentrale und der AG der freien Träger der politischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern eine kleine Festveranstaltung statt. Festredner war der ehemalige Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Dr. h.c. Siegfried Schiele, der in seiner Rede eindringlich auf die große, aber zumeist unterschätzte Bedeutung der politischen Bildung aufmerksam machte.

Der neue Bildungsminister des Landes, Matthias Brotkorb, stellte in seinem Grußwort eine Stärkung der politischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern in Aussicht.

Quellen: BT-Drucksache 17/7943, Bundestagsprotokoll 17/146, Stuttgarter Nachrichten vom 21.12.2011, bap-Newsletter 4/2011, Pressemitteilung der LpB Mecklenburg-Vorpommern vom 08.11.2011

Aus dem AdB

Was kann politische Bildung zur Gestaltung nachhaltiger Klimapolitik beitragen?

Das Jahresthema 2012 des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten lautet: „Wachstum – Gerechtigkeit – Teilhabe – nachhaltige Klimapolitik gestalten.“ Die Annäherung an dieses Thema, das die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten im Jahr 2012 in ihren eigenen Bildungsangeboten aufgreifen sollen, fand auf der Jahrestagung statt, die der AdB vom 6. bis 7. Dezember 2011 in Haus Neuland, Bielefeld, veranstaltete.

Den Auftakt machte ein Referat von Dr. Stefan Thomas vom Wuppertal Institut, der die Ziele und Herausforderungen der nationalen Energiepolitik darstellte und auf die globalen Rahmenbedingungen sowie aktuelle Entwicklungen in Wirtschaft und industrieller Produktion einging. Er wies auf die politische Zielsetzung hin, nach der bis zum Jahr 2050 eine Treibhausgasreduktion der Industrienationen von 80-95 % bis zum Jahr 2050 angestrebt werde, um einer weiteren Erhöhung der Erderwärmung entgegenzuwirken. Neben diesen Zielen des Klimaschutzes

werde als weiteres Ziel die Sicherung der Energieversorgung verfolgt, dies auch vor dem Hintergrund, dass sich das Ende der Kohlevorräte ankündige und auch mit Blick auf die Ölvorräte und den Atomausstieg mehr erneuerbare Energiequellen erschlossen werden müssten. Schließlich gehe es auch darum, die inzwischen ständig steigenden Energiekosten zu begrenzen. Hier stelle sich vor allem die Frage, ob mögliche Energieeinsparungen mit der Preisentwicklung Schritt halten könnten und der Wettbewerb zwischen den Energieversorgern auch zu einer Entlastung bei den Preisen führen werde. In diesem Zusammenhang verwies der Referent auf die Diskussion über Perspektiven einer möglichen Konjunkturerholung durch Technologien, die eine Erhöhung der Energieeffizienz bewirken oder die Nutzung erneuerbarer Energien befördern.

In seinen Ausführungen ging Dr. Stefan Thomas der Frage nach, ob die angestrebte Reduzierung der Treibhausgasemissionen auch tatsächlich erreichbar sei. Dass dies schwierig, aber gleichwohl machbar sei, wurde vor allem an den Bereichen Verkehr, Industrie und Landwirtschaft aufgezeigt. Energieeinsparung durch effektivere Formen der Energienutzung und erneuerbare Energien seien die wichtigsten Faktoren für den Schutz des Klimas. Thomas verwies auf eine Studie, in der Perspektiven zum Verbrauch von Energien entwickelt wurden. Auch das Energiekonzept der Bundesregierung enthalte Ziele, wie beispielsweise bei Gebäuden Energie eingespart und der Anteil an erneuerbaren Energien beim Verbrauch auf 60 % und bei der Produktion

auf 80 % erhöht werden könne. Deutschland habe die Chance, zur „Lokomotive“ für die erneuerbaren Teile der Energiepolitik zu werden. Schon die zurzeit verfügbaren Techniken hätten das Potenzial, 40 % des Energieverbrauchs einzusparen. Die energetische Erneuerung von Gebäuden sei ebenso zu intensivieren durch Förderung wie die Effizienzsteigerung der Energienutzung in Umwelt und Verkehr, was vor allem bei der Stadtplanung von Bedeutung sei.

Die Verfahren zur Nutzung erneuerbarer Energien seien mittlerweile im Stadium der Marktreife.

In seinem Resümee sprach sich Dr. Stefan Thomas für die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien aus und bezog sich hier vor allem auf die Windenergie, aber auch auf den weiteren Ausbau von Photovoltaik, wobei es hier darauf ankomme, den Strom vom Land in die Stadt zu bringen, wo er gebraucht werde. Die Ziele der Energiepolitik seien ehrgeizig, aber erreichbar. Allerdings sei nicht auszuschließen, dass sich das Gesetz zu erneuerbaren Energien in seiner bisherigen Form als Bremse erweisen könne. Deshalb sei die Notwendigkeit einer Nachjustierung der Energiepolitik zu prüfen.

Im folgenden Vortrag von Professor Dr. Roland Roth von der Hochschule Magdeburg-Stendal lag der Focus auf den Möglichkeiten der Bürger und Bürgerinnen, sich gegenüber den Zumutungen der Politik durch Proteste und Initiativen zu wehren. Unter der Themenstellung „Von der Protestbewegung zur Beteiligungsdemokratie – Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern an

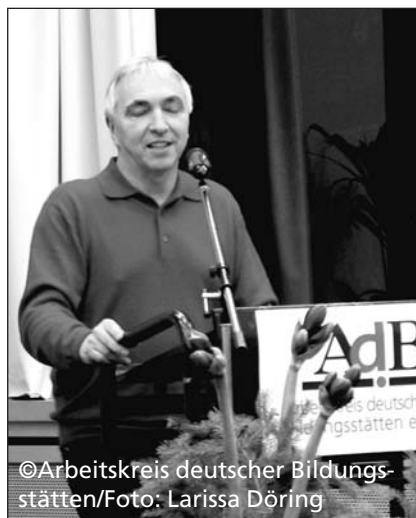


Dr. Stefan Thomas vom Wuppertal-Institut bei seinem Referat

Infrastrukturprojekten“ erläuterte Professor Roth die Bedeutung von Bürgerinitiativen, die im Bereich der Umweltpolitik Alternativen zu den herrschenden politischen Leitbildern entwickelten. Er erinnerte an die Zerstörung von Städten durch ehemals dominierende Verkehrsstrassen, die zunächst ungehindert gebaut wurden. Erst durch die Proteste in den 70er/80er Jahren fand hier ein Umdenken statt. Inzwischen seien mehr Menschen in Bürgerinitiativen aktiv als in Parteien. Formen unkonventionellen Handelns seien neben die parlamentarischen Formen politischer Beteiligung getreten. Die Produktivität dieser Kultur liege im Offenhalten von Alternativen zu den Entscheidungen der Politik. Roth konstatierte, dass seit Mitte der 60er Jahre die Kritik an einem überzogenen repräsentativen System wachse, und dieses Nachkriegsmodell passiver Bürgerschaft immer weniger Überzeugungskraft habe. Inzwischen sei die Hälfte der Bürger/-innen bereit, gegen Projekte vorzugehen, auch wenn diese formal korrekt zustande kamen. Deshalb habe sich inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt, dass die frühzeitige Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen an sie betreffenden Infrastrukturprojekten notwendig sei. Zu den Bedingungen einer gelingenden Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen gehöre die Ergebnisoffenheit dieser Prozesse bis hin zu möglichem Verzicht auf das Projekt. Außerdem brauche man Makler oder Gremien, die die Beteiligung organisieren und moderieren. Es müsse ein Set von Beteiligungsmöglichkeiten auf den verschiedenen Ebenen mit den dazu passenden Verfahren und Instrumentarien entwickelt werden. Notwendig seien ferner umfassende Informationen zur Schaffung von Transparenz, die Einbindung von Personen in die

Umsetzung und eine öffentliche Debatte über Planungsalternativen bis hin zu Bürgerentscheiden. Allerdings werde eine frühzeitige Beteiligung bislang nirgendwo realisiert, sondern die Bürger/-innen würden erst einbezogen, wenn es eigentlich schon zu spät sei.

Roth erläuterte, was eine Beteiligungskultur ausmacht: Sie braucht lokale Beteiligungsagenturen zur Ansprache der Bürger/Bürgerinnen und beteiligungsfreundliche Räume; die Bürgerforen sollen nicht nur der Entscheidungsfindung, sondern auch der Meinungsbildung dienen; den Beteiligten muss deutlich werden, dass sie berücksichtigt und ernst genommen werden – Pseudobeteiligung wirkt hier kontraproduktiv. Nach wie vor werde jedoch nicht der Beteiligungsprozess prämiert, sondern der öffentliche Blick richte sich auf die Entscheider. Dabei werde die Produktivität deliberativer Formen vernachlässigt, die ernst genommen werden müsse. Roth warnte davor, dass der Privatisierungsdruck gegenüber bislang noch öffentlichen Bereichen zunehme und damit Beteiligung erschwert wer-



Prof. Dr. Roland Roth zu den Bedingungen von Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen

de. Es müsse auch damit gerechnet werden, dass Beteiligungsprozesse von Unternehmen gesteuert werden. Politische Bildung sei dazu aufgefordert, sich an deliberativen Prozessen zu beteiligen und sie zu begleiten.

Diesen beiden Vorträgen schloss sich eine Podiumsdiskussion unter Beteiligung der beiden Referenten, Rasmus Grobe von der Bewegungsakademie in Verden/Aller und Stephan Liening, Bundesministerium für Bildung und Forschung, unter der Moderation von Boris Brokmeier an. Sie ging aus von der Frage nach der Bewertung der Castor-Transporte, die unmittelbar vor dieser Veranstaltung unter starkem Protest durch Deutschland rollten. Rasmus Grobe sah darin die Fortsetzung einer Politik, die nicht als Auftakt für eine neue Ära überzeugen könne. Dem pflichteten auch Dr. Stefan Thomas und Professor Roland Roth bei. Bislang sei eine neue Kultur des Umgangs mit der Problematik, die nicht der alten Standortlogik folge, ausgeblieben. Stephan Liening zeigte sich überrascht über die Vehemenz der Proteste und verwies darauf, dass der Atommüll ja nun einmal da sei und irgendwohin müsse.

Die Runde diskutierte über die Möglichkeiten von Bürgerinitiativen, sich die für Entscheidungsfindungen notwendigen Kenntnisse zu verschaffen und in komplizierte Sachverhalte einzuarbeiten. Diese Fähigkeit sah Rasmus Grobe durchaus gegeben; es biete sich aber bei sehr komplexen Zusammenhängen an, Projekte auch mit Bildungsangeboten zu verbinden.

Stephan Liening berichtete über die von der Bundesregierung eingerichtete Bürgerdialogreihe, die ein Ergebnis der Koalitionsvereinbarungen sei. Sie habe vor allem



©Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten/Foto: Larissa Döring

Auf dem Podium von links nach rechts: Stephan Liening, Prof. Dr. Roland Roth, Boris Brokmeier, Dr. Stefan Thomas und Rasmus Grobe

die Zukunftstechnologien zum Thema und solle den Bürgern die Möglichkeit bieten, ihre Ideen, Sorgen und Erwartungen zu artikulieren und mit Experten zu besprechen, um sich eine Meinung bilden zu können. Diese Dialoge werden in Berichten dokumentiert. Die Auswahl der Gesprächspartner/-innen erfolgt über eine Agentur, die auf der Grundlage von Telefonkontakten eine repräsentative Gruppe zusammenstellt. Allerdings zielen diese Bürgerdialoge nicht auf die Offenheit von Entscheidungsprozessen oder die Zurücknahme politischer Entscheidungen. Dennoch sind die an diesen Dialogen Beteiligten mit Begeisterung dabei. Die Bürgerreporte kann man auf der Homepage des BMBF abrufen. Stephan Liening konzidierte aber auch, dass solche Konsultationen keine echte Beteiligung an Entscheidungen beinhalten, auch wenn die Ergebnisse der Konsultationen in Gremien potentieller Entscheidungsträger eingebracht werden. Roland Roth forderte, dass auch solche Konsultationen mehr Anerkennung finden müssten als die Sichtbarmachung auf der Homepage und die Weiterleitung von Gesprächsergebnissen an bestimmte Gremien. Der Sinn

von Beteiligung sei vor allem, dass gemeinschaftliche Angelegenheiten zur eigenen Angelegenheit werden. Stephan Thomas erinnerte daran, dass auch die Industrie ein wichtiger Akteur sei, der einbezogen werden müsse, um die Klimaschutzziele erreichen zu können. Unternehmen müssten ebenso mitgenommen werden wie die Bürger/-innen. Roland Roth vertrat die Meinung, dass die Bürgerinitiativen mehr als staatlich finanzierte Träger an politischer Bildung bewirkt hätten. Er forderte eine Qualifizierung für Active Citizenship. Die Qualitätssteigerung von Beteiligungsprozessen könne eine wichtige Aufgabe für die Einrichtungen der politischen Bildung sein. Dem stimmte auch Rasmus Grobe zu, der als weitere Aufgabe der politischen Bildung noch die Differenzierung des Diskurses mit den Bürgern und Bürgerinnen anmahnte.

Am Folgetag wurden verschiedene Aspekte des Jahresthemas in Workshops diskutiert, über deren Ergebnisse anschließend im Plenum berichtet wurde:

- **WS 1: Klimapolitische Herausforderungen für die politische Bildung**

Stefan Rostock von der Klimainitiative Germanwatch hatte in diesem Workshop zunächst die Arbeitsfelder von Germanwatch und Beispiele für Aktivitäten vorgestellt. Hier ging es vor allem um die Verantwortung von Unternehmen sowohl bei der Produktion wie bei den Lieferkosten, um Ernährungssicherung und Welthandel, um die deutsche, die europäische und die internationale Klimapolitik, um Fragen der Finanzierung und um Bildung für nachhaltige Entwicklung. Beispiele für Aktivitäten, in denen sich Germanwatch engagiert, sind die Handyproduktion, der Anstieg der Meeresspiegel, Temperaturschwankungen und Treibhausgasemissionen. Für die politische Bildung zum Thema Klimawandel stellte der Workshop fest, dass dieses Problem im Alltag nicht wahrgenommen wird, weil man von den Schäden bislang noch nicht betroffen ist. Deshalb und weil der Eindruck besteht, dass der eigene Beitrag zur Verhinderung dieses Wandels marginal sei, entsteht Fatalismus. In der Vermittlung von Inhalten in der politischen Bildung setzt man u. a. auf Satellitenbilder im Vergleich (zum Beispiel beim Thema Überschwemmungen), auf Kurzfilme, Schulprojekte (zur Erörterung persönlicher und gesellschaftlicher Zukunftsentwürfe) und Studienseminare. Wichtig ist dabei das Andocken an Zielgruppenerfahrungen, es bietet sich an, den Klimawandel als Querschnittsthema wahrzunehmen und in andere Themen einzubeziehen (zum Beispiel Globalisierung, arabischer Frühling, Menschenrechte). Weiterführende im Workshop entwickelte Perspektiven sind die Profilbildung der Einrich-



©Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten/Foto: Larissa Döring

Die Diskussion wird während der Pause fortgesetzt

tungen, die Suche nach neuen Kooperationspartnern, die Ansprache von politischen Entscheidungsträgern und – so eine Empfehlung – die künftige Vertretung des AdB in der Delegation von Germanwatch bei den Weltklimagipfeln.

▪ **WS 2: *Das Prinzip Nachhaltigkeit in der politischen Bildung***

Dr. Friedrun Erben, Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, führte in das Thema des Workshops ein, über dessen Ergebnisse Andreas Kieselbach berichtete.

Sie gab eine Übersicht über die Genese des Lernfelds Bildung für nachhaltige Entwicklung (kurz BNE genannt), und verwies auf die drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales, die verdeutlichen, dass die Strategien der Nachhaltigkeit nicht in separaten Dimensionen realisiert werden können. Sowohl die Schlüsselthemen der BNE als

auch die von ihr erarbeiteten Gestaltungskompetenzen bieten Anknüpfungspunkte zum Feld politischer Bildung. Zum Teil haben die Themen der BNE bereits Eingang in die Angebote von Trägern politischer Bildung gefunden. Es sei wichtig, konkrete Einstiege und Anlässe zu finden (so bietet sich beispielsweise der Strukturwandel in der Region als Aufhänger an), die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für BNE zu qualifizieren, mit Akteur/-inn/-en von BNE zu kooperieren und BNE auch als Querschnittsaufgabe in der eigenen Arbeit zu verankern. Die Teilnehmer/-innen des Workshops waren sich darin einig, dass Bildungsstätten über zahlreiche Ressourcen und Methoden verfügen, die auch für BNE zum Einsatz kommen könnten. Allerdings sei dabei auch wichtig, die Nachhaltigkeit in den Häusern in allen Bereichen glaubwürdig und wahrnehmbar für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen zu organisieren. Im AdB

selbst sollte BNE stärker in die Arbeit der Kommissionen, der Geschäftsstelle, aber auch der Jugendbildungsreferent/-inn/-en einfließen.

▪ **WS 3: *Energie selbstgemacht – Bildungsstätten werden Energieproduzenten***

Wie eine Reduzierung des Energieverbrauchs in Bildungsstätten erreicht werden kann, erläuterte Dr. Thomas Südbeck von der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte Papenburg. Er empfahl, das Ziel der Energieeffizienz im Leitbild festzuschreiben und mit Bildungsangeboten in Verbindung zu bringen.

Grundlage aller Bemühungen um eigene nachhaltige Energieerzeugung solle ein fundiertes Energie-Gutachten sein, von dem aus eine ganzheitliche Umsetzung erfolgen könne. Wie Rasmus Grobe und Thomas Grimm aus dem Workshop berichteten, seien technisch ausgereifte Lösungen in der Praxis möglichen Innovationen vorzuziehen, zumal hier auch der Weg das Ziel sei: Energieeffizienz müsse als kontinuierlicher Prozess begriffen werden, für den permanent finanzielle Rücklagen zu bilden sind, der sich aber auch angesichts rasant steigender Energiepreise relativ schnell rechnet. Der Workshop empfahl, bei Investitionen zur Effizienzsteigerung des Energieverbrauchs einer Einrichtung gutachterliche Beratung in Anspruch zu nehmen, Rücklagen für notwendige Instandsetzungen zu bilden und die eigenen Anstrengungen um nachhaltige Energieversorgung mit Bildungsangeboten zu verknüpfen. Im Workshop selbst war als Beispiel der Bildungsansatz „Klimalotse“ vorge-

stellt worden. Hier geht es um Schüler, die lernen, in der eigenen Schule Möglichkeiten der Energieeinsparung zu prüfen.

Die Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, Ina Bielenberg, wies in ihrem Schlusswort darauf hin, dass die Jahrestagung nicht nur Anregungen für die Arbeit der Mitgliedseinrichtungen geben sollte, sondern dass dieses nächste Jahresthema auch alle in ihrem persönlichen Leben als

Verbraucher/-innen betreffe. Ihr besonderer Dank galt Haus Neuland und seinen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die als gastgebende Einrichtung zum Erfolg der Veranstaltung beigetragen hatten. Gerühmt wurde hier vor allem der von Haus Neuland ausgerichtete Westfälische Abend, der nicht nur westfälische Leckereien bot, sondern auch kabarettistische Einblicke in das Leben westfälischer Regionen, an denen Harald Meves von der Mitgliedseinrichtung Stätte der Begegnung großen Anteil hatte.



©Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten/Foto: Larissa Döring

AdB-Geschäftsführerin Ina Bielenberg beim Schlusswort

AdB-Mitgliederversammlung kritisierte Umgang mit Rechtsextremismus

Unmittelbar nach der Jahrestagung tagte die Mitgliederversammlung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, die vom 7. bis 8. Dezember 2011 ebenfalls in Haus Neuland, Bielefeld, stattfand.

Gleich nach den einführenden Regularien und einer Vorstellung von Haus Neuland durch dessen Leiterin Ina Notteboom stand die Diskussion einer Stellungnahme an, mit der die Mitgliederversammlung ihre Entscheidung für das AdB-Jah-

resthema 2012 – „Wachstum – Gerechtigkeit – Teilhabe. Nachhaltige Klimapolitik gestalten“ – begründete und die Bedeutung des Themas für Politik und politische Bildung erläuterte. Diese nach einem kontroversen Austausch verabschiedete Stellungnahme verweist auf die aktuellen Anlässe, auf die ökologischen, politischen und ökonomischen Zusammenhänge der Klimapolitik und benennt die Aufgaben, die der politischen Bildung daraus erwachsen.



Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten/Foto: Larissa Döring

Freuten sich auf die Mitglieder: Ulrich Ballhausen (links) und Peter Ogrzall vom AdB-Vorstand

Wachstum – Gerechtigkeit – Teilhabe. Nachhaltige Klimapolitik gestalten

Spätestens mit dem IPCC-Bericht (Intergovernmental Panel on Climate Change) von 2007 wurde der Klimawandel gesellschaftlich wahrgenommen. Inzwischen ist unumstritten, dass Reduktionen des CO₂-Ausstoßes um mindestens 20 % auf europäischer Ebene, bis 40 % auf Bundesebene notwendig sind. Das schwere Reaktorunglück von Fukushima führte in der Bundesrepublik zu einem Ausstieg aus der Atomenergie. Um die Klimaziele zu erreichen, die Energieversorgung ohne Atomenergie sicherzustellen und die Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten, sollen in Deutschland die regenerativen Energien auf 35 % bis 2020 ausgebaut werden. Nicht-fossile Energieträger wie Sonne, Windkraft oder Wasser leisten zwar mit inzwischen 20 % der Stromerzeugung einen erheblichen Beitrag für die deutsche Energieversorgung, doch wollen sowohl Deutschland wie die Europäische Union die Anteile erneuerbarer Energien am Strommix weiter erhöhen, um so dem Prinzip von Nachhaltigkeit und Klimaschutz Geltung zu verschaffen. Dazu gehört auch eine Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 20 % bis 2020 in Europa. Es ist abzusehen, dass die energiepolitische Wende zu tiefgreifenden Veränderungen bei Erzeugung, Versorgung und Preisentwicklung von Energie führen wird und politische Kontroversen um den eingeschlagenen Weg nicht ausbleiben werden. Diese Entwicklung sollte die politische Bildung aufgreifen, begleiten und kommentieren.

Die deutsche Energieversorgung liegt heute zu großen Teilen in den Händen weniger großer Energieversorger. Die Zahl von Bürgerinnen und Bürgern sowie zivilgesellschaftlicher Akteure, die für eine verstärkte dezentrale Energieversorgung durch viele kleine und größere sowie kommunale Unternehmen, Privathaushalte, aber auch durch gemeinschaftlich betriebene Anlagen wie z. B. Bürgerwindkraftanlagen plädieren, steigt. Sie wollen so den Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitwirkungs- und wirtschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen. Auch Auswahl und Entscheidung über Standorte neuer Energieanlagen sollen zukünftig verstärkt durch noch zu entwickelnde demokratisch legitimierte Verfahren der Bürgerbeteiligung vor allem im Vorfeld und am Anfang der Planungen erfolgen, um spätere – hochemotionale und kostenträchtige – Auseinandersetzungen zu verhindern. Da die deutsche Energiepolitik aber maßgeblich von der Bundesregierung bestimmt wird, bedürfte es einer bundespolitischen Initiative, um Veränderungen und mehr Bürgerbeteiligung herbeizuführen.

Politische Bildung greift aktuelle gesellschaftspolitische Themen auf und fördert die Handlungs- und Partizipationskompetenz der Bürgerinnen und Bürger durch vielfältige Bildungsangebote. Daher sind Initiierung, Begleitung und Moderation solcher Prozesse ihrem Wesen nach eine ureigene Aufgabe der politischen Bildung. Für diese Aufgabe muss sie die notwendigen Fördermittel erhalten.

Im Jahr 2012 liegt die Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung zwanzig Jahre zurück. Die Vereinten Nationen haben die Jahre 2005 bis 2014 zur Dekade der „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen und eine Vielzahl von Aktivitäten initiiert. Der AdB unterstützt das Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung uneingeschränkt. Die Gerechtigkeit zwischen den Generationen, die Wahrung der Chancen aller jetzt und zukünftig lebenden Menschen auf ein menschenwürdiges Leben und die Bewahrung der natürlichen Ressourcen sind wichtige und berechtigte Ziele, die auch in der politischen Bildung noch stärker thematisiert und berücksichtigt werden sollten.

Der AdB ruft daher seine Mitglieder auf, verstärkt Projekte und Bildungsangebote für eine nachhaltige Entwicklung anzubieten, da diese sich im besonderen Maße dazu eignen, komplexe und globale Zusammenhänge zu veranschaulichen und mit den Teilnehmenden zu bearbeiten. Sie bieten auch Gelegenheit, die Kontroversen und politischen Debatten über die Ursachen des Klimawandels und die besten Wege einer nachhaltigen Politik aufzugreifen und zusammen mit den Teilnehmenden unterschiedliche Sichtweisen zu diskutieren.

Beschluss der AdB-Mitgliederversammlung, Bielefeld, 7. Dezember 2011

Wie bei jeder Mitgliederversammlung wurde die Verbandsarbeit des letzten Jahres resümiert und

über Entwicklungen in der Mitgliedschaft berichtet. In Gesprächen mit der für die politische

Jugendbildung zuständigen Referentin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Julia Hiller, und Hanne Wurzel, Fachbereichsleiterin Förderung bei der Bundeszentrale für politische Bildung, hatten die Mitglieder Gelegenheit, Fragen nach der Entwicklung des Kinder- und Jugendplans und zu den jugendpolitischen Schwerpunkten des BMFSFJ beziehungsweise zum vorerst unterbrochenen Prozess der Revision der Richtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung und den dort bereits erfolgten und noch bevorstehenden Mittelkürzungen zu erörtern. Nachdem im laufenden Jahr bereits 1,55 Mio. Euro im Haushalt der Bundeszentrale für politische Bildung gestrichen wurden, von denen rund 550.000 die



©Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten/Foto: Larissa Döring

Rückfragen und Kommentare durch die Mitglieder. Hier: Dr. Paul Ciupke, Bildungswerk der Humanistischen Union NRW

Trägerförderung betrafen, ist mit der Fortsetzung dieser Kürzungen in den Folgejahren zu rechnen. Hanne Wurzel plädierte deshalb auch an die Anwesenden, sich neue Ressourcen zu erschließen.

Die Mitgliederversammlung beschloss Anträge, die sich auf die künftige Handhabung von Gender Mainstreaming im AdB,

die Beteiligung an der Statistik des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung und eine Erklärung zum Rechtsextremismus bezogen. Während die für die Implementierung von Gender Mainstreaming einberufene Steuerungsgruppe ihren Auftrag inzwischen als erfüllt ansah und einen Vorschlag für die Weiterarbeit unterbreitet hatte, der von

der Mitgliederversammlung angenommen wurde, beschlossen die Mitglieder, die Entscheidung über die weitere Beteiligung des AdB an der Statistik um ein Jahr zu vertagen. Der vom Vorstand vorgelegte Entwurf für eine Erklärung des AdB zu den Konsequenzen aus den rechtsextremistischen Morden wurde mit einigen Änderungsvorschlägen verabschiedet.

Menschen für die Demokratie gewinnen

Erklärung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten zum Rechtsextremismus

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) sind entsetzt über die bekannt gewordenen Morde und fassungslos darüber, dass sich rechtsextremistischer Terror über Jahre ungehindert in unserer Gesellschaft ausbreiten konnte. Es wurde deutlich, dass die Mörder nicht alleine handelten, sondern auf ein Netz von aktiven Unterstützern und schweigenden Duldern zurückgreifen konnten. Dabei konnte diese Entwicklung nicht wirklich überraschen. Fachleute und zivilgesellschaftliche Akteure haben seit langem auf die von verschiedenen Strategien rechtsextremer und nationalistischer Bewegungen ausgehenden Gefahren und auf die zahlreichen Straftaten hingewiesen. In der aktuellen Situation hat viele Bürgerinnen und Bürger aber darüber hinaus erschreckt, dass staatliche Organe wie der Verfassungsschutz, die eigentlich die demokratische Verfassung schützen sollten, augenscheinlich eine zweifelhafte Rolle spielten. Eine solche Entwicklung ist nicht hinnehmbar. Deshalb brauchen wir die lückenlose Aufklärung und Bestrafung aller Täterinnen und Täter.

Unabhängig von den aktuellen rechtsterroristischen Verbrechen ist aber auch darauf hinzuweisen, dass sich rechts-extreme Einstellungen nicht nur am Rande der Gesellschaft zeigen, sondern breite Schichten durchdringen. Faschistische, rechtsextremistische und menschenfeindliche Einstellungen stellen die Fundamente unseres demokratischen Systems in Frage und dürfen keine stillschweigende Akzeptanz in unserer Gesellschaft finden! Dringend notwendig sind wirkungsvolle Investitionen in Bildungsangebote und zivilgesellschaftliche Strukturen, um Menschen für die Demokratie zu gewinnen und ihnen die aktive Auseinandersetzung mit den historischen Bezügen, Errungenschaften und Entwicklungspotenzialen unseres demokratischen Systems zu ermöglichen.

Dies genau ist die Kernaufgabe politischer Bildung, wie sie in den Bildungsstätten und Bildungswerken des AdB stattfindet. Orientiert an dem, was Menschen bewegt und unter den Nägeln brennt, bieten die Angebote politischer Bildung die Möglichkeit, Wissen zu erwerben, Einstellungen zu hinterfragen und Orientierung zu gewinnen. Politische Bildung regt Menschen an und qualifiziert sie, sich aktiv und friedlich für ihre Belange einzusetzen und Politik und Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten. Damit leistet politische Bildung einen unverzichtbaren Beitrag zur demokratischen Kultur.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten fordert die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung auf, die Träger und Einrichtungen politischer Bildung bei ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen. Die Beauftragung von Verfassungsschutzämtern mit politischer Bildung insbesondere von Jugendlichen, wie in mehreren Bundesländern geschehen, halten wir generell, vor allem aber vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse, für nicht hinnehmbar. Gebraucht werden weder kurzfristige Sonderprogramme noch symbolischer Aktionismus. Notwendig sind die nachhaltige Förderung und Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Strukturen, die Rechtsextremismus und menschenfeindliche Ideologien bekämpfen und Menschen für die Demokratie begeistern.

Beschluss der AdB-Mitgliederversammlung, Bielefeld, 7. Dezember 2011

Die Mitgliederversammlung nahm vier Einrichtungen als neue Mitglieder in den Verband auf:

- Vogelsang ip | Internationaler Platz im Nationalpark Eifel, Schleiden,
- Bildungs- und Begegnungszentrum Schloß Trebnitz, Müncheberg/Brandenburg,

- Begegnungsstätte Schloss Gollwitz, Brandenburg, und
- Willi-Eichler-Bildungswerk, Köln.

Damit vertreten nun 109 Mitglieder die im AdB organisierten Bildungsinstitutionen.

Auch der Vorstand wurde für die beiden nächsten Jahre gewählt (dazu s. die „Personalien“ in diesem Heft).

Bestätigt als Kassenprüfer/-in wurden von der Mitgliederver-

sammlung Birgit Ackermeier, Gesamteuropäisches Studienwerk Vlotho, und Frank Bobran, Tagungshaus Bredbeck - Bildungstätte des Landkreises Osterholz.

©Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten/Foto: Larissa Döring



Der neu gewählte AdB-Vorstand: Petra Tabakowic, Peter Ogrzall, Ulrike Steimann, Birgit Weidemann, Ulrich Ballhausen, Martin Kaiser, Udo Dittmann und Bettina Heinrich (von links nach rechts)

Deutschlandpolitische Bildungsarbeit vor 1989. Bericht über eine Tagung in Vlotho

Seit den Jubiläumsjahren 2009 und 2010 zum Ende der deutschen Teilung gibt es vielfältige Bemühungen, die Erinnerung an die deutsch-deutsche Geschichte wachzuhalten – nicht zuletzt unter der politischen Vorgabe, keine Ostalgie einreißen und das Bild der DDR-Vergangenheit als Negativfolie für die strahlende westdeutsche Erfolgsgeschichte weiter wirken zu lassen. Einschlägige Fördermaßnahmen zielen konkret darauf, die Bildungsarbeit gegen den (in puncto DDR angeblich nachsichtigen bis ver-

klärenden) Zeitgeist in Stellung zu bringen und einem abflauenden Interesse bei den Teilnehmern, damit aber auch bei den Bildungseinrichtungen entgegenzuwirken. Diese politisch-pädagogische Gemengelage wurde in der Profession natürlich registriert und zum Thema gemacht. So legte das Bildungswerk der Humanistischen Union, das Mitglied im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) ist, bereits 2006 eine Studie zur „Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in der politi-

schen Erwachsenenbildung“ vor. Sie zog eine Bilanz der politischen Bildungsanstrengungen seit 1990. Die Autoren Heidi Behrens, Paul Ciupke und Norbert Reichling stellten in diesem Kontext den spezifischen Ansatz der außerschulischen politischen Bildung heraus, die nicht auf „eine harmonistische neue Gesamterzählung deutscher Nationalgeschichte, sondern vielmehr auf kontroverse, wissenschafts- und erfahrungsorientierte, gegenwarts- und zukunftsbezogene Debatten“ setze

(s. Praxis Politische Bildung 4/06, S. 209).

Das Bildungswerk der Humanistischen Union setzte gemeinsam mit dem AdB und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine solche Selbstreflexion fort und veranstaltete Anfang Oktober 2011 im Gesamteuropäischen Studienwerk Vlotho eine Tagung zum Thema: „Die SED-Diktatur und die deutsche Frage – Zur Auseinandersetzung mit der deutschen Teilung und der SED-Ideologie in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung der Bundesrepublik vor 1989“. Zentrales Anliegen war es, in einem Expertenworkshop wissenschaftlich gestützte Erkenntnisse über die Praxis deutschlandpolitischer Bildung zusammenzutragen – dies auch im Blick darauf, dass eine Reihe von pädagogischen Ansätzen und Institutionen mit der Wiedervereinigung ihr Ende fand. Die Tagung, an der ein breiter Kreis von Experten mitwirkte, diente sowohl der Selbstvergewisserung von Leistungen und Defiziten der pädagogischen Profession als auch der Auseinandersetzung mit der deutschen Zeitgeschichte. Als Nebeneffekt ergab sich ein Bezug zur aktuellen Diskussion über Wirkungsforschung, denn der Rückblick auf 40 Jahre Bildungsarbeit machte deutlich, dass sich erst in der biographischen Reflexion Bildungswirkungen erschließen, wenn auch nicht, wie oft gewünscht, in ihrer „Effektstärke“ identifizieren lassen.

Die einführenden Beiträge der Wissenschaftler Dr. Stefan Kreuzberger (Potsdam) und Prof. Bernd Faulenbach (Bochum) skizzierten die Grundlinien der westdeutschen politischen Kultur vom Kalten Krieg der Nachkriegszeit über die Entspannungsära und die Stabilisierung des deutsch-

deutschen Verhältnisses bis zur neuen Spannungsphase der 80er Jahre, die dann zur allgemeinen Überraschung in die Kapitulation des Ostblocks mündete. Faulenbach erinnerte daran, dass die damalige Entwicklung die Akteure in Politik, Öffentlichkeit und Pädagogik gleichermaßen überraschte; es sei verfehlt, retrospektiv den gesamtdeutschen Bemühungen, die durch die beiden Pole Antikommunismus und nationale Frage bestimmt gewesen seien, eine unmittelbar auf Wiedervereinigung hin orientierte Zielstrebigkeit und Zuversicht zu unterstellen. Selbstverständlich waren sie, wie Kreuzberger darlegte, auf Systemüberwindung ausgerichtet. Die westdeutsche Republik habe sich durch eine klare Feindorientierung ausgezeichnet, die nicht nur nach außen, sondern auch im Innern, in politischer Kultur, Öffentlichkeit, Wissenschaft und Pädagogik, eine ideologische Formierung vorgenommen und so Methoden gesteuerter Meinungsbildung eingesetzt habe, wie man sie gerade dem Bolschewismus als Merkmal seines „totalitären“ Systemcharakters vorwarf.

Die Konkretisierung hinsichtlich der außerschulischen Bildungsszene, die aber seinerzeit zahlreiche Verbindungslinien zur Schule aufwies, leistete ein Kreis von ausgewiesenen Experten: Dr. Bernhard Schalhorn berichtete über die Arbeit der Ostakademie Lüneburg, die damals eine prominente Rolle im Kreis der diversen Ostakademien spielte; Prof. Reinhard Rürup resümierte die studentische Bildungsarbeit im Studienkreis für Ost-West-Fragen in Vlotho und deren Einflüsse auf die Weiterentwicklung der politischen Bildung; Dietrich Höper bilanzierte die Ost-West-Arbeit der Heimvolkshochschule Jägerlei Hustedt, die im Bundes-

arbeitskreis Arbeit und Leben angesiedelt ist; Dr. Theo Mechtenberg, der langjährige Leiter des Vlothoer Studienwerks, stellte die Ost-West-Arbeit seiner Einrichtung vor; Boris Brokmeier brachte wichtige Stationen und Trends der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit im AdB der 70er und 80er Jahre zur Sprache; Dr. Uwe Berndt, Dozent des Studienhauses Wiesneck, referierte über „Demokratieentwicklung in Zeiten des Ost-West-Konflikts“; Dr. Andreas von Below brachte den Blickwinkel einer politischen Stiftung ein, er berichtete von der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Moderiert wurde die Tagung von Dr. Paul Ciupke vom Bildungswerk der Humanistischen Union.

Die Referate, aber auch die zahlreichen Diskussionsbeiträge dokumentierten eine Breite und Vielfalt der Bildungsarbeit, wie sie in der jungen Bundesrepublik für die Institutionalisierung der heute so genannten „non-formalen“ Bildung typisch waren und – bislang – die Szene geprägt haben. Dabei galt das breite Spektrum nicht nur für die pädagogischen Ansätze und Initiativen, es galt auch für die verschiedenen politischen Strömungen. Es gab ja seinerzeit von links bis rechts Bemühungen zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen Zweistaatlichkeit und mit der Behauptung des östlichen Marxismus-Leninismus, das Erbe der Arbeiterbewegung angetreten und den Sozialismus in sein „real existierendes“ Stadium überführt zu haben. Ciupke wies darauf hin, dass die Tagung im Grunde nur auf einen Ausschnitt fokussiere. Sie habe die freien Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, also die zivilgesellschaftliche Seite, in den Mittelpunkt gerückt; staatliche Institutionen

wie Bundeszentrale, Landeszentralen, Ost-Kolleg oder Gesamtdeutsches Institut müssten noch untersucht und dargestellt werden, hier fehlten bislang unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen.

Bei der Tagung wurde zugleich deutlich, dass es erstaunliche Gemeinsamkeiten in der Entwicklung der Bildungsarbeit gab. So dominierte in der Anfangszeit des Kalten Krieges ein undifferenziertes Feindbild, das von der politischen Bildung nur anti-kommunistische Kampfansage, teils, worauf Creuzberger hinwies, auch Einbeziehung in subversive und spionage-ähnliche Maßnahmen gegen den SED-Staat verlangte. Schalhorn veranschaulichte dies an einer Veranstaltungsform, die zum Stereotyp wurde: Man versorgte die Teilnehmer mit ein paar Informationen darüber, dass in Westdeutschland die Freiheit regiere und die DDR aus Unterdrückung bestehe, fuhr dann an die innerdeutsche Grenze, sah Grenztürme, Wachtposten etc. und das Bildungsziel war erreicht. Weitere Befassung

mit dem System dort drüben erübrigte sich. Diese Schwarz-weißmalerei kam mit der Entspannungspolitik der späten 60er Jahre – als sich u. a. im Westen ein eigenständiger Marxismus bemerkbar machte – endgültig in die Krise. Neue Bemühungen erhielten Auftrieb, ein objektiveres Bild des anderen deutschen Staates zu zeichnen und ein „unbefangenes“ Verhältnis zu den Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs zu entwickeln. Im Endeffekt, darauf machte Faulenbach aufmerksam, führte dann die Kohl-Regierung die sozialliberale Deutschlandpolitik fort und legte so die Grundlage für eine Bildungsarbeit, die, über die politischen Lager hinweg, von einem neuen Paradigma bestimmt wurde: Begegnung, das Sich-Einlassen auf die Lebensrealitäten im Osten, Dialog und Meinungsaustausch rückten in der Vordergrund – ein Ansatz übrigens, der sich auch nach 1990 noch als tragfähig erwies.

Diese Entwicklung zeigt, wie sich politische Bildung im Gleichklang mit politischen Direktiven

bewegt und zugleich daran abarbeitet. Und sie zeigt, wie ein günstiges förderungspolitisches Umfeld die Bildungspraxis beflügelt. Die Tagungsteilnehmer in Vlotho erstaunte immer wieder, welche guten Bedingungen deutschlandpolitische und verwandte Bildungsansätze in der Zeit des Ost-West-Gegensatzes vorfanden; von einer privilegierten Situation und großzügiger Förderung war die Rede. Das Erstaunen speiste sich auch daraus, dass momentan der politischen Bildung in freier Trägerschaft der Wind kräftig ins Gesicht bläst. Von der Förderung der Pluralität kann die heutige Bildungslandschaft nur träumen. Wenn z. B. die Kürzungsbeschlüsse bei der Bundeszentrale für politische Bildung aufrechterhalten bleiben, ist im vereinigten Deutschland, so der Präsident der Bundeszentrale im Oktober 2011 beim Runden Tisch, bald mit einem „Ende der Bildungsarbeit in gesellschaftlicher Vielfalt“ zu rechnen.

Bericht: Johannes Schillo

Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit und Diversity

Die Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit traf sich zu ihrer letzten Sitzung vom 26.-28. September 2011 in Bad Segeberg in der neuen Jugendakademie Bad Segeberg. Dementsprechend wurde der Besichtigung der neuen Akademie und dem Gespräch mit deren Leiter Dieter Fiesinger viel Raum gegeben. Netterweise richtete die Akademieleitung den Kommissionsmitgliedern einen Willkommensabend aus, da es sich um die erste Sitzung eines AdB-Gremiums im neuen Haus handelte.

Den Schwerpunkt der Sitzung bildete ein Fachtag zum Thema diversitätsbewusste internationale Bildungsarbeit, der von Katrin Gödecke (WannseeFORUM) und der externen Expertin Anne Sophie Winkelmann gestaltet wurde. Der Diversitätsansatz hat sich über den Forscher-Praktiker-Dialog zur Internationalen Jugendarbeit in den vergangenen Jahren zu einem neuen Ideengeber für diesen Bildungsbereich entwickelt und resultiert in mehreren Pilotinitiativen auf Bundesebene (JiVE und IKUS), an denen der IJAB federführend

beteiligt ist. Herausgearbeitet wurde im Rahmen des Fachtags insbesondere die Frage nach den Schnittmengen und Divergenzen diversitätsorientierter Bildungsarbeit mit dem klassischen interkulturellen Lerndiskurs in der/für die politische/-n Bildung. Dieser Lerndiskurs lässt sich für die Internationale Jugendarbeit kurz auf den Nenner der Erschließung und Berücksichtigung individueller sozialräumlicher Zuordnungen bringen, der über das (herkömmliche) Entdecken nationalkultureller Differenzen erheblich hinausgehen kann, indem er ein

essentielles Alltagsverständnis von „Kultur“ explizit thematisiert. Dieses Einbeziehen zusätzlicher Orientierungsräume ermöglicht, den Blick der Begegnungen auf jeweils individuell zu erschließende Konvergenzen wie auch Divergenzen zu lenken und somit in den Gruppen ein Bewusstsein für multiple Identitätskonstruktionen zu schaffen, das antidiskriminierend wirkt/wirken soll.

Für die Kommission bedeutete der um viele Praxisbeispiele angereicherte Fachtag eine gute Gelegenheit, über die eigene Praxis zu reflektieren und in einen intensiven Austausch zum Thema Diversität vor dem Hintergrund der höchst unterschiedlichen Grundbedingungen der jeweiligen Bildungsarbeit der Kommissionsmitglieder zu treten. Es bestand weitgehende Einigkeit darüber, dass ein stärkerer Diversitätsbezug eine große Bereicherung für die jeweiligen Bildungsmaßnahmen bedeutet. Insbesondere die Rolle von internationalen Teams wurde hierbei sehr kontrovers diskutiert. Die Frage, inwiefern Maßnahmen themenorientierter politischer Bildung durch eine bewusste Ausrichtung an Diversität pädagogisch überhaupt noch be- und erarbeitbar bleiben, konnte nicht abschließend geklärt werden.

Den zweiten Schwerpunkt der Sitzung bildete der Rückblick auf die vergangene Sitzungsperiode. Eine statistische Auswertung der Sitzungsbeteiligung ergab ein gegensätzliches Bild für zwei Teile der Kommission: während die eine Hälfte der Mitglieder konstant und kontinuierlich in der Kommission mitgearbeitet hat, konnte die andere Hälfte sich aus individuell ganz unterschiedlichen und auch nachvollziehbaren Gründen zeitlich nur selten

beteiligen. Einige Kommissionsmitglieder der zweiten Gruppe äußerten vor diesem Hintergrund den Wunsch, künftig „freier“ an der Arbeit der Kommission mitzuwirken; es bestand aber Einigkeit darüber, dass die Kommissionsarbeit nicht auf ein Kernteam reduziert werden darf, welches die Arbeit stemmt, während andere Mitglieder nur ad hoc und interessengeleitet teilnehmen. Eine stärkere öffentliche Platzierung der Fachtage würde beiden Anliegen entgegenkommen; dies sollte von der künftigen Kommission unbedingt auf ihrer konstituierenden Sitzung besprochen werden. Als schwierig wurde von einigen Teilnehmenden die Überlastung einiger Kolleg/-inn/-en wahrgenommen, die sich auch während der Sitzungen kaum auf die Arbeit der Kommission konzentrieren konnten. Dies freilich vor dem Hintergrund, dass die Kommissionssitzungen jeweils zu einem Zeitpunkt stattfinden, der kurz vor der Seminarwelle im Frühjahr und Herbst liegt.

Die Mitglieder der Kommission äußerten sich sehr zufrieden über die Leitung durch die Kommissionsvorsitzenden und das abgearbeitete Pensum, das mit Ausnahme eines ausgefallenen Fachtages geschafft werden konnte. So hat sich die Kommission Europäische und Internationale Arbeit während der zurückliegenden vier Jahre auf Fachtagen und Fachsitzungen intensiv mit den Themenbereichen Menschenrechtsbildung, Qualität in der Internationalen Jugendarbeit und Partizipation Jugendlicher an der Programmgestaltung, Interkulturelles Lernen und Interreligiöser Dialog, Herausforderungen durch die Entwicklungen in Nordafrika (Projektvorschlag an den IJAB und das Auswärtige Amt, Teil-

nahme der Kommissionsvorsitzenden an einer Study Visit nach Tunesien) beschäftigt. Zudem waren mehrere Kommissionsmitglieder intensiv an der Umsetzung der internationalen Programme des Verbands beteiligt (eigene Begegnungen im deutsch-russischen Jugendaustausch und Teilnahme am Fachkräfteprogramm, deutsch-chinesischer Austausch, deutsch-mongolischer Austausch). Die Kommission hat ein Fachprogramm mit Israel (für 2012) vorbereitet. Zudem hat die Kommission sich an der Diskussion über die Umsetzung des BMFSFJ-Eckpunktepapiers Internationale Jugendarbeit in Deutschland, der immer wieder auftauchenden Visaproblematik sowie an Überlegungen zur EU-Jugendstrategie intensiv beteiligt.

Die angenehme Arbeitsatmosphäre, die große Bedeutung des gegenseitigen fachlichen Austauschs in der Kommission und der gute Umgang der Kolleginnen und Kollegen miteinander wurden vielfach als wichtig für die Kommissionsarbeit hervorgehoben.

Als Themenspeicher für die künftige Kommissionsarbeit wurden u. a. genannt: verstärkte Mitarbeit im Forscher-Praktiker-Dialog; intensivere Zusammenarbeit mit Jugend für Europa; politische Bildung und Aktion; E-Learning und internationale Jugendarbeit; Fachsitzung mit Partnerorganisationen/kommunalen/regionalen Partnern; Rolle von Teams; vertiefte Vorstellung der Arbeitsschwerpunkte der Kommissionsmitglieder; internationale Themen mit deutschen Teilnehmern/Zielgruppen; deutsch-englische Sitzung; Gemeinsame Fachkonferenz; mehr Öffentlichkeitsarbeit in der Fachöffentlichkeit.

Bericht: Georg Pirker

Jubiläen von Bildungsstätten im AdB

Die Arbeitsbedingungen von Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft haben sich seit geraumer Zeit kontinuierlich verschlechtert. Deshalb ist es umso erfreulicher, wenn Jubiläen gefeiert werden, die zeigen, dass die betreffenden Institutionen sich auch in schwierigeren Zeiten behaupten konnten. Im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten haben wiederum einige Bildungsstätten runde Geburtstage gefeiert.

- Zu den ältesten Einrichtungen und den Gründungsmitgliedern des AdB gehört das **Europa-Haus Marienberg**, das am 19. Oktober 2011 im Beisein von rund 120 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, darunter der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck, seinen 60. Geburtstag feierte. Jürgen Schmidt, seit 15 Jahren Vorsitzender des Stiftungsvorstands, würdigte in seiner Begrüßung die Überlebensfähigkeit des Europahauses: „Das Stammhaus aller Europa-Häuser und Europäischen Akademien hat versucht, seiner besonderen Verantwortung immer gerecht zu werden. (...) 60 Jahre Bildungsarbeit für Europa – das geht nicht ohne Höhen und Tiefen, die wir auch in unserem Haus erlebt haben. Entscheidend aber ist, dass wir alle Krisen überwunden haben und daraus gestärkt hervorgegangen sind.“ Das Europa-Haus Marienberg erlebe in schwerer Zeit seit über zehn Jahren einen Aufschwung sondergleichen und könne beeindruckende Zahlen vorlegen, so Schmidt.

Landrat Achim Schwickert unterstrich in seinem Gruß-

wort die Entwicklung des Westerwaldes in den letzten Jahrzehnten und die Bedeutung der Europäischen Union für die heimische Wirtschaft.

Ramesh Jaura, Präsident des Global Cooperation Council, Berlin, erinnerte an die Verantwortung der Europäischen Union in der Welt und hob die Bedeutung der Bad Marienberger Bildungsarbeit hervor.

Ministerpräsident Kurt Beck lobte in seiner Festansprache ebenfalls die Arbeit des Europa-Hauses, das sich in schwierigen Zeiten gut behauptet habe. Sein Vortrag befasste sich mit Anfängen und aktueller Entwicklung in der EU. Dabei setzte er sich besonders kritisch mit dem britischen Nein zu den Währungsbeschlüssen auseinander.

Die Glückwünsche des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten überbrachte Boris Brokmeier, stellvertretender AdB-Geschäftsführer.

Im Rahmen des Jubiläums wurde der langjährige Leiter des Europa-Hauses, Burkhardt Siebert, mit Dank und Applaus verabschiedet. Sein erfolgreiches Wirken für das Haus würdigte der Vorstandsvorsitzende Jürgen Schmidt in einer Lobrede, in der er die vielen Ehrenämter und Lehraufträge Sieberts hervorhob, der seine Kenntnisse und Erfahrungen in beratender Funktion weiterhin zur Verfügung stellen wird.

Quelle: Wäller Blättchen, Nr. 1/2012

- Auch die **Stätte der Begegnung** feierte im Oktober 2012

ihren 60. Geburtstag und zwar im Jugendhof Vlotho, dessen ehemaligem Leiter Werner Rietz sie ihre Gründung verdankt. AdB-Geschäftsführerin Ina Bielenberg nahm an der Jubiläumsveranstaltung teil, auf der Harald Meves, der Leiter der Stätte, zusammen mit der Vorsitzenden des Trägervereins, Heide Blunk, zahlreiche Gäste begrüßen konnte. Die Glückwünsche der Landesregierung überbrachte die nordrhein-westfälische Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport, Ute Schäfer. „Ihr Haus ist eine feste Größe in der Bildungsarbeit nicht nur in Vlotho, sondern auch in Nordrhein-Westfalen“, lobte die Ministerin die Arbeit der Stätte der Begegnung und hob die Bedeutung von Bildung auch außerhalb von Schule und Hochschule hervor. Festredner Prof. Dr. Hilmar Peter, Bielefeld, machte in seinen Ausführungen an verschiedenen Beispielen deutlich, dass Bildung immer im gesellschaftlichen Kontext stattfindet und eine Bildungsdiskussion nicht losgelöst von der politischen und sozialen Situation geführt werden kann. Hilmar Peter, als ehemaliger Leiter des etwas älteren Jugendhofs Vlotho als früherer Nachbar der Stätte der Begegnung verbunden, war nur einer von zahlreichen einstigen und heutigen Kolleginnen und Kollegen aus den Vlothoer Bildungseinrichtungen Jugendhof Vlotho, Gesamteuropäisches Studienwerk und Arbeitskreis Entwicklungspolitik, die an der Veranstaltung teilnahmen und die gute Kooperation und Vernetzung zwischen den verschiedenen

Institutionen in Vlotho unterstrichen.

Die Stätte der Begegnung besteht aus drei miteinander kooperierenden Weiterbildungseinrichtungen, deren Angebote sich an Jugendliche und junge Erwachsene, an Frauen, Männer und Familien, an ältere Menschen im Ruhestand und Erwerbstätige in sozialen und anderen Arbeitsfeldern richten. Schwerpunkte der Seminare und Projekte sind politische Bildung, Qualifizierung für bürgerschaftliches Engagement sowie Eltern- und Familienbildung.

Leiter Harald Meves, der sich inzwischen auch als Kabarettist einen Namen gemacht hat, engagiert sich im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten vor allem in der Kommission Erwachsenenbildung.

Quelle: Vlothoer Zeitung vom 15.10.2011

- Im Vergleich zu den beiden erstgenannten Bildungsstätten ist das **Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V.** mit 40 Jahren von fast noch jugendlichem Alter. Am 2. Dezember 2011 beging

es seinen Geburtstag mit einer Feier im Essener Kulturzentrum Grend. Kooperationspartner, Förderer und Trägervereinsmitglieder sowie Mitarbeiter/-innen fanden sich aus diesem Anlass zusammen. Die Vorsitzende des Trägervereins, Dr. Mathilde Jamin, hob in ihrer Begrüßung die Überlebensfähigkeit des Bildungswerks durch Spezialisierung und Kooperation hervor: Es sei den Mitarbeiter/-innen gelungen, auch in schwierigen Phasen immer wieder innovativ Felder zu besetzen und starke Partner zu finden. In einer kurzen Ansprache fragte der zweite Vorsitzende, Heinz H. Meyer, nach den Zukunftsaussichten eines „kleinen Fachgeschäftes für politische Bildung“ und sah diese einerseits in einer dem Mediengeschwätz ausweichenden Sachkompetenz und andererseits in der Verbindung politischer Bildung mit künstlerisch-kreativen Elementen gegeben.

Das Bildungswerk verdankt seine Entstehung ehrenamtlichem Engagement von Angehörigen der Bürgerrechtsorganisation „Humanistische Union“, die schon lange vor

dem Inkrafttreten des Weiterbildungsgesetzes NRW Gesprächskreise in Justizvollzugsanstalten gegründet und bürgerrechtliche Aufklärungsveranstaltungen durchgeführt und 1973 eine erste staatliche Anerkennung erlangt hatte. Das Bildungswerk wird seit 1978 hauptberuflich geleitet, expandierte Anfang der 80er Jahre stark im gesamten Ruhrgebiet und ist seit den 90er Jahren auch bundesweit präsent. Programmschwerpunkte wurden Zeitgeschichte, Einwanderungsgesellschaft und – nach der Fusion mit dem Hannah-Arendt-Bildungswerk 2005 – Fragen der Medienkompetenz; Bürger- und Menschenrechte blieben orientierende Wegmarken. Eine „wissenschaftlich-pädagogische Arbeitsstelle“ des Bildungswerks engagiert sich seit 1998 in vielfältigen Modell-, Fortbildungs- und Rechercheprojekten. Im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten wird das Bildungswerk durch Dr. Paul Ciupke vertreten, der sich als vom AdB-Vorstand benannter Herausgeber auch für die Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ engagiert.

Bericht: Norbert Reichling

Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille schloss zum Jahresende

Die Alte Molkerei Frille war über 30 Jahre lang ein fester Bestandteil der Bildungslandschaft und gehörte zu den Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, die sich in zahlreichen Feldern der Verbandsarbeit engagieren. Ende des Jahres 2001 schloss die Einrichtung ihre Pforten. Das Haus steht inzwischen zum Verkauf an

Wie die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen berichteten, ist der schwere Entschluss zur Schließung der Einrichtung das Ergebnis langer Überlegungen und eines intensiven Austausches mit dem Vorstand und den Mitgliedern des Trägervereins. Als Grund wurde die schwierige finanzielle Situation genannt, in der sich die Einrichtung nach der Kürzung von Fördermitteln

auf Bundes- und Landesebene seit einigen Jahren befand. Einsparungsmöglichkeiten wurden zwar genutzt, Projektmittel akquiriert, jedoch ging dies nicht nur mit einer starken Mehrbelastung des Personals einher, sondern reichte nicht aus, um die entstandenen Finanzierungslücken zu füllen. So kam es immer wieder zu Liquiditätsengpässen, was die Arbeitsmöglichkeiten

massiv einschränkte. Das Team der Alten Molkerei Frille hat eine Zeitlang diesen finanziellen Notstand und damit verbundene Unsicherheiten ausgehalten, war es aber schließlich leid, weiter auf dünnem Eis zu agieren, zumal sich die gesundheitlichen Belastungen mehrten. Man sah für die Einrichtung und für das Bildungsprofil keine angemessene Basis mehr, die verantwortlich erschien.

Die Alte Molkerei Frille begann vor mehr als 30 Jahren zunächst schwerpunktmäßig mit der Bildungsarbeit von arbeitslosen und bildungsfernen Jugendlichen. Sie profilierte sich bald mit der Entwicklung von Konzepten der Mädchen-/Frauenbildung, geschlechtergerechter Arbeit und Angeboten zur Umsetzung von Gender Mainstreaming. Gesellschaftspolitische Themen wie Geschlechtsbezogene Pädagogik, Partizipation und Demokratieentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft, Konstruktive Konfliktbewältigung, Fragen ethischen Handelns und Gestaltung von Erziehungs- und Bildungsprozessen waren zuletzt die Schwerpunkte der Bildungspraxis. Die Fachlichkeit der alten Molkerei Frille wird nicht nur im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, sondern auch der außerschulischen politischen Bildung fehlen.

Das Internet fördere mit seinen großen Chancen Strukturen der Kommunikation und des Zusammenhalts, aber es bewirke auch eine Beschleunigung aller Alltagsabläufe. Das Netz mache zudem viele Informationen oberflächlicher. Man habe weniger Zeit und Gelegenheit, sich mit den Dingen tatsächlich zu befassen. Die große Herausforderung für alle Beteiligten bestehe darin, die Vielzahl der Informationen, die man aus dem Internet bekomme, auch richtig einzuordnen. Die politischen Stiftungen hätten im Zeitalter der Digitalisierung die Aufgabe, die Kompetenz zur Einordnung von Informationen zu vermitteln und damit die Rückbindung des Digitalisierten an das Analoge herzustellen.

Dritter Demokratiekongress der KAS debattierte über politische Bildung im digitalen Zeitalter

Es war nun schon der dritte Demokratiekongress, den die Konrad-Adenauer-Stiftung Ende November 2011 in Berlin-Adlershof veranstaltete. „Digitale (Un)Kultur und Demokratie“ war sein Thema, das rund 500 Personen nach Adlershof zog. Es war das Ziel des Veranstalters – die Abteilung Politische Bildung bei der Konrad-Adenauer-Stiftung unter der Leitung von Dr. Melanie Piepenschneider hatte hier die Federführung – die Auswirkungen des Internets auf Politik, Medien und Politische Bildung zu thematisieren und darüber zu diskutieren, wie auf die Digitalisierung zu reagieren und wo Handlungsbedarf festzustellen sei.

Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, wies in seiner Begrüßung auf die Symbolkraft des Ortes hin, an dem der Kongress stattfand. Adlershof sei Deutschlands modernster und größter Technologie- und Gründerpark und deshalb besonders zur Erörterung des Themas geeignet. Seit der Entwicklung der Schrift habe kein anderes Medium das Leben der Menschen über alle Grenzen hinweg so

massiv beeinflusst, wie das Internet. Mit dem Einzug der digitalen Medien erlebe die Menschheit eine ebenso große Kommunikationsrevolution, wie sie seinerzeit mit der Erfindung des Buchdrucks stattgefunden habe. In der Digitalisierung liege für die Politik wie für die Politische Bildung nicht nur eine neue Herausforderung, sondern vor allem die Chance der Teilhabe, für die jedoch auch für alle die technischen Voraussetzungen zu schaffen seien.

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich hatte sodann Gelegenheit, seine Erwartungen an die politische Bildung im digitalen Zeitalter zu formulieren. Er bezeichnete es, auch mit Bezug auf die kurz zuvor bekannt gewordenen neonazistischen Morde, als vordringliche Aufgabe der politischen Bildung zu erklären, was Freiheit bedeute, Freiheit schätzen zu lernen und klarzumachen, dass Freiheit Voraussetzung dafür sei, dass der Einzelne sich als Persönlichkeit entfalten könne. Freiheit als Ziel der politischen Bildung und die Wertschätzung der Freiheit seien die Grundlagen für unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat.

Den Fachimpuls zum Thema der Veranstaltung gab der amerikanische Wissenschaftler Jeff Jarvis von der City University New York, der sich für eine neue Form der Öffentlichkeit im Netz stark machte. Notwendig dafür seien Aufgeschlossenheit und ein Loslassen altbekannter Denkmuster und Strukturen. Jeder Akt der Zensur, Intransparenz oder Zentralisierung müsse bekämpft werden. Das Internet sei dafür da,

Wissen zu teilen und Informationen nutzbar zu machen. Wissen sei durch das Internet – wie vor der Zeit von Gutenberg – wieder zum von Link zu Link weitergegebenen Prozess geworden, der keinen Anfang und kein Ende kenne, während es durch die Erfindung von Gutenberg für lange Zeit zum Produkt wurde.

Anschließend wurde in drei verschiedenen Foren über die Auswirkungen der Digitalisierung auf Politik, politische Bildung und Medien diskutiert.

Forum I des KAS-Demokratiekongresses beschäftigte sich mit der Auswirkung der Digitalisierung auf die Politik. Während Dr. Stephan Eisel, Projektleiter für Internet und Demokratie bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, keinen grundlegenden Wandel der Demokratie durch das Internet sah, das an sich kein neues Politikinteresse schaffe, forderte Martin Delius von der Piratenpartei mehr Angebote, um das Internet für die Demokratie zu nutzen. Dass Parteimitglieder online über Wahl- und Parteiprogramme diskutieren können, ginge nur im Internet, nicht mit Papier. Das Internet habe Bürgernähe einfacher gemacht, fand Dr. Peter Tauber, CDU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“, der ohne Umweg über Journalisten heute über soziale Netzwerke direkt zu den Bürgern und Bürgerinnen sprechen kann. Damit erreiche er auch diejenigen, die sich sonst nicht für Politik interessieren. Auch Manuel Höferlin, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Internet-Landesverbandes der FDP, stellte fest, dass die Menschen heute eher auf ihn zugehen, weil sie mehr als früher über ihn und seine Aktivitäten informiert sind.

Forum II befasste sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die politische Bildung.

Didaktik-Professorin Anja Besand von der TU Dresden forderte mehr Mut im Umgang mit neuen Medien. Die Träger der politischen Bildung hätten noch zu viel Angst vor humorvollen und niederschweligen Angeboten, bei denen Nutzer im offenen Dialog ihre Meinung sagen dürften. Die Träger müssten vor dem Start eines interaktiven Portals beachten, dass dies nicht kostengünstig werde. Die Betreuung der Seitenaktivitäten sei „pflegeintensiv“. Da die Bürgerinnen und Bürger verstärkt nach direkter Beteiligung und mehr Transparenz im politischen Geschehen verlangen, müsse der Kanal der digitalen Medien intensiver genutzt werden, sagte Jutta Croll, Geschäftsführerin der Stiftung Digitale Chancen. Bildungsangebote im Netz dürften jedoch nicht zu textlastig sein, sondern müssten durch Grafiken und Videos aufgelockert werden. Zudem sei eine einfache Bedienung notwendig. Thorsten Schilling, Leiter des Fachbereichs Multimedia und IT der Bundeszentrale für politische Bildung, plädierte dafür, dass die Träger einen Teil der Programmverantwortung und Kontrolle ihrer Online-Medien schrittweise an die Nutzer abgeben. Da alle Träger der politischen Bildung bei Format-Entwicklungen für das Web am Anfang stehen, forderte Schilling eine bessere Vernetzung bereits existierender Plattformen. Die Konzepte und Ideen dieser Portale müssten veröffentlicht und zugänglich gemacht werden.

Ausführlich widmete sich das Forum der schulischen Bildung. Viele Lehrerinnen und Lehrer seien immer noch „resistent“

gegenüber digitalen Möglichkeiten und würden sich gegen Neuerungen „wehren“. Es sei im Unterricht nicht normal, Informationen von außen zuzulassen, da dies die Autorität des Lehrers in Frage stelle.

Kurt Edler, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, nannte als Kernzielgruppe der politischen Bildung Kinder- und Jugendliche im Alter von 13 bis 18 Jahren. Den Einsatz von immer mehr neuen Medien lehnte er ab. Primär müsse es um Werte und die „Einarbeitung demokratischer Praxis“ gehen.

Forum III stellte die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Medien in den Mittelpunkt. Dazu diskutierten der Kommunikationswissenschaftler Wolfgang Donsbach und Donata Hopfen, Geschäftsführerin von Bild Digital.

Donsbach wies darauf hin, dass die Menschen mit Hilfe des Internets partizipativer würden und einfacher miteinander kommunizierten. Damit einher gehe allerdings auch die Befürchtung, dass sie sich eher zurückziehen und weniger die Öffentlichkeit suchten. Durch die Sozialen Medien werde jeder zum Journalisten, weshalb keine Presse und Verlage mehr gebraucht würden. Das bedeute aber, dass öffentliche Kommunikation weniger Validität erhalte und weniger professionell sei.

Zur Rolle des Journalisten im Web 2.0 wurde angeführt, dass der Zeitungsjournalist inzwischen schnell arbeiten muss, interaktiv und technisch versiert. Markus Hesselmann, der beim Tagesspiegel für den Online-Bereich zuständig ist, berichtete aber auch, dass der Leserschaft des Tagesspiegels Qualität immer

noch wesentlich wichtiger sei als Schnelligkeit.

Dass professionelle Journalisten durch Twitter nicht zu ersetzen sind, bestätigte Donata Hopfen am Beispiel der Leserreporter bei der BILD, die Fotos per Mail oder SMS schicken können. Dennoch sei deren Rolle nicht zu unter-

schätzen. Das Internet biete die Chance, mehr Menschen für öffentliche Themen zu begeistern, so Kommunikationswissenschaftler Donsbach, aber es sei noch nicht die Hauptinformationsquelle und wenn, dann seien es die Internetseiten der traditionellen Medien, auf denen sich die Leute informierten.

Zur Perspektive des Medienkonsums in zehn Jahren sagte Hopfen: „Wir informieren uns digital und mit einer Wochenzeitung, die Hintergrundinfos liefert.“

Quelle: Dokumentation des Kongresses auf der Website der KAS: www.kas.de/wf/de/71.10785/

Neue Publikationen vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten und seinen Mitgliedsinstitutionen

In einer neuen Broschüre präsentiert der **Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten** Beispiele der politischen Bildung zu seinem Jahresthema 2011: „**Neue Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie – Chancen demokratischer Beteiligung nutzen!**“

Zehn Bildungsinstitutionen aus dem AdB stellen vor, wie sie dieses Thema in Veranstaltungen oder Projekten aufgegriffen und umgesetzt haben. Die Palette reicht von der Initiierung und Begleitung von Foren, die Politik und Bürger/-innen zusammenbringen, über die Qualifizierung für die öffentliche Artikulation politischer Anliegen hin zur Aus-

einandersetzung mit Partizipationsmöglichkeiten in der Gesellschaft und zur Entwicklung von Vorstellungen zur Gestaltung der eigenen Zukunft. Aber es geht auch um die kritische Annäherung an Ziele und Wirkungen sozialer Bewegungen in Geschichte und Gegenwart und an Utopien zu Staatssystemen über das Medium Spielfilm.

Daneben enthält die Broschüre die Stellungnahme des AdB, mit der er das von ihm gewählte Jahresthema 2011 begründete, und einen Bericht über die Jahrestagung, mit der 2010 der inhaltliche Einstieg in das Jahresthema 2011 erfolgte.

Die Broschüre ist gratis beim Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten erhältlich und steht auf der AdB-Homepage unter: <http://www.adb.de/publikationen/themenhefte.php> zum Download bereit.

Passend zum neuen AdB-Jahresthema 2012 hat die **Konrad-Adenauer-Stiftung** eine Broschüre herausgegeben, in der **Stimmungsbilder zur Umwelt- und Klimapolitik in Einsatzländern der Stiftung** von ihren Auslandsbüros zusammengetragen wurden. Die Beiträge zeigen, wie sich der Klimawandel regio-

nal auswirkt, wie er öffentlich und politisch wahrgenommen wird und welche klimarelevanten innen- und außenpolitischen Konsequenzen damit verbunden sein können.

Im Internet unter:
<http://www.kas.de/wf/de/33.29457/?src=nl2011-11-10>.

Die **Konrad-Adenauer-Stiftung** weist vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse auf ihre Publikationen zum Thema **Rechtsextremismus** hin. Darunter finden sich insbesondere drei Studien von **Rudolf van Hüllen** zur Renaissance des rechtsextremistischen Phänomens:

- „Modernisierter“ Rechtsextremismus (<http://www.kas.de/wf/de/33.29494/?src=nl2011-11-10>),
- Ideologie des „modernisierten“ Rechtsextremismus (<http://www.kas.de/wf/de/33.29493/?src=nl2011-11-10>) sowie
- Strategie und Taktik des „modernisierten“ Rechtsextremismus (<http://www.kas.de/wf/de/33.29495/?src=nl2011-11-10>).

Viola Neu ist die Autorin von zwei neuen Studien, die die **Kon-**



rad-Adenauer-Stiftung kürzlich veröffentlichte. „**Von Gysi geeint – von Lafontaine geschweißt. Die programmatische Entwicklung der Partei Die Linke/PDS von 1990 bis 2011** lautet der eine, **Jugendliche und Islamismus in Deutschland. Auswertung einer qualitativen Studie** der andere Titel.

Beide Publikationen sind zu beziehen über die Konrad-Adenauer-Stiftung, stehen aber auch zum Download auf der KAS-Homepage bereit.

www.kas.de/wf/de/33.29675/ und www.kas.de/wf/de/33.29445/

„**Auswirkungen der Mittelkürzungen im Programm soziale Stadt**“ ist der Titel einer im November 2011 erschienenen Publikation der **Friedrich-Ebert-Stiftung** in der Reihe WISO-Diskurs. Autor ist **Thomas Franke**, der analysiert, welche Auswirkungen durch die von der Regierung beschlossenen Kürzungen im Städtebauförderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ bereits eingetreten bzw. zu erwarten sind.

Die Veröffentlichung ist zu beziehen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und im Internet abrufbar unter: www.fes.de/wiso

Blickwinkel – Blickwechsel. Perspektivisches Schreiben zur DDR-Geschichte. Vorschlä-

ge und Reflexionen ist der Titel einer neuen Publikation des **Bildungswerks der Humanistischen Union NRW e. V.**, die im FIAB Verlag Recklinghausen erschien. Der Ansatz des perspektivischen Schreibens wird von **Heidi Behrens** und **Norbert Reichling** auf seine Eignung für die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte und deutsch-deutschen Themen überprüft. Das Heft illustriert die Möglichkeiten des perspektivischen Schreibens anhand von neun Themen. Es bietet Arbeitsvorschläge und ergänzende Materialien zu verschiedenen Phasen und Problemen der DDR-Gesellschaft.

Diese Veröffentlichung ist beim Bildungswerk der Humanistischen Union NRW, Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen, buero@hu-bildungswerk.de gegen eine Schutz- und Versandgebühr zu beziehen.

Die **Bildungs- und Begegnungsstätte „Der Heiligenhof“** feiert im Jahr 2012 ihr 60jähriges Bestehen. Bereits im Dezember 2011 erschien dazu eine **Jubiläumsschrift**, in der die Geschichte des Heiligenhofs von 1952 bis heute rekapituliert wird. Der Heiligenhof wurde einst als Hort für sudetendeutsche Kinder und Jugendliche gegründet, die zur Erholung nach Bad Kissingen geschickt wurden. Aber bald rückte auch Bildung als Aufgabe in den Mittelpunkt der Arbeit, die zum Ziel hatte, die kulturelle Identität

der Sudetendeutschen zu erhalten. Die Publikation stellt verschiedene Phasen der Entwicklung des Heiligenhofs aus der Perspektive von Wissenschaftlern, Zeitzeugen und haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern dar, ergänzt durch Gruß- und Geleitworte. Die Redaktion hatte der Vorsitzende der Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk, **Dr. Günter Reichert**, ehemals Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung.

Bezug gegen eine Schutzgebühr bei der Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk, Alte Euerdorfer Str. 1, 97688 Bad Kissingen. www.heiligenhof.de

Nr. 3/4 2011 der vom **Gesamteuropäischen Studienwerk e. V.** herausgegebenen **aktuellen ostinformationen** steht wiederum im Zeichen der deutsch-polnischen Beziehungen, was nicht nur den Wahlen in Polen geschuldet ist, sondern auch der Veranstaltung von zwei Fachtagungen zum Thema deutsch-polnischer Partnerschaft und Kooperation. Weitere Beiträge behandeln deutsch-polnische Gedächtnisorte, fragen nach Ursachen, Erscheinungsformen und Strategien des europäischen Neofaschismus und nach einem menschenwürdigen Umgang mit dem/n Fremden.

Bezug: Gesamteuropäisches Studienwerk e. V., Südfeldstraße 2-4, 32602 Vlotho. www.gesw.de

ABC Bildungs- und Tagungszentrum mit neuem Newsletter

Im November 2011 erschien die erste Ausgabe des neuen Newsletters des ABC Bildungs- und Tagungszentrum in Drochtersen-Hüll. In loser, ca. sechswöchiger Reihenfolge informiert der ABC-Newsletter über Aktuelles aus

dem Bildungsprogramm und dem Tagungshaus. Interessierte können sich über die Internetseite in die Verteilerliste eintragen. Im Rahmen dieser Neuerung erhielt das ABC auch ein neues Logo.

**Im Internet unter: ABC Bildungs- und Tagungszentrum,
Tel. 04775-529,
E-Mail: abc@abc-huell.de,
Internet: www.abc-huell.de.**

Spiel zur Kommunikationsförderung

Dorothee-Stieber-Schöll, freie Mitarbeiterin des Jugendhofs Vlotho, der Stätte der Begegnung und des AKE-Bildungswerkes, hat ein Spiel entwickelt, das für die Förderung der Kommunikation in sozialen Zusammenhängen eingesetzt werden kann. Mit dem Spiel wird wertschätzendes und aufmerksames

Sprechen und Zuhören aller Beteiligten angeregt. Erlebnisse und Gefühle können mitgeteilt, gemeinsame Vereinbarungen getroffen und ihre Einhaltung später überprüft werden. Der Name „Spielend Familie leben“ zeigt, dass das Spiel ursprünglich für die Kommunikationsförderung in Familien gedacht war.

Es kann aber auch für die Arbeit in anderen Gruppen, z. B. festen Teams, eingesetzt werden.

**Nähere Informationen/Bestellung bei: Dorothee Stieber-Schöll,
E-Mail: info@im-Dialog-entwickeln.de**

Personalien

Die Mitgliederversammlung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten wählte am 7. Dezember 2011 in Haus Neuland, Bielefeld, einen neuen Vorstand für die nächsten beiden Jahre. **Peter Ogrzall**, Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin, wurde in seinem Amt als AdB-Vorsitzender, **Ulrike Steimann**, Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter, als seine Stellvertreterin bestätigt. Wiedergewählt wurden auch **Ulrich Ballhausen**, Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, **Martin Kaiser**, PfalzAkademie, Lambrecht, **Petra Tabakovic**, Internationaler Bund, Frankfurt, und **Birgit Weidemann**, Hoch-Drei – Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam. **Udo Dittmann**, Akademie Biggese, Attendorn, und **Bettina Heinrichs**, WannseeFORUM, Berlin, wurden neu in den Vorstand gewählt. Nicht wieder kandidiert hatten **Ulrika Engler**, aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen, und **Klaus-Ulrich Nieder**, der zuletzt das Internationale Informations- und Bildungszentrum Schloss Gimborn, Marienheide, im AdB vertrat.

Als neue Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten wurden von der Mitgliederversammlung im Dezember 2012 in Bielefeld aufgenommen:

- **Wilfried Klein** für das Willi-Eichler-Bildungswerk, Köln,
- **Darius Müller** für das Bildungs- und Begegnungszentrum Schloß Trebnitz, Müncheberg/Brandenburg,
- **Julia Schmidt** für vogelsang ip I Internationaler Platz im Nationalpark Eifel, Schleiden, und
- **Marion Welsch** für die Begegnungsstätte Schloss Gollwitz, Brandenburg.

Der langjährige Leiter des Europaheuses Marienberg, **Burkhardt Siebert**, wurde im Rahmen einer Feierstunde zum 60jährigen Jubiläum des Europaheuses in den Ruhestand verabschiedet. Er engagierte sich in den mehr als dreißig Jahren seiner Tätigkeit auch im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, hier vor allem in der Kommission für Europäische und Internationale Arbeit. Er wird dem Europaheuse Marienberg und anderen gemeinnützigen Trägern und NGOs auch weiterhin beratend zur Verfügung stehen.

Meta Janssen-Kucz, Leiterin des Europaheuses Aurich, rückt für den am 10. Oktober 2011 verstorbenen Grünen-Politiker Ralf Brie-se in den Niedersächsischen Landtag nach. Sie war von 1995-1997 Landesvorsitzende der niedersächsischen Grünen und gehörte in den Legislaturen 1998-2008 als Abgeordnete der Grünen bereits dem Landtag an. Das Europaheuse wird zurzeit kommissarisch von Studienleiter **Kalle Puls-Janssen** und Verwaltungsmitarbeiterin **Christa Wiets** geleitet.

Mit einem Festakt wurde **Prof. Dr. Ekkehard Nuissl von Rein**, Wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) in Bonn seit 1991, im Beisein zahlreicher Gäste aus dem In- und Ausland in den Ruhestand verabschiedet. Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, war eine der Festredner/-innen, die die Verdienste Nuissl von Reins für die deutsche und internationale Weiterbildung würdigten. Unter seiner Leitung hatte sich das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung, einst hervorgegangen aus dem Pädagogischen

Institut des Deutschen Volkshochschulverbandes, zu einem wissenschaftlichen Institut der Leibniz-Gemeinschaft entwickelt, das auch internationale Anerkennung genießt.

Ralf Fücks und **Barbara Unmü-Big** wurden von der Mitgliederversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung für die nächsten fünf Jahre in ihren Ämtern als Vorstände der Stiftung bestätigt.

Die AKSB-Mitgliederversammlung wählte am 23. November 2011 folgende neue Vorstandsmitglieder:

- **Bernward Bickmann**, Leiter des Franziskanischen Bildungswerks e. V., Großkrotzenburg, ist neuer Vorsitzender;
- **Benedikt Widmaier**, Direktor der Akademie für politische und soziale Bildung, Haus am Maiberg, wurde stellvertretender Vorsitzender;
- **Dr. Siegfried Grillmeyer**, Akademiedirektor des Caritas-Pirkheimer-Hauses, Nürnberg.

Dem Vorstand gehören als bereits 2009 gewählte Mitglieder **Ulrike Gentner**, stellvertretende Leiterin des Heinrich-Pesch-Hauses, Ludwigshafen, **Pater Johann Spermann SJ**, Leiter des Heinrich-Pesch-Hauses, und **Alois Nock**, Geschäftsführer der kifas gemeinnützige GmbH Waldmünchen, an. Der bisherige AKSB-Vorsitzende **Dr. Alois Becker** hatte nicht wieder kandidiert.

Barbara Menke, seit 2011 Bundesgeschäftsführerin von „Arbeit und Leben“ und Vorstandsmitglied des Bundesausschusses für Politische Bildung (bap) ist neues Mitglied des Verwaltungsrats, der als Aufsichts-

gremium des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung die Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Vereins überwacht.

Der südbadische SPD-Landtagsabgeordnete **Christoph Bayer** ist neuer Kuratoriumsvorsitzender der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Zu seiner Stellvertreterin wählte das Kuratorium die CDU-Abgeordnete Katrin Schütz aus Karlsruhe.

Die 84. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings wählte zum ersten Mal eine Doppelspitze. Vorsitzende ist **Ursula Fehling**, Vorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Vorsitzender **Sven Frye**, Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken. Stellvertretende Vorsitzende sind **Julia Böhnke**, DGB-Jugend, und **Hetav Tek**, djo-Deutsche Jugend in Europa, sowie **Alexander Bühler**, Arbeiter-Samariter-Jugend Deutschlands, und **Gunnar Czimczik**, Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder im Ring deutscher Pfadfinderinnen- und Pfadfinderverbände.

Einen neuen Vorstand wählte auch die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im November 2011 in Berlin. Neuer Vorsitzender der aej ist **Dr. Thomas Schalla**, Landesjugendpfarrer der Evangelischen Landeskirche in Baden. Stellvertretende Vorsitzende sind **Sigrid Müller**, Referentin für Jugendpolitik beim CVJM-Gesamtverband in Deutschland, sowie **Mieke Bethke**, Pastorin im Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden K.d.ö.R. (Baptisten) und **Ann-Kathrin Sommerfeld**, Ehrenamtliche aus der

Evangelisch reformierten Jugend. Als Schatzmeister wurde **Udo Bußmann**, Landesjugendpfarrer der Evangelischen Kirche von Westfalen, in seinem Amt bestätigt. Als Beisitzerinnen und Beisitzer gewählt wurden **Felix Beck** (Ehrenamtlicher aus der Evangelischen Jugend in Baden), **Ingo Dachwitz** (aej-Jugenddelegierter in der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland), **Cornelia Dassler** (Landesjugendpastorin der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers), **Dr. Tim Gelhaar** (Bildungsreferent beim Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder), **Henriette Labsch** (Ehrenamtliche der Evangelischen Jugend Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz) und **Michael von Winning** (Ehrenamtlicher der Evangelisch-Methodistischen Kirche).

Die Coburger Landtagsabgeordnete **Susann Biedefeld** wurde von der Mitgliederversammlung der Franken-Akademie Schloss Schney e. V. Anfang dieses Jahres in ihrem Amt als Vorsitzende bestätigt. Neu als stellvertretender Vorsitzender ist **Thomas Petrak**, Geschäftsführer des BRK-Kreisverbandes Lichtenfels.

Johannes-Wilhelm Rörig, bis Ende November 2011 Ministerialdirigent in der Abteilung Kinder und Jugend im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, hat Anfang Dezember 2012 die Nachfolge von **Dr. Christine Bergmann** als neuer Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs angetreten.

Die Preisträgerinnen 2011 des Helene-Weber-Preises, mit dem das herausragende politische Engagement der Frauen in Städ-

ten, Gemeinden und Landkreisen gewürdigt wird, sind:

- Hauptpreis: **Dr. Sylvie Nantcha**, Freiburg i. Br. (Baden-Württemberg)
- **Zeliha Aykanat**, Nordenham (Niedersachsen)
- **Maria Beck**, Priesendorf (Bayern)
- **Petra Budke**, Dallgow-Döberitz (Brandenburg)
- **Ute Chlechowicz**, Uelzen (Niedersachsen)
- **Elke Cordes**, Soltau (Niedersachsen)
- **Marlies Ehbrecht**, Hannover Vahrenwald-List (Niedersachsen)
- **Hillgriet Eilers**, Emden (Niedersachsen)
- **Dr. Julia Frank**, Lorch (Baden-Württemberg)
- **Barbara Haimerl**, Gemeinde Wald, Landkreis Cham (Bayern)
- **Susanne Herweg**, Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern)
- **Gundela Knäbe**, Gemeinde Zirkow auf Rügen (Mecklenburg-Vorpommern)
- **Anja Reinalter**, Stadt Laupheim (Baden-Württemberg)
- **Josefa Schmid**, Gemeinde Kollnburg/Landkreis Regen (Bayern)
- **Ulla Thönnissen**, Städteregion Aachen (Nordrhein-Westfalen).

Der Helene Weber-Preis wird seit 2009 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verliehen. Eine unabhängige Jury wählt die Preisträgerinnen aus den von Mitgliedern des Deutschen Bundestages vorgeschlagenen Kandidatinnen aus. Der Hauptpreis ist mit 10.000 Euro dotiert und kann für kommunalpolitische Projekte eingesetzt werden. Alle 15 Preisträgerinnen erhalten ein dreitägiges Trainingsprogramm und ein individuelles Coaching durch die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF).

Bücher

Helmut Strizek: Clinton am Kivu-See. Die Geschichte einer afrikanischen Katastrophe – Frankfurt/M. u.a., Verlag Peter Lang 2011, 408 Seiten

„Die deutsche Afrikapolitik beruht auf einer realistischen Einschätzung des Kontinents. Sie gründet auf universellen Werten und ist zugleich von Interessen geleitet. Sie berücksichtigt, dass die Menschen in Afrika in erster Linie selbst für ihren Kontinent verantwortlich sind.“ So heißt es in der Einleitung des neuen Konzepts der Bundesregierung „Deutschland und Afrika“, das zum Sommer 2011 verabschiedet wurde (im Netz: www.auswaertiges-amt.de). Zu einer realistischen Einschätzung müsste es gehören, die Konfliktlage, die zum Ende des 20. Jahrhunderts die zentralafrikanische Region in eine Katastrophe stürzte, und die von der ehemaligen US-Außenministerin Albright als „Erster Weltkrieg Afrikas“ bezeichnet wurde, im Blick auf ihre Gründe und politischen Verantwortlichkeiten, aber auch auf ihre Folgen und Deutungen zu analysieren. Dazu hat jetzt Helmut Strizek, der bereits Anfang der 1980er Jahre als EU-Berater in Ruanda tätig war, eine instruktive und brisante Studie vorgelegt.

Der Autor stellt den Massenmord an der Tutsi-Bevölkerung, der 1994, im Zuge der Eroberung Ruandas durch die Guerilla-Truppe des Exil-Tutsi Kagame, stattfand, in den Mittelpunkt seiner Analyse. Er thematisiert die Verbindungslinien zur amerikanischen Aufmischung und Neuausrichtung der Region seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und zu den drei Kongo-Kriegen, die bis Anfang des 21. Jahrhunderts dauerten und 2006 – auch unter deutscher militärischer Beteiligung – einer fragwürdigen Befriedung zugeführt wurden.

Er arbeitet sich durch die wissenschaftliche und politische Literatur, die teilweise durch nationale Parteinahmen oder die Bevorzugung einzelner Opfergruppen geprägt ist und oft ein unübersichtliches Bild des Geschehens liefert. Er stützt sich auch auf die mittlerweile veröffentlichten Memoiren maßgeblicher Akteure und – methodisch etwas problematisch – auf Insider- und Geheimdienstinformationen. Es wäre aber unsinnig, ihn, wie von Seiten einzelner Hilfsorganisationen und Sympathisanten des neuen ruandischen Regimes geschehen, als Verschwörungstheoretiker einzustufen. Die Hauptlinien seiner Analyse sind sorgfältig belegt. Strizek will den Völkermord an den Tutsi nicht leugnen, sondern die „offizielle Lesart“ des Geschehens – die Guerilla Kagames musste das Hutu-Regime in Kigali stürzen, da es einen Tutsi-Völkermord vorbereitete, und später die Mörderbanden im Ostkongo austräuchern – in Frage stellen. Seine Bilanz ist bestürzend, die wichtigsten Resultate sind:

Erstens ist die landläufige Behauptung, der Westen, allen voran die Amerikaner, wäre über die Einzelheiten nicht informiert gewesen, habe weggeschaut und den Kontinent „vergessen“, unhaltbar. Die US-Außenpolitik, das belegen auch die (auf Deutsch 2008 erschienenen) Memoiren des militärischen Leiters der damaligen UN-Mission, Romeo Dallaire, war über alle Details informiert. Über die diplomatischen Kanäle wurde laufend das Geschehen begutachtet und die Positionierung der weltpolitisch relevanten Mächte abgestimmt. Clinton, der wie Albright in sei-

nen Memoiren das Ruanda-Kongo-Kapitel mit Schweigen übergeht, verstieg sich 1999 zu der albernen Ausrede, „er habe die Tutsi-Massaker in Ruanda ‚nicht mitbekommen‘, weil er so damit beschäftigt gewesen sei, ‚nach Bosnien zu kommen‘.“ (S. 166, f.) Strizek weist in seiner Studie, die den programmatischen Titel „Clinton am Kivu-See“ trägt, in detail nach, wie das State Departement, aber auch amerikanische Berater, Diplomaten, Hilfsorganisationen oder Lobby-Gruppen die Kontrolle innehatten.

Er zeigt also zweitens, dass sich – ganz im Gegenteil – die Amerikaner, beginnend mit der Ankündigung einer „neuen Weltordnung“ durch Präsident Bush sr. 1990, in Afrika aktiv einmischten, sich ordnungspolitisch neu bemerkbar machten und damit alte Partnerschaften, vor allem Zuordnungen der lokalen Machthaber zur frankophonen europäischen Aufsicht und Alimentierung, in Frage stellten. Da die Franzosen und in ihrem Gefolge auch die anderen europäischen Mächte mitspielten, kamen US-amerikanische Pläne zum Regime Change und zur Stabilisierung der politischen Herrschaft auf dem afrikanischen Kontinent zum Zuge – Pläne, die gleichzeitig die Destabilisierung bestehender Regime einschlossen, wenn dies für die von der Clinton-Administration identifizierten „neuen Führer Afrikas“ von Nutzen war. Davon profitierten vor allem Ugandas Staatschef Museveni und der von Uganda aus operierende Rebellenchef Kagame, der dann mit US-Genehmigung Ruanda in einen Bürgerkrieg stürzte, nachdem er die Bildung einer nationalen Koalitionsregie-

rung torpediert hatte. In der Folge kam es zu gigantischen Flüchtlingsbewegungen – in einem Land mit rund sechs Millionen Einwohnern irrte eine Million Flüchtlinge in den Kriegswirren umher – und, entlang dem aus der Kolonialzeit überlieferten rassistischen Hutu-Tutsi-Konstrukt, zu Massakern an Hunderttausenden Inlands-Tutsi, aber auch an Hutu oder (vermeintlichen) Kollaborateuren. Jede der mörderischen Parteien agierte hier von einem politisierten Standpunkt der Vergeltung aus: Mit dem Tode bestraft wurden diejenigen, die qua Volks(gruppen)zugehörigkeit oder Verrat an ihr für die nationale Katastrophe haftbar gemacht wurden. Kagame selber habe, das belegt Strizek mehrfach (S. 101, 132), für das Schicksal der Inland-Tutsi vor allem Verachtung übrig gehabt. Für den Rebellenchef fielen hier – um im Sprachgebrauch seiner US-Patrone zu bleiben – die unvermeidlichen Kollateralschäden auf dem Weg zur Macht an.

Strizek weist drittens nach, dass Sieg und Vergeltung des neuen Tutsi-Regimes zu weiteren großen Flüchtlingsströmen vor allem in den Ostkongo führten, was für Uganda und Ruanda dann den Ansatzpunkt zu einem regionalpolitischen Neuordnungsversuch und zum Zugriff auf die wirtschaftlichen Potenzen des Kongo bildete. Wiederum mit amerikanischer Unterstützung konnten der Regime-Wechsel in Kinshasa (damals Zaire, nachher Kongo) vollzogen, Laurent Kabila und später sein „Adoptivsohn“ Joseph inthronisiert und das Feindbild extremistischer Hutu-Milizen, die in ihren ostkongolesischen Lagern hausten und die Fortsetzung des Völkermords an den

Tutsi, an den „Juden Afrikas“, planten, mit internationaler Billigung etabliert werden – eine Entscheidung, an der übrigens auch die deutsche Außenpolitik beteiligt war. In drei Kongo-Kriegen, bei denen Millionen Menschen das Leben verloren (Hillary Clinton nannte die Zahl von 5,4 Millionen Toten seit 1998 (S. 296), kam es zu einer blutigen Bereinigung dieser Lage. Jedoch duldeten die Amerikaner letztlich nicht die „Balkanisierung“ des Kongo und wiesen die Anrainstaaten in ihre Schranken.

Das Kagame-Regime wurde so in seinen regionalpolitischen Ambitionen zurückgestutzt, doch konnte es viertens, wie Strizek darlegt, einen wichtigen Erfolg verbuchen: Alle Schuld wurde dem alten Regime bzw. der ehemaligen Interimsregierung und deren Willen „zur Vernichtung der Inlands-Tutsi“ (S. 167) zugewiesen. „Diese Version der Machtlosigkeit vor dem Tötungswillen der Hutu-Völkermörder wurde Staatsdoktrin der westlichen Welt und diente dem Arusha-Gericht (das von den UN mit der juristischen Aufarbeitung der Kriegsverbrechen beauftragt wurde, J.S.) als Arbeitsgrundlage.“ (S. 167) Das in Tansania tagende Gericht, vor dem auch Strizek als Gutachter aussagte und das 2010 die Beendigung seiner Arbeit ankündigte, hatte somit einen klaren politischen Auftrag – und erfüllte ihn: „Es sollte jeglicher Verdacht von der Weltgemeinschaft genommen werden, sie habe durch Unterlassung oder gar durch Beihilfe eine Schuld an der ‚Opferung der Tutsi‘. Als Nebeneffekt sollte das Gericht auch alle Hutu-Politiker ‚aus dem Verkehr ziehen‘, die der von der Weltgemeinschaft in

Kigali etablierten Militärdiktatur hätten Schwierigkeiten bereiten können.“ (S. 314)

Strizeks Analyse ist nicht widerspruchsfrei. Das gilt für die Einschätzungen einzelner Politiker von Außenminister Baker im ersten Kapitel bis zu Präsident Obama im Epilog des Buchs – bei denen jeweils die besten Absichten gelten sollen, während sie gleichzeitig anhand ihrer Machenschaften demaskiert werden. Und das gilt für Strizeks Versuch, eine Art Masterplan hinter dem Geschehen, eine „Clinton-Albright-Strategie“, ausfindig zu machen. Hier hält er das „Sudan-Syndrom“ (Kapitel X, Nr. 2), also eine Fixierung der US-Afrikapolitik auf das Sudan-Problem, für ausschlaggebend, wobei der Autor sich möglicherweise durch die Ausrufung des neuen sudanesischen Südstaates im Juli 2011 bestätigt sehen konnte. In seiner Analyse ist aber eine solche Zielstrebigkeit der US-Politik nicht erkennbar, und das Buch ist auch mehr als „Indizienprozess“ konzipiert, der gängige Gewissheiten in Frage stellen soll und letztliche Sicherheit nicht herstellen kann. Eins leistet es aber mit Sicherheit: Es zeigt, dass die Erklärung der Bundesregierung, „dass die Menschen in Afrika in erster Linie selbst für ihren Kontinent verantwortlich sind“, ein Hohn auf die realen Verhältnisse ist. Zu einer realistischen Einschätzung, gerade auch in der Bildungsarbeit, wo etwa, wie Strizek belegt (S. 340), die Bundeszentrale für politische Bildung mit fragwürdigen Materialien aufwartet, müsste es gehören, sich den unbequemen Wahrheiten über die Benutzung und Beaufsichtigung des „vergessenen Kontinents“ zu stellen.

Johannes Schillo

Wiebke Scharathow/Rudolf Leiprecht (Hrsg.): Rassismuskritik. Band 2: Rassismuskritische Bildungsarbeit – Schwalbach/Ts. 2009, Wochenschau Verlag, 415 Seiten

Die Tatsache, dass wir in einer Einwanderungsgesellschaft leben, unterstreicht die Frage nach gleichberechtigter Teilhabe und gerechter Verteilung von Chancen mehr denn je und stellt damit auch die Bildungsarbeit vor große Herausforderungen. Das vorliegende Buchprojekt bietet theoretische Perspektiven, Denkanstöße und praktische Handlungsansätze für eine kritische Pädagogik, die das Ziel verfolgt, über die Auseinandersetzung mit rassistischen Strukturen und Praxen zur Erarbeitung alternativer und verändernder Handlungsmöglichkeiten zu gelangen. Die in den Beiträgen des Buches dargelegte rassismuskritische pädagogische Haltung soll einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit in unserer pluriformen Gesellschaft leisten.

Während der erste Band des Buches „Rassismustheorie und -forschung in Deutschland. Kontur eines wissenschaftlichen Feldes“ einen Überblick zu aktueller Theorie und Forschung rassismuskritischer Ansätze bietet, konzentriert sich der zweite Band auf verschiedene Ebenen, Arbeitsbereiche und Perspektiven rassismuskritischer Bildungsarbeit und ihre Möglichkeiten, Stolpersteine und Grenzen.

Die Herausgeber/-innen des ersten (Paul Mecheril und Claus Melter) und des zweiten Bandes verstehen Rassismuskritik „als kunstvolle, kreative, notwendig reflexive, beständig zu entwickelnde und unabschließbare, gleichwohl entschiedene Praxis, die von der Überzeugung getragen wird, dass es sinnvoll ist, sich nicht ‚dermaßen‘ von rassistischen Handlungs-, Erfahrungs- und Denkformen regieren zu lassen“ (Scharathow/Leiprecht 2009, S. 9).

Rassismuskritische Bildungsarbeit wird als eine Perspektive pädagogischen Handelns beschrieben, welche ihre Verstrickungen in gesellschaftlichen Kontexten wie z. B. von Nationalstaat, Migration, Macht- und Dominanzverhältnissen reflektiert und so zu einer kritischen Haltung gelangt, die die Erarbeitung von Handlungsalternativen möglich macht. Als gemeinsame Grundlage aller Beiträge kann, so Herausgeberin Wiebke Scharathow, ein Definitionsverständnis von Rassismus festgehalten werden, welches diesen als „machtvolles System von Diskursen und Praxen der Unterscheidung“ beschreibt, die zur Legitimierung von Ungleichbehandlung und zur Erhaltung von Macht dienen.

Der Einleitung folgen die 22 Autor/-inn/-enbeiträge, unterteilt in sechs Kapitel, welche jeweils eine Perspektive bzw. einen Arbeitsbereich rassismuskritischer Bildungsarbeit darstellen.

Das erste Kapitel erörtert das Thema der Organisationsentwicklung aus rassismuskritischer Perspektive. In diesem Zusammenhang setzt sich Annita Kalpaka mit dem Thema der institutionellen Diskriminierung auseinander. Sie macht deutlich, dass pädagogisches Handeln und institutionelle Rahmenbedingungen eng verwoben sind mit gesellschaftlichen Praxen der Ausgrenzung und Diskriminierung.

Mechtild Gomolla setzt sich mit den Herausforderungen von Rassismus und institutioneller Diskriminierung für das deutsche Bildungssystem auseinander.

Eine kritische Auseinandersetzung mit Konzepten der interkul-

turellen Öffnung findet in dem Beitrag von Andreas Foizik und Axel Pohl statt.

Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Frage der Legitimation rassismuskritischer Intervention. Mona Motakef beschreibt deren Legitimation vor dem Hintergrund des Menschenrechts auf Bildung. Mark Schrödter setzt sich in seinem Artikel mit der Legitimierbarkeit des Antirassismus-Trainings „Blue-Eyed“ auseinander und zieht hierfür die universalen Regeln der Moral heran.

„Rassismuskritische Bildungsarbeit mit Erwachsenen“ ist das Thema des dritten Kapitels. Anne Broden hinterfragt in ihrem Beitrag den zentralen Topos des „Verstehen der Anderen“ der interkulturellen Bildung. Maureen Maisha Eggers fragt vor dem Hintergrund der Schwarzen Frauenbewegung in Deutschland nach der Verbindbarkeit der Theorien zu Transkulturalität und Geschlechterforschung. Eine kritische Betrachtung der Theorie und Praxis von Anti-Bias-Arbeit findet in dem Beitrag von Bettina Schmidt, Katharina Dietrich und Shantala Herdel statt. Leah Carolina Czollek berichtet in ihrem Aufsatz über ihre Erfahrungen in der Bildungsarbeit zum Thema Antisemitismus im Hochschulbereich. Das Kapitel schließt mit dem Text von Wiebke Scharathow, in dem sie Möglichkeiten und Stolpersteine einer rassismuskritischen Bildungsarbeit zum Thema „Islam“ theoretisch darlegt.

In Rahmen des vierten Gliederungspunktes wird die Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen rassismuskritisch betrachtet. Den Beginn macht hier der Artikel

von Petra Wagner und Annika Schulz. Sie fragen nach den Gestaltungsmöglichkeiten einer rassismuskritischen Pädagogik in Kindertagesstätten. Zum Thema Rassismuskritik und Schule gewährt der Beitrag von Thomas Quehl einen Einblick. Rudolf Leiprecht geht in seinem Artikel der Frage der Verbindung von Interkulturalität und Rassismuskritik in der Jugendarbeit nach.

Maria do Mar Castro Varela und Birgit Jagusch setzen sich mit dem Thema der Ausgestaltung einer antirassistischen und geschlechtergerechten außerschulischen Jugendarbeit auseinander. Der Beitrag von Barbara Schäuble und Albert Scherr sowie der Text von Mirko Niehoff beschäftigen sich mit dem Thema Antisemitismus bei Jugendlichen. Michael Luttmer fragt nach der Umsetzbarkeit des Themas Anti-

ziganismus in Schulen. Marcus Meier stellt Überlegungen an zu rechten Orientierungen von Gewerkschaftsjugendlichen und stellt die Frage nach der Gestaltung von Gegenstrategien der Politischen Bildung.

Das fünfte Kapitel trägt die Überschrift „Zur Gleichzeitigkeit der Erfahrungen und Reproduktion von Rassismus“. Im Rahmen dieses Kapitels stellt Katharina Dietrich ihre qualitative Forschungsarbeit zu Herstellungs- und Reproduktionspraxen von Rassismen am Beispiel junger Spätaussiedler/-innen dar. Zahra Deilami befasst sich mit der Bedeutung einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit Alltagsrassismen seitens der Migrant/-inn/-en.

Das letzte Kapitel betrachtet pädagogische Unterstützung aus einer rassismuskritischen Pers-

pektive. Claudia Machhold geht im Rahmen ihres Beitrages kritisch auf Verstrickungen und Reproduktionen im Rahmen von antirassistischer Bildungsarbeit ein, und Anja Weiß hinterfragt zum einen Modelle von Rassismus, die in der Wissenschaft und Bildungsarbeit vermittelt werden, und stellt zum anderen ihren Einfluss auf die Handlungsfähigkeit von antirassistischen Aktivist/-inn/-en dar.

Das sehr umfangreiche Buch ermöglicht dem Leser und der Leserin einen vertieften Einblick in die komplexe Theorie und die vielschichtigen Anwendungsbereiche und -möglichkeiten einer antirassistischen Bildungsarbeit und gibt zahlreiche Anregungen für deren konzeptionelle und praktische Umsetzung.

Canan Yelaldi

Ralf Elm/Ingo Juchler/Jürgen Lackmann/Siegbert Peetz (Hrsg.): Grenzlínen. Interkulturalität und Globalisierung: Fragen an die Sozial- und Geisteswissenschaften – Schwalbach/Ts. 2010, Wochenschau Verlag, 158 Seiten

Der vorliegende Band stellt die Dokumentation einer Fachtagung dar, die im Juni 2008 an der Pädagogischen Hochschule Weingarten durchgeführt wurde; die meisten der hier versammelten Autoren lehren denn auch an dieser Hochschule.

Die Texte dieses interdisziplinär angelegten Projekts kreisen um die Frage nach den Auswirkungen der Globalisierung auf die Sozial- und Geisteswissenschaften und bemühen sich aus der Sicht des jeweils vertretenen Faches, erste Antworten auf das in der Tat komplexe Verhältnis von Globalisierung und Interkulturalität und seiner wissenschaftlichen Reflexion und Behandlung zu geben.

Im ersten Kapitel setzt sich Christoph Jamme mit dem schillernden Begriff des Mythos auseinander (kultisch-religiös, historisch-sozial, politisch sowie in seiner lehrhaften und ästhetischen Funktion), diskutiert die Ansätze von Edmund Husserl, Martin Heidegger, Ernst Cassirer sowie Jan Patočka und hält für die gegenwärtig geführte Diskussion fest, dass der Mythos zum Zeichen einer Selbstkritik moderner Philosophie geworden sei und damit auch den eigenen kulturellen Horizont relativiere. Die Kritik münde in einer Revolte gegen die Vernunft, die mit Herrschaft gleichgesetzt werde. Auch hebt der Autor unter Berufung auf Leszek Kołakowski und Gerd Brand hervor, dass der Mythos

durch die Einbettung der eigenen Geschichte in einen erzählten sinngebenden Zusammenhang allein über die Fähigkeit sozialer und historischer Sinnverständnisse verfüge. Insofern seien Mythen ständig präsent und lebensnotwendig und bestimmen in hohem Maße die *conditio humana*.

Der sich anschließende, sehr ausführliche – weil 35 Seiten umfassende – Aufsatz von Ralf Elm, dessen gewinnbringende Lektüre ein solides philosophisches Grundwissen zur Voraussetzung hat, behandelt das Verhältnis von Hermeneutik und Interkulturalität, wobei Heideggers Hermeneutik der Moderne sowie Gadammers Hermeneutik der Verstehenspra-

xis der kulturellen Lebensformen im Zentrum der Überlegungen stehen. Heideggers Suche nach einem neuen, nicht metaphysischen Anfang und seine Kritik an der neuzeitlichen Modernität führten ihn im Hinblick auf den interkulturellen (planetarischen/globalen) Bildungsprozess zur Überzeugung, dass die Öffnung und der freie Blick auf andere Lebensformen zur Voraussetzung habe, dass man sich auf die eigenen Grenzen und Voraussetzungen zu besinnen habe. Das Andere solle nicht mehr nach instrumenteller Rationalität und einem entsprechenden Effizienzdenken bemessen (und vereinnahmt) werden, vielmehr habe man sich (quasi interesselos) auf andere Überlieferungen des Denkens einzulassen und müsse bereit sein, sich im Gespräch etwas sagen zu lassen. (S. 30)

Im Hinblick auf das Denken Gadamer geht es Elm in erster Linie um den Begriff der wirkungsgeschichtlichen Verflechtung, aus dem – unter Einbeziehung einer intensiven Diskussion des hermeneutischen Zirkels – resultiert, dass wir umso besser verstehen, je mehr wir um unsere eigene wirkungsgeschichtliche und standortgebende Perspektivität wissen und mit ihr im Kontext an möglichen (fremden) Perspektiven arbeiten. (S. 39) Ferner bemüht sich *Elm* um die Herstellung der (fehlenden) Verbindung zwischen hermeneutischer Philosophie und interkultureller Pädagogik. Er kommt dabei nach Rekonstruktion verschiedener – in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelter – Ansätze interkultureller Bildung zum Ergebnis, dass die Bildung der Zukunft immer zugleich kulturelle und interkulturelle Bildung sein werde. Dabei dürfe das hermeneutische Wissen keinesfalls vernachlässigt werden, da es aufgrund seiner wirkungs-

geschichtlich-kulturellen Vorgaben in besonderem Maße für andere kulturelle Horizonte und für fremdkulturelle Sinnzusammenhänge sensibilisiere. (S. 50)

Mit dem ethischen Dialog zwischen Juden, Christen und Muslimen am Beispiel der biblischen „Gottesbildlichkeit“ und der koranischen „Stellvertreterschaft“ beschäftigt sich Helmut Rommel. Angesichts der beklemmenden Tatsache, dass in der modernen, neoliberal bestimmten Marktgesellschaft die soziale Ungleichheit zusehends in eine grundsätzliche Ungleichwertigkeit umgewertet werde, könne theologischen Ansätzen, die sich von einem durch christlichen und islamischen Fundamentalismus belasteten Konfrontations- zu einem toleranteren Beziehungdenken hinbewegen, – nach Ansicht des Autors – eine wichtige Rolle zukommen. Mit Unterschieden müsse dabei behutsam umgegangen werden, aus hermeneutischer Perspektive sei aber eine sich annähernde Verständigung möglich, ohne den Anderen zu vereinnahmen oder ihn geistig zu enteignen. (S. 65) Am Beispiel der Wertvorstellung vom Menschen als „Abbild Gottes“ (hebräische Bibel und christliches Neues Testament) sowie der Vorstellung des Menschen als „Stellvertreter Gottes“ im Koran (Khalifat-Würde) und der hieraus für alle drei Religionen ableitbaren und in die gleiche Richtung weisenden anthropologischen Konvergenzen arbeitet Rommel die Vorzüge eines dialogischen Ansatzes heraus, durch den der theologisch begründete Wert des Menschen vor der ökonomischen Entwertung geschützt werden und die Vertiefung der dialogischen Konvergenz im Hinblick auf die universale Werthaftigkeit des Menschen angestrebt werden könne.

Mit dem Thermopylen-Mythos – als alter und neuer Grenzlinie im Kampf der Kulturen – setzt sich Ingo Juchler auseinander, wobei die intensive Diskussion der Überlieferung Herodots zunächst im Mittelpunkt steht. Der Autor rekonstruiert den historischen Kontext der Schlacht bei den Thermopylen, behandelt die Instrumentalisierung des Mythos im Zweiten Weltkrieg (Hermann Görings Rede vom 30. Juni 1943 und seine Deutung der Schlacht um Stalingrad), geht dann auf Heinrich Bölls Kurzgeschichte „Wanderer, kommst du nach Spa...“ ein und beschäftigt sich abschließend mit der heutigen Adaption des Mythos in Gestalt des Comics 300 und der entsprechenden Filmversion aus dem Jahre 2007. Ging es in der ersten antiken Mythosvariante um die Auseinandersetzung zwischen Freiheit (Hellenen) und Persern (Despotie), so bemühte Himmler mehr als zweitausend Jahre später in grob propagandistischer Weise das Bild vom bedrohten Abendland, das die heldenhafte Wehrmacht in Stalingrad vor den asiatischen Horden der Roten Armee verteidigt habe. In Bölls 1950 veröffentlichter Kurzgeschichte, in der die Sinnlosigkeit des Krieges dargestellt wird, ist der Mythos hingegen vollkommen illusionslos und von jeglichem Heldenpathos befreit. Anders in dem Comic und dem gleichnamigen Film 300, in dem die angebliche Differenz zwischen Abend- und Morgenland wieder aufgegriffen wird und ein holzschnittartiges Schwarz-Weiß-Schema vorherrscht: das persische Heer als sklavisches Vielvölkerhorde versus wohlgestalteten, heldenhaften Hellenen, die ihren Feinden auch unter widrigsten Verhältnissen trotzen. (S. 99) Juchler stellt eine Verbindung zum aktuellen Konflikt zwischen den USA und dem Iran her und kommentiert in Anlehnung an

eine Rezension des Historikers Stefan Rebenich, dass die amerikanische Filmindustrie den Clash der Kulturen im Jahre 2007 an die Thermopylen verlegt habe. Angesichts dieser im Lichte der Geschichtswissenschaften kaum haltbaren Instrumentalisierungen des gängigen Thermopylen-Mythos scheint – so die gut dokumentierte Auffassung des Autors – eine an Interkulturalität und Globalisierung orientierte Aufklärung sowohl in der schulischen als auch in der außerschulischen politischen Bildung bitter notwendig zu sein. (S. 102)

Der Frage, ob die Welt in Kulturkonflikten versinken werde, geht Dieter Senghaas nach. Der Autor erteilt der These kultureller Bruchlinien sowohl auf der Makro- als auch auf der Meso- und Mikroebene eine entschiedene Absage, indem er verdeutlicht, dass Ethnokonflikte im Wesentlichen aus sozioökonomischen Problemlagen entspringen. In die Gesellschaft eingebaute Aufstiegsblockaden könnten – wie an einigen Beispielen gezeigt wird – bei durchgängiger Benachteiligung einer Ethnie allerdings zur Politisierung von Kultur und zu entsprechenden Konflikten führen. Ferner zeigt Senghaas auf, dass Menschenrechtsdebatten und die Durchsetzung von Menschenrechten in Zeiten des Umbruchs das Ergebnis öffentlicher Erregungen (*colère public*) waren und sich auch in Europa nicht aus einer ideengeschichtlichen Logik ergaben. Insofern seien Menschenrechte und deren Gewährung und Einhaltung immer von spezifischen sozio-politischen Konstellationen abhängig; demnach gebe es auch keinen einfachen, linearen Fortschritt bei der Realisierung von Menschenrechten. (S. 116)

Mit dem problematischen Verhältnis von Wohlfahrtsstaat und

Globalisierung beschäftigt sich der Beitrag von Jürgen Lackmann. In Übereinstimmung mit der Theorie von John Maynard Keynes geht der Autor davon aus, dass es nicht die angeblich zu hohen Sozialleistungen sind, die die Ursache für die gegenwärtige Krise ausmachen, sondern vielmehr die unrealistischen Renditeerwartungen von Finanzinvestoren. Ferner stellt Lackmann das angloamerikanische Modell vor, analysiert die Folgen der Abschaffung der mittleren Führungsebene in Konzernen und Unternehmen sowie die Konsequenzen, die sich aus der immer schneller werdenden Zeit und dem Umstand ergeben, dass durch den vermehrten Einsatz von Unternehmensführungen nach Top-down-Muster gewachsene Strukturen bewusst zerschlagen werden. Lackmann kommt zu dem Zwischenfazit, dass die institutionellen Strukturen des modernen Kapitalismus das Individuum durchaus nicht stärken – wie gerne behauptet wird –, sondern vielmehr entmachten. (S. 121) Gleichzeitig konstatiert der Autor aber auch die heimliche Wiederkehr des Keynesianismus, der nicht tot, sondern quicklebendig sei, der aber von einem politisch in Szene gesetzten anti-keynesianischen Kurs konterkariert werde. Dabei werde die wirkliche Krisenursache, die unrealistischen Renditeansprüche der Finanzinvestoren, tabuisiert oder verschleiert. Sicherlich hat Lackmann recht, wenn er in diesem Kontext feststellt, dass keine demokratisch gewählte Regierung die von neo-liberalen Beratern geforderten Kürzungs- und Sparprogramme durchhalten werde. Der Autor spricht sich auch deshalb einerseits für eine größere Verteilungsgerechtigkeit zugunsten kinderreicher Familien aus, andererseits erteilt er nivellierenden Systemen staatlicher Umverteilung

eine klare Absage. Insgesamt mahnt Lackmann in überzeugender Weise die Ausgewogenheit der Beziehungen von Freiheit und Gemeinschaft an.

Mit der Differenz als Theorieangebot für die Pädagogik setzt sich Gregor Lang-Wojtasik in dem den Band beschließenden Aufsatz auseinander. Indem der Autor eine von Lehramtsstudierenden formulierte Forderung aufgreift, dass man mehr über die Kulturen der Ausländerkinder erfahren sollte, wirft er zunächst so fundamentale und nur schwer zu beantwortende Fragen wie „Was sind Kulturen?“ oder „Wer ist ‚wir‘?“ auf. Ausgehend von dieser Differenz des „wir“ (Inländer) zu „sie“ (Ausländer) beschäftigt sich Lang-Wojtasik mit der Differenz in der empirischen Bildungsforschung, wobei er das „Normalitätskonstrukt“ der nationalen Schule hinterfragt, im Anschluss daran mit der Differenz als Kennzeichnung von Gegensätzen (International-Vergleichende Erziehungswissenschaft, Internationale Pädagogik) und mit der Differenz als Markierung von Unterscheidungen für die Bildung in der Weltgemeinschaft, um schließlich auf die Problematik des globalen Lernens einzugehen, bei der es um die Zuordnung von Fakten, Orientierung und Handlung gehe. Angestrebt werde ein Kompetenzerwerb, der ein verantwortliches Handeln in der Weltgesellschaft ermöglicht und mit dem zur Verwirklichung von Nachhaltigkeit und internationaler Gerechtigkeit beigetragen werden kann. (S. 149) Für die zu Beginn des Aufsatzes aufgestellte Forderung der Studierenden bedeute dies, dass eine Qualifikation anzustreben sei, die sie in die Lage versetze, individualisierte Lebenswege in einer pluralisierten Welt zu fördern. Voraussetzung hierfür sei die Entwicklung einer Pädagogik

gogik und Didaktik der Differenz.

Dieses zugegeben schmale Bändchen regt nach intensiver Lektüre zu einem ebenso intensiven Nach- und Weiterdenken an. Die in ihm enthaltenen Überlegungen, Theorieansätze und

Desiderate markieren sicherlich nur einen kleinen Ausschnitt aus einer anhaltenden und spannenden Debatte, die gerade die Sozial- und Geisteswissenschaften besonders herausfordert und in Atem hält. Es ist gut, dass man sich in Weinheim trotz allwaltender Beschleunigungsprozesse die

Zeit genommen hat, das Thema interdisziplinär zu behandeln. Dieses fächerübergreifende, entgrenzende Vorgehen sollte fortgesetzt und nachgeahmt werden, nicht nur in Weinheim.

Zbigniew Wilkiewicz

Zbigniew Wilkiewicz: Heimatloser Ausländer – Erinnerungen – Radeberg 2011, Verlag DeBehr, 408 Seiten

Der Autor ist im AdB und in dieser Fachzeitschrift kein Unbekannter, der Kollege Zbigniew Wilkiewicz leitet seit längerem das Gesamteuropäische Studienwerk (GESW) in Vlotho. Dass er diese Funktion heute ausübt, ist – hegelianisch betrachtet – eine List der Geschichte oder Ergebnis der Dialektik widersprüchlicher Entwicklungen, aber sich letztlich durchsetzender positiver Kräfte in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Oder – mit Hegels bekanntestem Interpreten gesprochen – ist Zbigniew Wilkiewicz die Negation der Negation. Warum? Er verkörpert – wie man es in der dialektischen Philosophie ausdrücken würde – die Durchsetzung der logischen und geschichtlichen besseren Verhältnisse, denn unter den früheren Vorstandsmitgliedern und pädagogischen Mitarbeitern befanden sich mit Werner Rietz und Alexander Dolezalek einige äußerst engagierte Mitglieder der NSDAP, die sich nach 1939 insbesondere auf dem Gebiet der rücksichtslosen Germanisierung Polens hervortaten. Es ist nur die gerechte Entwicklung, wenn heute ein politischer Bildner mit verwickelter mittelosteuropäischer Familiengeschichte eine Bildungsstätte leitet, die zu Beginn ihrer Arbeit zum Teil von höchst ambivalenten und problematischen politischen Impulsen gelei-

tet war. Zbigniew Wilkiewicz hat seine Lebens- und Familiengeschichte nun aufgeschrieben, und sie erzählt von Spaltungen, Brüchen, Kränkungen, Enttäuschungen, aber auch von Wendungen, Aufbrüchen, neuen Chancen und interessanten Begegnungen und Erlebnissen. Es sind verschiedene Kosmen und Deutungshorizonte, die in seiner Person insbesondere in der Kindheit und Jugendzeit aufeinander trafen.

Wer weiß heute noch, dass es in der Nachkriegszeit viele Menschen in Deutschland gab, die als staatenlos galten? Dazu zählten – als „Treibgut“ der entsetzlichen Geschichte bis 1945 – die vielen Displaced Persons, die nicht in ihr Heimatland zurückwollten oder konnten und auf eine Auswanderungsmöglichkeit nach Israel oder in die USA warteten. Wilkiewicz's Vater, aus vornehmer polnischer Familie und im Zweiten Weltkrieg Offizier der polnischen Armee, gehörte zu denjenigen, die diesen Sprung nicht schafften. Er blieb hängen im Feindesland, in Kaiserslautern, und arbeitete dort für die amerikanische Armee.

Die Mutter kam aus Lettland mit teilweise deutschen und polnischen Vorfahren. Zbigniew Wilkiewicz wuchs mehrsprachig auf, in der Familie zuhause war die

Sprache polnisch, in der Öffentlichkeit pfälzisch und hochdeutsch. Es sind diese parallelen Welten, die die Lektüre des locker geschriebenen Buches spannend machen. Die Familie ist über die Welt zerstreut, der Großvater mütterlicherseits etwa war nach dem Krieg in die USA ausgewandert, mit ihm spricht er russisch. Denn lettisch zählt zu den wenigen Sprachen, die der Autor nicht fließend beherrscht. Einige Tanten lebten noch in Polen, sie zu besuchen gelang ihm erst in den 80er Jahren, nachdem er die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatte.

Staatenlos zu sein bedeutete natürlich nur Duldung durch die deutschen Behörden und Rechtlosigkeit in vielerlei Hinsichten: Man besaß etwa keine entsprechenden politischen Rechte, sich an Wahlen aktiv oder passiv zu beteiligen. Die Reisemöglichkeiten waren eingeschränkt; sich mit einem Staatenlosen-Pass im westlichen Ausland auszuweisen, führte in der Regel zu vielen unangenehmen Verdächtigungen und Komplikationen.

Wilkiewicz beschreibt ausführlich seine Lebensstationen: Die bescheidenen Lebensverhältnisse in Kaiserslautern und die harten Auseinandersetzungen mit den Gleichaltrigen im unbürgerlichen

Viertel; die Schulerlebnisse und die Erfahrung, sich dort durchsetzen zu können, so dass er das Gymnasium besuchen konnte, was damals schließlich keine Selbstverständlichkeit war; das politische und jugendkulturelle Aufbegehren durch die Beteiligung an der „Sozialistischen Werkstatt“, einem Treffpunkt antiautoritärer Linker, auch gegen den verehrten Vater, der als national-konservativer Pole solches gewiss nicht billigte; schließlich seine internationalen Freundschaften und Begegnungen im Studentenwohnheim und auf Reisen.

Das Studium der Slawistik und osteuropäischen Geschichte in Mainz ist auch eine Konsequenz der doppelten Lebensgeschichte, eine Hinwendung und Vertiefung, aber auch eine Suche nach Zugehörigkeiten. Die findet er vor allem in der polnischen Dissidenz, dem zweiten Umlauf (der Begriff für die Untergrund- und Oppositionsliteratur) und den polnischen In- und Auslandsintellektuellen. Er sammelt oppositionelle Schriften und Exil-Literatur, übersetzt diese und organisiert Solidaritätsaktionen in den 80er Jahren, als in Polen Kriegsrecht herrscht. In seiner Dissertation setzt er sich mit

Witold Gombrowicz auseinander, einem Literaten, der in seiner polnischen Heimat lange eher als skandalös galt, weil er weder der nationalkommunistischen noch der nationalromantischen Linie entsprach. Zwischen den Linien zu agieren, aber auch dorthin gebannt zu sein und darüber hinaus ein kreativer Nonkonformismus, das verbindet wohl Gombrowicz und Wilkiewicz.

Die Erfahrung der Inklusion wird immer auch begleitet von der Erfahrung der Exklusion. So zeigt sich Wilkiewicz in seinem Leben wie in seinen Beschreibungen und Selbstreflexionen als ein Dialektiker: Pfälzer, heute deutscher Staatsbürger und doch auch Berufspole – wie er sich selber ironisch apostrophiert – neuer Linker und zugleich Unterstützer mittelosteuropäischer Dissidenten, was unter Linken nie selbstverständlich war; er ist weder klar zu etikettieren noch von einer Seite zu vereinnahmen, er bleibt im Zweifelsfall jeweils immer der andere. Für die politische Bildung ist das keine schlechte Ausgangsposition.

Stimmt aber der Titel des Buches, der „Heimatloser Ausländer“ lau-

tet, überhaupt? Heimatlos ist Wilkiewicz heute wohl kaum. Und ein Ausländer gar? Wer ihn kennenlernt, merkt sofort, dass er in der Sprachfärbung dem Raum Pfalz und Südhessen entstammt. Er hat an den generationstypischen politischen Konflikten der Zeit in Deutschland intensiv teilgehabt. Aber die Erfahrung der Nichtzugehörigkeit hat ihn doch nachhaltig geprägt, eine Erfahrung, die aus der Lebensgeschichte nicht wieder austritt. Und das schließt natürlich auch die polnische Seite ein, die ihn ebenso wenig als genuinen Polen betrachtet. Es wird also endlich Zeit, dass man sich einfach nur als Europäer betrachten kann.

Dem Buch ist außerdem ein Motto vorangestellt, das von Karl Valentin stammt: Fremd ist der Fremde nur in der Fremde. Man kann dies als eine von Valentin gestiftete Selbstironie des Autors lesen. Aber Georg Simmel hat in seiner Soziologie des Fremden auch schon diagnostiziert: Der Fremde „ist der Freiere, praktisch und theoretisch“, er ist zu mehr Objektivität fähig.

Paul Ciupke

Ulrich Herrmann/Rolf-Dieter Müller (Hrsg.): Junge Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Kriegserfahrungen als Lebenserfahrungen – Weinheim und München 2010, Juventa Verlag, 446 Seiten

Wenn man auf den Zweiten Weltkrieg zurückblickt, gibt eine Frage den Nachgeborenen immer wieder Rätsel auf: Warum hat das deutsche Volk bis zum bitteren Ende seinem Führer Gefolgschaft geleistet, so dass die Alliierten das Joch des NS-Regimes mit einem Kraftakt zerbrechen mussten, da die Deutschen die Kriegslast sonst weiter getragen hätten – möglicherweise bis zur eigenen Auslöschung, nachdem

sie so viele andere Völker ausgelöscht hatten? Die banale Antwort, dass sie wohl von der nationalen Sache, wie sie die Nazis definierten, überzeugt sein mussten, war in der Bundesrepublik lange tabu. Mit der Wehrmachtausstellung oder der Goldhagen-Debatte begann sich das zu ändern. Einen kleinen Beitrag zum Wandel leistete auch das aufwändige Oral History-Projekt der katholischen Militärseel-

sorge, das in den 90er Jahren durchgeführt wurde (vgl. die Diskussion der Ergebnisse in: *Erwachsenenbildung 1/02*). Speziell der dritte Band des Projekts über „Christen im Krieg“, also zur Rolle des katholischen Fußvolks, ließ erkennen, dass der Nationalsozialismus damals mit seiner Überzeugungsarbeit erfolgreich war – und dass die christliche Militärseelsorge den Willen zum Durch- und Aushal-

ten in schwerer Zeit da stärkte, wo die NS-Propaganda die Menschen nicht mehr erreichte.

Der Erziehungswissenschaftler Herrmann und der Militärgeschichtler Müller setzen solche wissenschaftlichen Bemühungen jetzt mit ihrem Sammelband zur historischen Jugendforschung fort. Der Band, der in Kooperation mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt entstanden ist, und in dem mit Hannes Heer auch einer der Macher der Wehrmachtsausstellung zu Wort kommt, will Anstöße zur Erarbeitung einer „Kriegsgeschichte von innen“ geben – verstanden als Dopplung von „Erlebnisgeschichte“ und „Prägungsgeschichte“ (Herrmann). Er stellt dafür unterschiedliche Formate, Themenzugänge und Materialien (Erlebnisberichte, Feldpostbriefe, Film- und Textanalysen, Gerichtsurteile...) zusammen. Sie geben vor allem zum Nachwirken und zur Verarbeitung der Kriegserlebnisse bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen Auskunft, die dann nach 1945 – laut der damals einsetzenden Jugendforschung – als „skeptische Generation“ in Erscheinung traten. Denkanstöße zur historischen Aufarbeitung liefert das Material zweifellos. Ob zum Verständnis des Krieges eine Geschichte aus der Innenperspektive nötig ist, wäre zu prüfen. Hier sei nur auf ein Problem der jugendsoziologischen Einordnung aufmerksam gemacht.

Herrmann schließt mit seiner Analyse an die bekannte Diagnose von Helmut Schelsky an, die vorherrschende Generationengestalt der westdeutschen Jugend nach 1945 sei die „skeptische“, „desillusionierte“ Haltung

gewesen. Distanz zur Politik und Misstrauen gegenüber Ideologien sollen im Nachkriegsdeutschland bestimmend gewesen sein, aber nicht in einem kritischen Sinn, sondern als „unpolitische“ Einstellung, die sich nicht um die großen Fragen des Gemeinwesens kümmerte. „Die große Masse der jungen Leute war 1945 desillusioniert, um ihre Jugend betrogen... Die ‚Ohne mich!‘-Devise bringt ihre innere Verfassung und ihr Lebensgefühl auf den Punkt. Die jungen Leute wussten sehr genau, was sie nicht noch einmal wollten, vor allem eines nicht: idealistische Phrasen. Mit dieser Generation waren der Wiederaufbau, das Wirtschaftswunder und die Konsumgesellschaft unter Adenauers Devise ‚Keine Experimente‘ leicht zu bewerkstelligen.“ (Herrmann, S. 20 f.) Die Analyse nimmt bemerkenswerterweise Schelskys Jugendforschung für bare Münze. Dabei stellt diese ein hochideologisches Produkt dar, das exemplarisch die Sorge um die reibungslose Integration zum Ausdruck brachte; Schelsky hat sich auch später (im Vorwort zur Taschenbuchausgabe von 1975) zu seiner auf Anpassung bedachten Position bekannt und, durch den neuen Protest alarmiert, die freundlichere Formulierung „Jugend des deutschen Wiederaufbaus“ vorgeschlagen.

Gerade das bereitwillige Mitmachen im Adenauerstaat – das für den Mainstream galt – hatte mit Skepsis wenig zu tun. In einer Zeit, in der der „Jargon der Eigentlichkeit“ (Adorno) zum – Paradigma des öffentlichen Diskurses aufstieg, war auch von einer Abneigung gegen idealis-

tische Phrasen kaum etwas zu spüren. Ärmelaufkrepeln und Anpacken lautete vielmehr das Gebot der Stunde, die „Ohne-Mich-Haltung“ dagegen war ein Vorwurf, der aus Politik, Öffentlichkeit und – siehe Schelsky – Wissenschaft an diejenigen gerichtet wurde, die sich im Adenauerstaat gegen Westbindung, Remilitarisierung, ökonomische oder kulturelle Restauration zur Wehr setzten. Ein treffendes Beispiel dafür liefert der Beitrag von Meinulf Barbers über die Quickborn-Jugend nach 1945, der in dem von Herrmann herausgegebenen Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung (Neue Folge, Band 1/04) erschienen ist. Barbers erinnert daran, dass eine kleine Minderheit katholischer Jugendgruppen in den 1950er Jahren aus dem Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ) ausgeschlossen wurde, weil sie sich dem Kalten-Kriegs-Kurs des damaligen BDKJ-Vorsitzenden und späteren CDU-Abgeordneten Josef Rommerskirchen verweigerte. Gegen die Minderheit zog Rommerskirchen (der zuletzt als Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung tätig war) mit dem Pamphlet „Ohne mich – ohne uns – katholische Jugend und der Wehrbeitrag“ zu Felde, das die christlich-pazifistische Minderheit als verantwortungslose Ohne-Michels brandmarkte. Das ist übrigens der herrschende Blickwinkel der Jugendforschung – von den Schelskys und Jaides der 1950er bis zur letzten Shell-Studie: Macht die Jugend bei allem, was anliegt, mit, oder muss man sich, wegen ihrer Skepsis, ihres Protests oder ihrer No-Future-Perspektive, Sorgen machen?

Johannes Schillo

Dirk Lange/Gerhard Himmelmann (Hrsg.): Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung – Wiesbaden 2010, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 349 Seiten

In den vergangenen zehn Jahren hat sich das Feld der Demokratiepädagogik als spezifischer didaktischer und methodischer Ansatz in der schulischen wie außerschulischen politischen Bildung etabliert. Dieser Prozess wurde von vielfältigen Debatten begleitet. Die Sektion Politische Wissenschaft und Politische Bildung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft hat sich im gleichen Zeitraum bemüht, zu den komplexen Entwicklungen und verschiedenen Diskussionen grundlegende Beiträge zu liefern. Seit Mitte der 2000er Jahre werden Tagungen der Sektion in Sammelbänden publiziert. Nach „Demokratiekompetenz“ (2005) und „Demokratiebewusstsein“ (2007) liegt nun mit „Demokratiedidaktik“ der letzte Band einer als Trilogie konzipierten Reihe von Dirk Lange und Gerhard Himmelmann vor. Die Herausgeber dokumentieren damit die Arbeit der Sektion zum Thema „Demokratie und Politische Bildung“ und wollen zur Erweiterung und Festigung der demokratisch-politischen Kultur in Deutschland beitragen.

Die Beiträge in dem Sammelband sind als ein Brückenschlag zwischen Demokratiepädagogik und Politischer Bildung zu verstehen. Sie stellen die Bedeutung der verschiedenen pädagogischen Zugänge zur Demokratie, das traditionelle Verständnis der Politikwissenschaft und das Verständnis der demokratischen politischen Kultur dar. Zugleich wird der Spannungsbogen zwischen fachlich organisierter Politischer Bildung in der Schule und der allgemeinen demokratischen Schulentwicklung sowie der außerschulischen Jugend(bildungs)arbeit ein weiteres Mal

in den Blick genommen. Gemeinsamkeiten und Unterschiede werden sowohl auf der didaktischen als auch der methodischen Ebene beleuchtet. Hinzu kommen internationale Beiträge, die den Blick über den Tellerrand der Diskussion in Deutschland ermöglichen. Die zentrale These des Bandes: Eine Didaktik der Demokratie greift über das Lernen in einem abgesonderten Schulfach hinaus. Begründungen und Entfaltungen werden in 23 Beiträgen geliefert, einige wenige, aber grundlegende, seien hier kurz benannt:

Der erste Abschnitt rückt „Anstöße, Brückenschläge und Erweiterungen“ in den Fokus. Gerhard Himmelmann beschreibt mögliche grundlegende Brückenschläge zwischen der klassischen Politikdidaktik und der Demokratiepädagogik sowie aktuelle Herausforderungen an eine Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Hans Peter Bartels skizziert seine Überlegungen zur Gründung eines eigenständigen „Instituts für die Didaktik der Demokratie“, mit dem eine Synthese zwischen Gesellschafts-, Jugend- und Sozialisationsforschung mit der Schul- und Unterrichtsforschung sowie der Forschung zur allgemeinen bürgerschaftlichen Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung versucht werden soll. Jan W. van Deth stellt die berechtigte Frage, was und wie viel Kinder und Jugendliche eigentlich vom politischen System der Bundesrepublik wissen, und verbindet die Erkenntnisse dazu mit der Forderung einer frühzeitigen Demokratieförderung bereits im frühkindlichen Alter. Neben diesen finden sich Aufsätze von Wolfgang Beutel (aus der Praxis des Förderprogramms „Demo-

kratisch handeln“), Volker Reinhardt (Kriterien für eine demokratische Schulqualität), Benedikt Sturzenhecker/Elisabeth Richter (Demokratiebildung im außerschulischen Bereich) und Peter Steinbach (Demokratiebildung in der historisch-politischen Bildung).

Im zweiten Teil wird die Diskussion um Fragen der „Demokratiekompetenz“ als der Kernbotschaft einer demokratisch-politischen Bildung weitergeführt. Sibylle Reinhardt stellt verschiedene empirische Studien aus der Wirkungsforschung im Bereich der Demokratiepädagogik nebeneinander und eröffnet damit weitere Fragen für künftige Forschungen im Themenfeld. Hermann Veit stellt bisher entwickelte nationale wie internationale Kompetenzmodelle vor und entwickelt daraus eine demokratiepädagogische Kompetenzsystematik. Auch Michael May vergleicht empirische Studien hinsichtlich der Demokratiefähigkeit der untersuchten Zielgruppen. Silvia-Iris Beutel beleuchtet die Problematik der Leistungsbeurteilung im Zusammenhang mit Demokratie-Lernen und Ingo Zuchler unterstreicht nachdrücklich die elementare Notwendigkeit einer eigenständigen Demokratiebildung.

Der dritte Themenblock vertieft didaktische Fragen im engeren Sinne. Der Bogen reicht dabei von „Anforderungen an eine Didaktik der Demokratie (Tilman Grammes) über die Frage „Wie sich Schülerinnen und Schüler Demokratie vorstellen“ (S. Heidemeyer/Dirk Lange) und „Anregungen zur sinnstiftenden Verknüpfung von Demokratiepädagogik und kategorial-

ler Politikdidaktik“ (A. Petrik) oder „Möglichkeiten der Entdeckung von Demokratie bei Kindern (B. Ohlmeier) bis hin zu „Vorstellungen von Politiklehrerinnen und -lehrern und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Didaktik der Demokratie“ (A. Klee).

Im vierten und letzten Abschnitt folgt der Blick nach außen: Wolf-

gang Berg (Überlegungen aus einem internationalen Netzwerk), Henry Millner (Kanada) und Murray Print (Australien) – die letzteren beiden in englischer Sprache – geben Einblicke in internationale Diskussionen.

Insgesamt ein sehr lohnender Band, der seinem Anspruch gerecht wird, grundlegende Überlegungen zu einer Didaktik

der Demokratie vorzustellen, und damit weitere hilfreiche Anstöße für kommende Debatten gibt. Die zu Beginn erwähnte Trilogie der beiden Herausgeber findet damit einen sinnvollen Abschluss, mit dem aber zugleich die Fachdiskussion in Wissenschaft und Praxis um wichtige Aspekte erweitert worden ist.

Stephan Schack

Anne Schlüter (Hrsg.): Offene Zukunft durch Erfahrungsverlust? Zur Professionalisierung der Erwachsenenbildung (= Weiterbildung und Biographie, Bd. 7), – Opladen & Farmington Hills/MI 2011, Verlag Barbara Budrich, 184 Seiten

Die Herausgeberin, Hochschul-lehrerin für Weiterbildung und Frauenbildung an der Universität Duisburg-Essen, hat in den vergangenen Jahren in demselben Verlag bereits mehrere Bände zur Biographieforschung und zu Genderfragen veröffentlicht. Unter variierenden Aspekten setzt sie sich mit dem Stellenwert des Erfahrungsbegriffs für die Theoriebildung und für die lebensgeschichtlich orientierte Erwachsenenbildung auseinander. Ihr jüngster Band geht auf eine Tagung im Jahr 2010 zurück, und sein zweiter Untertitel „Generationen- und Geschlechterverhältnisse“ bildet eine thematische Klammer.

Anne Schlüter reflektiert in ihrer ausführlichen Einleitung biographische Kommunikation und Mentoring unter dem Blickwinkel des „Generationenlernens“ mit Rückbezügen auf die Neue Frauenbewegung, auf Geschichtswerkstätten, aber auch auf eigene biographische Studien der vergangenen Jahre. Sie versteht Generationeninteraktion als bislang unterbelichtete Aufgabe und aktuelle Herausforderung für die Erwachsenenbildung. Die Disziplin leide generell unter

dem „Diktat des Vergessens“ und müsse sich stärker mit ihren „Vorläufern“ beschäftigen (S. 21). Sieben Beiträge von Expertinnen der Erwachsenenbildung, der Bildungs- und Genderforschung werden den drei Kapiteln „Leitung und Führung im Berufsfeld Erwachsenenbildung“, „Mentoring und Biographische Kommunikation für den Prozess zur Professionalität in der Erwachsenenbildung“ und „Reflexionen über Generationenlagerungen und Generationenbeziehungen“ zugeordnet.

Im Mittelpunkt der ersten beiden Kapitel stehen Überlegungen zu weiblichen Aufstiegen, d. h. zu jenen Frauen, welche gegen vielerlei Widerstände Positionen in Weiterbildungsinstitutionen und an Universitäten erobern konnten und ihren Berufsweg, ihre Führungsstile und ihr soziales Umfeld in Interviews oder individuell autobiographisch reflektieren, wie es Karin Derichs-Kunstmann in einem selbsterforschenden Beitrag gelingt. Ulrike Nollmann legt ein lebensgeschichtliches Interview mit einer VHS-Leiterin nicht nur geschlechtergeschichtlich aus, sie vertritt auch die Überzeugung, dass das Erfah-

rungrwissen älterer Führungskräfte einen „Zugewinn“ im Sinne eines Modells für die nächste Frauengeneration und somit auch für die Professionsentwicklung erbringe (vgl. S. 52). Die mündliche Tradierung von solch „impliziten Wissensformen“ könne in „Mentoring-Tandems“ und intergenerationellen Bildungsveranstaltungen geschehen. Ebenfalls auf der Grundlage (berufs-)biographischer Interviews diskutiert Anne Schlüter Erfolgsfaktoren für die Übernahme von Leitungsfunktionen in der Erwachsenenbildung durch Frauen, insbesondere mit Blick auf deren soziales Umfeld, auf Kompetenzen und Selbstverständnisse. Antonia Arlinghaus stellt den Bildungswert des Tangos dar; dieser sei ein „eigenständiger Mikrokosmos“ mit unterschiedlichen Beziehungs- und Kooperationspartnern auf gleichwertiger Ebene in „wechselnden Positionen von Führen und Folgen“ (S. 116). Zwischen dem Tango Argentino und der Professionalisierung zeitgemäßer Leitungsfunktionen wird ein körperlich-reflexiver Zusammenhang hergestellt. Babette Berkels stellt das Für und Wider einer Integration des Mentoring in das Berufs-

feld Erwachsenenbildung ins Zentrum. Eine eindeutige Antwort gibt sie nicht, plädiert aber für eine Stärkung der Beratungskompetenz von Mentorinnen: Fortbildungen zu Methoden „biographischer Kommunikation“ ermöglichten eine Verfeinerung des Fremdverstehens (vgl. S. 143).

Die Unterstützung der Berufs- und Lebenspläne jüngerer durch ältere, hierarchisch weiter oben agierende Kolleginnen erzielten, so Michaela Harmeier, Lerneffekte auch auf Seiten der Mentorinnen (z. B. die Wahrnehmung neuer Lebenskonzepte). Sie erkennt aber nicht, wie verschlungen intergenerationelle Wissensweitergabe verläuft (vgl. S. 148) – dies gilt auch für das erwünschte Fortleben eines „Frauenbewusstseins“ (A. Schlüter).

Nicole Justen nähert sich im einzigen Beitrag des letzten Kapitels empirisch den Beziehungen zwischen Eltern und Kindern an und ordnet den vielfach umgangssprachlich verwendeten Begriff Generation umfassend theoretisch ein. Auch sie bekräftigt die Relevanz des Wissenstransfers (hier am Beispiel von denen, die den Zweiten Weltkrieg miterlebten, und Nachgeborenen im Rahmen von Schreibwerkstätten). In der Erwachsenenbildung sei das Potenzial intergenerationell-biographischen Lernens längst nicht ausgeschöpft.

Die titelgebende, durchaus provokante Frage „Offene Zukunft durch Erfahrungsverlust?“ wird in den Beiträgen nicht eigens aufgegriffen. Vielmehr intendieren sie nachdrücklich, den Verlust

des spezifischen Erfahrungswissens ‚vorbildlicher‘ Frauen zu verhindern, damit die erreichte Professionalisierung – Arbeitsschwerpunkte, Vernetzung, Diskurse – bewahrt und im Zuge des anstehenden Generationenwechsels erweitert bzw. transformiert werden kann. Die Texte vermitteln theoretisch wie praktisch orientierten Erwachsenenbildner/-inne/-n instruktive Einblicke in die Arbeit der Duisburg-Essener Forschungsgruppe „Weiterbildung und Biographie“; sie dokumentieren einen (frauenpolitisch inspirierten) Diskussionsstand, nicht zuletzt ein Ergebnis intergenerationeller Projekte an dieser Hochschule.

Heidi Behrens

Benedikt Widmaier/Frank Nonnenmacher (Hrsg.): Partizipation als Bildungsziel – Politische Aktion in der politischen Bildung – Schwalbach/Ts. 2011, Wochenschau Verlag, 205 Seiten

Als Theodor Heuss in seiner Funktion als Bundespräsident der jungen Bundesrepublik 1958 die Bundeswehr besuchte und Rekruten bei einem Manöver beobachtete, gab er ihnen anschließend einen seiner republikweit bekannten väterlichen Ratschläge mit auf den Weg: „Nun siegt mal schön!“, rief er ihnen zu.

Nach Lektüre des vorliegenden Bandes von Widmaier/Nonnenmacher erschleicht einen auch so ein Gefühl, dass ein nicht vorhandener Epilog eigentlich mit den Worten „Nun partizipiert mal schön!“ enden müsste. Das ist dem appellativen Charakter einiger Beiträge der 205 Seiten starken Tagungsdokumentation zu verdanken, die den Leser und die Leserin in die Argumentation für „eine zeitgemäße, auf politische Teilnahme hin orientierte pädagogische Praxis“ einbeziehen soll, wie es in der Verlagsankündigung heißt.

Die Beiträge bieten einen differenzierten Blick auf die Materie und die Frage, wie Partizipation in der non-formalen, aber auch formalen Bildung umgesetzt werden kann. Aufgegriffen wird die immer noch aktuelle Diskussion um das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21. In diesem Zusammenhang wird der entstandenen Wortschöpfung des „Wutbürgers“ eine klare Absage erteilt, vor allem um sie zur Verbesserung der Partizipation durch politische Bildung instrumentalisieren zu können.

Die Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen der Partizipation wird von den Herausgebern mit der über Engagement und

politische Aktion verbunden und bekommt so eine ganz aktuelle Dimension: Wie weit darf und kann Politische Bildung die Handlungskompetenz befördern, ohne den Beutelsbacher Konsens zu verletzen? Oder: Schießt man über das Lernziel der Vermittlung von Handlungskompetenz hinaus, wenn in einem Seminar gemeinsame politische Aktionen verabredet werden?

Neben Betrachtungen des Handlungsfeldes Zivilgesellschaft wird auch auf die historische Dimension hingewiesen, die von Paul Ciupke und Klaus-Peter Hufer als Experten vertreten wird, die darauf hinweisen, dass wir es keinesfalls mit einem neuen Phänomen in der politischen Bildung zu tun haben. Bereits in den Jahren der Weimarer Republik zu den Hochzeiten der Erwachsenenbildung

ging es um die Positionsbestimmung „objektive Volkshochschule oder ehrliche Parteischule.“

Benedikt Widmaier setzt am in-zwischen ergrauten Begriff der Parteienverdrossenheit an und legt von dort ausgehend eine Zeitschiene über die zunehmende Bedeutung der Zivilgesellschaft, den Ansatz der „Demokratiepädagogik“, wobei er am Ende bei der richtigen und nachvollziehbaren Erkenntnis landet, dass es ein zentrales Anliegen der non-formalen politischen Bildung sein muss, jungen Menschen „die Gelegenheit anzubieten, in politische Aktion zu kommen.“ Der schulische Rahmen wird dafür als denkbar ungeeignet angesehen.

Noch weiter greift der herausragende Beitrag der Politikwissenschaftlerin Bettina Lösch, die zunächst die Frage aufwirft, ob neue Möglichkeiten politischer Partizipation die politische Bildung attraktiver machen, und auf dem Fuße folgend die entsprechende These aufstellt, dass nicht nur neue, sondern auch unkonventionelle Formen politischer Partizipation die politische

Bildung „tatsächlich attraktiver und zugänglicher machen können.“

Als Begründung führt sie die veränderte politische Lage (Stichwort: Postdemokratie) an, die sich auch in der politischen Bildung widerspiegeln muss, und greift den Negt'schen Ansatz des Erfahrungslernens auf, der davon ausgeht, dass Politik und Demokratie dann begreifbar werden, wenn sie durch eigenes Erleben erfahren werden. Dafür muss sich die politische Bildung einsetzen und echte Möglichkeiten schaffen, anstatt Laborsituationen „zur Herstellung demokratischer Kompetenzen“ anzubieten. Löschs Beitrag ist geradezu eine Absage an die „Schlüsselqualifikationsvermittler“ der Branche und als deutliches Plädoyer an die Träger politischer Bildung zu verstehen, sich dieser Aufgabe verstärkt anzunehmen und die funktional bestuhlten Seminarräume mit dem echten Leben zu tauschen.

In die Quere kommt dieser Idee allerdings die immer häufiger geäußerte Beobachtung, im Lebensumfeld der Menschen,

also in den Stadtteilen und Kommunen, sei aufgrund zunehmend klammer werdender Stadtkassen nichts mehr übrig, was von Bürgerinnen und Bürgern noch mitzugestalten wäre. Und das, was sich für eine Beteiligung der Bürger/-innen anbieten würde, haben die Kommunen bereits im neoliberalen Rausch der 90er Jahre verkauft, privatisiert oder dichtgemacht.

Als nachdenkenswert im Sinne eigener Institutionenkritik kann die von Hufer angeführte Bestandsaufnahme gesehen – werden, nach der mittlerweile aus vielen ehemals politisch-emanzipatorischen Initiativen der sozialen Bewegung „ganz normale“ Weiterbildungseinrichtungen mit funktionalen Auftragsmaßnahmen geworden sind.

Wer sich ernsthaft in der Politischen Bildung mit der Entwicklung und Umsetzung von Partizipationsprozessen befasst, kommt um die Lektüre dieses Buches nicht herum, das dabei hilft, eine eigene Position zur (Re-)Politisierung der politischen Bildung zu finden.

Boris Brokmeier

Christina Zitzmann: Wie gut sind wir eigentlich? Qualitätsmanagement und Evaluation in der außerschulischen politischen Jugendbildung – Schwalbach/Ts. 2011, Wochenschau Verlag, 352 Seiten

„Wie gut sind wir eigentlich?“ Diese Frage sowie der Untertitel des Buchs knüpfen an eine alte, aber doch auch wieder sehr aktuelle Diskussion über die Wirksamkeit von politischer Bildung und deren Messbarkeit an (vgl. z. B. auch Heft 2/2011 des *Journal für politische Bildung*) und scheinen eine spannende Lektüre zu versprechen. Schnell

ist der/die Leser/-in aber irritiert, geht es doch zunächst um die Soziale Arbeit und um soziale Organisationen und deren Qualitätsmanagementkonzepte und Evaluationen. Diese Vermischung ist nicht ganz nachvollziehbar, auch da die Autorin in der Einführung mal von der politischen Jugendbildung, mal von der Sozialen Arbeit spricht. Aufklä-

rung gibt am ehesten der Satz, in dem sie die beiden Arbeitsfelder aufeinander bezieht: Es ginge ihr in der Forschungsarbeit um die „Fragen der Qualität in einem sozialpädagogischen Handlungsfeld, der außerschulischen politischen Jugendbildung.“ (S. 15)

Sieht man von dieser Unklarheit ab, wird mit diesem Band ein

wichtiges, spannendes Thema behandelt, da dem Mangel an systematischer Analyse und Bewertung von Qualitäts- und Evaluationskonzepten begegnet werden soll. Denn eines ist offenkundig: Viele Evaluationen sind ineffizient, da ihnen Modelle und Ansätze zugrunde gelegt werden, die eher als Legitimationsforschung für verschiedene Programme funktionieren, als dass sie wirklich zur Qualifizierung der Bildungspraxis beitragen.

Qualitätsmanagement wird von der Autorin als eine wichtige Aufgabe Sozialer Arbeit benannt. Ziel der vorliegenden Arbeit sei daher herauszufinden, „wann Qualitätsmanagement- und Evaluationsprozesse in der Sozialen Arbeit erfolgreich verlaufen“ (S. 10) oder eben, wie auf der nächsten Seite avisiert, „unter welchen Bedingungen (...) Qualitätsmanagement- und Evaluationsprojekte im Feld der außerschulischen politischen Jugendbildung erfolgreich“ sind. Zudem geht es der Autorin „um die Frage der Messbarkeit und Bewertung vom Erfolg sozialpädagogischer Hilfeleistungen.“ (S. 10) Diese Fragen werden dann wiederum anhand von Konfliktbewältigungsseminaren in der außerschulischen politischen Bildung bearbeitet.

Im ersten großen Teil der Studie werden Begriffe geklärt, unterschiedliche Konzepte vorgestellt und miteinander verglichen. Konkret geht es um das Verständnis von Qualität, von Qualitätsmanagement und Evaluationen in sozialen Organisationen und um die Qualitätsarbeit in der außerschulischen politischen Bildung. Da es sich um die Veröffent-

lichung einer Dissertation handelt, wird jedes Thema sehr grundsätzlich behandelt und zu jedem aufkommenden Aspekt werden detaillierte Begriffsklärungen und theoretische Einführungen gegeben.

Der zweite Teil widmet sich dem konkreten Forschungsvorhaben, dem empirischen Vorgehen und dem Forschungsablauf sowie der Auswertung der Untersuchungsergebnisse. Gegenstand der Praxisforschung, in der Forschung und Beratung in Qualitätszirkeln miteinander verknüpft wurden, waren 15 Konfliktseminare eines katholischen Trägers. Die teilnehmenden Jugendlichen wurden nach ihrem Wissens- und Kompetenzerwerb befragt (unmittelbar vor und nach den dreitägigen Veranstaltungen), während die begleitenden Lehrkräfte und das pädagogische Team befragt wurden, wie sich der Wissens- und Kompetenzerwerb der Teilnehmenden aus ihrer Sicht jeweils gestaltete.

Die Ergebnisse werden auf den Ebenen der Teilnehmenden und der Fachkräfte differenziert dargestellt. Es wurden positive Effekte in Hinblick auf die unterschiedlichen Dimensionen (Selbst- und Fremdwahrnehmung, Kommunikationsfähigkeit, gewaltfreie Konfliktbearbeitung, Kooperationsbereitschaft) gemessen, die allerdings nicht alle unbedingt von langer Dauer waren, wie Nachgespräche verdeutlichten. Ein Grund dafür kann sein, dass es nicht ausreichend gelingt, die Lebens- und Alltagsrealität der Jugendlichen in den Seminaren einzubeziehen. Das ist aus Sicht der Rezensentin ein wichtiger Befund, der sehr für die Verstär-

kung einer subjektorientierten Bildungsarbeit, die die Lebenswelt der Jugendlichen konsequent einbezieht, spricht.

Wichtig ist der Autorin, dass für eine bessere Zielerreichung der Konfliktseminare eine Überarbeitung der Konzepte und vor allem eine Ausweitung der Seminardauer wichtig wäre, um noch bessere Wirkungen zu erzielen, auch wenn die Grenzen deutlich zu erkennen sind: Bereits vorhandenes gewalttätiges Verhalten lässt sich mit diesen Seminaren nicht abbauen.

Wer wird sich mit dieser umfangreichen, ausführlichen Dokumentation des Forschungsprozesses auseinandersetzen? Einen Gewinn haben sicher die am Prozess beteiligten Mitarbeiter/-innen, die in den Qualitätszirkeln die Forschung mitgestalten, die Reflexion der Seminare systematisch analysieren und ihre Arbeit weiterentwickeln konnten. Sicher kann die Forschungsarbeit auch für die Legitimation politischer Bildung hilfreich sein. Die mit Qualitätsmanagement und Evaluation befassten politischen Bildner/-innen, die ein Interesse daran haben, die Bewertungskriterien für die politische Bildung mitzubestimmen und ihre Bildungsarbeit an ergebnisorientierten Qualitätsmaßstäben auszurichten, können aus diesem Forschungsvorhaben vielfältige Anregungen gewinnen, auch wenn „... das pädagogische Handlungsrisiko der Praxis aber erhalten bleibt“, so Helle Becker in dem bereits genannten Themenheft des Journal für politische Bildung (S. 17).

Friedrun Erben

Tanja Betz/Wolfgang Gaiser/Liane Pluto (Hrsg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten – Schwalbach Ts. 2010, Wochenschau Verlag, 302 Seiten

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an Prozessen und Entscheidungen in Politik und Gesellschaft ist in Deutschland seit einigen Jahren ein Dauerthema. Das ist gut so und es ist wichtig, darauf auch immer wieder durch Publikationen in ganz unterschiedlichen Kontexten aufmerksam zu machen. Damit bleibt das Thema zumindest in der Fachöffentlichkeit präsent. Inwieweit es als tatsächliche Herausforderung zum Handeln an die entsprechenden Entscheidungsträger gelangt, ist eine andere Sache und spielt zumeist erst in der Folge von entsprechenden Veröffentlichungen eine Rolle. Mit dem vorliegenden Band „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ werden aktuelle Untersuchungen, Befunde und Handlungsmöglichkeiten, vor allem aus dem Kontext des Deutschen Jugendinstitutes, vorgelegt. Das DJI, so formuliert es Roland Roth im Vorwort der Publikation, verfügt im Feld der Kinder- und Jugendbeteiligung über einige Alleinstellungsmerkmale, vor allem durch Langzeituntersuchungen wie Kinderpanel oder Jugendsurvey. Mit diesen über viele Jahre verfolgten Untersuchungen ist es aus dem Institut heraus sehr gut möglich, eine kompakte und solide Gesamtübersicht über Ansätze, Motive, Praxisformen und neuere Entwicklungen im Themenfeld abzubilden.

Die Herausgeber verweisen zu Recht darauf, dass eine grundsätzliche Schwierigkeit darin besteht, innerhalb des Feldes Sortierungen vornehmen zu müssen, nicht zuletzt deshalb, weil es in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Projekten, Ansätzen

und Handlungsempfehlungen gegeben hat, die eine solche Sortierung nicht gerade leichter machen. Mit der Vielzahl der Partizipationsinitiativen hat sich das Begriffsverständnis nicht sonderlich geschärft, eher scheint noch unübersichtlicher geworden zu sein, was denn nun genau als Partizipation bezeichnet werden soll und kann, zum Teil widersprechen sich die fachlichen Debatten an den entscheidenden Stellen sogar. Der vorliegende Band nimmt deswegen drei Linien der aktuellen Fachdiskussion auf und bietet mit einer Vielzahl an Aufsätzen dazu nicht etwa die fertigen und letztgültigen Antworten, wohl aber lesens- und nachdenkswerte Beiträge für deren Weiterführung. Zum Ersten bestehen in der Gesellschaft sehr unterschiedliche Vorstellungen und Bilder über Kinder und Jugendliche und dazu, wie diese an den sie betreffenden Entscheidungsprozessen beteiligt werden können und sollten. Zum Zweiten tauchen im Zusammenhang mit den notwendigen Investitionen, insbesondere in Kinder, zur Sicherung des Sozialstaates die Aspekte nach der Beteiligung als Betroffene immer wieder auf. Und zum Dritten stellt die Debatte um bürgerschaftliches Engagement in einer modernen Gesellschaft auch die Frage nach der Beteiligung von jungen Menschen, gerade angesichts der zu erwartenden demographischen Veränderungen, die ein Verschwinden von Jugend mit sich bringen.

Der Band stellt Akteure, Institutionen und die politische Gestaltung von Partizipation in insgesamt 13 Aufsätzen zur Diskussion. Im Teil I geht es um die

Frage, wie Kinder und Jugendliche als partizipative Akteursgruppen in die unterschiedlichsten Beteiligungsmöglichkeiten hineinwachsen können und welchen Herausforderungen sich die Gesellschaft dabei stellen muss. Zugleich werden neue Befunde geliefert, die darüber informieren, wie bestehende Beteiligungsmöglichkeiten von jungen Menschen wahrgenommen, aufgegriffen oder auch verändert werden. Besonders interessant sind die Beiträge zur Diskussion über die Herabsetzung des Wahlalters oder zur Bedeutung des Web 2.0 im Zusammenhang mit Kinder- und Jugendbeteiligung. Zudem sind Ergebnisse des DJI-Surveys 2007 zu finden. In Teil II werden aus der institutionellen Perspektive Gelegenheitsstrukturen für Partizipation in Familie, Schule und Jugendhilfe fokussiert. Angesichts aktueller Entwicklungen hat dabei die Ganztagschule ein besonderes Gewicht in den Beiträgen, aus dem großen Feld der Jugendhilfe werden mit einem Aufsatz Erkenntnisse aus der Heimerziehungsforschung vorgestellt. In Teil III schließlich werden einige wenige ausgewählte aktuelle Programme und Modelle politischer Akteure aufgegriffen, die sich um mehr Beteiligungsmöglichkeiten von jungen Menschen in der Gesellschaft bemühen. Der Fokus liegt dabei auf einem bundesweiten Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung (BMFSFJ, DBJR und BpB), dem Bundesprogramm gegen Rechts extremismus „Entimon“ und dem Positionspapier des Bundesjugendkuratoriums zu Anspruch und Wirklichkeit der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland.

Insgesamt bringt der Band keine überraschenden neuen Erkenntnisse, liefert aber interessante Beiträge für die weitere Diskussion im Themenfeld. Vielleicht wäre zur Einordnung der Aufsätze in die Gesamtdebatte ein Hinweis im Untertitel des Buches auf den Kontext des Deutschen

Jugendinstitutes hilfreich und sinnvoll gewesen – der Titel „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ lässt mehr Grundsätzliches zum Thema erwarten. Diese Erwartungen werden ein wenig enttäuscht. Das ist jedoch kein wesentliches Manko, es würde jedoch den spezifischen Wert

des Buches deutlicher erkennbar machen. Eben wegen der bereits erwähnten Alleinstellungsmerkmale des DJI an dieser Stelle sind dessen Befunde in der fachlichen wie der gesellschaftlichen Diskussion um Jugendbeteiligung unverzichtbar.

Stephan Schack

Hermann Giesecke: Pädagogik – quo vadis? Ein Essay über Bildung im Kapitalismus – Weinheim und München 2009, Juventa Verlag, 200 Seiten

Der bekannte, inzwischen emeritierte Erziehungswissenschaftler Hermann Giesecke hat hier ein Essay vorgelegt, das man durchaus als Streitschrift verstehen kann und das zahlreiche Anstöße zur Reflexion und Diskussion bietet. Wohin es in Zeiten des vorerst alternativlosen Kapitalismus in Europa mit der Pädagogik hingeht, ist in der Tat eine interessante Frage, gerade wenn man sich in den letzten beiden Jahrzehnten mit der Transformation der Pädagogik und den zahlreichen Schul- und Bildungsreformen in Ostmitteleuropa beschäftigt hat. Inzwischen wird die zunächst von der sozialismusgeschädigten Ober- und Mittelschicht dieser Staaten vorbehaltlose Bejahung der Privatisierung von Bildung recht kritisch betrachtet. Nicht nur in der Forschung, wo man feststellt, dass die Ergebnisse privater Hochschulen nicht viel besser, häufig schlechter sind als die staatlicher Institutionen, sondern auch in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung, wo zusehends deutlicher wird, dass Bildung nahtlos mit dem sozialen Status weitervererbt wird. Der Übergang vom real existierenden Sozialismus zum real existierenden Kapitalismus neoliberalen Zuschnitts hat auch in der arg strapazierten Bildungslandschaft Ostmitteleuropas zu einer Spal-

tung der Gesellschaft geführt und die sog. Bildungsfernen noch bildungsferner gemacht. Da helfen auch die aufgehübschten Statistiken über den ständig steigenden Anteil von Hochschulabsolventen nur wenig. Die ungeschminkte Analyse und Praxis zeigen, dass wir es mit unübersichtlichen Verhältnissen zu tun haben, in denen sich der Staat als einstiger Träger des Bildungsmonopols und als Bildungs- und Erziehungsinstanz weitgehend aus der Verantwortung entlassen hat – mit spürbaren Folgen für Schulen und Universitäten, die verzweifelt nach Sponsoren suchen und auf der Jagd nach knappen, prestigeträchtigen Drittmitteln sind.

Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich seit über zwei Jahrzehnten auch in den westeuropäischen Staaten, und damit auch in der Bundesrepublik, wo eine nachhaltige Psychologisierung und Ökonomisierung von Bildung stattgefunden hat. Bevor sich Giesecke allerdings mit diesen beiden Hauptsträngen seines Essays auseinandersetzt, bricht er zunächst eine Lanze für den Begriff der *Forderung* als pädagogischer Maxime. Er konstatiert einen Schwund des klassischen Bildungsbegriffs, da von den Schülern/Schülerinnen nach Abschluss ihrer Ausbildung keine

Allgemeinbildung mehr gefordert werde, sondern Arbeitsmarkt- oder Beschäftigungsfähigkeit (*employability*). Der Autor unterscheidet klar zwischen Erziehung (Herausbildung erwünschter Verhaltensweisen) und Bildung (die bestimmte gesellschaftliche Normen und Werte in Frage stellen und subversiv sein kann) und konstatiert zudem, dass Bildung aufgrund ihres subjektiven Anteils nicht messbar sei. (S. 38) Er beklagt explizit, dass in den bildungspolitischen Debatten nicht mehr von *Forderungen* die Rede ist, was seiner Auffassung nach bei sämtlichen Beteiligten zu einer starken Desorientierung geführt habe.

Folgerichtig kritisiert Giesecke die Psychologisierung des pädagogischen Handelns und Denkens, bei dem man dazu neige, Lebensäußerungen – besonders im Konfliktfall – zu relativieren. Die Absenz der Wörter „Pflicht“ und „Verpflichtung“ wird hinterfragt; es gehe nicht mehr um Subjekte mit Pflichten und Verpflichtungen, sondern um solche mit Rechten und Wahlmöglichkeiten. (S. 69) Ebenso deutlich wendet sich der Autor gegen die Praxis des sog. „Lernvertrags“, da dieser unterstelle, dass es sich dabei um das Resultat einer Verhandlung zwischen unabhängi-

gen und autonomen Partnern handle. Dabei werde die Verantwortung für das Gelingen weitgehend den Lernenden zugespielt, da man unterstelle, dass sie selbstkritisch und selbstreflexiv ihre Stärken und Schwächen beschreiben können. Bei sich einstellenden Misserfolgen sei schließlich kein/-e Schüler/-in und auch kein/-e Lehrer/-in mehr für das eigene Handeln verantwortlich; dafür brauche man aber ein Heer von Psycholog/-inn/-en, um mit „dem Bösen“ fertig zu werden.

Volkswirtschaftlich betrachtet existiere eine berechtigte Rückforderung der Gesellschaft an die jüngere Generation in der ideellen Form eines Kredits oder des „Generationenvertrags“. Bildung sei nämlich auch in dem wohlhabenden Deutschland ein knappes und teures Gut, das nicht zum geistigen Nulltarif angeboten werden könne. Im Hinblick auf die mittelmäßigen deutschen Ergebnisse der PISA-Studie an deutschen Schulen und ihrer europaweit konstatierten unzureichenden Durchlässigkeit argumentiert der Autor, dass nicht die in der Kritik stehende Dreigliedrigkeit dafür verantwortlich sei, sondern die Tatsache, dass das „was die moderne Schulpädagogik für fortschrittlich halte“, die Kinder aus bildungsfernen Schichten zusätzlich benachteilige. (S. 86)

Die Unterrichtenden sollten nicht nur Moderatoren für bestimmte Lernprozesse sein, sondern müssten leiten und entsprechende Orientierungen vermitteln. Sie müssten versuchen, kulturelle Differenzen zwischen Unterschichtskindern und Mittelschichtsmilieu aktiv auszugleichen, denn das könne von den Kindern selbst nicht geleistet werden. In der Aufhebung der

Dreigliedrigkeit und einem längeren gemeinsamen Lernen erblickt Giesecke kein praktikables Rezept, um das deutsche Schulsystem nachhaltig zu reformieren, selbst liefert er aber auch keinen überzeugenden Ansatz zur Reform der Hauptschule und zu einer besseren schulischen Integration bildungsferner Schichten.

Das Scheitern der Bildungsreformen der 1960er und 1970er Jahre, die vor allem aus wirtschaftlichen Gründen umgesetzt wurden, führte bekanntlich dazu, dass man ab den 1990er Jahren einen anderen Ansatz – den der Autonomisierung der Schule – vertrat. Dies habe laut Giesecke zur Konsequenz gehabt, dass so etwas wie ein Kerncurriculum vorgegeben wurde, um annähernd gleiche Standards formulieren zu können. Gleichzeitig begannen im Kontext der Ökonomisierung der gesamten Gesellschaft betriebswirtschaftliche Maßstäbe wie Effektivität, Effizienz, Organisationsmanagement und Erfolgskontrolle eine immer größere Rolle zu spielen. (S. 101)

In diesem Kontext wirft der Autor die legitime Frage auf, wer oder was der Maßstab sei: der Mensch oder der Gewinn? Da nur der Staat nicht gewinnorientiert arbeite, sondern sich am Gemeinwohl orientiere, sollten Erziehung und Bildung öffentliche Aufgaben bleiben. Daran habe die neoliberale Praxis – so Giesecke – aber kein Interesse, da ihre leitenden Maßstäbe des ökonomischen Denkens wie Veränderung, Innovation und Flexibilität traditions- und geschichtslos seien. Schulische Ziele, also die der Bildung, seien aber nicht aus ökonomischen Vorgaben ableitbar. Dementsprechend könne zum Beispiel

der Ruf nach Flexibilität keine anthropologische Generalforderung darstellen, sondern nur eine spezielle Erwartung im Berufsbereich. Konsequenterweise kritisiert Giesecke deshalb auch den Begriff „Humankapital“ und die Art seines Gebrauchs. Auch reibt er sich an der allenthalben erhobenen Forderung nach „Teamarbeit“ in der Schule und ihrer Definition als „Schlüsselqualifikation“. Ebenso seien die modischen Schlagwörter wie „kognitive Kompetenz“, „lernende Organisation“ oder „Kernkompetenz“ nur wenig aussagefähig und aus der Not geboren, um komprimierte Grundlagen für die gemeinsame Ausbildung ganzer Berufsgruppen zu finden. (S. 120) Ausführlich zitiert und kommentiert er die fundamentale Kritik Friedhelm Hengsbachs an der sog. Agenda 2010 mit ihrer Individualisierung und Reduktion des Freiheitsbegriffs auf die Freiheit des Zugangs zum Arbeitsmarkt und zur Teilnahme am Konsummarkt. Sehr kritisch äußert sich Giesecke auch zu den Zielen und Methoden der Qualitätssicherung an Schulen und Universitäten, da es bei ihnen nicht um inhaltliche Auseinandersetzung gehe, sondern um „simple Quantifizierbarkeit“. Massive Kritik wird ferner am Bologna-Prozess und dem im Jahre 2004 herausgegebenen Bologna-Reader geübt, der sich durch „tristen Materialismus“ und „Utilitarismus“ auszeichne. Ebenso kritisch setzt sich der Autor mit dem Kompetenzbegriff auseinander und stellt die Frage, ob sich Kompetenz überhaupt didaktisch-methodisch operationalisieren lasse. Fragwürdig sei auch eine überspannte empirische Bildungsforschung, bei der es permanent um Messbarkeit und Vergleichbarkeit gehe, zumal es keine zuverlässigen Parameter gebe, an denen sich

erfolgreiches pädagogisches Handeln orientieren könne.

Herbe Kritik übt Giesecke an dem sich allenthalben durchsetzenden Marktliberalismus, der soziale Verbindlichkeiten scheue. Notwendig sei deshalb wieder ein politisch relevantes Wertesystem, das öffentlich akzeptierte Gegenwerte im Sinne einer Balance zur Geltung bringen könnte. Der Autor stellt die berechtigte und besorgte Frage, was aus dem öffentlichen pädagogischen und bildungspolitischen Diskurs werde, wenn man erst einmal begriffen habe, dass er nur ein Ableger neoliberaler Allmachtsphantasien gewesen sei.

Seine Hoffnungen setzt er deshalb auf die weiterhin tonangebende Mittelschicht und auf die zeitweise stark geschmähte Bedeutung einer breiten Allgemeinbildung. Entschieden spricht er sich gegen Stoffhuberei aus und postuliert, dass eine Bildungsschule nicht auf dem Wettbewerb der Schüler/-innen beruhe, sondern allenfalls auf dem der Lehrer/-innen. Er gibt zu bedenken, dass blindes Weitermachen (also Dauerreformieren ohne erkennbare Strategie) nicht nur ein technisches, sondern auch ein soziales System zerstören könne. Der Autor kommt insgesamt zu dem wenig erfreulichen, beunruhigenden Ergeb-

nis, dass das Bildungssystem in eine pädagogische, wissenschaftliche, politische und menschliche Sackgasse geraten sei, weil sich die Politik aus ihrer Verantwortung verabschiedet und das Feld einem ungeregelten Markt von „halbgenen Moden“ überlassen habe. Giesecke schließt deshalb nicht aus, dass Studenten eines Tages ihre „Modulhandbücher“ auf dem Campus verbrennen und die Forderung erheben, „einfach nur studieren zu wollen“.

Da darf man ja gespannt sein!

Zbigniew Wilkiewicz

Dieter Gnahs: Kompetenzen. Erwerb, Erfassung, Instrumente – Bielefeld, 2. Aufl. 2010, W. Bertelsmann Verlag, 129 Seiten

Spätestens seit der Debatte über den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) hat in der non-formalen, außerschulischen Bildung das Thema Kompetenzerwerb Priorität. Auch im Bundesausschuss Politische Bildung (bap) befasst sich damit in einem neuen Anlauf die Arbeitsgruppe Grundsatzfragen, die sich 2011 neu konstituiert hat. Die angezeigte Schrift zum Kompetenzthema von Professor Dieter Gnahs, Leiter des Forschungs- und Entwicklungszentrums am Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE), erschien zuerst 2007 und liegt seit 2010 in einer aktualisierten Neuauflage vor. Das DIE richtete 2007 auch einen Arbeitsschwerpunkt „Kompetenzdiagnostik/Kompetenzmessung“ ein.

Die Neuauflage des DIE-Studientextes berücksichtigt vor allem die Weiterentwicklung der Instrumente und Anwendungs-

felder. Dazu gehört die Erstellung von Qualifikationsrahmen, die eine bildungspolitische Synchronisierung in Europa anstreben, aber auch divergierende nationale Entwicklungen und kontroverse Debatten ausgelöst haben. Die DIE-Veröffentlichung nimmt zwar immer wieder Bezug auf solche Kontroversen – von den Vorbemerkungen bis zum Ausblick im 7. Kapitel – stellt sie aber nicht mit ihrer grundsätzlichen Kritik am eingeschlagenen bildungspolitischen Kurs in den Mittelpunkt, wie dies etwa Ludwig A. Pongratz in diversen Veröffentlichungen oder Paul Ciupke in seinem Aufsatz in AB 3/10 mit Blick auf die allgemeine und politische Erwachsenenbildung getan haben.

Was Gnahs mit seinem Studientext leistet – die Schaffung einer Informationsgrundlage – bedeutet beim Stand der gegenwärtigen Auseinandersetzung einen

wichtigen Schritt zur Versachlichung. Er eröffnet drei Zugänge zum Kompetenzthema, und zwar auf wissenschaftlicher, bildungspolitischer und bildungspraktischer Ebene. Zunächst macht er deutlich, woher die Konjunktur des Konzepts rührt und wie es sich durchgesetzt hat. Dann folgt die Diskussion lern- oder sozialisationstheoretischer Ansätze zum Kompetenzerwerb. Die folgenden Kapitel (4 - 6) befassen sich mit der Frage, wie dieser Erwerb im Bildungsprozess sichtbar gemacht werden kann, welche Anwendungsfelder existieren und wie konkrete Erfassungsinstrumente aussehen. Im abschließenden Kapitel werden „mögliche Perspektiven“ aufgezeigt, was Entwicklungserfordernisse in Wissenschaft und Praxis einschließt. Dabei wird auf die als „Erwachsenen-PISA“ bekannt gewordene PIAAC-Erhebung Bezug genommen. Abgerundet wird das Buch

mit einem Anhang (Glossar, Literatur, Register).

Bei der Publikation sind drei Punkte festzuhalten. Erstens wird klar, dass der neue Ansatz eindeutig aus einer bildungsökonomischen Perspektive kommt, nach der das „nachsulische Weiterlernen ... zur Bewältigung von praktischen Lebens- und Arbeitsanforderungen“ einzusetzen ist, wie es im BLK-Strategiepapier für lebenslanges Lernen von 2004 heißt. Zweitens zeigt sich, dass von Anfang an in den

wichtigen bildungspolitischen Erklärungen auf europäischer Ebene (und in unterschiedlicher Weise in den nationalen Beschlüssen) der Orientierung auf Beschäftigungsfähigkeit als Ergänzung des zivilgesellschaftlichen Engagement, das Leitbild der Active Citizenship, hinzugefügt worden ist, dass dieser Ansatzpunkt aber, der von der politischen Bildung genutzt werden kann, nichts an der heute gültigen Grundausrichtung des lebenslangen Lernens ändert. Drittens heißt die Konsequenz

der Outputorientierung Kompetenzerfassung, letztlich Quantifizierung und Messung der Lernergebnisse. Damit schiebt sich ein Modell abschlussorientierter Bildungspraxis in den Vordergrund, das gerade in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung nicht maßgeblich sein kann. Um die (auch immanente) Widersprüchlichkeit des bildungspolitischen Mainstreams kennenzulernen, bietet die Veröffentlichung von Gnahn eine gute Grundlage.

Johannes Schillo

Wolfgang Antes: Projektarbeit für Profis – Praxishandbuch für moderne Projektarbeit – 2. Auflage, Weinheim/München 2010, Juventa Verlag, 184 Seiten

Der Autor Wolfgang Antes gibt in dem Buch „Projektarbeit für Profis“ auf ca. 180 Seiten in vier Kapiteln eine Einführung in die Projektarbeit. Ein fünftes Kapitel ist der zum Buch gehörenden Software gewidmet. Die ersten vier Kapitel umfassen die Themen Projektplanung, Projektorganisation, Projektmarketing und Projektleitung.

Das erste Kapitel Projektplanung bietet einen Überblick über Entstehung, Begriffe, Ziele und Methoden der systematischen Projektarbeit. Im Kapitel „Projektorganisation“ geht der Autor auf die Themen Controlling, Organisationsformen und die Präsentation von Projekten ein. Den größten Umfang in dem Buch hat das Kapitel über das Projektmarketing. Hier wird auf Themen wie Suche nach Kunden und Gesprächspartnern, Umgang mit Medienvertretern, Corporate Identity und Corporate Design sowie Platzierung eines Projektes als Marke eingegangen. Kapitel vier befasst sich unter dem Titel „Projektleitung“ mit Prozessen und Teams in Projekten und mit

der Rolle der Beteiligten an Projekten. Die Kapitel werden zum Teil durch ein Glossar, das die wichtigsten Begriffe kurz erläutert, oder durch weiterführende Literaturhinweise abgeschlossen.

Das kurze Kapitel fünf weist auf den Projektmanager Plus hin. Dieses Programm ist eine Web-basierte Projektsoftware, zu der mit einem abgedruckten Formular eine Zugangskennung beantragt werden kann. Es wird dann ein Zugang für eine kostenlose Nutzung vergeben, die auf 12 Monate beschränkt ist, die sich aber um ein weiteres Jahr kostenlos verlängern lässt. In dieser Zeit kann die Software für eigene Projekte verwendet werden. Erst danach behält sich der Anbieter der Software vor, einen Kostendeckungsaufwand für die Nutzung zu erheben.

Die Software ist für kleine Projekte gut geeignet, es können Teilaufgaben und Arbeitspakete erstellt werden, ebenso ist eine Finanzplanung für die Projekte mit Kalkulation der Einnahmen und Ausgaben möglich. Für grö-

ßere Projekte sollte man allerdings auf eine Projektmanagementsoftware zurückgreifen, die mehr Funktionen bietet, etwa Ganttdiagramme, Ressourcenmanagement und Wissensmanagement. Solche Lösungen sind häufig schon als ein Modul in Groupwarelösungen enthalten oder als eigenständige Software erhältlich. Dadurch entfällt auch die Bindung an einen Anbieter und an dessen Produktpolitik, was etwa die Weiternutzungsmöglichkeit nach der Testphase betrifft.

Das Buch richtet sich an Einsteiger in das Projektmanagement. Ihnen werden umfangreiche und praxisorientierte Anleitungen für die Planung und Umsetzung von Projekten gegeben. Auf zu viele theoretische Grundlagen wird zugunsten einer übersichtlichen und leicht für eigene Projekte anwendbaren Vermittlung von Praxiswissen verzichtet. Das Buch gewinnt seinen Praxiswert aus den vielen Checklisten, Grafiken und Übersichten, Diagrammen, auflockernden Karikaturen und Praxishinweisen und -beispielen.

Was etwas auffällt, ist das Fehlen eines umfassenden Inhaltsverzeichnis am Anfang des Buches. Ein Verzeichnis der Unterkapitel findet sich jeweils nur am Anfang eines jeden Kapitels. Das mindert nicht die Qualität des Buches, erschwert lediglich seine Verwendung als schnelles Nachschlagewerk in der praktischen Projektarbeit.

Als Zielgruppen kommen nicht nur Hauptamtliche infrage, deren tägliche Arbeit das Managen von Projekten ist, sondern auch Mitarbeitende in Vereinen, NGO, Bürgerinitiativen und allen Zusammenschlüssen, die ein zeitlich begrenztes und einmaliges

Vorhaben als Projekt angehen wollen. Gleichzeitig eignet es sich auch für alle, die anderen die Methoden der Projektarbeit vermitteln wollen und dafür Anregungen suchen.

Das Buch wird seinem Untertitel „Praxishandbuch für moderne Projektarbeit“ gerecht. Zum einen werden Themen wie Marketing, Corporate Identity, Corporate Design und die Verortung von Projekten als Marke als selbstverständlicher Bestandteil von Projektarbeit erwähnt und machen so die veränderten Anforderungen an Projektleitung und Projektdurchführung deutlich. Zum anderen verliert sich

der Autor nicht in zu langen Abhandlungen über Projekttheorie oder theoretische Hintergründe und Grundlagen. Die Inhalte sind auch aufgrund der übersichtlichen Darstellung direkt in der eigenen Projektarbeit anwendbar.

Die Software ist eine gute Ergänzung zum Buch und ein Einstieg in die Verwendung von Projektmanagementsoftware, ohne sich in aufwändigere Lösungen einarbeiten zu müssen. Sie eignet sich jedoch nicht für größere und komplexere Projekte.

Frank Wittemeier

Frank Schulze: Humor als regulative Idee politischer Bildung – Schwalbach/Ts. 2010, Wochenschau Verlag, 430 Seiten

Das Nachdenken über das Wesen des Humors hat seit der Antike eine lange Tradition in Philosophie, Literaturwissenschaft und anderen Geisteswissenschaften. Und die Ansätze zur Erklärung dieses Phänomens reichen von der Überlegenheits- über die Inkongruenz- bis hin zur Entspannungs- und Erleichterungstheorie. So beschreibt Sigmund Freud z. B. das Lachen als eine Form der Selbst-Tröstung. Aber welche Rolle spielt der Humor in Theorie und Praxis der politischen Erwachsenenbildung? Einer Profession, die immerhin seit Jahrzehnten eine nicht nachlassende Krisendiskussion führt und so der Entspannung und Erleichterung oder vielleicht gar der Selbst-Tröstung dringend bedarf. Gerade hier, aber auch in der allgemeinen Erwachsenenpädagogik, sind Arbeiten zum Humor eher eine seltene Ausnahme bzw. Randerscheinung. Dieser empirische Befund, verbunden mit der Intention, den Humor aus

dem bisherigen Schattendasein herauszuholen, ist der Ausgangspunkt für die Publikation von Frank Schulze, die im Jahr 2009 als Dissertation an der Fakultät für Humanwissenschaften der Universität Bamberg angenommen wurde. Dabei ist es Schulze ein besonderes Anliegen, eine Professionalitätsauffassung und Kompetenzbeschreibung zu entwickeln, die die „Theorie-Praxis-Schranke“ überwindet und „politischen Erwachsenenbildnern als Anregung und Bezugspunkt für die Reflexion und gegebenenfalls Weiterentwicklung ihrer professionellen Persönlichkeit, Arbeit und Kompetenz dienen könnte [...]“ (S. 19). In insgesamt fünf Kapiteln verfolgt der Autor in seiner Studie dieses ambitionierte Vorhaben.

Nach der Einführung in seine Themen- und Fragestellungen bietet Schulze im zweiten Kapitel einen Einstieg in die Grundfragen der Professionalität in der

Erwachsenenbildung. Hierbei fokussiert er insbesondere die konstitutiven Antinomien bzw. Spannungsfelder professionellen pädagogischen Handelns. Daran anknüpfend betrachtet er – vor dem Hintergrund der relevanzbezogenen Zuordnung zu bestimmten Antinomien – selektiv drei Humormerkmale, die gleichzeitig auch die Anforderungen, auf die sie sich beziehen, beschreiben: Interaktionskompetenz, Resilienz und Relationierungskompetenz (S. 40). Im folgenden Kapitel führt Schulze ausführlich die beiden theoretischen Referenzgrößen für seine Fundierung reflexiver Professionalität für die politische Bildung ein: den kritischen Rationalismus Karl Poppers und die Dialogphilosophie Martin Bubers. Zwar betont der Autor, dass sich beide Denkweisen „durchaus in ein sinnvolles und fruchtbares Ergänzungsverhältnis bringen lassen“ (S. 17), an manchen Stellen wirkt dieses Verhältnis jedoch arg

konstruiert. Darüber hinaus ist die recht starre Abgrenzung gegenüber konkurrierenden Sozialphilosophien wie der Kritischen Theorie, die nach Schulze mit den konstruktivistisch-geprägten Strömungen zurzeit die politische Erwachsenenpädagogik dominiert (S. 70), irritierend. Dies scheint mir von einem altvorderen Grabenkampfdenkens geleitet, das in der These kumuliert, dass sich die Kritische Theorie auf Grund ihres „mehr oder weniger untergründigen antidemokratischen und antiliberalen Grundzuges“ (S. 79) kaum zur sozialphilosophischen Ausbuchstabierung des Gehalts politischer Bildung eignet. Solch eine monolithische Sicht- und Denkweise ist für die Beschreibung der gegenwärtigen Theorie und Praxis der politischen Bildung weder adäquat noch zielführend. Daran anschließend entwickelt Schulze in Anlehnung an den dänischen Philosophen Harald Höffding (1843-1931) sein Verständnis des „Großen Humors“, das sich durch eine „Grundhaltung von Anerkennung“ (S. 170) auszeichnet und sich somit beispielsweise deutlich von Spott, Hohn, Sar-

kasmus, Zynismus und Ironie abgrenzt. In der Unterscheidung zwischen den positiven Eigenschaften des „Großen Humors“ und negativen Eigenschaften oder menschenfeindlichen Handlungsmustern ist es durchaus als normatives Regulationskonzept zu verstehen, das den „Umgang mit den die Praxis politischer Erwachsenenbildung prägenden Ungewissheiten und Widersprüchlichkeiten“ erleichtert. Laut Schulze geht mit „Großem Humor“ eine höhere Ambiguitätstoleranz einher, die sowohl einen erhöhten Burnoutschutz als auch eine „ausgeprägte Disposition für dezidiert demokratische Denk- und Verhaltensweisen“ (S. 215) zur Folge hat. Bereichernd und für den Rezensenten der stärkste Teil der Studie sind die Interviews mit Lehrenden und Teilnehmenden an Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung. In ihnen geht es u. a. um die Fragen, ob Humor lehr- und lernbar ist, und wo die Grenzen und Gefahren des Humors liegen. In den Gesprächen tritt deutlich die Diskrepanz zwischen der durchweg positiven Einschätzung hinsicht-

lich der Rolle, die der Humor spielen kann, und den prinzipiellen Schwierigkeiten, ihn gezielt und breit auf gewinnbringende Weise in die Praxis einzubringen, auf.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Autor mit seiner in Teilen lesenswerten Dissertation ein Lückenthema der politischen Erwachsenenbildung aufgegriffen hat, das zur weiteren Beschäftigung mit der Thematik in Theorie und Praxis viele Ansatzpunkte bietet. Auch die Verknüpfung ausgewählter sozialphilosophischer und pädagogischer Klassiker mit der Literatur zum Humor und das daraus erarbeitete humororientierte Professionalitätsverständnis ist ein Verdienst dieser Arbeit. Trotz allem hätte dieser Veröffentlichung etwas mehr an differenziertem Urteil oder Relationierungskompetenz im Hinblick auf eigene Standpunkte und Theorien sowie eine an manchen Stellen nicht ganz so ungestüme Wortwahl bei der Kritik gut getan.

Jens Korfkamp

Markt

Termine

„**Interkulturelle Kompetenz in der öffentlichen Verwaltung**“ ist ein Thema des dritten Fachkongresses „**Qualität in der dienstlichen Fortbildung**“, den die dbb akademie am 6. und 7. März 2012 im dbb forum berlin durchführt. Als weitere Veranstaltungsschwerpunkte stehen die Themen „Resilienz und Burn-out“ sowie „Trends und neue mediale Lernwege in der Fortbildung“ auf dem Programm.

Weitere Informationen: Christa Vißers, dbb akademie Bonn,
E-Mail: c.vissers@dbbakademie.de,
Internet: www.dbbakademie.de.

Die Bundesstiftung Aufarbeitung lädt vom 8. bis 10. März 2012 zu ihrer fünften Geschichtsmesse nach Suhl ein. Thema wird dann „**Die Zukunft der Aufarbeitung – Demokratie und Diktatur in Deutschland und Europa nach 1945**“ sein. Neben einem umfangreichen Programm aus Podiumsdiskussionen, Vorträgen und Filmvorführungen bietet das dreitägige Forum Akteuren aus der historisch-politischen Bildung und anderen Interessierten die Möglichkeit, sich über Ausstellungen, Schulprojekte, Dokumentarfilme, Publikationen sowie Veranstaltungsvorhaben zur SED-Diktatur und Teilungsgeschichte zu informieren.

Anmeldungen sind bis zum 14.02.2012 möglich.

Weitere Informationen: Elena Alzate, Stiftung Aufarbeitung,
Tel. 030/31 98 95 203, E-Mail: geschichtsmesse@stiftung-aufarbeitung.de, Internet: www.geschichtsmesse.de.

Vom 5. bis 23. Mai 2012 soll im Rahmen der **Aktionstage politische Bildung 2012** auch in diesem Jahr die öffentliche Aufmerksamkeit auf das mannigfaltige, spannende und wichtige Angebot der politischen Bildung in Deutschland gelenkt werden. Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, der Bundesausschuss Politische Bildung (bap), die Landeszentralen für politische Bildung sowie die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e. V. (DVPB) rufen alle Bildungseinrichtungen, Institutionen, Unternehmen und Initiativen auf, sich an den Aktionstagen Politische Bildung 2012 zu beteiligen und ihre Veranstaltungen im zentralen Veranstaltungskalender der Aktionstage einzutragen. Auf der zentralen Veranstaltung der Aktionstage 2012, dem Bundeskongress Politische Bildung, wird vom 21. bis 23. Mai 2012 in Berlin das Thema „Partizipation“ im Mittelpunkt stehen. Interessierte Veranstalter können während des

Bundeskongresses ihre eigenen Workshops realisieren.

Weitere Informationen: Svetlana Alenitskaya, bpb, Fachbereich Veranstaltungen,
Tel. 0228/995 15-509, E-Mail: svetlana.alenitskaya@bpb.de,
Veranstaltungskalender und weitere Infos im Internet: www.bpb.de/aktionstage.

Vom 12. bis 14. September 2012 findet die **Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e. V. (DGWF)** an der Ludwig-Maximilian-Universität München (LMU) statt. „**Wächst zusammen, was zusammengehört? Wissenschaftliche Weiterbildung – berufsbegleitendes Studium – lebenslanges Lernen**“ lautet das Thema der Veranstaltung, unter dem noch bis zum 31. März 2012 Programmbeiträge eingereicht werden können. Über die Aufnahme der Beiträge entscheidet eine Programmkommission. Die Jahrestagung ist für die DGWF auch Anlass für die Auslobung von drei Reisestipendien für Nachwuchswissenschaftler/-innen. Die Stipendien sind mit je 250 Euro dotiert.

Informationen und Ausschreibungsunterlagen unter: www.dgwf.net/tagung.htm.

Publikationen zur politischen Bildung

Mit **Ausgabe 4/2011** zum Thema „**Politische Partizipation**“ endet der erste Jahrgang des neuen „Journal für politische Bil-

dung“, das vom Bundesausschuss Politische Bildung im Wochenschau Verlag herausgegeben wird. Mit dem Heft soll darauf

aufmerksam gemacht werden, das Partizipation nicht einfach Synonym für gesellschaftliches Engagement der Bürgerinnen

und Bürger ist, sondern auch in ihrem politischen Bedeutungsgelhalt eine Beteiligung der Bürgerschaft auf Entscheidungs-, Macht- und Herrschaftsfragen beinhaltet. Vor diesem Hintergrund geht es um die Fragen, wie weit der Einflussbereich der Bürger/-innen geht, wo die Konfliktpunkte liegen und wie perspektivisch das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft zu gestalten ist.

Bezug: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts., Internet: www.wochenschau-verlag.de, oder den Buchhandel.

Von der ebenfalls im Wochenschau Verlag erscheinenden Zeitschrift „**politische bildung**“ gibt es zwei neue Ausgaben: Ausgabe 3-2011 zieht eine Zwischenbilanz der „**Entwicklungspolitik**“. In Ausgabe 4-2011 werden die „**Staatsverschuldung**“ in Deutschland und Europa analysiert und Möglichkeiten des Gegensteuerns erörtert.

Bezug: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts., Internet: www.wochenschau-verlag.de, oder den Buchhandel.

Die **Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung** gibt jedes Jahr ein Jahrbuch heraus. Das Jahrbuch 2011 „Zusammen sind wir 82 Millionen“ ist dem Thema „**Politische Bildung in einer Einwanderungsgesellschaft**“

gewidmet. In dem Jahrbuch werden Beispiele politischer Jugendbildung vorgestellt, die sich mit den Herausforderungen einer Einwanderungsgesellschaft, also z. B. gesellschaftlicher Ausdifferenzierung, kultureller Heterogenität, des Wandels von Lebensformen und Quartieren, den Mechanismen von Diskriminierung und der ungleichen Verteilung von Lebenschancen, beschäftigen.

Bezug: Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, Auguststr. 80, 10117 Berlin, Internet: www.politische-jugendbildung-et.de.

Schwerpunkt von Ausgabe 4/2011 der im Wochenschau Verlag publizierten Verbandszeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung – **POLIS** – ist das Thema „**Was die Gesellschaft zusammenhält**“.

Bezug: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts., Internet: www.wochenschau-verlag.de, oder den Buchhandel.

Beiträge über die „**Zukunft der Demokratie**“ versammelt Ausgabe 4/2011 der Zeitschrift „**Jugendpolitik**“ des Deutschen Bundesjugendrings. Auch darin geht es um politische Partizipation und neue Beteiligungsformen.

Bezug: Deutscher Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Internet: www.dbjr.de.

In seinem 2011 veröffentlichten Buch „**Definitionen. Moderne Politikwissenschaft**“ präsentiert Werner Pfennig seine „Sammlung Pfennig“, die er als Wissenschaftler am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin über viele Jahre hinweg aus persönlichem Interesse heraus angelegt hat. Von A wie Abhängigkeit bis Z wie Zyniker versammelt er Definitionen von zahlreichen Begriffen aus Politik und Gesellschaft. Es handelt sich dabei zum Teil um wörtliche Zitate aus der Literatur, zum Teil um Definitionen, die der Autor bei Vorlesungen und Konferenzen notiert hat. Das Buch ist im Wochenschau Verlag erschienen.

Bezug: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts., Internet: www.wochenschau-verlag.de, oder den Buchhandel.

In der Winterausgabe Nr. 41 des Jugendmagazins **fluter**, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, steht das Thema „**Geld**“ im Mittelpunkt. Vor dem aktuellen Hintergrund der Finanzkrise wird in den Beiträgen dieses für uns selbstverständlich gewordene System aus Zeichen und Regeln namens Geld beleuchtet und über Perspektiven nachgedacht.

Bezug: www.fluter.de/abo.

Materialien zur Erwachsenen- und Weiterbildung

Die Auseinandersetzungen um das Stuttgarter Bahnhofsprojekt haben sich auch in der Redaktion der Zeitschrift **Erwachsenenbildung**, die von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung herausgegeben wird, auf die Themenwahl ausgewirkt. Ausgabe 3/2011 ist dem Thema „**Bürgernahe Politik**“ gewidmet. Darin geht es um Paradoxien demokratischer Partizipation, den Zusammenhang von Bürgerordnung und Bürgerbildung und Parteien in der Demokratie.

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld, Internet: www.wbv.de, oder über den Buchhandel.

„**dis.kurs**“ – das Magazin des Deutschen Volkshochschulverbandes – behandelt in Ausgabe 4/2011 den Themenschwerpunkt „**Politische Jugendbildung**“. In dem Heft finden sich gelungene Wege und Beispiele für politische Bildung mit bildungsfernen Jugendlichen.

Bezug: Deutscher Volkshochschulverband e. V., Obere Wilhelmstr. 32, 53225 Bonn, Internet: www.volks-hochschule.de.

Im Mittelpunkt von Ausgabe 4/2011 der im W. Bertelsmann Verlag erscheinenden Zeitschrift

REPORT des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) steht das Thema „**Kooperative Bildungsarrangements**“.

Die Beiträge zeigen für das organisatorisch und professionell herausfordernde Phänomen der Kooperation in der Weiterbildungslandschaft Entwicklungsbedarfe und Fragestellungen auf, die bisher noch wenig thematisiert wurden, aber in der Praxis der Weiterbildung von Interesse sein dürften.

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld, Internet: www.wbv.de, oder über den Buchhandel.

Das **Deutsche Institut für Erwachsenenbildung** – Leibnitz Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) hat anlässlich der Verabschiedung seines langjährigen Wissenschaftlichen Direktors Ekkehard Nuissl von Rhein eine Festschrift herausgegeben. Die Beiträge des Bandes mit dem Titel „**Entgrenzungen des Lernens – Internationale Perspektiven für die Erwachsenenbildung**“ diskutieren das Aufheben und Überschreiben von Grenzen in verschiedenen Bereichen des Lebenslangen Lernens aus unterschiedlichen lern- und organisationstheoretischen Perspektiven. Autorinnen und Autoren aus verschiedenen Ländern stellen neueste Forschungs-

ergebnisse zur Erwachsenenbildung und Beobachtungen aus der internationalen Weiterbildungspraxis vor, die aktuellen Entwicklungen in der deutschen Weiterbildungsforschung gegenübergestellt werden. Der von Professor Rolf Arnold herausgegebene Band ist in der Reihe Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung im W. Bertelsmann Verlag erschienen.

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld, Internet: www.wbv.de, oder über den Buchhandel.

Mit Band 50 der Reihe „**Beiträge**“ der **Deutschen Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium (DGWF)** ist eine umfassende **Dokumentation der DGWF-Jahrestagung 2010** erschienen. „**Hochschulen im Kontext lebenslangen Lernens: Konzepte, Modelle, Realität?**“ lautete der Titel der Jahrestagung, der gleichzeitig auch der Titel der Publikation ist. Auf 306 Seiten wurden von den Hauptvorträgen, über die Vorträge und Workshops der einzelnen Themenfelder bis zur abschließenden Evaluation der Tagung alle Inhalte der Veranstaltung zusammengestellt.

Bezug: DGWF, Vogt-Kölln-Str. 30, 22527 Hamburg, Internet www.dgwf.net/lieferbar.htm.

Zeitschriften zur Jugendarbeit und Jugendbildung

„**Körpererfahrungen Jugendlicher und körperbezogene Jugendarbeit**“ sind Thema der Ausgabe 12/2011 der Zeitschrift **deutsche jugend**, die im Juven-

ta Verlag erscheint. Darin geht es um die Kooperation von Jugendhilfe und Sport sowie den Ansatz der Abenteuerpädagogik in der Jugendsozialarbeit.

Bezug: Beltz Medien-Service bei Rhenus, 86895 Weinheim, E-Mail: bestellung@beltz.de, oder über den Buchhandel.

Anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ) wurde die Ausgabe 4-2011 der BAJ-Zeitschrift **Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug)** den **Entwicklungen im gesetzlichen und erzieherischen Jugendschutz in den vergangenen sechs Jahrzehnten** gewidmet. Deutlich wird in den Beiträgen, dass der Kinder- und Jugendschutz in all den Jahren nichts an Aktualität verloren hat. Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe 1-2012 der KJug ist das Thema **„Sexuelle Übergriffe unter Kindern und Jugendlichen“**.

Die Beiträge der Zeitschrift stellen Forschungs- und Praxisprojekte zu diesem Problemfeld vor und sollen die Anstrengungen im Rahmen von Prävention, Intervention und Therapie unterstützen, um Kinder und Jugendliche vor sexuellen Grenzverletzungen und deren Folgen zu bewahren.

Bezug: Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ), Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Internet www.bag-jugendschutz.de/kjug.

Das **IJAB journal** nimmt in seiner Dezember-Ausgabe 2011 die

politische Dimension internationaler Jugendarbeit in den Blick. Im Schwerpunkt „Rückenwind für Demokratie und Zivilgesellschaft“ geht es u. a. um Jugendarbeit als Wegbereitung für Demokratie und Menschenrechte, die Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Staaten oder den Aufbau jugendpolitischer Strukturen in Litauen seit 1994.

Bezug: IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V., Godesberger Allee 142-148, 53175 Bonn, Internet: www.ijab.de.

Gendermaterialien

Ausgabe 6/2011 der Zeitschrift **„erleben und lernen – Internationale Zeitschrift für handlungsorientiertes Lernen“** geht der Frage nach, inwieweit das **Geschlecht in der Erlebnispädagogik** eine Rolle spielt. Unter dem Titel „Erlebnispädagogik gendered?“ werden Möglichkeiten erlebnispädagogischer Jugendarbeit und Potentiale

erlebnispädagogischer Mädchenarbeit aufgezeigt.

Bezug: ZIEL GmbH, Zeuggasse 7-9, 86150 Augsburg, Internet: www.ziel-verlag.de.

Um **Geschlechtergerechtigkeit** geht es in Ausgabe 3-2011 der Zeitschrift **„Jugendpolitik“** des

Deutschen Bundesjugendrings. Das Heft versammelt Beiträge zum Entwicklungsstand in Sachen Gender Mainstreaming in den Jugendverbänden.

Bezug: Deutscher Bundesjugendring (DBJR), Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Internet: www.dbjr.de.

Neues im Netz

Die **Bundeszentrale für politische Bildung/bpb** hat in Zusammenarbeit mit **Kooperative Berlin** das **Portal werkstatt.bpb.de für digitale Bildung in der Praxis** gestartet. Die Werkstatt ist offen für Lehrer, Bildungsvisionäre, Aktivisten, Schüler und außerschulische Bildner und soll ein Forum für die Suche nach neuen Strategien für die Vermittlung von Themen der zeitgeschichtlichen und politischen Bildung eröffnen. Diskus-

sionsimpulse werden in Form von Berichten, Kommentaren, Interviews und Umfragen von der Redaktion des Portals oder von Gastautoren geliefert. Das Redaktionsteam holt über Umfragen auf der Straße oder in Schulen unterschiedliche Einschätzungen zu den Themen Schule und Bildung, Internet und Neue Medien ein. Zudem richtet die Werkstatt Mikrokonferenzen – so genannte SpeedLabs – aus und dokumentiert sie im Portal.

In einer neuen Projektphase sollen nun Grundsatzbeiträge hinzukommen, u. a. zu den Themen Lernen und Lehren, Geschichtsvermittlung, historisch-politische Bildung und Digitalisierung.

Im Internet unter: <http://werkstatt.bpb.de>.

Der **W. Bertelsmann Verlag** hat ein **neues Portal für Bildungszeitschriften** angelegt. Das Por-

tal bietet eine Themenrecherche in sechs Bildungszeitschriften des Verlags, ohne dass sich der Besucher registrieren muss. Alle Zeitschriften können komplett nach Schlagworten, Autoren und im Volltext durchsucht werden, interessierende Beiträge sind einzeln aufrufbar und stehen zum Download bereit. Während für den Download aktueller Artikel eine Gebühr anfällt, bietet der Verlag den Download älterer Inhalte kostenfrei an. Nutzer, die sich bei wbv-journals.de registrieren, erhalten ein Nutzerkonto zur Speicherung von Downloads.

Die Artikel des Nutzerkontos können dann auf mobile Endgeräte heruntergeladen und in sozialen Netzwerken geteilt werden.

Im Internet unter:
www.wbv-journals.de.

Mit dem neuesten **Animationsfilm zum Thema „Klimawandel“** gibt es mittlerweile neun Clips in der Reihe **WissensWerte** des Vereins [/e-politik.de/](http://e-politik.de/). Im Rahmen des Projektes WissensWerte produziert, publiziert und verbreitet der Verein eine Reihe

von Animationsclips zur politischen Bildung. In etwa sieben bis acht Minuten geben diese einen Überblick über ein begrenztes politisches Thema. Der Inhalt ist didaktisch aufbereitet und eignet sich für den Einsatz in Bildungsveranstaltungen. Weitere Themen sind Migration, Menschenrechte, Globalisierung, Welthandel, Islamismus, UNO, DDR und das Wahlsystem in Brandenburg.

Im Internet unter:
<http://www.e-politik.de/lesen/wissenswerte-animationsclips-zur-politischen-bildung/>

Kulturpolitik 2011

Das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft hat das **Jahrbuch für Kulturpolitik 2011** zum Thema **„Digitalisierung und Internet“** herausgegeben. In dem Jahrbuch werden die zentralen Beiträge des sechsten Bundeskongresses „netz.macht.kultur“ dokumentiert. Gleichzeitig greift es eine zentrale Fragestellung der gegenwärtigen kulturpolitischen Diskussion auf. In den sechs The-

menblöcken des Bandes geht es um die Veränderung des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Kunst vor dem Hintergrund der Digitalisierung, die zentralen kulturpolitischen Herausforderungen durch die Digitalisierung, den Zusammenhang von Internet und Digitalisierung als Aufgabe für Kulturinstitutionen, kulturelle Teilhabe und Kulturmarketing, das Spannungsverhältnis von kultureller Bildung und digitalen

Spielkulturen sowie das Urheberrecht. Das Buch ist im Klartext Verlag Essen erschienen und hat 498 Seiten.

Bezug: über die Website der Kulturpolitischen Gesellschaft www.kupoge.de/publikationen/aktion_jahrbuch2011.htm, den Klartext Verlag oder den Buchhandel.

Außerschulische Bildung 4-2011

42. Jahrgang

Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung –
Mitteilungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

Herausgeber:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch
Dr. Paul Ciupke und Ulrike Steimann

Redaktion:

Ingeborg Pistohl

Redaktionsbeirat:

Ina Bielenberg, Gertrud Gandenberger, Wolfgang Pauls,
Dr. Melanie Piepensneider

Redaktions- und Bezugsanschrift:

AdB, Mühlendamm 3, 10178 Berlin,
Tel. (0 30) 400 401-11 u. 12
www.adb.de
E-Mail: meissner@adb.de,
pistohl@adb.de

Herstellung:

Druckcenter Meckenheim/Brandenburgische
Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft
Potsdam mbH

ISSN 0176-8212

Bildnachweis:

Copyrightinweise s. Fotos. Die Abbildungen in Wikipedia stehen unter der GNU Free Documentation License:
<http://www.gnu.org/copyleft/gpl.html>
und/oder der Lizenz Creative Commons (cc): www.creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode

Bezugsbedingungen (gültig ab Ausgabe 1-2003)

Einzelheft	€ 6,00
1-3 Abonnements	(jährlich) € 16,00
ab 4 Abonnements	(jährlich) € 12,00
Abonnements für Studenten, Praktikanten, Referendare, Arbeitslose	(jährlich) € 12,00
(bitte jährlich Bescheinigung übersenden)	(zuzüglich Porto)

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird maßgeblich durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Die Außerschulische Bildung wird als Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben. Verband, Herausgeberin und Herausgeber, Redaktionsbeirat und die Redakteurin möchten dadurch

- zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung beitragen und damit die Professionalität pädagogischen Handelns stärken,
- aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft aufgreifen und im Hinblick auf ihre Behandlung in der politischen Bildung aufbereiten,
- Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich machen und ein Schaufenster des Arbeitsfeldes bieten,
- theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung setzen und die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt machen,
- Methoden der politischen Bildung vorstellen,
- neue fachbezogene Publikationen und Medienproduktionen präsentieren und in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit einschätzen,
- über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern berichten,
- Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden verbreiten.

